

# VIERTELJAHRSSHEFTE FÜR Zeitgeschichte

HERAUSGEGEBEN VON HANS ROTHFELS  
THEODOR ESCHENBURG UND HELMUT KRAUSNICK

## AUS DEM INHALT

INO ARNDT/WOLFGANG SCHEFFLER

Organisierter Massenmord an Juden  
in nationalsozialistischen Vernichtungslagern

WALTER LIPGENS

Innerfranzösische Kritik an der Außenpolitik de Gaulles  
1944–1946

DOKUMENTATION

Die Entstehung des Kruppschen Nachrichtendienstes

BIBLIOGRAPHIE

# VIERTELJAHRSHEFTE FÜR ZEITGESCHICHTE

Im Auftrag des Instituts für Zeitgeschichte München herausgegeben

von HANS ROTHFELS, THEODOR ESCHENBURG und HELMUT KRAUSNICK

in Verbindung mit Theodor Schieder, Werner Conze, Karl Dietrich Erdmann,  
Paul Kluge, Walter Bußmann, Rudolf v. Albertini, Karl Dietrich Bracher,  
Dietrich Geyer, Hans Mommsen und Arnulf Baring

Schriftleitung: Martin Broszat, Thilo Vogelsang, Hermann Graml

Geschäftsführung: Hellmuth Auerbach

Anschrift: Institut für Zeitgeschichte, 8 München 19, Leonrodstraße 46 b

Tel. 0 89/18 00 26

## INHALTSVERZEICHNIS

### AUFSÄTZE

*Ino Arndt* /

*Wolfgang Scheffler* . . . Organisierter Massenmord an Juden in  
nationalsozialistischen Vernichtungslagern.  
Ein Beitrag zur Richtigstellung apolo-  
getischer Literatur . . . . . 105

*Walter Lipgens* . . . . Innerfranzösische Kritik an der  
Außenpolitik de Gaulles 1944–1946 . . . 136

### DOKUMENTATION

Die Entstehung des Kruppischen Nachrichtendienstes (*Wolfgang Benz*) 199

BIBLIOGRAPHIE . . . . . 109

*Diesem Heft liegen je ein Prospekt „Die Bibel“, der Omnia-Mikrofilm-Technik, Mün-  
chen und des Piper Verlages, München bei. Wir bitten um Beachtung.*

Verlag: Deutsche Verlags-Anstalt GmbH, Stuttgart 1, Neckarstr. 121, Tel. 2151-1.  
Preis des Einzelheftes DM 14.– = sfr. 16.80; die Bezugsgebühren für das Jahresabonne-  
ment (4 Hefte) DM 42.– = sfr. 50.40, zuzüglich Zustellgebühr. Für Studenten im  
Abonnement jährlich DM 34.–. Erscheinungsweise: Vierteljährlich. Für Abonnenten,  
die auch die „Schriftenreihe der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte“ im Abonnement  
beziehen (2 Bände im Jahr), beträgt der Abonnementspreis im Jahr DM 67.60; für Stu-  
denten DM 59.60 (zuzüglich Versandkosten). Bestellungen nehmen alle Buchhandlungen  
und der Verlag entgegen. Geschäftliche Mitteilungen sind nur an den Verlag zu richten.  
Nachdruck nur mit ausdrücklicher Genehmigung des Verlages gestattet.

Das Fotokopieren aus VIERTELJAHRSHEFTE FÜR ZEITGESCHICHTE ist nur mit Geneh-  
migung des Verlages gestattet. Sie gilt als erteilt, wenn jedes Fotokopierblatt mit einer 10-Pf-  
Wertmarke versehen wird, die von der Inkassostelle für Fotokopiergebühren, Frankfurt/M.,  
Großer Hirschgraben 17/19, zu beziehen ist. Sonstige Möglichkeiten ergeben sich aus dem Rahmen-  
abkommen zwischen dem Börsenverein des Deutschen Buchhandels und dem Bundesverband der  
Deutschen Industrie vom 14. 6. 1958. — Mit der Einsendung von Beiträgen überträgt der Verfasser  
dem Verlag auch das Recht, die Genehmigung zum Fotokopieren gemäß diesem Rahmenabkommen  
zu erteilen.

Druck: Georg Appl, Wemding/Schwaben

# VIERTELJAHRSHEFTE FÜR ZEITGESCHICHTE

24. Jahrgang 1976

Heft 2

INO ARNDT / WOLFGANG SCHEFFLER

## ORGANISierter MASSENmORD AN JUDEN IN NATIONALSOZIALISTISCHEN VERNICHTUNGSLAGERN

Ein Beitrag zur Richtigstellung apologetischer Literatur

### *Vorbemerkung der Schriftleitung*

Der folgende Beitrag beansprucht nicht, durchweg das Resultat originärer Erforschung bisher unbekannter Tatsachen zu sein. Durch ihn soll vielmehr auf der Basis wissenschaftlich gesicherter Erkenntnisse zusammenhängende Grundinformation gegeben werden über einen zentralen nationalsozialistischen Verbrechenkomplex, den die Verantwortlichen des Dritten Reiches selbst sorgsam abzuschirmen trachteten und dessen Spuren sie noch nachträglich systematisch zu beseitigen suchten: die Massenvergasung von Juden während des Zweiten Weltkrieges. Es muß angenommen werden, daß dieser Verbrechenkomplex, trotz der umfangreichen historischen und – vor allem – gerichtlichen Ermittlungen, die seiner Aufklärung dienten, und obwohl auf ihn innerhalb und außerhalb der Bundesrepublik so häufig Bezug genommen wird, sich auch heute noch im Halbdunkel sehr ungenauen Wissens befindet, wobei zuzugeben ist, daß sich die historische Detailaufhellung z. T. noch immer in einem fragmentarischen Zustand befindet. Dieser Mangel an gesichertem Wissen hat – wie schon in früheren Jahren – den Boden bereitet für mancherlei neuerdings wieder ins Kraut geschossene apologetische Tendenzliteratur und Agitation mehr oder weniger eindeutig rechtsextremistischer Provenienz, die die Existenz jener mit Vergasungsanlagen ausgestatteten Massentötungs-Stätten, die seit 1941/42 in den besetzten polnischen Gebieten errichtet und „in Betrieb“ genommen wurden, methodisch in Zweifel zu ziehen, wenn nicht überhaupt abzuleugnen sucht.

Die technisch-fabrikmäßige Tötung von wohl mindestens 3 Millionen jüdischen Menschen durch Gas in diesen Lagern (Chelmno, Sobibor, Belzec, Treblinka, Majdanek und Auschwitz-Birkenau) stellt innerhalb des Gesamtkomplexes der nationalsozialistischen Judenvernichtung den quantitativ größten Teilvorgang dar. Daneben fanden systematische Massenerschießungen von Juden statt, exekutiert vor allem durch die mobilen Einsatzgruppen und spätere stationäre Kommandos der Sicherheitspolizei sowie allgemeine Polizeieinheiten in den besetzten sowjeti-

schen Gebieten (die Zahl der jüdischen Opfer überschritt hier sicher die Millionen-grenze) und durch örtliche Einheiten der Sicherheitspolizei und der Polizei im Generalgouvernement. Als dritter Groß-Komplex der „Endlösung der Judenfrage“ kommt hinzu die zahlenmäßig besonders schwer abzuschätzende, aber hoch anzusetzende Zahl von Juden aus dem gesamten europäischen Machtbereich des NS-Regimes, die zwar nicht direkt getötet, aber mittelbar Opfer nationalsozialistischer Verfolgung wurden, weil sie in den Deportationstransporten, den Auffang- und Zwangsarbeitslagern, Zwangs-Ghettos (auch durch Epidemien) und noch in den letzten Kriegs-Monaten als Folge überstürzter Evakuierungen und zusammengebrochener Versorgung auf den Landstraßen, in Eisenbahnzügen oder in den überfüllten Konzentrationslagern des Altreiches massenweise dahinstarben.

Die Vernichtung durch Gas, obwohl nur ein Teilvorgang innerhalb dieses Gesamtkomplexes, symbolisiert wohl am schärfsten sowohl die perverse rassenideologische Ungeziefer-Vorstellung des Hitlerschen Antisemitismus wie den perfekten und mechanisch-kaltblütigen Charakter ihrer subalternen Durchführung: technischer Genozid ohne Pogromstimmung bei den Tätern, ohne unmittelbar motivierende und erregende religiöse, nationale oder soziale Feindschaftsgefühle, weder schlüssig herzuleiten aus dem ideologischen Haß-Komplex gegen den „jüdischen Bolschewismus“, noch aus jenem aus Angst, Aggression, Vergeltungsbedürfnis heillos gemischten Erregungszustand, der unter bestimmten Bedingungen in allen kriegführenden Armeen „Kriegsverbrechen“ auszulösen vermag. Dieser planmäßige Judenmord in den Gaskammern fällt aus den Vergleichs- und Aufrechnungsspekulationen heraus.

Hier liegt unverkennbar ein gewichtiger psychologischer Ausgangspunkt für diejenigen, die sich und anderen gegen die unerschütterliche Evidenz der Fakten einreden wollen, die Judenvergasung habe es gar nicht gegeben, sie ließe sich nicht einwandfrei beweisen, sie sei eine Erfindung der Siegermächte, gestützt auf erpreßte Schuldgeständnisse der vor Gericht gestellten Angeklagten aus den Reihen der SS, Ergebnis systematisch verbreiteter Lüge, mit dem Ziel, das deutsche Volk auf ewig zu belasten, der sich auch die durch „Umerziehung“ korrumpierte professionelle Geschichtswissenschaft ebenso wie die mit den Vernichtungslagern befaßte Strafrechtswissenschaft der Bundesrepublik angeschlossen habe. Die Pathologie solchen Amok-Laufes gegen die Wirklichkeit ist in der diesbezüglichen Broschüren-Literatur mit ihren bezeichnenden Titeln („Auf der Suche nach der Wahrheit“<sup>1</sup>, „Warum werden wir Deutschen belogen“<sup>2</sup>, „Hexeneinmaleins einer Lüge“<sup>3</sup>, „Die Auschwitz-Lüge“<sup>4</sup>) evident. Sie äußert sich in der Weigerung der betreffenden

<sup>1</sup> Reihentitel mehrerer von Heinz Roth seit 1970 in dessen Selbstverlag in Odenhausen/Lumda (bei Marburg) herausgegebenen Schriften.

<sup>2</sup> Titel einer von Heinz Roth 1973 im Refo-Druck u. Verlag H. F. Kathagen in Witten herausgebrachten Broschüre.

<sup>3</sup> Titel eines 1970 von Emil Aretz im Verlag Franz von Bebenburg in Pähl herausgegebenen Buches.

<sup>4</sup> Titel einer Schrift von Thies Christophersen, 1972 beim Kritik-Verlag in Mohrkirch (Postleitzahl 2341) erschienen. Der Herausgeber, Rechtsanwalt Manfred Röder, wurde am 23. Fe-

Autoren und ihrer Gläubigen, ihnen nicht passende historische Informationen überhaupt aufzunehmen und zu verarbeiten (hier hat das Institut für Zeitgeschichte vielfältige einschlägige Erfahrungen), in der armseligen Exklusivität, mit der die betreffenden Winkel-Autoren sich ständig gegenseitig selbst zitieren und aufeinander berufen (ein krasses Beispiel: Heinz Roths Zitat-Broschüren, wohl auch zur Absicherung gegen gerichtliches Vorgehen wegen falscher Tatsachenbehauptungen so kaschiert<sup>5</sup>); ebenso in der – freilich mit bewußtem propagandistischen Kalkül betriebenen Benutzung immer der gleichen falschen Argumente, nicht belegter vermeintlicher Gegen-Dokumente, denen durch solche Wiederholung Wirklichkeit verliehen werden soll<sup>6</sup>. Für die Machart der Argumente sei noch ein Beispiel angeführt aus der schon genannten Broschüre von Heinz Roth, das sich auf eine Aus-

bruar 1976 von einer Darmstädter Strafkammer wegen Volksverhetzung verurteilt (Frankfurter Allgemeine Zeitung Nr. 46, 24. Februar 1976, S. 3). Vgl. auch das Urteil des Richterdienstsenats des Oberlandesgerichts Hamburg vom 1. Juli 1975 (Az. RDS 1–47) in: Deutsche Richterzeitung, November 1975, S. 373.

<sup>5</sup> Ein, allerdings eingestelltes, Ermittlungsverfahren gegen Heinz Roth wegen der Beschuldigung der Volksverhetzung fand bei der Staatsanwaltschaft des Landgerichts Gießen 1973/74 statt.

<sup>6</sup> Ein Beispiel bildet die deutschsprachige Schrift von Alexander Scronn [wahrscheinlich Pseudonym], General Psychologus, Eine Studie der psychologischen Kriegführung gegen das Deutschtum, 1965 in Brasilien erschienen (als Verlag ist angegeben: Itatiaia Buchversand, Postanschrift Itatiaia E.F.D.B. Estado do Rio). Scronn schreibt auf Seite 42 dieser Schrift: „Mittlerweile hat sich die UNO mit der Frage der Kriegsverluste beschäftigt und zwar für alle Völker, die am Kriege teilnahmen. Diese Unterlagen hat das Canadian Anti-Defamation Comitee of Christian Laymen (Juristen) verwendet und festgestellt, daß zweihunderttausend Juden in den zwölf Jahren der Hitler-Regierung 1933–1945 gestorben sind, gleich welcher Todesart, also durch Tötung, Verurteilung, als Partisan oder Saboteur, erschossen, durch Bomben, die auch auf Lager fielen, oder durch sonstige Kriegseinwirkungen; aber auch durch natürlichen Tod, also Krankheit und Alter.“ Diese Todes-Verluste, so heißt es auf derselben Seite bei Scronn weiter, „beziehen sich auf eine jüdische europäische Gesamtbevölkerung von vier Millionen“. Ganz abgesehen davon, daß diese Angaben voller Unklarheiten und Fehler sind (die Zahl der europäischen Juden allein im territorialen Machtbereich der Achsenmächte nach dem Stande von 1941/42 bezifferte sich 1939 auf rund 9 Millionen), ist es bezeichnend, daß die „Feststellungen“ der UNO ebenso wenig wie die des „Canadian-Anti-Defamation Comitee“ durch irgendwelche näheren Angaben belegt und mithin Scronns Behauptungen jeder Nachprüfbarkeit entzogen sind. Eine Anfrage des Instituts für Zeitgeschichte [IfZ] bei Scronns Verlag in Brasilien blieb unbeantwortet. Gleichwohl wird diese apokryphe, jeglicher Glaubwürdigkeit schon auf den ersten Blick entbehrende Angabe (bei Scronn bleibt überhaupt unklar, ob er die angebliche Feststellung von 200 000 jüdischen Kriegstoten auf die UNO oder das „Canadian Anti-Defamation Comitee“ zurückführt) seit Jahren (meist kurz als „Feststellung der UNO“) in der deutschen apologetischen Tendenz-Literatur herumgereicht. So z. B. in der im Folgenden (Anm. 7) zitierten Broschüre von Heinz Roth auf der ersten Seite; ebenso in einem 1973 u. a. in Münchener Schulen verteilten Werbe- und Propaganda-Handzettel (offensichtlich aus dem Roth-Kreis stammend, herausgegeben vom MUT-Verlag, 3091 Asendorf, ein Exemplar im IfZ) in folgender apodiktischer Form: „Wußten Sie, daß die sicher beklagenswerten Verluste des jüdischen Volkes – nach Feststellungen der UNO, die keinen Grund hat, irgend ein Volk besonders in Schutz zu nehmen – zweihunderttausend betragen haben?“

kunft des Instituts für Zeitgeschichte bezieht und sie mit wenigen hurtigen Griffen in ihr Gegenteil verkehrt. Es heißt dort<sup>7</sup>:

„Das Institut für Zeitgeschichte, an das ich eine diesbezügliche Anfrage richtete, gab mir zur Antwort:

„... Was den Führerbefehl zur Ermordung der Juden betrifft ... , so ist ein solcher in schriftlicher Form nicht aufgefunden worden, jedoch ergibt sich aus vielen Zeugnissen, daß er mündlich erteilt worden sein muß‘.

Man nimmt also an, daß er ‚mündlich erteilt worden sein muß‘. Ein solcher Bescheid sagt meines Erachtens so gut wie gar nichts. Wenn eine staatliche Einrichtung wie das Institut für Zeitgeschichte zugeben muß, daß es in einer so wichtigen Angelegenheit keinen schriftlichen Befehl, sondern nur Vermutungen gibt, daß ‚er mündlich erteilt worden sein muß‘ (noch nicht einmal ‚ist‘), dürfte jeder Kommentar hierzu überflüssig sein.

Es ist also einwandfrei erwiesen, daß es keinen Befehl von höchster Stelle zur Vernichtung der Juden gegeben hat.“

Der französische Journalist Paul Rassinier hat schon vor über 15 Jahren das Muster solcher Apologie-Argumentation in seinen von rechtsgerichteten Verlagen in der Bundesrepublik vertriebenen „Enthüllungs“-Schriften geprägt<sup>8</sup>. Sieht man davon ab, daß auch die häufige Wiederholung von plumpen Erfindungen oder Entstellungen von der zuvor gezeigten Art bei einem in dieser Frage vielfach kenntnislosen, deshalb kaum kritikfähigen und leicht in Verwirrung zu bringenden Publikum ihre Wirkung zu tun vermag, so kam Rassinier und seinen Nachahmern zugute, daß sie sich auch auf einzelne tatsächlich unrichtige oder übertreibende (etwa im Nürnberger Prozeß vorgebrachte) Aussagen von ehemaligen Häftlingen oder Zeugen berufen konnten oder auf sonstige Ungereimtheiten, die in Presse und Literatur über die Judenvernichtung, die Konzentrationslager u. ä. irgendwann und irgendwo verlautbart worden waren. Auf der Basis solcher berechtigten Einzelkritik (etwa an Falschdarstellungen über die – gar nicht in Betrieb genommene – Gaskammer in Dachau oder an Widersprüchen in den Aussagen von Rudolf Höß über die Zahl der in Auschwitz vernichteten Juden, die längst bekannt,

Die Vertretung der Bundesrepublik Deutschland bei den Vereinten Nationen teilte dem Institut für Zeitgeschichte am 1. 8. 74 mit:

„Nach Kenntnis der Vertretung haben sich die Vereinten Nationen nicht mit der von Ihnen angeschnittenen Frage der Kriegsverluste befaßt. Dagegen hat der Unterausschuß zur Diskriminierungsverhütung und für den Minderheitenschutz der Vereinten Nationen mit Resolution 4 (XXVI) vom 19. September 1973 die Erstellung einer Studie über Völkermord (Genocide) beschlossen und mit ihrer Durchführung den Sonderberichterstatler Ruhashyankiko (Rwanda) beauftragt. ... Im übrigen bemerke ich, daß die von Ihnen in Ihrem abschriftlich übermittelten Schreiben vom 22. August 1973 an das Auswärtige Amt erwähnte Zahl von 200 000 jüdischen Opfern des NS-Regimes mit Sicherheit nicht auf Feststellungen der Vereinten Nationen beruht.“

<sup>7</sup> Heinz Roth, Warum werden wir Deutschen belogen?, Witten 1973, S. 40. Hervorhebung durch Verfasser.

<sup>8</sup> Zu nennen sind hier vor allem P. Rassinier, „Die Lüge des Odysseus“, und „Was nun Odysseus?“, beide im Priester-Verlag in Wiesbaden (1959 bzw. 1960) herausgegeben, und die im Druffel-Verlag (Leoni am Starnberger See) 1962 erschienene Schrift „Zum Fall Eichmann, Was ist Wahrheit? oder Die unbelehrbaren Sieger“.

von ihm selbst eingestanden und von der Zeitgeschichtsforschung natürlich berücksichtigt wurden<sup>9</sup>), wird dann methodisch der Eindruck zu erwecken versucht, als stehe die ganze Kenntnis der Massenvernichtung der Juden, quellenmäßig auf völlig unsicherem Boden.

Zu den Ursachen der Verwirrung trägt u. a. bei, daß die schon institutionell und zuständigkeitsmäßig innerhalb der SS und Sicherheitspolizei klar getrennten Komplexe „Konzentrationslager“ und „Judenvernichtung“ vielfach in der allgemeinen öffentlichen Erörterung nicht genügend unterschieden werden (zumal in Auschwitz tatsächlich eine Verbindung beider Komplexe gegeben war). So werden z. B. häufig die hohe Sterblichkeit von Häftlingen (auch von Juden) in den Konzentrationslagern und die besonderen vielfältigen Tötungsaktionen, die es in den Konzentrationslagern gegeben hat (Erschießung oder Ermordung von politischen Gegnern, sowjetischen Kommissaren, von Geiseln, kranken oder nicht mehr arbeitsfähigen Häftlingen, Tötung im Zusammenhang mit medizinischen Versuchen an Häftlingen u. a.), mit dem gesonderten institutionellen Vollzug der „Sonderbehandlung der Juden“<sup>10</sup> in Verbindung gebracht – was an sich leicht begreiflich ist –, auch z. B. hinsichtlich des Bestehens von Gaskammern. Wie schon bemerkt, haben Judenvernichtungen im institutionellen Sinne (Durchführung des Programms der „Endlösung“) mittels Vergasungsanlagen ausschließlich in den genannten Lagern in den besetzten polnischen Gebieten stattgefunden. Im allgemeinen gab es dagegen in den Konzentrationslagern zwar Krematorien (zur Verbrennung der im Krieg z. T. massenhaft gestorbenen oder der getöteten Häftlinge), aber keine Vergasungsanlagen. Wo dies im einzelnen doch der Fall war (Ravensbrück, Natzweiler, Mauthausen)<sup>11</sup>, dienten sie nicht der Judenvernichtung im Sinne des Programms der „Endlösung“. Sie sollten vielmehr den Tötungskommandos ihre „Arbeit“, die bislang durch Erschießungen, Phenol-Injektionen u. a. ausgeführt wurde, psychisch erleichtern. Die Verwechslung von Konzentrationslagern mit Vernichtungslagern war unmittelbar nach Kriegsende z. T. auch dadurch bedingt, daß in einzelnen Konzentrationslagern, wie z. B. in Bergen-Belsen, bei der Befreiung durch britische Truppen Tausende von Leichen jüdischer Häftlinge aufgefunden wurden, so daß der Eindruck entstehen konnte, es habe sich hier um eines der berühmtesten Vernichtungslager gehandelt. Tatsächlich entstammten viele der in den letzten Wochen vor Kriegsende in Bergen-Belsen<sup>12</sup> ebenso wie in den Außenlagern von Dachau

<sup>9</sup> Vgl. hierzu Rudolf Höß, Kommandant in Auschwitz, Stuttgart 1958, S. 162 f.

<sup>10</sup> Die zum Zwecke der Vernichtung deportierten Juden wurden überhaupt nicht Konzentrationslagerhäftlinge oder nur dann, wenn sie – wie z. T. in Auschwitz – von der Vernichtung vorläufig ausgenommen („selektiert“) und zur Arbeit als Häftlinge in die KL überstellt wurden.

<sup>11</sup> Vgl. hierzu u. a. die einschlägigen Aufsätze in: Studien zur Geschichte der Konzentrationslager, Schriftenreihe der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, Nr. 21, Stuttgart 1970; K.Z. Lager Natzweiler Struthof, herausgegeben von dem Comité National pour l'Erection et la Conservation d'un Mémorial de la Déportation au Struthof, 1966.

<sup>12</sup> Vgl. hierzu Eberhard Kolb, Bergen-Belsen, Geschichte des „Aufenthaltslagers“ 1943–1945, Hannover 1962.

umgekommenen Juden den rasch improvisierten Rückverlegungen und Evakuierungen von jüdischen Arbeitskräften aus noch bestehenden Ghettos, Arbeitslagern und Konzentrationslagern im Osten (Auschwitz), zu denen sich das Regime in der letzten Kriegsphase entschloß.

In der gesamten apologetischen Literatur werden in der Regel die Mengen von Zeugnissen über die Erschießungsaktionen der Einsatzgruppen mit der Fülle ihrer Zahlenangaben über die Ausmaße der einzelnen Aktionen ebenso verschwiegen wie die von Auschwitz und anderen Vernichtungslagern z. T. erhalten gebliebenen Lager-Dokumente und Listen mit ihren Angaben über Juden-Transporte und „Selektionen“ und die zahlreichen Unterlagen über die „Auflösung“ der Ghettos in Polen in den Jahren 1942/43 und den Abschub dieser Juden in die Vernichtungslager oder die Dokumente über die oft genau rekonstruierbaren Judendeportationen aus Deutschland, Frankreich, Holland, Belgien, Ungarn, Griechenland und anderen besetzten Ländern in den Jahren 1941–1944. Diese Dokumente und Zeugnisse, die teilweise schon in den großen Darstellungen von Reitlinger und Hilberg erwähnt wurden<sup>18</sup>, sind später im Eichmann-Prozeß und nicht zuletzt in den großen Prozessen gegen Lager-Funktionäre in den Vernichtungslagern Auschwitz, Chelmino, Sobibor, Treblinka und Belzec vor Gerichten in der Bundesrepublik erneut kritisch gewertet und durch weitere Feststellungen und Ermittlungsergebnisse ergänzt worden.

Angesichts dessen muß die Leugnung der Massenvernichtung der Juden durch die genannten Autoren und ihre sich auch im Ausland verzweigenden Agitationszirkel geradezu gespenstisch erscheinen. Oft wirksamer als über den Buchmarkt operieren sie durch Flugzettel, die „graue Literatur“ sogenannter Aufklärungsschriften – seit einiger Zeit auch durch eine „Deutsche Bürgerinitiative“ – und offenbar in der „Provinz“ mehr als in den Großstädten. Es hängt aber wohl nicht nur mit dem propagandistischen Aufwand, sondern auch mit der immer noch vorhandenen psychologischen Sperre gegenüber diesem Verbrechenskomplex zusammen, wenn Bürger und nicht wenige Akademiker der Bundesrepublik, z. B. in Schreiben an das Institut für Zeitgeschichte von dieser Propaganda induzierte Fragen stellen, die erkennen lassen, wie gering die gesicherte Kenntnis auf diesem Gebiet ist und in welchem Maße man noch ernstlich zweifelt, ob es das alles – die Judenvernichtung – überhaupt gegeben habe.

Zur Veranschaulichung sei aus einigen solchen Anfragen an das Institut zitiert:

Ein Fritz J. aus Freudenstein (7131) fragt am 7. 1. 73: „Aus den Veröffentlichungen der Autoren Heinz Roth und Paul Rassinier ist u. a. folgendes zu entnehmen

<sup>18</sup> Gerald Reitlinger, *Die Endlösung, Hitlers Versuch der Ausrottung der Juden Europas 1939 bis 1945*, Berlin 1956 (1. Aufl.), 1961 (4. verb. Aufl.); Raul Hilberg, *The Destruction of the European Jews*, Chicago 1961. Hinzuweisen ist auch auf eine Reihe regionaler Studien, von denen als Beispiel die von Paul Sauer herausgegebene Dokumentation über die Verfolgung der jüdischen Bürger in Baden-Württemberg durch das nationalsozialistische Regime 1933 bis 1945, 4 Bde, Stuttgart 1966 ff. (Veröffentlichung der staatlichen Archivverwaltung Baden-Württemberg Bd. 16, 17, 20 und Beiband 20) genannt sei.



1. Die UNO stellt fest, daß die Verluste der jüdischen Bevölkerung in den Jahren 1939 bis 1945 200 000 Personen betragen.
  2. Die KL auf reichsdeutschem Boden hatten keine Gaskammern.
  3. In Dachau wurden nach dem Kriege (1945) auf Anordnung der Amerikaner durch gefangene SS-Leute Gaskammern ausgebaut . . .
- Ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie zu diesen Punkten Stellung nehmen könnten . . .“.

Unter Bezug auf Schriften von H. Roth und die angebliche UNO-Feststellung über nur 200 000 jüdische Todesopfer während des Krieges (vgl. oben Anm. 7) fragt Dr. N. aus Gelnhausen am 29. 3. 73: „Als Vater von drei schulpflichtigen Kindern fühle ich mich verpflichtet, mich mit dem Wahrheitsgehalt beider Nachrichten auseinanderzusetzen und wäre Ihnen dankbar, wenn Sie mir bei der Wahrheitsfindung helfen würden.“

Am 22. 8. 73 fragt Pfarrer B. aus Helmstedt: „Wie kommt es, daß in den meisten Geschichtsbüchern und deutschen Lexica mit einer Zahl von 5-6 Millionen durch die Nazis umgebrachte Juden gerechnet wird, wohingegen die UNO nur mit 200 000 im letzten Krieg getöteten Juden rechnet?“

Der Filialleiter H. aus Augsburg schreibt am 25. 10. 73: „Ein gewisser Herr Heinz Roth, dessen Bücher Ihnen möglicherweise bekannt sind, hat mir unaufgefordert die beiliegenden Schriften zugesandt . . . Gab es in Auschwitz Gaskammern und wieviele? Wodurch ist bewiesen, daß diese nicht etwa nachträglich eingebaut wurden . . .?“

Herr E. aus Weiden fragt am 30. 1. 74: „Ein Bekannter von mir ist kürzlich in den Besitz einer Broschüre ‚Deutsche Bürgerinitiative‘ gekommen, die den Titel ‚Die Auschwitz-Lüge‘ trägt. Im wesentlichen geht es dabei um die Gaskammern zur Judenvernichtung . . .“.

Herr B. aus Neumünster schreibt am 15. 3. 74: „Ich bitte um Auskunft, ob in Bergen-Belsen Gasöfen [sic!] gebaut wurden und in der NS-Zeit Menschen darin vergast worden sind?“

Major a. D. F. aus München teilt am 20. 2. 74 mit, einer seiner Freunde, „ein ehemaliger Lehrer am Goethe-Institut“ habe ihm das beiliegende, von Heinz Roth stammende Flugblatt geschickt, das, wie er mitteilte, „in der Bahn verteilt wurde“. Der Lehrer F. aus Gütersloh fragt am 20. 8. 74: „Ich unterrichte Geschichte . . . In einer Unterprima kursiert dort ein Heft von Heinz Roth . . . Mich interessiert vor allem, wie es mit der angeblichen Erklärung der UNO aussieht . . .“.

Der Bundesbahndirektor a. D. W. schreibt am 27. 10. 74: „In letzter Zeit kommen mir immer wieder Veröffentlichungen vor Augen, die Art und Ausmaß der Judenvernichtung wenigstens infrage stellen, meist aber in einer Weise darstellen . . ., daß 1. die allgemeine Schätzung von 6 000 000 durch das ‚Dritte Reich‘ vernichteter [Juden] weit übertrieben ist, 2. es regelrechte Gaskammern, z. B. in Auschwitz, nie gegeben habe . . .“.

Nicht das wahrscheinlich hoffnungslose Bemühen, festgelegte Apologeten – ihre durchschaubaren Fangfragen sind hier auch nicht zitiert worden – eines Besseren belehren zu wollen, leitet diesen Beitrag, sondern die Erfahrung mit den meist auf richtig gemeinten Anfragen, die vorstehend auswahlweise wiedergegeben wurden. Der Beitrag wurde im Auftrag des Instituts für Zeitgeschichte von Frau Dr. Arndt, die sich in diesem Institut seit Jahren mit einschlägigen Anfragen und Gutachten zu befassen hat, geschrieben. Herr Dr. Scheffler (Berlin) wurde gebeten, sie mit kritischem Rat und ergänzenden Informationen zu unterstützen.

Daraus erklärt sich die Doppelautorschaft. Der Artikel kann auch als Sonderdruck einzeln beim Institut für Zeitgeschichte bezogen werden. Für den Tatbestand der Menschenvernichtung durch Vergasungsanlagen und vor allem die großen Juden-Vernichtungslager in den besetzten polnischen Gebieten legt er die wichtigsten Fakten und Zusammenhänge dar. Er stützt sich dabei auch auf die Ergebnisse gerichtlicher Untersuchungen und Verfahren, die die Kenntnis dieser Vorgänge unter kritischer Verwendung sämtlicher einschlägiger Dokumente erheblich bereichert haben. Oft wegen ihrer vorsichtigen, im Zweifelsfalle für den Angeklagten oder für Nichtbeweisbarkeit plädierenden Urteile gescholten, hat die Justiz in der Bundesrepublik gerade im Bereich der Vernichtungslager mit ihrem umfangreichen, viele Jahre lang tätigen Ermittlungsapparat zur Aufklärung dieses nationalsozialistischen Verbrechenkomplexes vielfach mehr geleistet als es den Historikern möglich gewesen wäre. Es steht zu erwarten, daß sie die Hunderte von Seiten der Urteilsbegründungen, in denen sie die Verhältnisse in Chelmno, Sobibor, Belzec und Treblinka aufzeichnete, in absehbarer Zeit in der Form einer von der Zentralen Stelle der Landesjustizverwaltungen besorgten Edition auch der breiten Öffentlichkeit zugänglich machen wird. Die Nichtigkeit der apologetischen Tendenz-Literatur, von der hier die Rede war, wird sich dann vollends erweisen.

*Martin Broszat*

Die Methode für die spätere Massenvernichtung der Juden durch Gas, die neben den Massenerschießungen (wie sie auf dem besetzten sowjetischen Territorium in großem Umfang von den Einsatzkommandos der Sicherheitspolizei und des SD bzw. durch Einheiten von SS und Polizei im Generalgouvernement, vornehmlich anlässlich der Ghettoräumungsaktionen, vorgenommen wurden) seit 1942 zunehmend zur Anwendung kam, war seit Anfang 1940 während der als „Aktion T 4“<sup>14</sup> bekannten Tötung erwachsener Anstaltspfleglinge erprobt worden. Bei diesen unzutreffend als Euthanasie bezeichneten Tötungen (es handelte sich nicht um Sterbehilfe, sondern um Lebensvernichtung oder – in der nationalsozialistischen Terminologie<sup>15</sup> – um „Vernichtung lebensunwerten Lebens“) verlegte man die Insassen aus ihren ursprünglichen Anstalten in besonders dafür eingerichtete Tötungsanstalten und brachte sie dort in einer als Dushraum, anfänglich auch als Inhalationsraum getarnten Vergasungsanlage durch einströmendes Kohlenmonoxyd (CO)

<sup>14</sup> Benannt nach dem Sitz der „Zentraldienststelle“ in der Tiergartenstraße 4, die der Kanzlei des Führers direkt unterstellt und für die verwaltungsmäßige und technische Durchführung der Aktion eingerichtet worden war. Vgl. auch Nürnbg. Dok. NO-426; ferner Peter Brokmeier, Die Vorstufe der Endlösung, in: Gewerkschaftliche Monatshefte 21 (1970), S. 28–37.

<sup>15</sup> Vgl. Klaus Dörner, Nationalsozialismus und Lebensvernichtung, in dieser Zeitschrift 15 (1967), S. 121–152.

um. Nach 1945 angestellten gerichtlichen Ermittlungen<sup>16</sup> zufolge hatten die Gaskammern in den sechs Tötungsanstalten (Grafeneck/Württ., Hadamar bei Limburg, Brandenburg/Havel, Bernburg/Saale, Hartheim b. Linz und Sonnenstein b. Pirna) etwa Zimmergröße (ca. 15 m<sup>2</sup> Grundfläche, 2,50–3 m Höhe), waren bis zur Höhe von 1,80 m gekachelt, mit Bänken ausgestattet, mit luftdichten Türen verschlossen und mit Brauseattrappen an der Decke und/oder 10 cm oberhalb des Fußbodens verlaufenden Leitungsrohren versehen, die in einen Vorraum führten. Innerhalb des Vergasungsraums waren die Leitungen angebohrt. Aus dem Vorraum ließ der Tötungsarzt das CO aus Stahlflaschen in die Leitungen und beobachtete durch ein kleines Fenster den etwa 20 Minuten dauernden Vergasungsvorgang. Sogenannte Desinfektoren lüfteten den Gasraum durch Absaugen des CO und durch Zufuhr von Frischluft. Nach ungefähr 45 Minuten wurden die Gaskammern geöffnet und die Leichen auf Spezialtragbahnen in die mit Koks oder Rohöl beheizten, stationären oder fahrbaren Verbrennungsöfen befördert<sup>17</sup>.

Trotz sorgfältiger Geheimhaltung und Tarnung (die Aktion lief als „Geheime Reichssache“ unter der höchsten Geheimhaltungsstufe, die Anstalten waren abgesperrt und bewacht, hatten eigene Standesämter, das Personal – Ärzte, Pfleger, ferner zumeist aufgrund zufälliger Empfehlungen dienstverpflichtete Personen, nur zum Teil Angehörige von SS und Polizei – war kaserniert und unter schwerer Strafandrohung zur Verschwiegenheit verpflichtet, die Benachrichtigung der Angehörigen enthielt fiktive Todesursachen usw.) wurde bekannt, was in diesen Anstalten vor sich ging. Proteste von Vertretern beider Konfessionen und von Anstaltsleitern, Anzeigen von betroffenen Familienangehörigen bei den Staatsanwaltschaften, gehäufte Todesanzeigen in den Tageszeitungen und sich verstärkende Gerüchtebildung usw. führten, zwei Jahre nach Beginn der Vorbereitungen auf eine mündliche Weisung Hitlers im August 1941 zur offiziellen Beendigung der Aktion in den Tötungsanstalten, der zwischen 80 000 und 100 000 Menschen zum Opfer gefallen sind.

Betroffen von „T 4“ waren auch etwa 1000 jüdische Pflegelinge und außerdem bestimmte Insassen von Konzentrationslagern (Geisteskranke, Invaliden und an-

<sup>16</sup> Vgl. hierzu die zahlreichen rechtskräftigen Urteile deutscher Schwurgerichte in: Justiz und NS-Verbrechen, Sammlung deutscher Strafurteile wegen nationalsozialistischer Tötungsverbrechen 1945–1966, bearbeitet von A. L. Rüter-Ehlermann und C. F. Rüter (Universität Amsterdam), Band I–XIII, Amsterdam 1968–1975; aus der zahlreichen Literatur: Alice Platen-Hallermund, Die Tötung Geisteskranker in Deutschland, Frankfurt/M. 1948; Alexander Mitscherlich, Medizin ohne Menschlichkeit, Frankfurt/M. (Fischerbücherei) 1960; Helmut Ehrhard, Euthanasie und Vernichtung „lebensunwerten“ Lebens, Stuttgart 1961; Gerhard Schmidt, Selektion in der Heilanstalt 1939–1945, Stuttgart 1965; Lothar Gruchmann, Euthanasie und Justiz im Dritten Reich, in dieser Zeitschrift 20 (1972), S. 235 ff.

<sup>17</sup> Die vorbereitenden Versuche wurden in der Anstalt Brandenburg/Havel vorgenommen. An ihnen war bereits u. a. der spätere Inspekteur des „Einsatzes Reinhard“ und erste Kommandant des Vernichtungslagers Belzec, Christian Wirth, beteiligt. An der Wahl der Tötungsart usw. war neben der Kanzlei des Führers u. a. auch das Kriminaltechnische Institut (KTI) des Reichskriminalpolizeiamtes (RKPA) beteiligt.

dere unerwünschte Häftlinge, z. B. Juden, sogenannte Berufsverbrecher, Polen, Tschechen), in denen man die Aktion fortsetzte, nachdem sie in den obengenannten Anstalten schon eingestellt war. Die Tötung „lebensunwerter“ oder besonders unerwünschter KL-Häftlinge erfolgte parallel in einer besonderen Aktion unter dem Decknamen „14 f 13“ in allen damals bestehenden Konzentrationslagern, dauerte über den Stop der Vernichtungsaktion in den genannten sechs Anstalten hinaus bis (wenigstens) April 1943 und kostete ungefähr 20 000 Häftlingen das Leben<sup>18</sup>.

Die erfolgreiche Erprobung der Menschenvernichtung durch Kohlenmonoxyd und die dabei gewonnenen „Erfahrungen“ des Bedienungspersonals im Umgang mit der Technik des Vernichtungsapparates bildeten die unmittelbare Vorgeschichte und eine wesentliche Voraussetzung der bald nach Beendigung der „Aktion T 4“ außerhalb des Altreichs in den besetzten Gebieten im Osten einsetzenden Tötungen unvergleichbar größeren Umfangs (für die die schon erwähnte Bezeichnung Massenvernichtung üblich geworden ist), insbesondere der „Endlösung der Judenfrage“, wie sie in den Gaskammern der Vernichtungslager und in den von den Einsatzgruppen der Sicherheitspolizei und des SD verwendeten Gaswagen durchgeführt wurde. Die Tätigkeit der Einsatzgruppen und -kommandos<sup>19</sup> ist an dieser Stelle wegen der Verwendung jener – „Spezial-“, „S-“ oder auch „G-Wagen“ genannten – mobilen Vernichtungsmaschinerie zu erwähnen, die nach demselben Prinzip wie die Gaskammern funktionierte und deren Einsatz einem doppelten Zweck dienen sollte: einmal erhoffte man eine Beschleunigung der Massentötungen und zum anderen erwartete man eine Entlastung für das exekutierende SS- und Polizeipersonal von dem extremen psychischen Druck, der sich aus den Massenerschießungen von Frauen und Kindern am Rande schon vorbereiteter Massengräber nachweislich ergeben und unliebsam bemerkbar gemacht hatte. Beide Erwartungen erfüllten sich im übrigen zum größten Teil nicht.

Diese Gaswagen, im Auftrag des Referats Kraftfahrwesen (II D 3a) des RSHA von einer Fahrzeugfirma montiert, waren luftdicht verschließbare, mit Zinkblech ausgeschlagene Kastenaufbauten (Höhe 1,70, Länge 5,80 m) auf LKW-Fahrge-

<sup>18</sup> Vgl. dazu vor allem H. G. Adler, *Der verwaltete Mensch, Studien zur Deportation der Juden aus Deutschland*, Tübingen 1974, S. 245–248; Martin Broszat, *Konzentrationslager*, in: *Anatomie des SS-Staates*, Bd. II, Olten u. Freiburg/Br. 1965, S. 125; Helmut Krausnick, *Judenverfolgung*, ebenda, S. 407 ff.; Nürnberg. Dok. PS-1151, NO-1007; Hermann Langbein, *... wir haben es getan*, Wien 1964, S. 17 ff. „14 f 13“ war ein Aktenzeichen der Dienststelle des Inspektors der Konzentrationslager beim RFSS bzw. (ab März 1942) des WVHA, Amtsgruppe D; „14 f“ war im Aktenplan für die Konzentrationslager die Bezeichnung für „Todesfälle von Häftlingen“, Bundesarchiv Koblenz (künftig: BA), NS 19/1829.

<sup>19</sup> Vgl. dazu allgemein: Krausnick, a. a. O. (Anm. 17), S. 360–380; Andreas Hillgruber, *Die „Endlösung“ und das deutsche Ostimperium als Kernstück des rassenideologischen Programms des Nationalsozialismus*, in dieser Zeitschrift 20 (1972), S. 133–135; Alfred Streim, *Zum Beispiel: Die Verbrechen der Einsatzgruppen in der Sowjetunion*, in: *NS-Prozesse, Nach 25 Jahren Strafverfolgung: Möglichkeiten – Grenzen – Ergebnisse*, hrsg. von Adalbert Rückerl, 2. erg. Aufl., Karlsruhe 1972, S. 65–106.

stellen, in die durch einen Verbindungsschlauch Motorabgase eingelassen wurden. Das Ladegewicht betrug 4500 kg, das „Ladegut“ bestand aus 40–60 (oder mehr) Juden, die man unter dem Vorwand einer „Umsiedlung“ o. ä. in diese Wagen einsteigen ließ und sie durch das im Motorabgas enthaltene Kohlenoxyd erstickte<sup>20</sup>. Die Vergasung dauerte ca. 15 Minuten und erfolgte teils am Verladungsort, teils bei abseits gelegenen, vorbereiteten Gruben, in die die Leichen geworfen wurden oder auf der Fahrt dorthin.

Aufgrund erhalten gebliebener Dokumente<sup>21</sup> steht fest, daß (insgesamt vermutlich 30) Gaswagen seit Dezember 1941 von den vier Einsatzgruppen (A, B, C und D) in der Sowjetunion und seit Februar 1942 vom BdS in Serbien zur Räumung des Judenlagers Semlin in Jugoslawien benutzt worden sind<sup>22</sup>.

<sup>20</sup> Vgl. hierzu das rechtskräftige Urteil des Schwurgerichts bei dem Landgericht Hannover vom 6. Juni 1966 – Az. 28a 2/65, 2 Ks 2/65 – gegen ehemalige Angehörige des Amtes D II (Kraftfahrwesen) des RSHA (IfZ Archiv Sign. Gh 05.11). Wenn im folgenden auf Urteile in NSG-Verfahren verwiesen wird, sollte man sich immer des Unterschiedes juristischer und historischer Begriffswelt und Betrachtungsweise bewußt sein. Die gerichtlichen Untersuchungen können in bestimmten Fällen unsere Kenntnisse wesentlich erweitern, da der den Justizbehörden zur Verfügung stehende Apparat und die gesetzlichen Voraussetzungen ganz andere Untersuchungsmöglichkeiten bieten, als diejenigen Arbeitsmittel, die dem Historiker zur Verfügung stehen. Andererseits kann die personen- und tatbezogene Untersuchung der Justiz die historische Forschung nicht ersetzen, da sie zumeist punktuell und mit anderen Zielvorstellungen vorgeht und viele, für den Historiker unabdingbare Faktoren, unberücksichtigt lassen kann und muß. Dies gilt insbesondere für allgemeine Betrachtungen in Urteilen, wie auch für die Tatsache, daß verstorbene Personen zumeist nicht in den Rahmen gerichtlicher Untersuchungen mit einbezogen werden. Außerdem muß darauf verwiesen werden, daß ein Urteil nur die zur Urteilsbegründung unbedingt notwendigen Betrachtungen enthält, während andere, manchmal historisch höchst wichtige Faktoren, die auch im Verfahren erörtert wurden, für die Urteilsfindung aber unwichtig sind, keine Erwähnung im Urteilstext erfahren. So sind viele historisch wichtige mündliche Aussagen in den einzelnen Verfahren zu großen Teilen für immer verloren, zumal es leider eine systematische Prozeßbeobachtung zu keinem Zeitpunkt gegeben hat. Der Historiker muß im Einzelfall entscheiden, was aus den einzelnen Urteilstexten überprüfbar und differenzierbar übernommen werden kann und was nicht. Verantwortliche Geschichtsschreibung allein aufgrund von Gerichtsurteilen ist nicht möglich.

<sup>21</sup> Nürnberg. Dok. PS-501 (abgedruckt in: Der Prozeß gegen die Hauptkriegsverbrecher vor dem Internationalen Militärgerichtshof Nürnberg 14. November 1945 – 1. Oktober 1946, Nürnberg 1949, [künftig zit.: IMT], Bd. XXVI, S. 102–110), s. a. NS-Prozesse, a. a. O., S. 75 ff. u. Dokumentenanhang.

<sup>22</sup> Der Chef des Verwaltungsstabes beim Militärbefehlshaber in Serbien, SS-Gruppenführer Dr. Harald Turner schrieb am 11. April 1942 an den Chef des Persönlichen Stabes beim RFSS, SS-Obergruppenführer Wolff: „... Schon vor Monaten habe ich alles an Juden im hiesigen Lande greifbare erschießen und sämtliche Judenfrauen und -Kinder in einem Lager konzentrieren lassen und zugleich mit Hilfe des SD einen ‚Entlausungswagen‘ angeschafft, der nun in etwa 14 Tagen bis 4 Wochen auch die Räumung des Lagers endgültig durchgeführt haben wird...“ (Kopie im IfZ). Am 8. Juni 1942 gab es laut Vortrag des Befehlshabers der Sicherheitspolizei und des SD in Serbien, SS-Obersturmbannführer Dr. Schäfer, anlässlich eines Besuches des Oberbefehlshabers Südost, General Kuntze, in Serbien „keine Judenfrage mehr“ (Nürnberg. Dok. NOKW-926).

Über die „Leistungsfähigkeit“ dieser Wagen gibt ein in mehrfacher Hinsicht aufschlußreicher (wie der gesamte Vorgang als „Geheime Reichssache“ deklarerter) Aktenvermerk des Referats II D 3 des RSHA vom 5. Juni 1942<sup>23</sup> Aufschluß: In knapp 6 Monaten haben „drei eingesetzte Wagen 97 000 verarbeitet“ (die nähere Bezeichnung, daß es sich um „Juden“ handelte, ist naheliegenderweise aus Tarnungsgründen unterblieben), „ohne daß Mängel an den Fahrzeugen auftraten“.

Diese seit Dezember 1941 benutzten Wagen lieferten die Tötungsmaschinerie des ersten Vernichtungslagers, das Ende 1941 in dem Dorf Chelmino am Ner<sup>24</sup> (deutsch: Kulmhof), im damaligen Warthegau, eingerichtet wurde. Das „Sonderkommando Lange“, unter Leitung des Kriminalkommissars Herbert Lange, das sich bei der als „Evakuierung“ bezeichneten Ermordung von über 1500 Geisteskranken im Durchgangslager Soldau/Ostprien in der Zeit vom 21. 5. bis 8. 6. 1940 schon einschlägig bewährt hatte<sup>25</sup> und dem HSSPF in Posen für „besondere Aufgaben“ unterstellt war, bezog im Oktober oder November 1941 das am Flußufer gelegene („Schloß“ genannte) Herrenhaus einer ehemaligen polnischen Domäne, beschlagnahmte die öffentlichen Gebäude des Dorfes und einige von Polen bewohnte Häuser<sup>26</sup>. Der Schloßbezirk wurde an den zum Dorf hin offenen drei Seiten mit einem

<sup>23</sup> Eichmann-Prozeß, Beweisdokument Nr. 1443, abgedruckt in NS-Prozesse a. a. O., Dokumentenanhang.

<sup>24</sup> Chelmino liegt etwa auf halber Strecke zwischen Warthbrücken und Dabie Kolskie (vgl. Deutsche Heereskarte, 1:500 000, Blatt Q 53).

<sup>25</sup> Korrespondenz zwischen dem HSSPF im Wehrkreis XXI (Posen) und OGruf. Wolff vom Persönlichen Stab des RFSS vom 18. 10. 1940 bis 22. 4. 1941 (Mikrofilm IfZ Archiv Sign. MA-325/8833-39). Ähnliche Aufgaben hatte der „SS-Wachsturmbann Eimann“ schon von Oktober bis Dezember 1939 gelöst: In pommerschen Irrenanstalten 1400 und in der Irrenanstalt Konradstein ca. 2000 „unheilbar Geisteskranke beseitigt“ (Nürnbg. Dok. NO-2275). Es wird meistens übersehen, daß sämtliche bei der „Endlösung der Judenfrage“ praktizierten Tötungsarten – Vergasung, Massenerschießungen, Einzeltötungen – bereits anlässlich der Ermordung der angeblich Geisteskranken praktiziert worden waren. Die Entstehungsgeschichte der „Endlösung“ wird von Wolfgang Scheffler im Rahmen einer grundsätzlichen Untersuchung der Judenansrottungspolitik des Nationalsozialismus im Zusammenhang mit einem Forschungsprojekt des Columbus Centre der University of Sussex bearbeitet.

Zu den Vorgängen in Soldau vgl. Nürnbg. Dok. NO-1069-1076. Historisch ungeklärt blieb bisher die Frage, ob Gaswagen nicht bereits im Rahmen der Räumung westpreußischer Pflegeanstalten 1940 im Einsatz waren. Verschiedene Hinweise deuten an, daß diese damals als „Kaisers Kaffeegeschäft(s) Wagen“ getarnt verwandt wurden.

<sup>26</sup> Vgl. hierzu die rechtskräftigen Urteile des Schwurgerichts beim Landgericht Bonn vom 30. März 1963 – Az. 8 Ks 3/62; Revision BGH Urteil vom 25. November 1964 – Az. 2 Str 71/64; Urteil Landgericht Bonn vom 23. Juli 1965, Schwurgericht beim Landgericht Hannover vom 18. November 1963 – Az. 2 Ks 1/63, 28a 12/62 –, Schwurgericht beim Landgericht Kiel vom 26. November 1965 – Az. 2 Ks 1/65, I 77/65 gegen ehemalige Angehörige des deutschen Lagerpersonals (IfZ Archiv Sign. Gh 09.05/2, Gb 05.14, Gk 05.07) und nach Marian Muszkat, Polish Charges against German War Criminals, Warschau 1948; Władysław Bednarz, Extermination Camp at Chelmino, in: German Crimes in Poland, Bd. I, Warschau 1946, S. 109 ff.

hohen Bretterzaun, zur Flußseite hin mit einem Maschendrahtzaun abgeschlossen und war nur durch ein ständig bewachtes Tor zugänglich. Am Ende eines langen, ins Freie führenden Kellergangs errichtete man eine ansteigende Holzrampe, die beiderseits mit Sichtblenden versehen war und in eine ca. 4 m breite Öffnung mündete, d. h. so breit war, wie Rückwand (2 m) und geöffnete Flügeltüren eines Gaswagens.

Etwa 5 km nordwestlich von Chelmno entstand in einem größeren Waldgelände, durch das die Straße und die Bahnlinie führten, das sogenannte Waldlager: das gänzlich eingezäunte Jagen 77, in dem mehrere Meter tiefe und unterschiedlich große Gruben ausgebaggert wurden.

Den etwa Anfang Dezember 1941 beginnenden Vernichtungsaktionen in Chelmno fielen als erste die Juden der näheren Umgebung zum Opfer (z. B. aus Dabie, Sompolno und Kolo). Den auf LKWs antransportierten Juden wurde im Schloß erklärt, sie kämen zum Arbeitseinsatz nach Deutschland, vorher jedoch müsse gebadet und die Kleidung desinfiziert werden. In einem Auskleideraum registrierte man pro forma ihre Wertsachen, die zusammen mit der Kleidung und dem Gepäck an die Ghettoverwaltung Lodz geschickt wurden<sup>27</sup> und führte die unbekleideten Juden dann unter Bewachung in den am Ende des Kellergangs an die Rampe herangefahrenen Gaswagen, schloß die Wagentüren, verband Auspuff mit dem Zuführungsschlauch zum Wageninneren und ließ den Motor laufen. Nach ca. 15 Minuten wurde der Schlauch abgekoppelt, der Gaswagen zum Waldlager gefahren und dort von einem jüdischen Arbeitskommando („Waldkommando“ genannt) entladen, das die Leichen nach versteckten Wertsachen untersuchen und sie dann in die ausgebaggerten Massengräber legen mußte (seit Frühjahr 1942 benutzte man Verbrennungsöfen). Während des Vergasungsvorgangs nur betäubte Juden erschöß man im Waldlager. Nach oberflächlicher Säuberung des Wageninneren von Blut und Exkrementen durch das „Waldkommando“ fuhr der Gaswagen zum Schloß zurück, wo das jüdische „Schloßkommando“ inzwischen Kleidung und Gepäck der gerade Getöteten weggeräumt hatte, und „verarbeitete“ die nächste Gruppe.

Von Mitte Januar bis Mitte Mai 1942 und ab September 1942 war Chelmno Transportziel der im Ghetto Lodz – zumeist als nicht arbeitsfähig – selektierten Juden (darunter viele der im Oktober 1941 aus dem Reichsgebiet deportierten Personen), dazwischen kamen weitere Transporte aus den Landkreisen des Wartheaus. Sie nahmen gegen Ende 1942 ab und hörten im Frühjahr 1943 auf. Ende März 1943 löste man das Lager auf, erschöß die Mitglieder des jüdischen Arbeits-

<sup>27</sup> Vgl. Faschismus–Getto–Massenmord, Dokumentation über Ausrottung und Widerstand der Juden in Polen während des Zweiten Weltkrieges, hrsg. vom Jüdischen Historischen Institut Warschau, 2. Aufl. 1961, Dokument 304 und 307; bis Ende Mai 1942 waren 370 Waggons mit Kleidung gesammelt worden; Dokumenty i Materialy, Bd. III, Getto Łódzkie, Warschau 1946; D. Dabrowska, Zagłada skupisk Żydowskich w „Kraju Warty“ w okresie okupacji hitlerowskiej, in: Biuletyn Żydowskiego Instytutu Historycznego w Polsce, Warschau 1955, Nr. 13–14, S. 122 ff.

kommandos, sprengte das Schloß und beseitigte die Spuren des Vernichtungslagers. Dazu gehörten auch Exhumierung und Verbrennung der vergrabenen Leichen durch das Sonderkommando 1005, das 1942/1943 eingesetzt worden war und seinen Spezialauftrag – die Beseitigung der Spuren von Massengräbern in den besetzten Ostgebieten – in Chelumno begonnen hatte<sup>28</sup>. Die Angehörigen des Sonderkommandos Kulmhof, dessen Leitung im März 1942 an SS-Hauptsturmführer (Hstf.) Hans Bothmann übergegangen war, kamen nach Beendigung ihrer Tätigkeit – dekoriert mit dem Kriegsverdienstkreuz – fast geschlossen zum Einsatz bei der Waffen-SS-Division „Prinz Eugen“ nach Jugoslawien, wurden von da aus jedoch schon ein Jahr später nach Chelumno zurückversetzt, um bei der zwischen Himmler und Greiser vereinbarten „Verringerung“<sup>29</sup> und anschließenden Auflösung des Ghettos Lodz mitzuwirken, die vom 23. Juni bis 14. Juli 1944 dauerte und ähnlich wie die vorausgegangene Aktion, d. h. unter Verwendung von Gaswagen, verlief (seit August 1944 wurden Ghettoinsassen von Lodz nach Auschwitz deportiert). Das Sonderkommando war danach bis Anfang 1945 neuerlich mit der Spurenbeseitigung beschäftigt: Im Oktober/November 1944 erschöß es einen Teil der jüdischen Arbeitshäftlinge; Mitte Januar 1945 ging man daran, die restlichen Geheimnisträger zu beseitigen. Während dieser Aktion versuchten einige Juden eine Gegenwehr, dabei gelang zwei von ihnen die Flucht. Sie haben den Krieg überlebt und in einem Prozeß gegen Mitglieder des Lagerpersonals ausgesagt.

Das Schwurgericht in Bonn hat die Gesamtzahl der jüdischen Opfer des Vernichtungslagers Chelumno mit mindestens 152 000 angenommen.

Mit der Errichtung des zweiten Vernichtungslagers, dem ersten des „Einsatzes Reinhard“, wurde im Winter 1941/42 in Belzec<sup>30</sup>, einem kleinen, an der Bahnlinie Lublin–Lemberg im Kreis Tomaszow-Lubelski gelegenen Ort, begonnen. Dieses

<sup>28</sup> Vgl. hierzu das rechtskräftige Urteil des Schwurgerichts bei dem Landgericht Hamburg vom 4. Februar 1968 – Az. (50) 9/67, 147 Ks 2/67, 141 Js 204/60 gegen ehemalige Angehörige des Sonderkommandos Blobel (IfZ Archiv Sign. Gh 02.21), vgl. auch Anm. 58 und Hefte von Auschwitz, hrsg. vom Państwowe Muzeum w Oswięcimiu (1959 ff.), Heft 3 (1960), S. 89 u. 122 und das Verfahren gegen ehemalige Angehörige der Einsatzgruppen (Fall 9) in Nürnberg.

<sup>29</sup> Schreiben Reichsstatthalter Greiser an SS-Obergruppenführer (OGruf.) Pohl, den Chef des WVHA, vom 14. 2. 1944 (Nürnbg. Dok. NO-519), in dem die Unterredung Greisers mit Himmler vom 12./13. 2. 1944 in Posen referiert wird. Mit „rund 100 000 Juden“, hatte Greiser in einem Schreiben an Himmler vom 1. 4. 1942 gemeint (Nürnbg. Dok. NO-246), würde die „Aktion der Sonderbehandlung . . . in den nächsten 2–3 Monaten abgeschlossen werden können“. Greisers führende Beteiligung an der Errichtung des ersten Vernichtungslagers in seinem Gau ist bis jetzt ununtersucht geblieben. Bereits am 2. Januar 1942 kündete er die völlige Entjüdung des Warthegaus an. Vgl. hierzu wie zum Gesamtkomplex Artur Eisenbach, Operation Reinhard, Mass Extermination of the Jewish Population in Poland, in: Polish Western Affairs 3 (1962), No. 1. Ein Gerichtsverfahren gegen den HSSPF Warthe, SS-OGruf. Koppe, kam infolge Verhandlungsunfähigkeit Koppes nicht zustande.

<sup>30</sup> Zur Lage von Belzec vgl. Deutsche Heereskarte (1:300 000), Blatt S 51. Vgl. hierzu das rechtskräftige Urteil des Schwurgerichts bei dem Landgericht München vom 21. Januar 1965 – Az. IV 56/64, 110 Ks 3/64 gegen den ehemaligen Adjutanten des Kommandeurs von



Lager, wie auch die übrigen noch entstehenden, unterschied sich von Chelmnó durch die Verwendung einer stationären und somit „leistungsfähigeren“ Vergasungsanlage und dadurch, daß es in die Zuständigkeit des SS- und Polizeiführers im Distrikt Lublin, Odilo Globocnik, fiel. Globocnik, von Himmler mit der Durchführung der als „Einsatz Reinhard“ bezeichneten Judenvernichtung in Ostpolen beauftragt, koordinierte die drei ihm unterstellten Vernichtungslager Belzec, Sobibor und Treblinka und organisierte die Sammlung und Verwertung des den vernichteten Juden geraubten Eigentums. Zu diesem Zweck richtete er in seinem Stab in Lublin die Hauptabteilung „Einsatz Reinhard“<sup>31</sup> ein, mit deren Leitung er sei-

Belzec (IfZ Archiv Sign. Gm 07.39); vgl. auch die „Aufzeichnungen eines deutschen Unteroffiziers vom 31. 8. 1942“, abgedruckt in dieser Zeitschrift 7 (1959), S. 333–336; Eugene Szrojt, *Belzec Extermination Camp*, in: *German Crimes in Poland*, Bd. II, Warschau 1947, S. 89 ff. sowie Rudolf Reder: *Belzec*, Krakau 1946. – Das Vernichtungslager Belzec ist das einzige Lager des „Einsatzes Reinhard“, das nicht in einem großen Prozeßverfahren systematisch durchleuchtet worden ist, da das angeklagte ehemalige Lagerpersonal unter Berufung auf den Befehlsnotstand außer Verfolgung gesetzt wurde. Eine Besonderheit der Untersuchung dieses Lagers bildet allerdings der Umstand, daß es von diesem Vernichtungslager fast keine Überlebenden gab, die als Zeugen zur Verfügung standen.

<sup>31</sup> Diese Tarnbezeichnung ist vermutlich von Globocnik (ob vor oder nach dem Tode Heydrichs ist noch ungeklärt) gewählt worden, um Heydrichs Urheberchaft der technischen Durchführung der Endlösung zu dokumentieren. Die Bezeichnung hat sich jedoch damals über den engeren Bereich der Dienststelle des SSPF Lublin kaum eingebürgert. Globocnik benutzte in seinen abschließenden Berichten vom November 1943 und Januar 1944 an Himmler (vgl. Nürnberg. Dok. PS-4024 sowie die damit teilweise identischen NO-056–064 und NO-3034) die auch heute geläufige Bezeichnung „Aktion Reinhardt“ (man findet die Schreibweisen „Reinhardt“ und „Reinhard“, die er in vier „Gebiete“ unterteilte: „A) die Aussiedlung selbst“, über die aus naheliegenden Gründen nur knapp und nur für Eingeweihte verständlich berichtet wurde (so z. B. mit der Formulierung: „die für diese Aktion . . . erstellten Einrichtungen sind zur Gänze weggeräumt. Aus Überwachungsgründen ist in den Lagern je ein kleiner Bauernhof entstanden . . .“, vgl. Nürnberg. Dok. NO-057), „B) die Verwertung der Arbeitskraft“, belegt durch Betriebsberichte und Umsatzzahlen, „C) die Sachverwertung“, die als Gesamtergebnis – aufgeschlüsselt nach Geld und Devisen, Edelmetallen, Juwelen und sonstigen Werten sowie Spinnstoffen – den Wert von über 178 Mill. RM erbracht hatte und schließlich „D) die Einbringung verborgener Werte und Immobilien“, womit u. a. die Erfassung jüdischer In- und Auslandsforderungen und deren Abtretung an die SS-eigene „Ostindustrie“ gemeint war. Trotz Transportschwierigkeiten konnten, laut Bericht vom Chef des SS-WVHA vom 6. 2. 1943 (vgl. Nürnberg. Dok. NO-1257) bis zu diesem Zeitpunkt schon 825 Waggons mit „Textil-Altmaterial aus der Judenumsiedlung“ u. a. an das Reichswirtschaftsministerium, die Volksdeutsche Mittelstelle und die Reichsjugendführung aus den Lagern in Lublin und Auschwitz zur Weiterverteilung abgegeben werden. Dazu gehörten u. a. 135 000 Paar Männer-, 114 000 Paar Frauen- und 22 000 Paar Kinderschuhe; über die Verwendung von 127 000 Herren- und Damenuhren entstand eine über ein Jahr dauernde Korrespondenz zwischen dem WVHA und Himmler (vgl. Nürnberg. Dok. NO-2005, -2749, -2751 und -2753–2756); über den Ablieferungsmodus des in den KL „angefallenen Zahngoldes“ an das WVHA z. B. waren genaue Anweisungen ergangen (vgl. u. a. Nürnberg. Dok. NO-1521). Zum Gesamtkomplex vgl. auch den Artikel von Artur Eisenbach, *Operation Reinhard, Mass Extermination of the Jewish Population in Poland*, a. a. O., und eine Reihe weiterer Nürnberger Dokumente, die im einzelnen hier nicht aufgeführt werden können.

nen Adjutanten, Hermann Höfle, beauftragte. In seiner Dienststelle wurden zu-  
meist auch die Angehörigen des „Einsatzes Reinhard“ in einer besonders protokollierten „Verhandlung“ auf ihre Aufgaben verpflichtet, insbesondere darauf, daß  
Aufbau und Organisation des ersten Vernichtungslagers im Distrikt Lublin, Bel-  
sind“.

die Vorgänge bei der „Judenumsiedlung Gegenstand einer Geheimen Reichssache  
zec, oblag allerdings dem Stuttgarter Kriminalkommissar Christian Wirth, der be-  
reits seit Winter 1939/40 aktiv an der Durchführung der „Euthanasie“ beteiligt  
war<sup>32</sup>. Wirth, der bis August 1942 Kommandant des Vernichtungslagers Belzec  
war, wurde im Herbst 1942 zum Inspekteur des „Einsatzes Reinhard“ mit Sitz in  
Lublin ernannt. Er war unter der Oberleitung Globocniks der eigentliche Organi-  
sator der drei Vernichtungslager. Die fortbestehende Bindung an die „T 4“ wurde  
durch die weitere Besoldung des zu Globocnik kommandierten Personals aus den  
Euthanasieanstalten durch die Kanzlei des Führers und die Tatsache unterstri-  
chen, daß die personelle Betreuung und Entscheidungen, wie Abkommandierun-  
gen etc. weiter über diese Berliner Dienststelle liefen, die in ständiger Kurierver-  
bindung mit dem nach Polen entsandten Personal blieb.

An einem Nebengleis der Strecke Lublin – Lemberg wurde ein ca. 250 x 200 m  
großes Areal abgezaunt und in Lagerbereich I und II geteilt. Im Lagerbereich I  
befanden sich Unterkünfte für die Wachmannschaften (ukrainische Hilfswillige,  
darunter auch Volksdeutsche, die aus dem SS-Ausbildungslager Trawniki stamm-  
ten; das deutsche Personal, Angehörige der „T 4“, einige SS- und Polizeiange-  
hörige, war außerhalb des Lagers untergebracht) und die „Arbeitsjuden“, Ent-  
kleidungsbaracken, der Sammelplatz für die antransportierten Juden und die  
Entladerampe. Ein sogenannter Schlauch, ein enger, nicht einsehbarer Gang, ver-  
band den ersten mit dem zweiten Lagerbereich, in dem die Vernichtung stattfand.  
Anfänglich – das Lager war seit Mitte März 1942 „betriebsbereit“ – gab es in Bel-  
zec nur einen mit Blech ausgeschlagenen Vergasungsraum in einer Holzbaracke;  
sein Fassungsvermögen betrug ca. 100 bis 150 Personen. Zur Tötung verwendete  
man die schon bekannte Methode der Motorabgase. Erste Opfer waren Mitte  
März 1942 die aus dem Lubliner Ghetto deportierten Juden. Der Ablauf des  
Vernichtungsvorgangs glich dem von Chelmnö: Nach Ankunft im Lager – der  
Antransport erfolgte in Güterwagen – wurde den Juden erklärt, sie kämen zum  
Arbeitseinsatz, mußten jedoch zuvor entlaust und gebadet werden. Nach Ge-  
schlechtern getrennt führte man sie in die Entkleidungsbaracken, hieß sie ihre  
Wertsachen an besonderen Schaltern abgeben (den Frauen wurden die Haare  
abgeschnitten<sup>33</sup>) und dann trieb man sie, die Männer voran, durch den „Schlauch“  
in die Vergasungsanlage<sup>34</sup>.

<sup>32</sup> Vgl. auch Schreiben von Viktor Brack, dem Stabsleiter der Kanzlei des Führers, an Himmler vom 23. 6. 1942 (Nürnberg. Dok. NO-205).

<sup>33</sup> Ein Waggon mit 3000 kg Frauenhaar war bis Anfang Februar 1943 an das Reichswirt-  
schaftsministerium abgeliefert worden; es sollte für Industierzwecke verwendet und zu  
Garn versponnen werden (vgl. Nürnberg. Dok. NO-1257 und USSR-511).

<sup>34</sup> In Einzelheiten weichen die hier verwendeten Ermittlungsergebnisse geringfügig von pol-

Zwei Monate nach Beginn der Tötungen ersetzte man die Baracke durch einen massiven Steinbau mit sechs, ca. 4 x 5 m großen Gaskammern, je drei rechts und links eines Ganges, die durch luftdicht abgeschlossene und nur von außen zu öffnende Türen zugänglich waren. Ins Freie, auf die zum Abtransport der Leichen dienenden Rampen führten mit Gummidichtungen versehene Schiebetüren. Die Gaszufuhr erfolgte durch ein Röhrensystem; je nach der körperlichen Widerstandsfähigkeit trat der Tod nach 15–20 Minuten ein. Angehörige des jüdischen Arbeitskommandos mußten nach Beendigung der Vergasung die Leichen, um deren Handgelenke sie Lederriemen streiften, in ausgebagerte Gruben, ca. 100–150 m hinter dem Gebäude, zerren. Auf dem Weg dorthin hatte ein aus jüdischen Zahnärzten bestehendes Kommando den Leichen etwa vorhandene Goldzähne auszubrechen. Auf dem Transport schon umgekommene oder für den Gang von den Güterwagen zur Entkleidungsbaracke und durch den Schlauch in die Gaskammern zu schwache Juden (einschließlich Kinder unter drei Jahre) wurden unmittelbar zu den Gruben gebracht bzw. dort erschossen.

Bedingt durch den Neubau der Vernichtungsanlage fanden im Mai und Juni 1942 vermutlich nur wenige Vergasungen in Belzec statt; sie wurden im Juli wieder aufgenommen und dauerten bis Ende 1942. Soweit bisher feststellbar, waren die Hauptvernichtungszeiten in Belzec: ab 14. März bis Mitte April 1942 (Transporte aus den Distrikten Galizien und Lublin); in geringem Maß Ende Mai bis erste Hälfte Juni 1942 (Transporte aus den Distrikten Krakau, Lublin und Galizien); ab 21./27. Juli bis Ende November/Anfang Dezember 1942 (Transporte aus den Distrikten Krakau, Lublin, Galizien und nichtpolnischen Gebieten). Auch Anfang Januar 1943 haben vermutlich noch einige Vergasungen stattgefunden (Transporte aus Galizien)<sup>85</sup>. Im September 1942 wurde mit der Exhumierung der in den Massengräbern verscharrten Leichen begonnen, die man auf zwei aus Eisenbahnschienen konstruierten Scheiterhaufen verbrannte. Diese Aktion war im Frühjahr 1943 beendet, danach riß man die Gebäude ab, ebnete das Gelände ein und bepflanzte es. Teile der deutschen Lagerbesatzung gingen, wie auch Angehörige der anderen Vernichtungslager, mit Globocnik, der im September 1943 von seinem Posten als SSPF Lublin abgelöst und zum HSSPF Adriatisches Küstenland befördert wurde, als Einheit „R“ nach Triest. Die restlichen Arbeits-

---

nischen Nachkriegsermittlungen ab (German Crimes in Poland, hrsg. von der Central Commission for the Investigation of German Crimes in Poland, Warschau 1947, Bd. II und Marian Muszkat, a. a. O.), so z. B. gab es mehrere (3) Gaskammern in der Baracke, wurden die Frauen zuerst in die Gaskammern getrieben. Zur Person und zum Bericht von Gerstein über die Massenvergasungen in Belzec und Treblinka vgl. die quellenkritische Edition von Hans Rothfels in dieser Zeitschrift 1 (1953), S. 177–194, ferner Saul Friedländer, Kurt Gerstein oder die Zwiespältigkeit des Guten, 1967.

<sup>85</sup> Während es im Einzelfall außerordentlich schwierig ist, noch festzustellen, welche Transporte aus den genannten Distrikten nach Belzec und welche nach Sobibor gegangen sind, kann man den Zeitrahmen für die Lager leichter bestimmen.

häftlinge wurden nach Sobibor gebracht und dort erschossen. Die Zahl der Opfer von Belzec liegt vermutlich über 600 000<sup>36</sup>.

Das zweite, zu Globocniks Aufgabenbereich gehörende Vernichtungslager entstand im April 1942 bei Sobibor, im östlichen Teil des Generalgouvernements, nahe dem Bug und der Grenze zum Reichskommissariat Ukraine<sup>37</sup>. Erster Lagerkommandant war der auch schon bei der „Aktion T 4“ tätig gewesene SS-Obersturmführer (Ostuf.) Franz Stangl, sein Nachfolger wurde im Herbst 1942 SS-Ostuf. Franz Reichleitner. Ein Vorkommando von der SS-Zentralbauverwaltung Lublin errichtete dieses Lager auf der Höhe der etwa 5 km südlich des Dorfes gelegenen Bahnstation Sobibor. Dort boten ein Waldstück und ein westlich der Bahnlinie Wlodawa – Cholm laufendes Nebengleis mit einem Rangiergleis (an das die Rampe für die ankommenden Transporte angebaut wurde) günstige Geländebedingungen. Das in vier Bereiche<sup>38</sup> aufgeteilte, ca. 70 ha große Gebiet wurde umzäunt, später außerhalb der Umzäunung noch vermint und ähnlich wie das Lager Belzec eingerichtet; das sogenannte Lager III (im nördlichen Teil des Gesamtkomplexes) war das eigentliche Vernichtungslager mit dem Gaskammer-Gebäude, das als Massivbau mit Betonfundament konstruiert war und in dem drei Gaskammern (4 x 4 m) nebeneinanderlagen. In einem Anbau war der Vergasungsmotor installiert, von dem ein Röhrensystem in die Kammern führte und in Brausedüsen endete.

Anders als in Belzec erfolgte in Sobibor der Abtransport der Leichen zu den ausgehobenen Gruben in Feldbahnloren. Seit Anfang Mai 1942 war das Lager, nach einer Probevergasung, „betriebsfertig“, nachdem die Masse des deutschen Lagerpersonals (vorwiegend auch hier Angehörige der „T 4“, neben einigen SS- und Polizeiangehörigen) im April eingetroffen war. Die Abwicklung der ankommenden Deportationszüge verlief nach einem ähnlichen Schema wie in Belzec, wobei das Täuschungsmanöver noch mit Hinweisen auf einen zu gründenden Judenstaat perfektioniert wurde. Besonders für die holländischen Transporte (vom 2./3. März bis 20. Juli 1943 insgesamt 19 Transporte mit 34 314 Personen), die in normalen Per-

<sup>36</sup> Vgl. NS-Prozesse, a. a. O., S. 36 f.

<sup>37</sup> Zur Lage von Sobibor vgl. Deutsche Heereskarte (1:500 000), Blatt S 52. Vgl. hierzu die rechtskräftigen Urteile des Schwurgerichts bei dem Landgericht Hagen vom 20. Dezember 1966 – Az. S 6/64 – und des Schwurgerichts bei dem Landgericht Düsseldorf vom 22. Dezember 1970 – Az. XI – 148/695, 8 Ks 1/69 gegen frühere Angehörige des Lagerpersonals von Sobibor (IfZ Archiv Sign. Gh 01.05/2 und Gd 05.51/2); ferner Z. Łukaszewicz, Sobibor extermination camp, in: German Crimes in Poland, Bd. II, Warschau 1947, S. 99 ff. und Muskat a. a. O.

<sup>38</sup> Mit der Errichtung eines Lagers IV wurde im Lauf des Sommers 1943 begonnen: Gemäß einer Anordnung Himmlers vom 5. 7. 1943 (Nürnb. Dok. NO-482) sollte Sobibor, aus Tarnungsgründen als „Durchgangslager“ bezeichnet, in ein Konzentrationslager umgewandelt und dort eine „Entlaborisierungsanstalt“ für Beutemunition eingerichtet werden. Die Umwandlung in ein KL erfolgte auf Gegenvorstellungen des WVHA zwar nicht; das Lager IV ist offenbar nicht mehr fertiggestellt worden.

sonenzügen ankamen, wurde die Täuschung über den wahren Zweck des Lagers noch ergänzt (angebliche Gepäckaufbewahrung, Anfertigung von Postkarten an Angehörige mit dem Absender „Arbeitslager Wlodawa“ usw.).

In Sobibor trat ab Mitte Juni bis zum Oktober 1942 eine Pause ein. Abgesehen von der allgemeinen Transportsperre Ende Juni/Anfang Juli waren hierfür vornehmlich Umbauarbeiten an den Gleisanlagen auf der Strecke zum Vernichtungslager der Grund<sup>39</sup>. In diese Zeit fiel auch die Vergrößerung der Vernichtungskapazität: Im Herbst 1942 riß man das alte Gebäude (teilweise) ab und verdoppelte die Zahl der Gaskammern auf sechs.

Nach Sobibor kamen neben umfangreichen Transporten aus den Niederlanden, dem Reichsgebiet und der Slowakei, aber vor allem die Juden des Distrikts Lublin. Hauptvernichtungszeiten waren: Ab Anfang Mai bis ca. 10. Juni 1942 (Transporte vornehmlich aus dem Distrikt Lublin), ca. 8. Oktober bis Anfang Dezember 1942 (Transporte aus dem Distrikt Lublin und dem Reichsgebiet), Anfang März bis Ende August 1943 (Transporte aus dem Distrikt Lublin, den Niederlanden, Frankreich, Sowjetrußland u. a.).

Auch in Sobibor war die Lagerleitung gezwungen, zur Leichenverbrennung überzugehen, da die infolge der Sommertemperaturen stark verwesenden Toten die Gruben aufquellen ließen, Leichenwasser abgaben, Ungeziefer anlockten, unerträglichen Gestank verbreiteten und die Trinkwasserversorgung aus den Tiefbrunnen des Lagers zu vergiften drohten. Mit einem Greifbagger wurden die verwesten Leichen in Gruben befördert und auf Eisenbahnschienen über Betonfundamenten verbrannt. Seit dieser Zeit verbrannte man auch die soeben erst durch Gas Getöteten sofort.

Nach einem Aufstand der Häftlinge der jüdischen Arbeitskommandos am 14. Oktober 1943 wurde das Lager geschlossen und abgebrochen. Für diese Arbeiten mußte eine Gruppe jüdischer Häftlinge aus Treblinka herangezogen werden, da man alle Häftlinge in Sobibor, denen während des Aufstands die Flucht nicht gelungen war, als Vergeltung erschossen hatte. Es haben etwa 30 Juden den Aufstand und das Lager überlebt. Die Zahl der Opfer wird auf mindestens 250 000 geschätzt<sup>40</sup>.

Das dritte, nach der Opferzahl größte Vernichtungslager des „Einsatzes Reinhard“ befand sich etwa 5 km südlich des Dorfes und der Station Treblinka an der von Siedlce nach Ostrow führenden Bahnlinie, im nordöstlichen Teil des Distrikts Warschau, in der Nähe eines schon 1940 errichteten Arbeitslagers, das Treblinka I ge-

<sup>39</sup> Vgl. hierzu das Schreiben des Staatssekretärs im Reichsverkehrsministerium Ganzenmüller an SS-Ogruf. Wolff vom 28. Juli 1942, Nürnberg. Dok. NO-2207; Vermerk über die Konferenz zwischen Vertretern des Reichsverkehrsministeriums und des RSHA am 26. und 28. September 1942, abgedruckt in *Dokumente über Methoden der Judenverfolgung im Ausland*, herausgegeben von der United Restitution Organization, Frankfurt/M. o. J., S. 75 f.

<sup>40</sup> NS-Prozesse, a. a. O., S. 37.

nannt wurde<sup>41</sup>. Treblinka II<sup>42</sup> entstand östlich der Gleise auf einem ca. 20 ha großen Areal, das wegen seiner Geländebeschaffenheit – eine längliche, bewaldete Anhöhe – nicht einzusehen war und mit einem etwa 3 m hohen, mit Reisig durchflochtenen Stacheldrahtzaun zusätzlich getarnt wurde. Der Aufbau des Lagers erfolgte im Frühjahr 1942 unter Leitung der SS-Zentralbauleitung Warschau durch eine Liegnitzer und eine Warschauer Firma, die sich polnischer und jüdischer Arbeitskräfte – letztere z. T. aus Treblinka I – bedienten und war Anfang Juli beendet. Die Gliederung des Lagers (nach der noch zu beschreibenden Reorganisation im Frühherbst 1942) entsprach weitgehend der aus Sobibor bekannten: in dem sogenannten unteren, auch Arbeits-, Wohn- oder Auffanglager genannten Bereich waren die Unterkünfte für das deutsche Lagerpersonal, das aus etwa 40 Personen bestand (zum überwiegenden Teil Personal der „Euthanasie-Aktion“, das einheitlich in SS-Uniformen gekleidet war, sowie einige Angehörige der Waffen-SS bzw. der Allgemeinen SS und der Polizei), für die ukrainischen Wachmannschaften (ca. 120 aus Trawniki) und für die im Lager arbeitenden jüdischen Handwerker, die aus den ankommenden Transporten ausgesucht wurden, ferner Verwaltungs-, Vorrats- und ähnliche Baracken, der sogenannte Auffangplatz und der „Bahnhof“, d. h. eine Bahnhofsattrappe mit Bahngleis, Bahnsteig, Fahrkartenschaltern, Fahrtrichtungshinweisen usw., die bei den Ankommenden den Eindruck erwecken sollte, sie seien in einem Durchgangslager zum Weitertransport. Noch zum unteren Lager gehörte das „Lazarett“, das ebenfalls durch Stacheldraht und Reisig abgetrennt war und dessen Funktion später zu beschreiben ist.

Durch einen mannshohen, mit Reisig eingeflochtenen Stacheldrahtzaun war das untere vom oberen Lager (im südöstlichen Teil des Areals), dem Vernichtungsbezirk (Totenlager), getrennt. Dort befand sich das auf Betonfundament aus Ziegelsteinen errichtete Gashaus mit drei Kammern (4 x 4 oder 3 x 4 m, ca. 2,60 m hoch), in die die Abgase des im Maschinenraum installierten Dieselmotors geleitet wurden. Luftdicht schließende Türen führten in die einzelnen Kammern, die nur von außen, von der für die Beseitigung der Leichen dienenden Rampe her, mit Klapptüren zu öffnen waren. Zum Transport der Leichen in die Gruben verwendete man – wie in Sobibor – anfänglich eine Feldbahn; wegen technischer Pannen (die im Laufschrift von den jüdischen Arbeitshäftlingen zu bewegendem Loren sprangen häufig aus den Schienen) ging man dazu über, das Verfahren mit der Hand und schließlich mit Holzbahren bewerkstelligen zu lassen.

<sup>41</sup> Vgl. Vorläufiges Verzeichnis der Haftstätten unter dem RFSS 1933–1945, hrsg. vom Internationalen Suchdienst, Arolsen 1969, Bd. I, S. 433. Zur Lage von Treblinka vgl. Deutsche Heereskarte (1:300 000), Blatt R 55.

<sup>42</sup> Vgl. hierzu die rechtskräftigen Urteile des Schwurgerichts bei dem Landgericht Düsseldorf vom 3. September 1965 – Az. II – 93/65 S, 8 I Ks 2/64 – und vom 22. Dezember 1970 – Az. XI – 148/69 S, 8 Ks 1/69 gegen Angehörige des ehemaligen Lagerpersonals (IfZ Archiv Sign. Gd 05.12/2 und Gd 05.12/2). Z. Lukaskiewicz, *The Treblinka Extermination Camp*, in: *German Crimes in Poland*, Bd. I, S. 95 ff.

Die Vergasungen begannen am 23. Juli 1942 mit der Vernichtung eines Transportes von etwa 5000 Juden aus Warschau, nachdem Himmler am 19. Juli in Lublin den Befehl zur endgültigen Räumung des Generalgouvernements von Juden gegeben hatte. Mitte Juli hatte SS-OGrf Wolff, Chef des Persönlichen Stabes beim RFSS, telefonisch beim Staatssekretär im Verkehrsministerium wegen der termingemäßen Abfertigung der Deportationszüge mit polnischen Juden interveniert und am 28. 7. erfahren, daß seit dem 22. 7. „täglich ein Zug mit je 5000 Juden von Warschau nach Treblinka, außerdem zweimal wöchentlich ein Zug mit je 5000 Juden von Przemysl nach Belzek“ (sic!) fährt. „Auch im Namen des Reichsführers-SS“ dankte Wolff am 15. August „herzlich“ für diese Mitteilung und nahm „mit besonderer Freude“ davon Kenntnis, „daß jeden Tag ein Zug mit je 5000 Angehörigen des auserwählten Volkes nach Treblinka fährt und wir doch auf diese Weise in die Lage versetzt sind, diese Bevölkerungsbewegung in einem beschleunigten Tempo durchzuführen“. Wolff bat den Staatssekretär, „diesen Dingen auch weiterhin“ seine Beachtung zu schenken<sup>43</sup>.

Die seit dem 23. Juli also täglich und seit dem 6. August vorübergehend zweimal täglich (vermutlich mit Ausnahme von Sonntag) aus der polnischen Hauptstadt eintreffenden „Umsiedlerzüge“ in dieser Größenordnung, zu denen noch Transporte aus anderen Orten des Distrikts Warschau sowie aus den Distrikten Lublin und Radom kamen, überstiegen die Tötungs- und Bestattungskapazität des Lagers und die „Fähigkeit“ des ersten (auch von der Aktion „T 4“ übernommenen) Lagerleiters, Dr. med. Eberl, für das reibungslose Funktionieren der Vernichtungsmaschinerie zu sorgen. Der Lagerbetrieb nahm chaotische Ausmaße an, die ankommenden Züge stauten sich während der heißen Tage des Sommers, die Leichenberge konnten nicht beseitigt werden. Nach einer Besichtigung durch Globocnik Ende August/Anfang September 1942 wurde Eberl abgelöst, Wirth mit der Reorganisation des Lagers beauftragt, eine vorübergehende Transportsperrung und der Bau eines neuen, größeren Gashauses<sup>44</sup> angeordnet und als neuer Lagerleiter der bisher als Kommandant von Sobibor fungierende Franz Stangl eingesetzt.

Laut Fahrplanordnung Nr. 243 der Generaldirektion der Ostbahn in Krakau wurde ab 1. September 1942 der Bahnhof Treblinka bis auf weiteres für den öffent-

<sup>43</sup> Schriftwechsel Wolff-Ganzenmüller: Nürnberg, Dok. NO-2207; Himmlers Befehl vom 19. Juli 1942: NO-5574.

<sup>44</sup> Während der Gerichtsverhandlungen konnte nur die Mindestzahl der im neuen Gebäude enthaltenen Gaskammern festgestellt werden. Die Angaben über die Gaskammerzahl differieren zwischen sechs und zehn, hinsichtlich der Maße stimmen jedoch die Angaben der Angeklagten und die der als Zeugen befragten ehemaligen Häftlinge darin überein, daß das Fassungsvermögen der neuen Kammern, von denen nur die Hälfte benutzt wurde, etwa doppelt so groß war wie das der alten, die weiter in Betrieb blieben. Bei Benutzung von drei oder vier Kammern konnten bei jedem Vergasungsvorgang und bei voller Ausnutzung des Fassungsvermögens Hunderte von Menschen vernichtet werden.

lichen Personenverkehr gesperrt, um die „reibungslose Abfertigung der Umsiedlersonderzüge zu ermöglichen“<sup>45</sup>.

Mitte September, nach Fertigstellung des neuen Gaskammergebäudes, wurden die Tötungen in verstärktem Ausmaß wieder aufgenommen; sie verliefen nach dem im Prinzip schon aus Belzec und Sobibor bekannten Plan: bei Ankunft im Lager erfolgte die Täuschungsansprache über den bevorstehenden Arbeitseinsatz und die dafür notwendige gründliche Reinigung, dann trennte man auf dem Umschlagplatz die Männer und Jugendlichen von den Frauen und Kindern, trieb diese in die Auskleidebaracke, wo ihnen sogenannte Goldjuden alle Wertsachen abnahmen, die Kleidung mußte gebündelt abgelegt, die Schuhe mit einem extra verteilten Bindfaden zusammengebunden werden, dann wurde vom Friseurkommando das Abscheren der Haare besorgt und die Frauen und Kinder schließlich, häufig mit dem Hinweis, das Wasser werde schon kalt, in den in die Gaskammern führenden „Schlauch“ gejagt (für den aus Treblinka auch Bezeichnungen wie „Himmelfahrtsallee“ oder „Weg ohne Rückkehr“ bekanntgeworden sind). Dann folgten die Männer und Jugendlichen, nachdem man von ihnen auf dem Umschlagplatz besonders kräftige, junge Männer oder bestimmte Handwerker selektiert und den verschiedenen jüdischen Arbeitskommandos zugeteilt hatte.<sup>46</sup> Im „Schlauch“ trieb man die Opfer mit erhobenen Händen unter Stock- und Peitschenschlägen in die Gaskammern, deren Fassungsvermögen bis ans äußerste ausgenutzt wurde. Nach Schließen der Türen wurde mit dem Ruf „Iwan, Wasser!“ – Ukrainer bedienten den Motor – der Befehl zum Anlassen des Motors gegeben. Der Vergasungsvorgang dauerte 30 bis 40 Minuten, dann wurden die Türen geöffnet und mit dem Abtransport der Leichen begonnen. Etwa Überlebende wurden auf dem Weg zu den Gruben erschossen, ebenso jene Juden, die man nicht mehr in die Gaskammern hatte zwängen können und für die eine gesonderte Vergasung zu aufwendig gewesen wäre. Auf dem Weg zu den Gruben wartete das „Dentistenkommando“, um bei den Ermordeten vorhandene Goldzähne zu entfernen. Das Zahn- gold wurde gesäubert und fand seinen Weg über die Lagerverwaltung nach Berlin, wo es eingeschmolzen wurde.

Ebenfalls nicht vergast wurden alte, kranke oder sonst gehunfähige Personen. Diese, bei Ankunft befragt, ob sie ärztlicher Hilfe bedürften, brachte man in das „Lazarett“. Hierher kamen auch nicht mehr leistungsfähige oder sonst der Willkür des Lagerpersonals preisgegebene Arbeitsjuden. Das „Lazarett“, das von außen nicht einsehbar war, bestand aus einer großen Leichengrube, in der fast ständig Feuer brannte. Die Opfer, die beim Betreten des Gebietes auch eine kleine Bretterbude sahen, die mit dem Zeichen des Roten Kreuzes versehen war, mußten sich

<sup>45</sup> Fahrplananordnungen der Reichs- bzw. der Ostbahn von August 1942 bis August 1943 für „Umsiedler“-Transporte nach Treblinka (Mikrofilm IfZ Archiv, Sign. MA-708/1).

<sup>46</sup> Auf die Bedingungen, unter denen die Arbeitsjuden zu leben gezwungen waren, kann im Rahmen dieses Aufsatzes nicht eingegangen werden. Nur sei angemerkt, daß die Lagerverhältnisse durch zwei große Gerichtsverfahren mit einer Fülle von Zeugenaussagen Abgründe menschlichen Leidens offenbarten und dokumentierten, die kaum zu schildern sind.



ausziehen, auf den am Rand der Grube befindlichen Erdwall mit dem Gesicht den Toten zugewandt setzen, um von hinten erschossen zu werden. Auf diese Weise fanden Tausende ein barbarisches Ende. Der Geruch der Leichenverbrennung lag pestilenzartig über der Gegend und führte sogar zu Kommentaren der Ortskommandantur der Wehrmacht in Ostrow, die sich über die Geruchsbelästigung beklagte<sup>47</sup>.

Die Massengräber<sup>48</sup> in Treblinka wurden im Frühjahr 1943 geöffnet und die Leichen unter Zuhilfenahme eines Greifbaggers auf besonders konstruierte Verbrennungsanlagen gehoben und verbrannt. Die Asche wurde gesiebt (etwa noch vorhandene Knochen zerstampft) und, mit Erde vermischt, zur Auffüllung der ausgeräumten Gruben benutzt.

Die Hauptvernichtungszeiten in Treblinka erstreckten sich vom 23. Juli 1942 bis Januar 1943 (Transporte aus Stadt und Distrikt Warschau, aus den Distrikten Radom und Lublin, Bezirk Bialystok, Theresienstadt), Februar bis Mitte März 1943 (Bezirk und Stadt Bialystok), Ende März bis Anfang April 1943 (Transporte aus Bulgarien und Griechenland), Mitte August 1943 (Stadt Bialystok).

Am 2. August 1943 brach in Treblinka eine Häftlingsrevolte aus<sup>49</sup>, während der etwa 600 Häftlingen die Flucht gelang, von denen 40 das Kriegsende überlebt und zum Teil als Zeugen in den beiden Düsseldorfer Treblinka-Prozessen ausgesagt haben. Bei dem Aufstand wurden Teile des Lagers, nicht jedoch die Vernichtungsanlage zerstört, so daß die Vergasungen noch bis Oktober 1943 fortgesetzt werden konnten. Dann wurden die Gebäude abgerissen, das Gelände eingeebnet, die restlichen 25–30 Arbeitsjuden erschossen und das Lager Ende November 1943 aufgelöst.

Nach den Feststellungen des Schwurgerichts im *ersten* Düsseldorfer Treblinka-Prozeß (1964/65), die auf den vom gutachtenden Sachverständigen ausgewerteten

<sup>47</sup> BA/MA, RH 53 – 23/v. 17. Allein diese Tatsache zeigt, daß es nicht gelang, die absolute Geheimhaltung der Vernichtungsvorgänge zu erreichen. Über die ukrainischen Wachmannschaften gelangten Nachrichten über das Geschehen in Belzec, Sobibor und Treblinka in die Umgebung der Lager, da diese in ihrer dienstfreien Zeit auch außerhalb der Lager anzutreffen waren. Auch im SS-Ausbildungslager Trawniki, das die Wachmannschaften für die Vernichtungslager stellte, wußte man von der Aufgabe der Lager. Durch jüdische Kundschafter wurden die wahren Verhältnisse sowohl in Lublin wie in Warschau bekannt. Weitere Hinweise zu diesem Komplex befinden sich in den Berichten der Feldkommandanturen der einzelnen Distrikte.

<sup>48</sup> Über Zahl und Größe der Massengräber in Treblinka konnten während der Schwurgerichtsverfahren keine sicheren Feststellungen getroffen werden; einer Angabe zufolge hat eine der Gruben etwa 80 000 Leichen enthalten (vgl. NS-Prozesse, S. 49). Als nach den verheerenden Luftangriffen auf Dresden im Februar 1945 die Beseitigung der Opfer Schwierigkeiten bereitete, wurden auf dem Altmarkt der Stadt Eisenroste aufgestellte und die Toten zu Tausenden verbrannt. Durchgeführt wurde diese Arbeit von „ukrainischen Hilfswilligen“. Es handelte sich dabei um die neuformierte Mannschaft des früheren SS-Ausbildungslagers Trawniki und es ist ziemlich sicher, daß sich darunter auch frühere Wachmannschaften der Vernichtungslager befanden, die über einschlägige Erfahrungen verfügten.

<sup>49</sup> Yankel Wiernik: *A Year in Treblinka*, New York o. J.; Jean François Steiner, *Treblinka, Die Revolte eines Vernichtungslagers*, Oldenburg 1966, S. 344.

(unvollständig erhaltenen) amtlichen Unterlagen (Fahrplänen, Telegrammen, Waggonzetteln), dem sogenannten Strop-Bericht, der Literatur und auf Zeugen-aussagen beruhen, sind in Treblinka mindestens 700 000 Menschen, überwiegend Juden, aber auch Zigeuner (ca. 1000) getötet worden. Der Gutachter im zweiten Düsseldorfer Treblinka-Prozeß (1969/70) kam aufgrund neuester Forschungsergebnisse zu einer Zahl von 900 000 Opfern<sup>50</sup>.

Von den bisher dargestellten vier Vernichtungslagern unterscheiden sich die beiden übrigen, Auschwitz und Lublin-Majdanek: Diese Lager waren sowohl Konzentrationslager im üblichen Sinne des Begriffs (nicht nur Juden-Lager) mit dem im weiteren Verlauf der Kriegszeit wesentlichen Zweck der Ausbeutung der Häftlingsarbeitskraft, wie auch – zu einem späteren Zeitpunkt – Vernichtungslager.

Im folgenden wird nur auf diesen Teil des Gesamtkomplexes der Auschwitz Lager eingegangen werden und im übrigen auf die zahlreiche Literatur verwiesen.

Das größte, zweifellos berüchtigtste und neben Dachau bekannteste Konzentrationslager der nationalsozialistischen Zeit entstand in den sogenannten Eingegliederten Ostgebieten, bei der (1939) ungefähr 12 000 Einwohner zählenden Stadt Auschwitz<sup>51</sup>, an der Sola, ca. 30 km südöstlich von Kattowitz und 50 km westlich von Krakau, wo sich südlich außerhalb der Stadt und – ein wichtiges Auswahlkriterium – nahe der Bahnlinie Bielsko – Chrzanow ein Kasernengelände befand, dessen Gebäude ohne große bauliche Veränderungen als Häftlingsunterkünfte benutzt werden konnten. Im Mai 1940 wurde das Lager eröffnet, erster Kommandant wurde Rudolf Höß, der – im November 1943 von Arthur Liebehenschel abgelöst – im Mai 1944 von seinem inzwischen innegehabten Posten als Chef des Amtes D I (Zentralamt der Amtsgruppe D – Konzentrationslager) des SS-Wirtschafts-Verwaltungshauptamt (WVHA) nach Auschwitz zurückkehrte, um die Vernichtung der ungarischen Juden zu organisieren<sup>52</sup>.

<sup>50</sup> Vgl. NS-Prozesse, a. a. O., S. 38. Der „Strop-Bericht“ ist in der Blauen Serie (IMT) Bd. XXVI, S. 628 ff. abgedruckt (Nürnberg. Dok. PS-1061).

<sup>51</sup> Zur Lage von Auschwitz s. Deutsche Heereskarte (1:300 000), Blatt Q 51. Vgl. hierzu das rechtskräftige Urteil des Schwurgerichts bei dem Landgericht Frankfurt/M. vom 20. Juni 1965 – Az. 4 Ks 2/63 – gegen Angehörige des Lagerpersonals. (IFZ Archiv Sign. Gf 03.16/1-5); Hefte von Auschwitz, insbesondere das in den Heften 2-4 und 6-8 enthaltene Kalendarium der Ereignisse im Konzentrationslager; den autobiographischen Aufzeichnungen von Höß (vgl. Anm. 9); Jan Sehn, Konzentrationslager Oswiecim-Brzezinka, Warschau 1957; Hermann Langbein, Der Auschwitz-Prozeß, Eine Dokumentation, 2 Bde. 1965; Bernd Naumann, Auschwitz, Bericht über die Strafsache gegen Mulka und andere vor dem Schwurgericht Frankfurt, 1965; Auschwitz, Zeugnisse und Berichte, hrsg. von H. G. Adler, H. Langbein und E. Lingens-Reiner, 1962.

<sup>52</sup> Unter Liebehenschel wurde das Lager aufgeteilt in KL Auschwitz I (Stammlager), Auschwitz II (Birkenau), Auschwitz III (Buna-Monowitz mit allen Nebenlagern). Kommandant des Lagers I wurde im Mai 1944 Stubaf. Richard Baer, nachdem Liebehenschel nach Majdanek versetzt worden war. Am 25. November 1944 wurden unter Baer Auschwitz I und II zum KL Auschwitz vereinigt, das bisherige Lager III zum selbständigen KL Monowitz. Vgl. hierzu das Kalendarium in den Heften von Auschwitz (Heft 6-8).

Im Zuge der Errichtung des Lagers wurde die in der Umgebung der Kasernen lebende polnische Bevölkerung evakuiert, u. a. auch die des etwa 2 km westlich von Auschwitz gelegenen Dorfes Birkenau (Brzezinka), das in das ca. 40 km<sup>2</sup> große „Interessengebiet des Lagers“ einbezogen wurde.

Im März 1941 inspizierte Himmler das Lager und befahl Höß, in Birkenau ein „Kriegsgefangenenlager Auschwitz“ zu errichten, das eine – allerdings nicht realisierte – Kapazität von 100 000 Häftlingen haben sollte<sup>53</sup>. Mit dem Bau dieses Lagers wurde im Oktober 1941 begonnen, die Häuser des Dorfes wurden, bis auf wenige Ausnahmen, abgerissen.

Vermutlich im Laufe der zweiten Hälfte des Jahres 1941 – nach seiner Darstellung im Sommer – wurde Höß zu Himmler nach Berlin beordert und erhielt den Auftrag, Pläne zur Errichtung von Massenvernichtungsanlagen für die Endlösung der Judenfrage in Auschwitz zu entwickeln<sup>54</sup>.

Ob die erste, für Anfang September 1941 überlieferte<sup>55</sup> Vergasung von Menschen in Auschwitz schon im Zusammenhang mit diesem Höß erteilten Befehl stand, seine eigene oder – wie er angab – eine während seiner Abwesenheit vom Schutzhaftlagerführer Fritsch oder sonst jemandem ergriffene Initiative gewesen ist, kann wohl nicht mehr geklärt werden. Bei dieser Vergasung sperrte man aus dem Häftlings-Krankenbau ausgesonderte Häftlinge sowie aus Kriegsgefangenenlagern (im Verfolg des „Kommissarbefehls“<sup>56</sup>) überstellte russische Kriegsgefangene – insgesamt über 800 Personen – in die luftdicht abgeschlossenen Kellerzellen des Arrestbunkers (Block 11) und schüttete Zyklon B<sup>57</sup> hinein. Als am nächsten

<sup>53</sup> Für Plan und Realisierung, Belegstärke und Aufteilung des Lagerkomplexes vgl.: Kommandant von Auschwitz, S. 96.

<sup>54</sup> Vgl. IMT, Bd. XI, S. 440 ff.; Kommandant in Auschwitz, S. 113.

<sup>55</sup> Eintrag im Kalendarium der Hefte von Auschwitz (3) für den 3. 9. 1941.

<sup>56</sup> Hierzu Hans-Adolf Jacobsen, Kommissarbefehl und Massenexekution sowjetischer Kriegsgefangener, in: Anatomie des SS-Staates, II, S. 163–198; Kommandant in Auschwitz, S. 155.

<sup>57</sup> Zyklon B ist der Handelsname für ein nach dem I. Weltkrieg entwickeltes hochgiftiges Schädlingsbekämpfungsmittel, das aus flüssiger Blausäure besteht, die, in (meist körnigem) Trägermaterial (z. B. Kieselgur) aufgesaugt, in der gasförmigen Phase bei ca. 18° wirksam ist. Es dient zur Entwesung von Großräumen (z. B. Barackenlagern, Schiffen, Kasernen), insbesondere auch zur Bekämpfung der Fleckfieber übertragenden Kleiderlaus. Eingeatmetes Zyklon B blockiert die Sauerstoffaufnahme in den Zellen und führt so in kürzester Zeit zum Tod durch Atemstillstand. Während des Krieges war die Degesch (Deutsche Gesellschaft für Schädlingsbekämpfung mbH) in Frankfurt/Main die alleinige Vertriebsfirma des Gases; sie bediente sich zum Weitervertrieb der Firmen Tesch und Stabenow, Internationale Gesellschaft für Schädlingsbekämpfung mbH in Hamburg (Testa) und der Heerdt-Lingler GmbH in Frankfurt/Main (Heli). Das Zyklon B wurde im Krieg in Dessau und Kolin (im damaligen Protektorat) hergestellt (vgl. die Urteile in den Verfahren gegen den ehemaligen Geschäftsführer der Degesch, abgedruckt in: Justiz und NS-Verbrechen, a. a. O. Bd. XIII, S. 105 ff.). Auf Antrag erteilte das WVHA Fahrgenehmigungen von Auschwitz nach Dessau zur Abholung von „Material für Sonderbehandlung“ oder „Materialien für die Judenumsiedlung“ vgl. Nürnberg. Dok. NO-2360-2363), s. a. Raul Hilberg, a. a. O., S. 567–571 und die dort genannten Dokumente.

Tag noch Häftlinge lebten, wurde Gas nachgeschüttet. Wiederum einen Tag später mußten mit Gasmasken ausgerüstete Häftlinge der Strafkompagnie die Leichen der Vergasteten aus den Kellerzellen holen und zum Verbrennen in das im November 1940 errichtete Krematorium (später auch „altes“ oder „Krematorium I“ genannt) bringen. Wegen der für dauernde Vergasungszwecke unzulänglichen räumlichen Gegebenheiten des Blocks 11 benutzte man für weitere Vergasungen den entsprechend ausgestatteten Leichenraum des Krematoriums.

Diese so erprobte Methode der Massentötung unter Verwendung von Zyklon B wurde – vermutlich seit Januar 1942 – bei der Ermordung der nach Auschwitz deportierten Juden angewandt. Ein im nordwestlichen Lagerbereich von Birkenau gelegenes Bauernhaus wurde für Vergasungen umgebaut und erhielt die Bezeichnung Bunker I. Die Vergasteten, es waren Juden aus Oberschlesien, wurden in Massengräbern in der Nähe des Bunkers verscharrt. Massengräber wurden bis etwa Mitte September 1942 benutzt; nach einem zweiten Inspektionsbesuch Himmlers in Auschwitz am 17. und 18. Juli 1942, bei dem er sich auch die Vergasung eines gesamten Transports von Anfang bis Ende angesehen hatte, überbrachte SS-Standartenführer (Staf.) Paul Blobel<sup>58</sup> den Befehl Himmlers, die Massengräber freizulegen und die Leichen zu beseitigen. Damit wurde in Birkenau gegen Ende September 1942 begonnen, nachdem Höß im Beisein von Blobel die Verbrennungen in Chelmino besichtigt hatte. Unter Zuhilfenahme von brennbaren Flüssigkeiten wurden die Vergasteten auf Scheiterhaufen verbrannt, später – zusammen mit den exhumierten Leichen – in Gruben. Anfang Dezember 1942, nach Beendigung der „Enterdungsaktion“ wurden die 300 Häftlinge des dafür gebildeten Sonderkommandos im Krematorium in Auschwitz vergast. Diese Liquidierungen wiederholten sich häufig: auf diese Weise wurden die Geheimnisträger, d. h. die Mitwisser der Vergasungen, beseitigt. Ende Juni 1942 richtete man ein weiteres Bauernhaus – es wurde Bunker II genannt – für Vergasungen ein, begann aber zur gleichen Zeit mit der Planung großer Vernichtungsbauten, Krematorien genannt, die sowohl Gaskammern wie Einäscherungsanlagen enthalten sollten, da die „Kapazität“ der beiden Bunker (I für ca. 800 und II für ca. 1200 Menschen in insgesamt 5 Gaskammern) für die im Frühjahr 1942 angelaufenen und seit Juni in schneller Folge eintreffenden

<sup>58</sup> Himmler besichtigte nicht nur die Vernichtung in Auschwitz. Im Februar 1943 informierte er sich auch in Sobibor über die Einzelheiten des Tötungsvorganges. Paul Blobel, Führer des Einsatzkommandos 4a der Einsatzgruppe C, u. a. verantwortlich für das berühmte Massaker in Babij-Jar bei Kiew, dem Ende September 1941 über 33 000 Juden zum Opfer gefallen sind, im sog. Einsatzgruppen-Prozeß (Fall 9) in Nürnberg angeklagt und zum Tod verurteilt, wurde Anfang 1942 von Heydrich mit der spurenlosen Beseitigung der Massengräber in den Vernichtungslagern beauftragt. Nach verschiedenen anderen Versuchen erwies sich schließlich die Verbrennung der Leichen auf Rosten aus Eisenbahnschienen als effektivste Methode. Seit Ende 1942 erstreckte sich der Auftrag auch auf die Beseitigung der Massengräber in den besetzten Ostgebieten, in denen die Opfer der von den Einsatzgruppen seit Beginn des Rußlandkrieges durchgeführten Liquidierungen vergraben waren. Das Blobelsche Unternehmen hatte – nach dem entsprechenden Aktenzeichen des RSHA – die Bezeichnung „Aktion 1005“ (vgl. NS-Prozesse, a. a. O., S. 77 ff.).

sogenannten RSHA-Transporte mit deportierten Juden aus Deutschland und den deutschbesetzten Gebieten nicht ausreichte. Nach Einholung entsprechender Angebote vergab die Zentralbauleitung der SS in Auschwitz im Sommer 1942 Aufträge für Krematoriumsbauten (an die Firma Huta in Kattowitz) und für deren technische Einrichtungen (an die Firma Topf und Söhne in Erfurt). Mit dem Bau wurde im Herbst auf dem westlichen Lagergelände von Birkenau begonnen, die vier neuen Krematorien wurden zwischen dem 22. März und dem 25. Juni 1943 fertiggestellt und der Lagerkommandantur zur Benutzung übergeben. Von der zwischen Auschwitz und Birkenau verlaufenden Bahnlinie zweigte man im Frühjahr 1944 ein Nebengleis ab und führte es in den Lagerbereich hinein, wo es bei den beiden südlich gelegenen Krematorien in einer langen Rampe endete.

Die Krematorien II und III (sie wurden unter Einbeziehung des alten Krematoriums im Stammlager Auschwitz weaternumeriert<sup>59</sup>) waren einstöckige, nicht unterkellerte Bauten (ca. 55 x 12 m), die mit je fünf Dreikammeröfen ausgestattet waren und eine Verbrennungskapazität von je 1440 Leichen pro 24-Stunden-Tag hatten. Angebaut waren je zwei unterirdisch liegende Räume, von denen der größere als Entkleidungs- und der zweite als Vergasungsraum diente, dessen Fassungsvermögen (lt. Anklageschrift im Frankfurter Auschwitz-Prozeß) je 3000 Menschen betrug. Die Leichen wurden auf Loren zu Aufzügen befördert, die in den oberirdisch gelegenen Ofenraum führten. Die beiden nördlicher gelegenen Krematorien IV und V, in denen die drei Funktionsräume in einem Gebäude untergebracht waren, hatten zwar größere Außengrundmaße (ca. 67 x 12 m), aber eine geringere Kapazität: In dem einen Achtkammerofen jedes dieser Krematorien konnten pro Tag ca. 770 Leichen eingäschert werden; die Kapazität der Vergasungsräume konnte bisher nicht ermittelt werden<sup>60</sup>.

Nach Inbetriebnahme der neuen Vernichtungsanlagen riß man den Bunker I ab, ließ aber Bunker II stehen und verwendete ihn, wenn die Zugfolge der RSHA-Transporte zu dicht war, als Hilfsanlage.

Dem Ablauf des Vernichtungsvorgangs in Birkenau – wie auch in allen anderen Vernichtungslagern – waren detaillierte verwaltungstechnische Planungen vorausgegangen: In kontinuierlicher Zusammenarbeit mit dem Reichsverkehrsministerium (Reichsbahnrat Stange) stellte der im RSHA zuständige Leiter des Referats IV B 4 (Judenangelegenheiten, Räumungsangelegenheiten), SS-Obersturmbannführer Adolf Eichmann (bzw. sein Transport-Offizier, Obersturmführer Franz Novak), Fahrpläne und Transportzüge für die Deportation der in Deutschland und den deutschbesetzten Gebieten erfaßten Juden zusammen, während die örtlichen Dienststellen der Reichsbahn und der Geheimen Staatspolizei die lokalen Gegeben-

<sup>59</sup> Höß, a. a. O., S. 160–163, verwendet eine andere Numerierung; wir folgen hier der in den Heften von Auschwitz gebräuchlichen.

<sup>60</sup> Die Angaben über die Verbrennungskapazität laut Schreiben der Zentralbauleitung der Waffen-SS und Polizei in Auschwitz an die Amtsgruppe C (Bauwesen) des WVHA vom 28. 6. 1943 (vgl. Hefte von Auschwitz, 4, S. 110).

heiten absprachen. Die bevorstehende Ankunft eines Transportes wurde von der Ausgangsstation dem Referat IV B 4, der Amtsgruppe D des WVHA und der Zielstation mitgeteilt. IV B 4 und die KL-Verwaltung in Oranienburg konnten daraufhin den Lagern zusätzliche Weisungen erteilen. Die Lagerkommandantur z. B. in Auschwitz informierte daraufhin ihrerseits die mit der Abwicklung der ankommenden Transporte befaßten Lagerabteilungen: u. a. den Wachsturmbann, den diensthabenden Arzt, das Vergasungskommando. (In den Lagern Ostpolens lief die telefonische Ankündigung eines Transportes über die Hauptabteilung „Einsatz Reinhard“, bzw. die sicherheitspolizeiliche Dienststelle in Warschau für Treblinka.) Um das Abstellgleis wurde eine Postenkette gezogen und die Ankommenden angewiesen, sich unter Zurücklassung ihres gesamten Gepäcks auf der Rampe aufzustellen. Wenn nicht der gesamte Transport vergast werden sollte, fand eine Vorselektion in der Weise statt, daß altersmäßig sich gleichende Gruppen sowie Gruppen von Frauen bzw. Frauen mit Kindern (bis etwa 14 Jahre) gebildet wurden. Aus diesen Gruppen selektierten (meist) Ärzte diejenigen Personen, die nicht (wenigstens nicht sofort) in die Gaskammern geschickt wurden, sondern als arbeitsfähig angesehen und im Lager und in den Nebenlagern von Auschwitz, in denen auch Industriebetriebe errichtet worden waren, als Arbeitskräfte benötigt oder wegen besonderer beruflicher Qualifikationen (ärztliches Pflegepersonal u. ä.) gebraucht wurden. Die auf diese Weise Selektierten wurden in die „Lager-evidenz“ aufgenommen und erhielten Häftlingsnummern. Arbeitsunfähige, d. h. Kranke, Alte und körperlich Schwache aus den RSHA-Judentransporten, wurden sofort nach Ankunft in Birkenau zur „gesonderten Unterbringung“ oder „Sonderbehandlung“ überstellt, mit anderen Worten: sofort vergast. Angehörige der Politischen Abteilung zählten beide Gruppen, um das WVHA über die Abwicklung der jeweiligen Transporte schriftlich zu unterrichten<sup>61</sup>.

Nach der Selektion wurde den für die Vernichtung Bestimmten gesagt, sie kämen zum Arbeitseinsatz und müßten vorher desinfiziert werden; man führte sie dann zu den – auch durch eine Postenkette abgesicherten – Krematorien, die Gehunfähigen zur schnelleren Abwicklung auf Lastwagen der Fahrbereitschaft. In den Entkleidungsräumen ermahnte man sie, ihre Kleidung sorgfältig aufzuhängen und sich die Nummer des Kleiderhakens zu merken. Um sie bis zuletzt über das ihnen bevorstehende Schicksal zu täuschen, gingen SS-Leute mit in die Gaskammern hinein; sie sprangen erst im letzten Augenblick heraus und verriegelten die Türen. Das in einem Rot-Kreuz-Wagen antransportierte Gas wurde von „Desinfektoren“ genannten Angehörigen des Vergasungskommandos (sie waren mit Gasmasken geschützt) in die Gaskammern geschüttet: In den Krematorien IV und V durch ein kleines Seitenfenster, in den Krematorien II und III (in denen Brauseattrappen installiert waren) durch Öffnungen in der Decke, die im Inneren der Kammern in hohlen, durchlöcherten Blechsäulen endeten, in denen Spiralen ange-

<sup>61</sup> Höß, a. a. O., S. 162, gibt an, daß diese Auschwitzer Unterlagen – gemäß einer Anordnung Himmlers – nach jeder größeren Aktion zu vernichten waren.

bracht waren, die das gekörnte Zyklon B verteilten. Der Befehl zum Einwerfen des Gases und zum Öffnen der Türen wurde vom ärztlichen Lagerpersonal gegeben. Der Vergasungsvorgang dauerte in der Regel 10–15 Minuten, dann wurde für etwa 20 Minuten bei geöffneten Türen eine Entlüftungsanlage eingeschaltet und mit der Räumung der Gaskammern begonnen. Diese Arbeit hatten die Angehörigen des jüdischen „Sonderkommandos“ (es bestand bis zur Ankunft der Ungarn-Transporte im Mai 1944 aus ca. 400 Juden und wurde dann um ca. 500 verstärkt) zu leisten; sie mußten auf dem Weg zu den Verbrennungsöfen (bzw. -gruben) den Leichen die Goldzähne entfernen und den weiblichen Toten die Haare abschneiden.

Man verbrannte nach Möglichkeit mehrere Leichen gleichzeitig in einem Ofen, mußte jedoch häufig, wenn die „Kapazität“ nicht ausreichte bzw. Anlagen durch Überlastung ausfielen, im Freien einäschern.

Zwischen dem Bereich der Krematorien II und III und dem der Krematorien IV und V lag ein aus ca. 30 Baracken bestehender, von den Häftlingen (wegen des Vorhandenseins aller nur vorstellbaren Güter) „Kanada“ genannter Komplex, in dem die gesamte Hinterlassenschaft der Vergasteten aufbewahrt, von Häftlingen sortiert und für die Verteilung durch die NSV an Bombengeschädigte, Umsiedler und Fremdarbeiter vorbereitet wurde; ein Teil der Textilien und Schuhe fand für die Vervollständigung der Häftlingsbekleidung Verwendung.

Wertsachen und Geldbeträge wurden in der SS-Standortverwaltung sortiert und zusammen mit dem in Barren eingeschmolzenen Zahngold an das WVHA abgeführt, Tausende von Uhren (soweit erforderlich, im KL Sachsenhausen repariert) zum größten Teil an die Waffen-SS und an die Wehrmacht abgegeben und das abgeschnittene Frauenhaar für industrielle Verwertung (z. B. Herstellung von Haargarnfüßlingen für U-Boot-Besatzungen) bestimmt, während Kleidung an Umsiedlungslager, an die NSV usw. geliefert wurde.

Nach der (vorübergehenden) Rückkehr von Höß nach Auschwitz Anfang Mai 1944 (Liebehenschel wurde zum Kommandanten des KL Lublin ernannt), begann man in Birkenau mit den Vorbereitungen für die Ankunft der großen Ungarn-Transporte, die zwei Monate nach der deutschen Besetzung (19. 3. 1944) anliefen. In der Zeit vom 16. Mai bis etwa Anfang/Mitte Oktober sind während der gründlichsten und umfassendsten Deportation, die je in einem der im deutschen Machtbereich gelegenen Staaten durchgeführt worden ist, über 400 000 ungarische Juden nach Auschwitz verschleppt worden. Während dieser Zeit, in die auch die endgültige Liquidierung des Anfang September 1943 in Birkenau eingerichteten sogenannten Familienlagers, in das in mehreren Transporten Juden aus dem Ghetto Theresienstadt mit dem Vermerk „SB [= Sonderbehandlung] mit 6-monatiger Quarantäne“ (d. h. Ermordung nach Ablauf dieser Frist) sowie die Liquidierung des Zigeunerlagers fiel, haben die Vergasungen und Verbrennungen ein bisher unbekanntes Ausmaß erreicht.

Am 7. Oktober 1944 brach ein Aufstand der bei den Krematorien II und IV eingesetzten Sonderkommandos aus, in dessen Verlauf die Häftlinge das Crema-

torium IV in Brand setzen konnten. Etwa 250 von ihnen gelang die Flucht, sie wurden aber bei Rajsko, wo sie sich in einer Scheune verbarrikiert hatten, von der SS überwältigt. 200 weitere Angehörige des Sonderkommandos wurden in Birkenau erschossen.

Gegen Ende November wurde mit dem Abbruch des Krematoriums II begonnen; diese Maßnahme stand zweifellos im Zusammenhang mit dem Befehl Himmmlers, die Vergasungen einzustellen<sup>62</sup>, Anfang Dezember 1944 wurde das „Abbruchkommando Krematorium III“ gebildet; was von diesen beiden Gebäuden noch übriggeblieben war, wurde am 20. Januar 1945 und das Krematorium V schließlich am 26. Januar, einen Tag vor der Besetzung des Lagers durch die Rote Armee, gesprengt. Die Zahl der in Auschwitz durch Gas ermordeten Juden liegt bei weitem über einer Million.

Auf das sechste Lager und außer Auschwitz einzige in der Doppelfunktion von Konzentrations- und Vernichtungslager wird im Rahmen dieses Aufsatzes mit Rücksicht auf den Ende November 1975 vor der 17. Strafkammer des Landgerichts Düsseldorf eröffneten Majdanek-Prozeß nicht eingegangen<sup>63</sup>.

Eine abschließende Bilanz der in den hier beschriebenen Vernichtungslagern zwischen 1941 und 1944 getöteten Juden vorzulegen, ist nicht möglich, da hierzu die meisten Vorarbeiten noch fehlen. Ohnehin wird man nur annähernde Ergebnisse erzielen können, da eine Vielzahl quellenmäßiger Schwierigkeiten eine endgültige Lösung verhindert. Die Angaben der Gerichte<sup>64</sup> beruhen zum Teil auf Schätzungen der Nachkriegszeit, zum Teil u. a. auf Gutachten, in denen ein erster Versuch unternommen wurde, verwertbare Angaben zu erarbeiten. Wie auch immer weitergehende Untersuchungen ausfallen werden, es wird sich im wesentlichen nur darum handeln, die Abgrenzungen zwischen den einzelnen Vernichtungslagern näher zu bestimmen. An dem riesigen zahlenmäßigen Gesamtumfang der Opfer der „Endlösung“ wird sich kaum etwas ändern. Schon jetzt steht aber fest, daß, nach der Zahl der Opfer, Treblinka, neben Auschwitz die meisten Toten forderte, während die Abgrenzung der Transporte nach Belzec und Sobibor im Ein-

<sup>62</sup> Nürnberg. Dok. PS-3762; die letzte Vergasung hat – laut Eintrag im „Kalendarium“ (Hefte von Auschwitz, 8) am 28. 11. 1944 stattgefunden. Das genaue Datum des Einstellungsbefehls konnte bisher noch nicht geklärt werden.

<sup>63</sup> Vgl. zu Majdanek u. a.: *Zeszyty Majdanka* (Hefte von Majdanek) 1–7 (1965–1973), herausgegeben vom Państwowe Muzeum in Majdanek; *Biuletyn Główniej Komisji Badania Zbrodni Hitlerowskich w Polsce*, Heft IV (1948), S. 63 ff.; T. Berenstein/A. Rutkowski, *Juden im Konzentrationslager Majdanek 1941–1944*, in: *Biuletyn Żydowskiego Instytutu Historycznego w Polsce*, Nr. 58 (1966); Alexander Werth, *Rußland im Krieg 1941–1945*, München 1965, S. 590 ff. und eine Reihe Nürnberger Dokumente, die hier im einzelnen nicht aufgeführt werden.

<sup>64</sup> Hingewiesen werden muß darauf, daß für die gerichtlichen Ermittlungen und für die Urteilsfindung nur eine unangreifbare Mindestzahl der Ermordeten notwendig ist, die Gesamtzahl der Getöteten im übrigen keine juristische Bedeutung hat. Vgl. NS-Prozesse a. a. O. S. 36.



zelfall die größten Schwierigkeiten bereitet<sup>65</sup>. Alle bisher unternommenen Ansätze haben auch gezeigt, daß intensive Nachforschungen trotz der fragmentarischen Quellenlage oft überraschend weiterführende Ergebnisse erbrachten. Die eingangs genannte Zahl von 3 Millionen Menschen, deren Tod allein durch Vergasungsanlagen herbeigeführt wurde, stellt eine Mindestzahl dar, von der schon jetzt sicher ist, daß die wirkliche Zahl erheblich darüber liegt.

Die Diskussion über die Gesamtproblematik ist im wissenschaftlichen Raum zu führen, apologetische Spekulationen, wie sie Martin Broszat eingangs zitierte, sind angesichts der vorhandenen und hier zum Teil ausgebreiteten Fakten gespenstische Spiegelfechtereien, die jeder realen Grundlage entbehren.

<sup>65</sup> Am Beispiel des Lagers Treblinka wird Wolfgang Scheffler in einem weiteren Aufsatz in einem der kommenden Hefte das Zahlenproblem im einzelnen erörtern. In mehreren Gerichtsverfahren hat er in einer Reihe von (unveröffentlichten) Gutachten zur Zahl der in den Lagern ermordeten Menschen Stellung genommen.

#### MITARBEITER DIESES HEFTES

Dr. Ino Arndt, wissenschaftliche Mitarbeiterin des Instituts für Zeitgeschichte, Leonrodstraße 46b, 8 München 19.

Dr. Wolfgang Benz, wissenschaftlicher Mitarbeiter des Instituts für Zeitgeschichte, Leonrodstraße 46b, 8 München 19.

Dr. Walter Lipgens, ordentl. Professor für Neuere Geschichte an der Universität des Saarlandes, 66 Saarbrücken 3, Neugrabenweg 59.

WALTER LIPGENS

INNERFRANZÖSISCHE KRITIK AN DER AUSSENPOLITIK  
DE GAULLES 1944–1946

„In den in Frankreich seit ein oder zwei Monaten begonnenen Diskussionen“, schrieb im Februar 1945 der außenpolitische Leitartikler der Monatszeitschrift „Esprit“, „sieht man zwei einander absolut entgegengesetzte europapolitische Systeme sich konstituieren: Auf der einen Seite [der Administration und derer, die glauben, die Meinung der Regierung wiederzugeben] das Gleichgewicht, das sich auf dauernde, die Sicherheit des Landes vergewissernde Allianzen stützt und die Zerstückelung Deutschlands sowie um dieses herum die Bildung homogener Staaten durch massive Bevölkerungs-Umsiedlungen fordert. Im anderen Lager [der Sozialisten und des nichtkommunistischen Widerstandes] ist der Friede gegründet auf die Organisation der Friedenskräfte; anstelle der Allianzen ein Rat der Nationen, in dem alle gleich sind; die Grenzen werden international garantiert, Deutschland wird integriert, der Föderalismus versöhnt Europa mit sich selbst“<sup>1</sup>.

Wie das eine der beiden europapolitischen Systeme, das der traditionellen Kategorien der nationalstaatlichen Macht und des klassischen Gleichgewichts durch de Gaulle von der Installierung seines „Gouvernement Provisoire“ September 1944 in Paris bis zu seinem Abtritt im Januar 1946 sehr bewußt praktiziert wurde, das ist in einem vorangegangenen Aufsatz in dieser Zeitschrift detailnah skizziert worden<sup>2</sup>. Sein Versuch, der im Zweiten Weltkrieg durchgreifenden Veränderung der weltpolitischen Konstellation und der von den beiden neuen Weltmächten repräsentierten Vergrößerung der Maßstäbe technischer und politischer Macht zum Trotz souveräne Nationalstaats-Außenpolitik zu betreiben, Frankreich, „das nur im Kult seiner eigenen Größe fortbestehen kann“, nochmals eine „Großmachtstellung“ zu vindizieren, da es „ohne Grandeur nicht Frankreich sein“ könne, basierte auf der bei ihm noch ungebrochenen Ideologie des Rechtsnationalismus: Die Nation ist der höchste Wert, der Nationalstaat das Endprodukt der Geschichte, ober-

<sup>1</sup> Jean Gauvain, *La France et l'Europe*, in: *Esprit* (hrsg. von Emmanuel Mounier) 13/4 (No. 108), 1. März 1945, S. 481 f. (die Klammer-Einschübe sind dem dort voranstehenden Satz entnommen).

<sup>2</sup> Walter Lipgens, *Bedingungen und Etappen der Außenpolitik de Gaulles 1944–1946*, in dieser Zeitschrift 21 (1973), S. 52–102; in den Ergebnissen übereinstimmend mit A. W. DePorte, *De Gaulle's Foreign Policy 1944–46*, Cambridge/Mass. 1968; betr. Deutschlandpolitik mit Hans-Peter Schwarz, *Vom Reich zur Bundesrepublik*, Neuwied/Berlin 1966, S. 180–88, und Gilbert Ziebur, *Die deutsch-französischen Beziehungen seit 1945*, Pfullingen 1970, S. 32–40. – Die seither erschienene Biographie von Brian Crozier, *De Gaulle*, Bd. 1: *The Warrior*, London 1973, beschränkt sich in ihren Kapiteln zur Außenpolitik 1944–1946 (ebenda S. 329–367) auf eine den Standpunkt de Gaulles unreflektiert übernehmende Nachzeichnung; seine These „In deed if not in word, de Gaulle had thus restored France's position as one of the great powers“ (S. 348) bleibt ohne Beleg.

halb dessen es keine politische Einheit mehr geben dürfe. Den durchaus gesehenen Machtaufstieg der Sowjetunion und der USA zu kompensieren, forderte er „die definitive Präsenz der französischen Gewalt von einem Ende des Rheins bis zum anderen – die Abtrennung der Territorien des linken Rheinufer und des Ruhrgebiets von dem, was der Staat oder die deutschen Staaten sein werden –“: Nach zumindest ökonomischer und militärischer dauerhafter Eingliederung des Rheinlandes in den französischen Machtbereich und definitiver Sicherung erheblicher Teile der Ruhrproduktion für die französische Wirtschaft werde Frankreich mächtig genug sein, „auf der Basis der Gleichheit“ mit der Sowjetunion Europa zu beherrschen, die „Rückkehr einer Großmacht auf ihren Platz als Großmacht“ erreichen. Als de Gaulle im Januar 1946 abtrat, war dieses außenpolitische Konzept sachlich unzweifelhaft gescheitert, da die Weltmächte die gewünschte Angliederung eines erheblichen Teils der deutschen Potenz an Frankreich glatt verweigerten; doch hatte er in einem beträchtlichen Teil der französischen Bevölkerung das durch das Kriegserlebnis verunsicherte nationalistische Denken wieder gefestigt<sup>3</sup>.

Im Folgenden soll nun das „andere Lager“, das entgegengesetzte europapolitische Konzept, das der „Organisation der Friedenskräfte“, der Zusammenarbeit, der Föderation – und damit explizit oder implizit der Kritik an der Außenpolitik de Gaulles – in namhaften französischen Zeugnissen des gleichen Zeitraums vom September 1944 bis zum Januar 1946 aufgewiesen und in seinen Hauptpunkten skizziert werden. Noch gilt es zumal außerhalb Frankreichs gar zu oft als ausgemacht, daß „Frankreich“, „die Franzosen“ oder doch die große Mehrheit der französischen „öffentlichen Meinung“ selbstverständlich de Gaulles Politik bejaht habe. Bei den Nationalisten aller Provenienz (bei den Gaullisten bis heute) gehört zum Handwerk die lautstarke Suggestion, „die Nation“ wolle, was sie wollen; und den Nationalisten jeweils der Nachbarländer paßt es in ihr Weltbild, das zu glauben. Die Historie aber hat sich, vollends nach 1945, aus der Phase eigener Befangenheit in der nationalstaatlichen Doktrin zu befreien, derzufolge sie z. B. Stärke und Breitenwirkung des französischen Nationalismus durchweg überschätzt, die der französischen Internationalisten nahezu negiert hat<sup>4</sup>. Niemand wird bestreiten, daß de Gaulle sich getragen fühlen konnte von den Kräften eines traditionellen Rechtsnationalismus und diese nochmals zu stärken vermochte. Aber auch das „andere Lager“ war von starken Traditionen getragen. Es kann hier nur stichwortartig erinnert werden an: den dezidierten Internationalismus der französischen Liberalen um Victor Hugo; den

<sup>3</sup> Lippens, Bedingungen (vgl. Anm. 2), passim; Nachweis der zitierten Sätze de Gaulles aus den Jahren 1943–45 (mit zahlreichen Parallelstellen) ebenda S. 65, 67 f., 70 und 80. Der Aufsatz, der in seinem I. Teil die innen- und außenpolitischen Konditionen, Konzepte und Faktoren 1944–46 beschrieb, im II. die Entfaltung und Etappen der Außenpolitik de Gaulles bis zum Scheitern, wird im Folgenden (gewissermaßen dem III. Teil), um Wiederholungen zu vermeiden, zur Gänze vorausgesetzt.

<sup>4</sup> Vgl. treffend die Disproportionen kritisierend Gilbert Zieburg, Die deutsche Frage in der öffentlichen Meinung Frankreichs von 1911–1914, Berlin 1955, S. 158; Heinz-Otto Sieburg, Probleme der Geschichte Frankreichs . . . , in: Dt. Vjschr. für Literaturwiss. und Geistesgesch. 36 (1962), S. 307.

sozialistischen Föderalismus in der Schule von Proudhon; die große Zahl französischer Persönlichkeiten hohen Ranges in der Friedensbewegung wie Gratre, Frédéric Passy, d'Estournelles de Constant etc.; die konsequente Ablehnung des Versailler Vertrags durch die französischen Sozialisten unter Léon Blum und die frühen Christdemokraten um Marc Sangnier; das zehnjährige Ringen Briands um die Durchsetzung einer Verständigungspolitik; die Stärke der französischen Sektion der Paneuropa-Union etc.<sup>5</sup> In der Zwischenkriegszeit waren sie wie in allen Nachbarländern in der Minderheit geblieben. Aber nun war aus dem Erlebnis des Zusammenbruchs und vierjähriger Besetzung hinzugetreten jene breitere und tiefgreifende Erfassung der veränderten weltpolitischen Konstellationen in allen Gruppen der nichtkommunistischen französischen Résistance, die wir schon skizzierten, die entschiedene Einsicht, daß die Zeit des nationalen Machtstaates überwunden, daß von den Völkern eine internationale Gemeinschaft geschaffen werden müsse, sollten künftig Friede und Wohlfahrt gesicherter sein. Alle diese Texte hatten als den entscheidenden Schritt zur Überwindung der bisherigen internationalen Anarchie die Zusammenlegung wesentlicher Hoheitsrechte in gemeinsame übernationale Bundesinstitutionen bezeichnet; dies allein ermögliche auch eine dauerhafte Lösung des deutschen Problems<sup>6</sup>. Diese ganze Basis innerfranzösischer Abwendung vom Nationalismus und Formulierung künftiger europäischer Gemeinschaft hat sich auch 1944–1946 artikuliert, sowie sie dann ab 1948 der wesentliche Träger einer Politik des europäischen Zusammenschlusses war; sie muß ins Bild genommen werden zur Korrektur des nationalistischen Zerrspiegels.

Daß das „andere Frankreich“ auch 1945 keineswegs verstummt war, hat de Gaulle selbst an einigen Stellen eindrucksvoll bezeugt. Zur ersten außenpolitischen Debatte der Assemblée Consultative im November 1944 bemerkte de Gaulle, „die Parlamentarier“ hätten, wo er „konkret vom Rhein, von der Saar, von der Ruhr“ gesprochen habe, dem „im Grunde kaum Bedeutung“ beigemessen; „vielmehr beflößigten sie sich gegenüber den außenpolitischen Problemen, wie Grenzen, Sicherheit, Gleichgewicht der Kräfte, doktrinärer Attitüden, die auf die öffentliche

<sup>5</sup> Vgl. z. B. August Schou, *Histoire de l'internationalisme*, Bd. 3: *Du congrès de Vienne jusqu'à la 1<sup>ère</sup> guerre mondiale* (1914), Oslo 1963; Bernhard Voenne, *Le Fédéralisme de P.-J. Proudhon*, Paris 1973; Adolf Wild, *Baron d'Estournelles de Constant, Das Wirken eines Friedensnobelpreisträgers für die deutsch-französische Verständigung und europäische Einigung*, Hamburg 1973; Georges Bonneville, *Prophètes et Témoins de l'Europe, Essai sur l'idée d'Europe dans la littérature française de 1914 à nos jours*, Leiden 1961; Gilbert Ziebura, *Léon Blum, Theorie und Praxis einer sozialistischen Politik*, Bd. 1: 1875–1934, Berlin 1963; Ferdinand Siebert, *Aristide Briand 1862–1932, Ein Staatsmann zwischen Frankreich und Europa*, Erlenbach-Zürich 1973; Walter Lipgens, *Europäische Einigungsidee 1923–1930 und Briands Europaplan . . .*, in: *Histor. Ztschr.* 205 (1966), S. 46–89 und 316–363.

<sup>6</sup> Vgl. – um hier nicht zu wiederholen – die Skizze „Konzept der nichtkommunistischen Résistance“ mit Zitaten aus allen (neun) wichtigen Résistancegruppen, in: Lipgens, *Bedingungen* (Anm. 2), S. 58–64 (ebenda S. 60 f. die obigen Zitate); die inhaltlich gleichartige Skizze bei Ziebura (Anm. 2), S. 24–32; als umfassendere Textsammlung Walter Lipgens, *Europa-Föderationspläne der Widerstandsbewegungen 1940–1945*, München 1968, S. 180–250; zur Ergänzung Daniel Mayer, *Les Socialistes dans la Résistance*, Paris 1968, *passim*.

Meinung Eindruck machten, aber ebenso nebulös wie rührselig waren“. Bemerkenswert ist, daß er diese Haltung also nicht nur einer Minderheit zuschrieb, daß er sie nicht verstand, aber Eindruck-machend „auf die öffentliche Meinung“ fand. Seinem Bericht, es habe im Februar 1945 „die Mehrzahl der organisierten Kräfte“ in Frankreich seine Ablehnung, Roosevelt in Algier zu treffen, „mißbilligt“, fügte er hinzu: „Ich mußte also feststellen, daß meine Vorstellung von Frankreichs Rang und Rechten von vielen, die auf die öffentliche Meinung einwirkten, kaum geteilt wurde.“ Und vollends sah sich de Gaulle „in der Levante-Affaire ohne wirksame Unterstützung seitens der führenden politischen Kreise in Frankreich. Mein Vorgehen rief bei fast allen einflußreichen Persönlichkeiten“ Kritik hervor: „Bei dieser Gelegenheit empfand ich die ganze Tiefe der Kluft, die mich in den außenpolitischen Angelegenheiten des Landes von den politischen Parteien trennte.“<sup>7</sup> Es mußten schon starke Fakten sein, über das Mitmotiv, die eigene Rolle herauszustreichen, hinaus, die de Gaulle im Gegensatz zu seiner Überzeugung, „die Nation“ zu repräsentieren, zu solchen Feststellungen nötigten.

Die folgenden Zeugnisse der europapolitischen Konzeption, die von der Absage an nationale Machtpolitik, von der Einsicht in veränderte Umwelt ausgehend die internationale Organisation der Friedensordnung forderten, sind nicht mühsam gesucht, sondern aus dem Vollen gegriffen. Durchgesehen wurden die Debatten der Assemblée (Consultative Sept. 1944–Okt. 1945, Constituante Nov. 1945–Jan. 1946), *Le Monde*, Parteitagsbeschlüsse, etliche Zeitschriften, eine Reihe politischer Traktate von Aron bis Reynaud<sup>8</sup>. Die Reihung von innerfranzösischen Zeugnissen, strikt begrenzt auf den Zeitraum Okt. 1944 bis Jan. 1946, darf nicht den umgekehrten Eindruck hervorrufen, de Gaulles Außenpolitik sei durchweg abgelehnt worden; zu einer schlüssigen Abwägung, welchen Grad an Verbreitung in der bzw. Repräsentativität für die „öffentliche Meinung“ das eine wie das andere Lager besaß, können nur teilweise Anhaltspunkte gegeben werden; beabsichtigt ist hier der Nachweis, daß auch in diesem Zeitraum das „andere Frankreich“ mit Nachdruck und Klarheit in einer Fülle von Zeugnissen sich geäußert hat<sup>9</sup>.

<sup>7</sup> Charles de Gaulle, *Mémoires de guerre*, vol. III: *Le Salut 1944–1946*, Paris 1959 (im Folgenden zitiert: *Mémoires III*), S. 57, 89 f., 195 und 197 (in der deutschen Übersetzung von Pferdekamp: de Gaulle, *Memoiren 1942–46*, Düsseldorf 1961, S. 351, 382 f., 474 und 476). Vgl. weitere Zeugnisse de Gaulles hier bei Anm. 25 und 30; zur außenpolitischen Debatte vom 22. 11. 1944 und zur Levante unten S. 155 ff. u. 147 f.; zu den Fakten des Roosevelt-Vorschlags und der Levante-Krise Lipgens, *Bedingungen* (Anm. 2), S. 90 und 94 f.

<sup>8</sup> Für vielfältige Mithilfe bei der Sammlung, Durchsicht und Übersetzung der Quellen danke ich meinen Mitarbeitern Herrn cand. phil. Hans-Peter Annen und Herrn Dr. Wilfried Loth. Weitere Buchtitel werden in Anm. 87 genannt, aus denen sich eine Häufung ähnlicher Zitate ergeben würde.

<sup>9</sup> Anhaltspunkte zur Repräsentativität vgl. bei Anm. 10, 74 und 113. Daß es ersichtlich ein bedeutungsvoller Nachweis für das richtige Verständnis der Motive wichtiger Trägergruppen einer Politik des supranationalen Zusammenschlusses ab 1948 ist, wenn diese Zielvorstellungen auch für 1944–1946 nachgewiesen werden, dazu unten S. 197 f.

Als Bedingungen zum Verständnis muß vorweg noch stichwortartig an drei Fakten erinnert werden:

1. an die Tatsache, daß während der ganzen ersten Hälfte dieser Regierungszeit de Gaulles noch der Krieg in Europa herrschte. Das französische Territorium war zwar Ende September 1944 bis auf das Elsaß und einige Atlantikhäfen von über vierjähriger deutscher Besetzung befreit, aber im Winter sah man nochmals bedrohlich die deutsche Offensive in den Ardennen vordringen, erst am 31. März 1945 begann der französische Vormarsch über den Rhein, erst im Mai erfolgte die deutsche Kapitulation. Alle politischen Kräfte von de Gaulle bis zu den Kommunisten stimmten darin überein, daß alle Anstrengungen einmütig dem Wiederaufbau der Verkehrswege, der Produktionsstätten, der Administration und der Armee zur Mithilfe bei der endlichen Niederringung Hitler-Deutschlands gelten mußten. Für die Bevölkerung standen im Vordergrund elementarste Sorgen um die tägliche Ernährung, Sicherung des Minimums auf dem Schwarzen Markt, und die Bewältigung der von der kommunistischen Partei inszenierten „Säuberung Frankreichs von Verrätern und Kollaborateuren“<sup>10</sup>. Für jedes realistische Bewußtsein waren es vor allem die „Großen Drei“, die eben Frankreich befreit hatten, die über die Grundzüge der künftigen Friedensorganisation entscheiden würden. Unter all diesen Umständen hat die innerfranzösische Diskussion um die Friedensorganisation erstmals im Februar 1945 sich artikuliert, erst ab Mai 1945 entschiedener sich konfrontiert.

2. Die innenpolitische Situation war – auch über diesen Zeitpunkt hinaus – so verblüffend verworren, oft gesichtslos, gefährlich und schwanger der schwierigsten Entscheidungen, daß diese mit Grund als vordringlich empfunden wurden. Die Entstehung dieser Situation hatte begonnen, als de Gaulle noch von London aus die Bildung eines Conseil National de la Résistance (als „Einheitsfront“ der Gruppen und früheren Parteien) verlangt und es gefördert hatte, daß in ihm die ursprünglichen, nichtkommunistischen Résistance-Gruppen mit ihren Plänen zur künftigen Völkerföderation und zur Bildung einer großen, sozial- und christdemokratischen, nicht konfessionellen freiheitlichen Arbeiterpartei von der robust auftretenden Kommunistischen Partei und ihrer gegen Ende rasch aufschwellenden „Front National“ völlig überspielt wurden. Die Kommunisten erreichten es, daß in der „CNR-Charta“ nur ein sehr gemäßigtes, nicht systemveränderndes Sozialprogramm formuliert wurde, dafür aber das gaullistische außenpolitische Prinzip: „défendre l'indépendance politique et économique de la nation, rétablir la France dans sa puissance, dans sa grandeur“. Die Festlegung der KP, den Moskauer europapolitischen Wünschen entsprechend, auf den reaktionärsten Rechtsnationalismus, das alle bisherigen Vorstellungen von „links“ und „rechts“ verwirrende außen-

<sup>10</sup> De Gaulle: „Quelles sont les préoccupations immédiates des Français? La majorité des Français s'attachent à survivre“ (Mémoires III, S. 91). Vgl. Lipgens, Bedingungen (Anm. 2), zur innenpolitischen Situation S. 71–75, zur wirtschaftlichen S. 76–78, zur militärischen S. 91.

politische Bündnis von Kommunisten und Gaullisten hatte begonnen<sup>11</sup>. Gleichwohl entfalteten die kommunistisch geführten CNR-Committees in den ersten Monaten nach der Befreiung den gnadenlosen Terror der „Säuberung“; im Machtkampf um möglichst viele Schalthebel erstickten alle Pläne zur Strukturreform und regionalen Dezentralisation Frankreichs und schien der CNR sich als zweite Gewalt gegen die der Regierung, als Staat im Staate konstituieren zu wollen. Dagegen konnte die ursprüngliche nicht-kommunistische Résistance, im „Mouvement de Libération nationale“ zusammengeschlossen, zunächst nicht anders als das Gouvernement de Gaulle unterstützen, das sie hingegen völlig negierte. „Wenn das Gouvernement“, schrieb Ende 1944 Philipp Viannay, „versuchen will, diese Résistance zu töten, genügt es, bis zum logischen Ziel des bereits gestarteten Systems zu gehen: es genügt, die ‚Nation‘ gegen die Résistance auszuspielen, d. h. es genügt, im innenpolitischen Bereich, die Fortsetzung des Gouvernements Pétain einzuschlagen“<sup>12</sup>. Die Kräfte der nichtkommunistischen Résistance und der Parteien der linken Mitte, der Sozialdemokraten und der Christdemokraten, hatten zu fürchten, daß nicht nur ihr Konzept der Völkerföderation sondern freiheitliche Demokratie überhaupt zwischen dem Andringen autoritären Regimes von kommunistischer wie von gaullistischer Seite unter nationalistischer Fahne zerrieben werde. „Man versteht nun“, schrieb Raymond Aron noch im Juli 1945, „wie ein Volk seine Gewalt abgibt in die Hände eines Chefs . . . Der kommunistische Druck riskiert eine autoritäre Reaktion . . . In Frankreich ist die Zukunft der Demokratie nichts weniger als gesichert“<sup>13</sup>.

<sup>11</sup> Vgl. Lippens, Bedingungen (Anm. 2), S. 62 f. (dort das Zitat); Ziebur (Anm. 2) S. 51 f. Jüngst höchst aufschlußreich detailliert über die Auslieferung der Résistance an die Kommunisten und de Gaulle's Zusammenspiel mit diesen die Memoiren von Henri Frenay, *La nuit finira*, Paris 1973 (bes. Jean Moulin und E. d'Astier werden als kryptokommunistische Helfer dieses Vorgangs erwiesen). Der Rapport des Generalsekretärs Léon Mauvais an das Comité Central du Parti Communiste Français nannte am 22. 1. 1945, ohne sonstige Erwähnung von Außenpolitik, als Ziel der Partei: „faire recouvrer à notre Pays toute son indépendance, toute sa grandeur“ (Léon Mauvais, *Le Parti de la Renaissance Française*, Paris PCF 1945, S. 16, Schlußsatz). Typisch für den Chauvinismus der KPF (so auch Alfred Grosser, *La IV<sup>e</sup> République et sa politique extérieure*, Paris 1967<sup>2</sup>, S. 104): *Oeuvres de Maurice Thorez*, T. V: Mai 1944 bis Mai 1945, Paris 1960, passim.

<sup>12</sup> Philippe Viannay (Leiter des Résistance-Blattes mit den höchsten Auflagen „Défense de la France“, vgl. Lippens, Föderationspläne [Anm. 6] S. 192 und 230, jetzt im Vorstand des MLN) = Indomitus, *Nous sommes les rebelles*, Paris Januar 1945, nach der Zitierung in: *Esprit* 13/3 (No. 107), 1. Febr. 1945, S. 463. Vgl. Lippens, Bedingungen (Anm. 2), S. 64, Anm. 51 zum MLN (auch Viannay nannte als positive Ziele erneut: „réveil de l'Assemblée, socialisation de la production, libération sociale, Etats-Unis d'Europe“, ebenda S. 464); S. 72 f. zur Politik des CNR und zur „Epuración“; zu dieser als kommunistische Taktik treffend Herbert Lüthy, *Frankreichs Uhren gehen anders*, Zürich 1954<sup>3</sup>, S. 92 f.

<sup>13</sup> Raymond Aron, *L'âge des empires*, Paris 1945, Introduction „Paris Juillet 1945“ S. 17 f. und 16, – als Zeugnis des damaligen Problembewußtseins. Wir wissen heute, daß der „Machtkampf um Schalthebel“ als um Positionen für die Zukunft geführt wurde, nicht als Staatsstreichversuch, den Stalin als Gefährdung der „Zweiten Front“ mitten im Krieg nicht wünschte. Das eigentliche Ergebnis aber war die Liquidation des Reformprogramms der

3. Schließlich verstand de Gaulle es meisterhaft, seine Politik und seine eigenen Zukunftspläne zu verschleiern, tatsächliche Gegensätze mit traditionellen pathetischen Formeln zu vernebeln und dem von ihm selbst formulierten Ideal eines „grand chef“ zu entsprechen, er müsse „etwas Unbegreifliches, Geheimnisvolles an sich haben . . . für seine Untergebenen unerforschlich bleiben“. Zu seiner ersten, endlich am 2. März 1945, sechs Monate nach der Befreiung von Paris, abgegebenen innenpolitischen Programm-Erklärung, die in anderthalb Stunden nicht viel mehr sagte, als daß „alle partikularen Interessen und Leidenschaften sich beugen vor dem höheren Interesse der Nation“ (ohne diese zu spezifizieren), vermerkten die Kommentare durchweg „d'un ton certes inférieur, mais d'une pertinence indiscutable“, de Gaulle sei „trop peu concret“ gewesen; tatsächlich zeige die Regierung eine „panische Angst vor Neuerungen“, und „jusqu'ici, que nous a-t-on offert pour nous inviter à la grandeur, sinon une radio stupide?“ Selbst Henri Frenay vermerkte erst im Anschluß an diese Erklärung: „Ich hatte gedacht, und ich war nicht der einzige, daß er sozialistische Überzeugungen hege . . . On avait pu penser qu'il était Proudhon, alors qu'il était simplement Richelieu.“<sup>14</sup>

Trotz dieser überaus erschwerenden Bedingungen vom Oktober 1944 bis zum Januar 1946 formulierte Zeugnisse der „anderen“ europapolitischen Konzeption sind im Folgenden gruppiert nach den inhaltlichen Hauptpunkten der Kritik bzw. Gegenposition.

### 1. Bündnis mit Großbritannien

Daß das Gouvernement Provisoire (GP) alsbald einen Bündnisvertrag mit Großbritannien schließen sollte, dem Kriegspartner von 1940, der allein das freifranzösische Komitee in London durchgehalten, de Gaulle gegen Giraud in Nordafrika installiert und die internationale Anerkennung des GP durchgesetzt hatte, schien allen politischen Gruppierungen in Frankreich selbstverständlich; allgemein wurde spätestens nach dem französisch-sowjetischen Vertrag vom 10. Dezember 1944 erwartet, ihm werde ein französisch-britischer unmittelbar folgen. Daß de Gaulle dies Bündnis mit Großbritannien bewußt nicht schloß, wurde, sobald man es bemerkte, zum ersten offenen, zweifelsfrei von allen politischen Gruppierungen, außer den Kommunisten, getragenen Punkt der Kritik an de Gaulles Außenpolitik 1944–46; und selbst die Kommunisten, sonst deren Verteidiger, widersprachen dieser Kritik nicht offen, sondern machten sie zeitweilig (im Juni 1945) sich sogar zu eigen.

nichtkommunistischen Résistance als gemeinsames Werk de Gaulles und der KP-Führung ab Dez. 1944. Vgl. Lipgens, Bedingungen (Anm. 2), S. 73.

<sup>14</sup> Ideal des „grand chef“ zit. bei Lipgens, Bedingungen (Anm. 2), S. 64; de Gaulle's Programm-Erklärung vom 2. 3. 1945 in: *L'Année Politique 1944–45*, hrsg. von A. Siegfried und E. Bonnefous, Paris 1946, S. 442–451 (im Folgenden zitiert: AP); Kommentare referiert in: *Esprit* 13/5 (No. 109), 1. April 1945, S. 750 f.; Frenay (Anm. 11), S. 507.



Den Abschluß des Bündnisses hatte man, als 14 Tage nach der offiziellen Anerkennung des GP Churchill in Paris als „Père de la victoire“ gefeiert worden war, und noch in den folgenden zwei Monaten nahe geglaubt. „Der enthusiastische Beifallssturm, mit dem am 11. November 1944 auf den Champs Elysées Winston Churchill, der große Staatsmann und Freund Frankreichs, empfangen wurde, hat gezeigt, wie sehr das Herz der Franzosen für die Allianz schlägt, die die Welt gerettet hat.“<sup>15</sup> Nur wenige Personen um de Gaulle, wie Bidault, wußten, daß dort Churchill die rasche Ausarbeitung eines Bündnisvertrages angeboten, aber de Gaulle dies verweigert hatte, solange Großbritannien nicht seine Rhein- und Ruhrforderungen unterstütze. Öffentlich aber versicherte Bidault zur Eröffnung der ersten außenpolitischen Debatte der Assemblée am 21. November 1944, der „sehr große Tag“ habe gezeigt: „Unser Herz hat nicht gewechselt. Wir haben mit England die Bande erneuert; wir haben uns wiedergefunden und, wir alle hoffen es, für immer . . . Eine Allianz mit dem Westen? Aber ja. Was könnten wir anderes tun? Aber auch eine Allianz mit dem Osten. Auch wir sind an den Fragen interessiert, die über den Westen hinausweisen.“<sup>16</sup> Es geschah unter dieser Voraussetzung und in der Erwartung der baldigen Schaffung einer machtvollen Weltfriedensorganisation bei allen nichtkommunistischen Sprechern, daß auch ein Bündnisvertrag mit der Sowjetunion begrüßt wurde. Maurice Schumann meinte, so wie es absurd wäre, anzunehmen, „daß Frankreich allein mit England alliiert ist, ohne in gleicher Weise Alliiertes der USA und der Sowjetunion zu sein“, weil dann „bald das Mißtrauen der Sowjetunion und der Vereinigten Staaten wieder erwachen würde, nicht nur Frankreich sondern vor allem England gegenüber“, so sei die Annahme „eine nicht weniger absurde Hypothese, die französisch-sowjetische Allianz widerspräche der Entente Cordiale statt sie zu ergänzen“, denn dann „fehlte nicht mehr viel zu einem virtuellen Kriegszustand in Westeuropa“. Namens der Rechten versicherte in der Ratifizierungsdebatte am 21. Dezember 1944 André Mutter, „es wäre ein Irrtum und eine Ungerechtigkeit zu denken, der französisch-sowjetische Pakt markiere eine Priorität der Freundschaft. Es ist nötig, hier zu bekräftigen, daß Frankreich die gleiche Hochachtung, das gleiche Vertrauen, die gleiche Freundschaft allen Nationen entgegenbringt, die zu seiner Befreiung beigetragen haben.“ Und namens der Sozialisten führte André Philip aus:

„Wir denken, daß der Pakt mit Rußland der Beginn einer ganzen Serie von gegenseitigen Beistandsverträgen ist, in denen Frankreich, Rußland, England alle die Nationen Europas um sich gruppieren, die mit uns vereint sind durch alte moralische

<sup>15</sup> In späterer Kritik, daß sie immer noch nicht realisiert sei, Henri Lepage, *Le retour à la paix*, Paris (Fayard) 1946, S. 234. Britische Bemühungen für de Gaulle s. Lippens, *Bedingungen* (Anm. 2), S. 55–58; Churchills Besuch 11. 11. 1944 ebenda S. 82.

<sup>16</sup> *Journal Officiel de la République Française, Débats de l'Assemblée Consultative Provisoire, Année 1944* [publiziert jeweils am Tag nach der Sitzung], No. 71, Séance du Mardi 21 Nov. 1944, S. 309 (im Folgenden zitiert: J. O. Débats mit Datum der Séance [nicht der Publikation] und Seitenzahl). Bidault grundsätzlich für Bündnis mit Großbritannien vgl. Anm. 37; zu Churchills Bündnisangebot, erneuert Anfang Januar 1945, Lippens, *Bedingungen* (Anm. 2), S. 82 f.

und materielle Bande . . . Dieser Pakt aber, wenn er der Beginn der Gesamtheit von Freundschafts- und Beistandspakten ist, mit denen wir unseren europäischen Kontinent bedecken wollen, muß sich – und der Herr Außenminister hat es angedeutet – in den Schoß unserer Bemühung um eine internationale Organisation einfügen. Die Allianzen sind kein Ersatz der internationalen Organisation (Sehr gut! Sehr gut!); sie bereiten diese Organisation vor, sie schaffen ihre Grundlagen, auf denen sie sich wird errichten können . . . Zuerst politische Organisation durch die Schaffung eines internationalen Organismus, der – denn dies ist unverzichtbar – die Souveränität aller Nationen einschränkt; dann Schaffung auch wirtschaftlicher und sozialer Organismen“.

Auch wenn man teils in ihm den Beginn der Wiederanerkennung einer Großmachtstellung Frankreichs begrüßte, so sah doch keiner der nichtkommunistischen Sprecher dieser beiden Assemblée-Debatten den französisch-sowjetischen Vertrag im Sinne de Gaulles als Druckmittel gegen den Westen an, sondern alle begrüßten ihn als einen von mehreren ersten Bausteinen zur Weltfriedensorganisation; ihr hatte der Großteil der November-Debatte und deren Schlußresolution gegolten<sup>17</sup>. Genau in diesem Sinne wurde am Ende der Dezember-Debatte einstimmig die Resolution gefaßt, die Versammlung „approuve pleinement“ den französisch-sowjetischen Vertrag, doch „sie wünscht“, so hieß der wichtigere zweite Satz, „daß dieser Vertrag komplettiert werde durch eine Serie gleichartiger Pakte, die die enge Solidarität Frankreichs mit den anderen Vereinten Nationen beweisen und in ihrer Gesamtheit eine nötige Etappe zur künftigen internationalen Organisation der Sicherheit und des Friedens bilden“<sup>18</sup>. „Le principe fondamental est l’alliance russe combinée avec l’alliance anglaise“, mit amerikanischer Unterstützung, als Vorstufe einer europäischen und globalen Föderation<sup>19</sup>.

Erstmals in einer Radiorede am 5. Februar 1945 hat de Gaulle in Andeutungen öffentlich zu erkennen gegeben, daß er es war, der das Bündnis mit Großbritannien erst nach Erfüllung der Vorbedingung britischer Unterstützung seiner Rheinland- und Levante-Politik zu schließen bereit sei: Nach der Allianz mit Rußland

<sup>17</sup> Zitate J. O. Débats 22. 11. 1944, S. 324 (Schumann); 21. 12. 1944, S. 590 (Mutter) und 591 (Philip). Der Großteil der Debatte vom 21./22. 11. 1944, der einer machtvollen Weltfriedensorganisation galt, wird mit der Resolution unten S. 155 ff. referiert und ist hier hinzuzusehen.

<sup>18</sup> J. O. Débats 21. 12. 1944, S. 595 (die Resolution umfaßte nur die zwei Sätze). Gleichartig hatte schon zuvor die nichtkommunistische Pariser Presse kommentiert: „Le traité de Moscou n’est qu’un aspect de la politique commune aux nations unies“ (W. d’Ormesson im Figaro); keiner seiner Artikel sei „incompatible avec un système plus général de sécurité collective“ (Fr. Gay in L’Aube); die Allianz „n’était pas exclusive. Elle doit, en effet, s’appuyer sur des alliances complémentaires qui mêleront les nations unies dans un système à la fois solide et souple“; dies „ne pourra être qu’une organisation mondiale où les nationalismes disparaîtront, et où chaque Etat abandonnera la part de souveraineté qui garantira sa liberté“ (Combat); zitiert nach der Presse-Übersicht in Le Monde vom 19. 12. 1944, Seite 2.

<sup>19</sup> – schrieb noch im Februar Jean Gauvain in dem eingangs zitierten Artikel (Anm. 1), S. 483 f.; „L’alliance anglaise, que certains auraient voulu voir précéder l’autre, semblait à première vue la plus aisée à conclure.“

„möchten wir sehr wohl eines Tages auch eine Allianz mit dem alten und tapferen England besiegeln, sobald es nur dem zustimmen wollte, was in Bezug auf Deutschland für uns lebenswichtig ist“ – die Abtrennung von Rheinland und Ruhr – und in Übersee<sup>20</sup>. Dies weckte die ersten nachdrücklichen Proteste, nicht gleich bei denen, die im Grunde nicht sehr viel mehr als eine Allianz durch weitere komplettiert sehen wollten, sondern zuerst bei denen, für die die Allianzen nur Vorstufen einer föderativen Organisation Europas und der Welt sein sollten. Am 7. Februar veröffentlichte der sozialistische „Populaire“ eine erste grundsätzliche Kritik an der Außenpolitik de Gaulles: Paul Rivet schrieb, man müsse den Eindruck gewinnen, daß das GP in einem Moment „exceptionnelle et de courte durée“, in dem die Schaffung einer Weltfriedensordnung möglich sei, Frankreich auf den Weg einer „politique internationale de rivalités“ zurückführe, „sous prétexte de faire une politique de prestige“; die Mehrheit der Franzosen wünsche hingegen, daß „die Regierung eine Haltung einnehme, die nicht völlig dominiert werde von engstirnig nationalen Konzeptionen“. Vincent Auriol, Präsident des außenpolitischen Ausschusses der Assemblée, stieß nach mit einer Artikelserie, in der er jene Rheinland-Forderungen „fragiles protections territoriales“ nannte; deren Anerkennung zur Vorbedingung eines französisch-britischen Bündnisses zu machen und damit das Konzept der kollektiven Sicherheit in Gefahr zu bringen, nannte er „une lourde faute qui voilerait le prestige de la France, l’engagerait dans des aventures et nuirait à sa sécurité réelle“. Man hoffe mit Unruhe auf endliche Bündnisverhandlungen; „aber für uns können und dürfen Allianzen nichts anderes sein als Bausteine einer föderativen Organisation Europas und der Welt“, ohne die, wenn sie jetzt nicht geschaffen wird, wir morgen – mit oder ohne „gute Grenzen“ – wieder Krise, Krieg und Niederlage haben werden<sup>21</sup>.

Hinzu trat in den Tagen nach dem 21. Februar die „beträchtliche Erregung in der Weltöffentlichkeit“ über de Gaulles Absage an den Vorschlag Roosevelts zu einem Treffen in Algier, die nach seiner eigenen Aussage von der „Mehrzahl der organisierten Kräfte in Frankreich mißbilligt“ wurde<sup>22</sup>. Auf dem ersten Sozia-

<sup>20</sup> Charles de Gaulle, *Discours et messages*, Bd. I [der neuen Gesamtausgabe]: *Pendant la guerre 1940–1946*, Paris 1970, S. 518, Rede vom 5. 2. 1945 (auch in: AP 1944/45, S. 533), – vier Sätze zuvor hatte er (ebenda) „die definitive Präsenz der französischen Gewalt von einem Ende des Rheins bis zum anderen – die Abtrennung der Territorien des linken Rheinufers und des Ruhrgebiets“ von Rest-Deutschland als das bezeichnet, was „Frankreich als wesentlich erachtet“.

<sup>21</sup> Paul Rivet, *Le rôle humain de la France*, in: *Le Populaire* 7. 2. 45; Vincent Auriol, *La sécurité française*, ebenda 18./19. 2. 45, und *Le vrai réalisme*, ebenda 20. 2. 1945. In einem Schlußartikel gleichartig, die Feststellungen Auriols unterstreichend, der Generalsekretär der S.F.I.O. Daniel Mayer, *Brumes à dissiper*, in: *Le Populaire* 21. 2. 1945. Alle Artikel zitiert nach der vorzüglichen, noch ungedruckten Diss. meines Mitarbeiters Wilfried Loth, *Sozialismus und Internationalismus, Theorie und Praxis sozialistischer Außenpolitik in Frankreich 1940 bis 1950*, Diss. Saarbrücken 1974 (Masch.), S. 128–150.

<sup>22</sup> De Gaulle, *Mémoires III*, S. 88. Zum Faktum der Absage Lipgens, Bedingungen (Anm. 2), S. 90. In der Mehrzahl der Kommentare kam Sorge über das distanzierte Verhältnis de Gaulles zu den westlichen Alliierten zum Ausdruck. Albert Gazier, *Libre opinion sur notre*

listentreffen (3.–5. März 1945) in London faßten die britische und die französische Delegation eine gemeinsame Resolution, in der sie „im Namen der Millionen Männer und Frauen, für die sie sprechen“ von ihren Regierungen den Abschluß eines Zweierbündnisses, „unter allen Umständen vor dem Beginn der Konferenz von San Francisco“, als unerläßlichen Baustein des künftigen Weltsicherheitssystems forderten<sup>23</sup>. In der nächsten außenpolitischen Debatte der Assemblée, am 27. März, fand Edouard Depreux allgemeinen Beifall, als er namens der sozialistischen Fraktion die schleppende Behandlung des Bündnisprojekts mit Großbritannien scharf kritisierte. Doch galt die Debatte, wenige Tage vor Eröffnung der UNO-Gründungskonferenz in San Francisco, im übrigen der Sicherung eines möglichst internationalistischen Einsatzes der französischen Delegation für diese vordringliche „Organisation fédérative du monde“<sup>24</sup>. Das Bündnisprojekt trat für eine Weile hinter den Erwartungen an die UNO und auf das Kriegsende zurück.

Umso größer war das Erschrecken, jetzt nicht mehr nur bei den Fürsprechern der „Organisation fédérative“, als Ende Mai, kaum daß der Schlachtenlärm des großen Weltkriegs in Europa verstummt war, de Gaulles Truppenverstärkungen in der Levante, seine militärische Aktion gegen die schon als unabhängig proklamierten Regierungen Syriens und des Libanon, auf deren Hilferuf zu einer direkten französisch-britischen Konfrontation führten. Schon während der von der Öffentlichkeit unbemerkten Entstehung dieses Konflikts, der laut Bidault daraus resultierte, daß die Zusage der Unabhängigkeit „de Gaulle nur mit Abstrichen einhalten wollte“, hatte er mit einem Widerstand des Quai d'Orsay zu kämpfen: „Vor allem waren es unsere Diplomaten, die mit meiner Einstellung nur wenig konform gingen“; für sie „war das Einvernehmen mit England eine Art Grundprinzip . . . So sahen die Experten in der Levante-Frage ein Ärgernis, das auf eine vor allem einen Zusammenstoß mit England vermeidende Weise beseitigt werden müsse.“<sup>25</sup> Auch im Kabinett überwogen offenbar Widersprüche, die de Gaulle autoritär zum

politique extérieure, in: *Le Populaire* 27. 2. 1945, nannte das Minderwertigkeitsgefühl nicht mehr angebracht, das die französische Regierung ständig dokumentiere. In der Budgetdebatte der Assemblée urteilte Pierre Meunier, rapporteur du Budget des Affaires étrangères, in Bezug auf diese Absage: „Plus de souplesse, ou plus exactement moins de raideur dans l'attitude du gouvernement, nous aurait permis de saisir l'occasion qui nous était offerte par le sort et par nos grands alliés.“ (*J. O. Débats* 20. 3. 1945, S. 601).

<sup>23</sup> Wortlaut der im Rahmen der ersten Internationalen Sozialistischen Konferenz seit Kriegsbeginn (vgl. Julius Braunthal, *Geschichte der Internationale*, Bd. 3, Hannover 1971, S. 167 f.) von der britischen und der französischen Delegation (letztere bestehend aus Auriol, Dumas, Grumbach, Moch und Philip) gefaßten Resolution in: *Le Populaire* 8. 3. 1945 (zit. nach Loth [Anm. 21], S. 154).

<sup>24</sup> E. Depreux, *J. O. Débats* 27. 3. 1945, S. 777–779. Zur internationalistischen Gesinnung und Schlußresolution dieser Debatte genauer unten S. 159–161.

<sup>25</sup> de Gaulle, *Mémoires III*, S. 195; Georges Bidault, (*D'une Résistance à l'autre*, Paris 1965, dt.: *Noch einmal Rebell*, Berlin 1966, S. 128 und S. 130: „entgegen den schriftlichen Anweisungen, die ich . . . dem dortigen französischen Hochkommissar erteilt hatte, traten die Truppen in Aktion“. Zum Ablauf der Levante-Krise vgl. Lipgens, *Bedingungen* (Anm. 2), S. 94 f. u. die dort genannte Literatur.

Schweigen brachte: „Ich habe Ihre Ansichten eingeholt. Sie stimmen nicht mit meiner überein. Die Entscheidung ist einstimmig angenommen.“<sup>26</sup> Die Zeitungen notierten erst ab 25. Mai mit Verblüffung inmitten der Artikel zum Kriegsende in Europa und zur UNO-Gründungskonferenz in San Francisco „les incidents Syro-Libanais“, die französischen Truppenaktionen und die Kasernierung der französischen durch die britischen Truppen; sie bemühten sich, wie de Gaulle treffend bemerkte, „die Vorgänge zu bagatellisieren“, und bei meist neutraler Referierung der Noten vor allem die Notwendigkeit baldiger Wiederherstellung enger französisch-britischer Zusammenarbeit hervorzuheben<sup>27</sup>. Dies war auch der Grundtenor in der Parlamentsdebatte zur Levante-Frage, die am 15. Juni begann: Fast alle Abgeordneten hielten es für wahrscheinlich, daß ein Teil der Schuld an der akuten Zuspitzung bei Großbritannien liege, aber mit Ausnahme von Maurice Schumann sahen alle Sprecher die Ursache, wie es Andrée Viénot namens der sozialistischen Fraktion formulierte, in der Weigerung de Gaulles, Syrien und Libanon tatsächliche Unabhängigkeit zu gewähren, und in seiner völlig mangelhaften Bereitschaft zu Kooperation mit Großbritannien. Dieser Kritik schlossen sich auch die Kommunisten an, zu diesem Zeitpunkt noch ihrer antikolonialistischen Tradition getreu<sup>28</sup>. André Hauriou meinte namens des MLN, wenn Londons Colonial Office Einflußmöglichkeiten erlangt habe, so doch nur, weil die französische Politik, „zögernd und mitunter sogar kontradiktorisch“ hinter den Ereignissen herhinkend, „l'allure d'une politique conservatrice“ angenommen habe; sie dürfe nicht ferner „die Chancen einer engen Entente zwischen Frankreich und Großbritannien vermindern, die wir als eine Bedingung erster Ordnung für die interalliierte Kooperation und somit des Weltfriedens erachten“. Pierre Cot von den Radikalsozialisten sprach über „la suite presque incroyable d'erreurs et de maladresses“, die oftmals von den Alliierten und den Organisationen der Résistance ausgesprochene „condamnation des méthodes employées en Syrie par le Gouvernement français“; es hat, wandte er sich an de Gaulle, „nicht an Warnungen gefehlt, aber Sie haben ihnen beinahe soviel Aufmerksamkeit geschenkt wie den Ansichten der Assemblée“<sup>29</sup>. Am Ende nahm das Parlament *einstimmig* eine Schlußresolution an, deren wesentliche Sätze lauteten:

<sup>26</sup> „Die Entscheidung, das heißt *seine* Entscheidung“ – so glaubhaft bei Jean R. Tournoux, Pétain und de Gaulle, Düsseldorf 1966, S. 241; übereinstimmend mit dem vielfach belegten Stil seiner Kabinettsitzungen, vgl. Lippens a. a. O., S. 74 f.

<sup>27</sup> de Gaulle, Mémoires III, S. 195 f. Selbst die (als Le Temps der Vichy-Zeit) betont vorsichtige Le Monde mahnte: „Die Interessen Großbritanniens und Frankreichs sind eng verbunden. Frankreich ist sich dieser Solidarität zu sehr bewußt, um etwas tun zu wollen, was sie gefährden könnte.“ (Le Monde 2. 6. 45, gleichartig 5. 6. und 7. 6. 45).

<sup>28</sup> J. O. Débats 15. 6. 1945, S. 1118–21 A. Viénot, S. 1121–24 M. Schumann als einziger de Gaulle verteidigend; S. 1124–26 Georges Gorse als 2. Sprecher der SFIO die Regierung mit Vorwürfen überschüttend; S. 1127–29 Florimond Bonte namens der KPF.

<sup>29</sup> J. O. Débats 19. 6. 45, S. 1135 f. A. Hauriou; S. 1137 P. Cot; S. 1136 hob Hauriou den Widerspruch hervor „zwischen der Tatsache, daß wir vor einigen Wochen die Teilnahme Syriens und des Libanons an der Konferenz von San Francisco forderten, und der Tatsache, daß wir gleichzeitig zu einer Politik recht gewaltsamer Unterdrückung übergingen“.

„Die Assemblée consultative, bestürzt über die tragischen Ereignisse von Syrien, verneigt sich mit Respekt vor allen Opfern . . . ; macht sich feierlich die Unabhängigkeitserklärung zu eigen, welche die Provisorische Regierung der Französischen Republik an das libanesisch und das syrische Volk unter Zusage frei ausgehandelter Verträge oder Abkommen gerichtet hat . . . ; fordert, daß die Regierung damit einverstanden ist, im Geist vertrauensvoller Freundschaft alle Abkommen oder Verträge mit Syrien und dem Libanon, anerkannt als unabhängige und souveräne Staaten, zu diskutieren, und in gleicher Weise alle Vorschläge, die ihr die britische Regierung auf der Grundlage der Deklaration vom 13. Juni unterbreiten könnte, und [fordert] daß sie ihre Anstrengungen zur Ausarbeitung eines französisch-britischen Paktes vervielfältigt, der zusammen mit dem französisch-russischen Pakt eine der europäischen Grundlagen für die kollektive Konstruktion des Weltfriedens sein wird.“<sup>30</sup>

In einem noch folgenden Schlußsatz wurde nicht etwa de Gaulles Vorschlag einer Fünfer-Konferenz (mit der Sowjetunion) gutgeheißen, sondern lediglich, daß er in San Francisco die internationalen Gremien von einem Streit in Kenntnis gesetzt hat, „qui dépend de la communauté internationale“. Daß de Gaulle das amerikanische Konferenzangebot ablehnte, nannte Paul Louis „une faute et un malheur“. „Denn eine Verstimmung zwischen Paris, London und Washington zeichnete sich ab, die umso beunruhigender war, als die französisch-britische Allianz . . . suspendiert blieb.“<sup>31</sup>

Dies Drängen auf Abschluß des französisch-britischen Paktes wurde jetzt auch deshalb so einmütig und so energisch, weil in den gleichen Tagen die Berichte aus San Francisco zeigten, daß aus der UNO nicht die machtvolle Weltsicherheitsbehörde geworden war, die man erhofft hatte<sup>32</sup>. Innerhalb dieser weitgehenden Einmütigkeit war von nun an deutlicher zu unterscheiden zwischen 1. solchen Stimmen, die eine Allianz mit Großbritannien parallel zu der mit der Sowjetunion wünschten, energisch und insoweit de Gaulle, der sie nicht schloß, kritisierend, aber noch im Sinne klassischen Allianzdenkens, nicht eines prinzipiell anderen europapolitischen Systems; und 2. solchen, die diese Allianz mit größerem Nachdruck als Kernachse für einen allmählichen europäischen Zusammenschluß, für ein prinzipiell neuartiges System forderten; doch gab es auch Übergänge zwischen beiden Gruppen. Als erster wies jetzt der französische Delegationsleiter Paul-Boncour am

<sup>30</sup> J. O. Débats 19. 6. 45, S. 1148; der zuletzt zitierte Satz, als Zusatz zum Ordre du jour von Daniel Mayer namens der sozialistischen Fraktion eingebracht, wurde ebenfalls einstimmig, also auch von der kommunistischen Fraktion bejaht. Jacques Debû-Bridel stimmte namens der Rechten speziell diesem Zusatz zu, damit man „die französische Regierung und das französische Volk nicht mit gewissen Offizieren verwechsle, die vielleicht ebenfalls Männer einer faschistischen und imperialistischen Politik geblieben sind“, und um „den festen Willen des französischen Volkes zu bekräftigen, diese Allianz mit dem britischen Volk zu schließen“ (ebenda S. 1149). De Gaulle sagte zu der Resolution, daß sie „in der Tat den Verzicht aussprach. Ich sah mich genötigt zu erklären, daß die Regierung sich nicht an den Wortlaut gebunden fühle.“ (Mémoires III, S. 197).

<sup>31</sup> Paul Louis, *La crise du Moyen Orient*, Revue politique et parlementaire, Jg. 47/2 (1945), S. 74.

<sup>32</sup> Dazu der folgende 2. Abschnitt, unten S. 152–164.

18. Juni vor der französischen Kolonie in San Francisco in die 2. Richtung, indem er angesichts der nun feststehenden Schwäche der künftigen UNO „einen Appell zu Gunsten der Errichtung eines Systems von ‚Regionalpakten in Europa‘, vergleichbar dem panamerikanischen System, lancierte . . . Es müsse der französisch-sowjetische Pakt ergänzt werden durch den Abschluß gleichartiger Verträge zwischen Frankreich und seinen Nachbarn in Westeuropa, mit Großbritannien, den Niederlanden und Belgien, mit dem vom Faschismus befreiten Italien und mit Spanien, sobald es zu demokratischen Institutionen zurückgekehrt ist“<sup>33</sup>. In die gleiche Richtung wies mit einem Vortrag am 6. Juli in Paris Barbara Ward, als erste Nachkriegs-Äußerung des angesehenen Pariser Centre d'Études de Politique Étrangère publiziert: „Die Erfahrung dieser vier Jahre beweist, daß ein Zusammenrücken der Nationen des westlichen Europas aus strategischen und wirtschaftlichen Gründen notwendig ist. Es kommt nun nur noch darauf an, die Methoden zu finden.“<sup>34</sup> Die Einsicht, daß die europäischen Nationalstaaten „die Opfer dieser technischen Evolution geworden sind“, die über Einheiten von ihrer Größe hinausgeschritten ist, war auch einer der Ausgangspunkte der Analysen, die als Autor besonderen Gewichts Raymond Aron Ende Juli 1945 unter dem Titel „L'Age des Empires“ publizierte. Angesichts des Aufstiegs der beiden Weltmächte müsse sich Europa das Ziel seines Zusammenschlusses setzen, das derzeit nur durch die Einleitung engstmöglicher Zusammenarbeit mit Großbritannien angestrebt werden könne:

„In der Tat, den Präferenzen der Mehrheit der Bevölkerung nach, auf Grund seiner geographischen Position und der Ideologien seiner Eliten gehört Frankreich der angelsächsischen Welt an. Wenn der Quai d'Orsay eifersüchtig über seine Unabhängigkeit von Foreign Office und State Department wacht, bedeutet dies nicht, daß seine schließliche Wahl zweifelhaft wäre. Es heißt vorerst, daß Frankreich sich – verglichen mit seinen westlichen Alliierten – zu schwach fühlt, um eine Integration akzeptieren zu können, die in seinen Augen einem Satellitenstatus gleichkäme“. Aron bejahte das Bemühen, erst Frankreich wieder zu kräftigen, beschloß aber seine Analyse mit den Sätzen, er könne „nur sagen, daß dauerhafte und vertrauensvolle

<sup>33</sup> Joseph Paul-Boncour (vgl. Anm. 51) am 18. 6. 45 nach Le Monde 21. 6. 45, S. 1; gleichartig in einem Interview für AFP, Le Monde 27. 6. 45, S. 1 (vgl. Anm. 60).

<sup>34</sup> Zweifelsfrei sei, daß die westeuropäischen Länder, „um sich wirksam verteidigen zu können, einen gemeinsamen Plan adoptieren müssen“; noch offensichtlicher seien „die enormen wirtschaftlichen Vorteile einer solchen Entente“. In „einer Region, wo der Außenhandel bereits einen Großteil des Nationaleinkommens ausmacht und überdies der Handel grobenteils von den Nationen eben dieser Region abhängt, finden wir entscheidende Gründe für eine Assoziierung dieser Länder . . . England, Frankreich, Belgien, Holland . . . Keiner dieser Binnenmärkte kann aus der Massenproduktion Vorteile ziehen“, wohl aber zusammengeslossen als „ein Binnenmarkt von rund 120 Millionen Menschen“ (B. Ward [Hrsg. des Londoner „Economist“], L'Avenir des relations entre les nations de l'Europe occidentale [Vortrag in Paris 6. 7. 1945], in: Politique étrangère, Jg. 10, No. 1, Aug. 1945, S. 5 und 7 f.). Zum Beginn sollten Frankreich und Großbritannien einen Vertrag schließen, gemeinsame Kommissionen und ein Sekretariat bilden, dann „Nationen mit gleichen Interessen einschließen, wenn diese die gleichen Bedingungen akzeptieren und mitarbeiten wollen in Sinne einer gemeinsamen Politik“ (S. 9 dieses ersten Nachkriegsheftes).

Zusammenarbeit zwischen Großbritannien und Frankreich unerläßlich sein wird. Je weniger man vom ‚bloc occidental‘ sprechen wird, umso besser wird es sein: die Formel weckt zuviel Passionen und Oppositionen. Aber wenn die beiden Länder die Wege finden, konkret, täglich ihre Stimmen in Übereinstimmung zu bringen und ihre Existenz zusammenzufügen, so wird eine Hoffnung der Auferstehung über dem zerrissenen Europa sich erheben.“<sup>35</sup>

Unter den Parteien verlangten mit der größten Entschiedenheit die Sozialisten den Pakt: Auf ihrem ersten ordentlichen Nachkriegsparteitag 11.–15. August 1945 in Paris wurde die gaullistische Zurückweisung des britischen Bündnisangebots von den außenpolitischen Sprechern angeklagt; Louis Lévy griff de Gaulles „nationale und xenophobe Politik alten Stils der Rechten“ mit bisher noch nicht gehörter genereller Schärfe an. Das einstimmig angenommene Schlußmanifest stellte – nächst der Notwendigkeit, die in San Francisco noch unvollkommen begonnene Weltorganisation weiterzuführen – fest, bis dahin „gewähren bilaterale Verträge eine zeitweilige Sicherheit während der Periode der Errichtung des internationalen Organismus, in dessen Rahmen sie sich einfügen müssen. Die sozialistische Partei fordert, daß eine französisch-britische Allianz, allzulange aufgeschoben, die französisch-sowjetischen und britisch-sowjetischen Verträge ergänzt und mit ihnen die ersten soliden Grundlagen der Europäischen Friedensorganisation bildet.“ Léon Blum u. a. Sprecher der Partei forderten ihn als dringlichsten Ausgangspunkt der jetzt von ihnen propagierten „famille occidentale“, von der gleich zu sprechen sein wird<sup>36</sup>. Aber auch im M.R.P. festigte sich die in der Zustimmung ihrer Abgeordneten zur Levante-Resolution schon zum Ausdruck gekommene Kritik. Ihr Conseil National konstatierte in einer Deklaration am 26. August: „Es liegt ganz offensichtlich im Interesse Frankreichs, den Pakt mit der UdSSR durch einen umfassenden Vertrag mit England und eine gute Entente mit den USA zu ergänzen.“ Im Rahmen einer Programm-Artikelfolge erklärte Marc Scherer (in dem über Außenpolitik) in L’Aube am 16. Oktober: Die Syrien-Frage unterordnend gelte es, sogleich „diese Entente zu erreichen, sei es um den Preis einigen Verdrusses, denn die ‚Entente cordiale‘ bleibt ein Imperativ des europäischen Friedens“. Und in das am 8. November 1945 verabschiedete „Programm

<sup>35</sup> Raymond Aron, *Remarques sur la politique étrangère de la France*, dat. Juni 1945, in dem Sammelband: *L’âge des Empires et l’avenir de la France*, Paris 1945, S. 337–53, die Zitate S. 345, 348 und 353 f. In dem Jan. 1944 datierten Aufsatz *Pour l’alliance de l’Occident* hatte Aron noch (ebenda, S. 319–336), sofortige engste Allianz gefordert; in der Introduction, dat. Juli 1945, wies er mehr auf die „Schwierigkeit“ sofortiger Union zwischen „deux partenaires de force par trop inégale“ hin (ebenda S. 25). – Die Gesamtanalyse Arons genauer im Abschnitt „3. Europäische Föderation“, unten S. 168 f.

<sup>36</sup> S. F. I. O., 37<sup>e</sup> Congrès National, Paris 11–15 août 1945, *compte rendu sténographique*, z. B. S. 696 f. (Rede Fischer), S. 721–25 Rede Lévy; das Schlußmanifest „Au peuple de France“ in *Le Populaire* v. 16. 8. 45; zitiert nach Loth (Anm. 21), S. 171 f. Die Entschiedenheit war verstärkt durch den Labour-Wahlsieg vom 25. 7. 1945. Zur Einfügung der Forderung nach Pakt mit Großbritannien in das neue sozialistische Konzept der „famille occidentale“ vgl. S. 171 f.



des M. R. P.“ wurde die zuvor zitierte entschiedene Forderung aus der Deklaration des 26. August wortwörtlich aufgenommen<sup>37</sup>.

Diese Kritik und Forderung war so allgemein, daß de Gaulle selbst den Wunsch mit zweideutigem Nachdruck in seine Regierungserklärung vom 23. November 1945 aufnahm: „Wir bemühen uns, zu einer politischen Übereinstimmung mit Großbritannien zu kommen, dessen Interessen sich mit den unsrigen am Rhein – wo der Schlüssel für unsere Zukunft wie das Geheimnis unserer Vergangenheit liegt –, im Nahen Osten, in Afrika und im Fernen Osten treffen, auf daß dann ein wirkliches Bündnis möglich werde.“ Er gab den Eindruck, die Allianz zu wollen, indem er für sich behielt, daß er unter dem „Sichtreffen von Interessen“ nach wie vor den Streit um territorialen Einfluß alten Stils zumal im Rheinland und in der Levante verstand<sup>38</sup>. In seinen Memoiren bemerkte er zum Zeitpunkt nach der Regierungserklärung lakonisch: „Die englisch-französischen Beziehungen waren seit der Mai-krise auf meine Weisungen hin eingefroren“; die englischen und französischen Truppen lagen in Syrien und im Libanon nach wie vor in ihren Stellungen einander gegenüber; „so standen die Dinge, als man mir Anfang Dezember einen Abkommensentwurf unterbreitete, der zwischen der englischen Regierung und unserer Londoner Botschaft ausgehandelt worden war. Nach seinem Wortlaut war vorgesehen, daß Franzosen und Engländer gleichzeitig das syrische Gebiet räumten.“ De Gaulle verstand, daß ihm also wenigstens der Libanon bleibe, und stimmte der Unterzeichnung zu, die am 13. 12. 45 in London erfolgte. – Die Nachricht wurde aufatmend begrüßt; der eben tagende II. Kongreß des M. R. P. bedankte sich in seiner „motion de politique extérieure“:

er sei „besonders erfreut über die Unterzeichnung des neuen französisch-britischen Vertrages, der den bedauernswerten Zwischenfällen von Syrien ein Ende setzt, und richtet seine herzlichen Glückwünsche an Georges Bidault, der der hartnäckige Urheber dieses Einverständnisses gewesen ist“; denn er sei überzeugt, daß „eine enge Entente zwischen den zwei großen demokratischen Nationen Westeuropas unerlässlich ist für die Errichtung eines dauerhaften Friedens und einen wesentlichen Baustein der internationalen Organisation einsetzen muß“.

<sup>37</sup> M. R. P., Déclaration du Conseil National des 25 et 26 août 1945, Paris 1945 (S. 4 des Flugblattes); Marc Scherer, *Esprit d'une politique étrangère* (L'Aube 16. 10. 45, erneut gedruckt) in: *L'origine du M. R. P., Son évolution*, Paris Oct. 1945 (S. 27 der Flugschrift); (ich verdanke die Mitteilung beider Texte Herrn Ass. Prof. Adolf Kimmel). Programme du M. R. P. vom 8. 11. 45 in: AP (Anm. 14) 1944–45, S. 486. Bidaults Wort, als der britische Botschafter Sommer 1945 ihn nach den Bündnis-Aussichten fragte: de Gaulle „weiß, daß die Franzosen es wollen, er weiß, daß der Quai d'Orsay es will“ – bereits zit. bei Lipgens, Bedingungen (Anm. 2), S. 85 f. (nach Duff Cooper, *Au delà de l'oubli*, Paris 1960, S. 419). Die Kommunisten griffen darauf im Wahlkampf den M. R. P. und Bidault an, „que l'on accuse, malgré des dénégations de vouloir réaliser un ‚Bloc Occidental‘ dirigé contre l'U. R. S. S.“ (AP 1944–45, S. 315).

<sup>38</sup> Regierungserklärung: J. O. Débats de l'Assemblée Nationale constituante 23. 11. 45, S. 120; auch in AP (Anm. 14) 1944–45, S. 490. *Le Monde* 26. 11. 45 z. B. zitierte mit freudiger Zustimmung diese Bereitschaft, hinzufügend, daß „par une heureuse coïncidence“ Bevin am gleichen 23. 11. vor dem Unterhaus „d'une façon plus catégorique que le général de Gaulle“ den Pakt gefordert habe, der also nun auf gutem Wege sei.

Niemand hatte Verständnis, als de Gaulle wenige Tage darauf, sobald er erfuhr, daß die Engländer auch den Libanon nur zusammen mit den Franzosen räumen wollten, das Abkommen wieder aufkündigen wollte; „ich stieß bei unseren Diplomaten auf alle möglichen Ausweichmanöver“, und dies habe seinen Rücktrittsbeschluß mitbewirkt<sup>39</sup>. In der außenpolitischen Debatte der Assemblée vom 15.–17. Januar 1946 forderten erneut Sprecher aller nichtkommunistischen Parteien von der rechten PRL (Ramarony) bis zur SFIO (D. Mayer), endlich „unverzüglich“ die Allianz mit Großbritannien zu schließen. In seiner Regierungserklärung vom 29. Januar kündigte der neue Ministerpräsident, Felix Gouin, als außenpolitisch dringendstes Desiderat den baldigen Abschluß des Paktes an. Er wurde vom Kabinett Blum, unter Verzicht auf de Gaulles Vorbedingungen, eingeleitet und im März 1947 abgeschlossen. In diesem Punkte war 1945 die Kritik aller nichtkommunistischen politischen Kräfte Frankreichs einhellig gewesen: „daß de Gaulle“ – wie es rückblickend einer der Führer der Konservativen, Paul Reynaud, formulierte – „aufgegeben hat, was eine der Säulen der französischen Außenpolitik gewesen war: die Solidarität mit den großen Demokratien“<sup>40</sup>.

## 2. Machtvolle Weltsicherheitsbehörde

Die Sprecher des „anderen Frankreich“ und die zitierten Schlußresolutionen der Assemblée hatten die Allianz mit Großbritannien vordringlich als „Baustein“ oder „nötige Etappe zur künftigen internationalen Organisation“ gefordert. In jenen Texten der nichtkommunistischen Résistance, die einmütig die Begrenzung der nationalen Souveränitäten, die föderative Zusammenlegung von Kompetenzen zu Gunsten einer kraftvollen internationalen Organisation gefordert hatten, war zunächst Unterschiedliches hinsichtlich des geographischen Geltungsbereiches geäußert worden. Die Frühgruppen 1942 hatten verlangt: „Zusammenschluß der europäischen Völker, um neue Kriege zu verhindern“; oder wie das „Combat“-Programm: „Die Vereinigten Staaten von Europa – eine Etappe auf dem Wege zur Einheit der Welt.“<sup>41</sup> Das Exekutivkomitee der illegalen SFIO hatte hingegen

<sup>39</sup> de Gaulle, *Mémoires* III, S. 282 f.; *Motions adoptées par le II<sup>e</sup> Congrès National du M. R. P.* 13–16 Déc. 1945, Paris 1945, S. 6. Selbst *Le Monde* meinte im Editorial vom 28. 12. 45: „Cette différence d'interprétation ne fera que retarder l'exécution du traité: elle ne saurait mettre en cause ni son contenu ni son esprit.“

<sup>40</sup> Außenpolitische Debatte *J. O. Débats* 15. 1. 46, S. 4 (Mayer, SFIO), 16 (Ramarony, PRL) und 17 (Poinboeuf, MRP); 17. 1. 46, S. 88 (Chevigné, MRP), 90 (Gorse, SFIO) u. ö.; Regierungserklärung *J. O. Débats* 29. 1. 46, S. 153 (auch in AP 1946, S. 550); Paul Reynaud, *La politique étrangère du Gaullisme*, Paris 1964, S. 19 (zur ersten Regierung de Gaulle).

<sup>41</sup> Zitate nach Lipgens, *Europa-Föderationspläne* ... (Anm. 6), S. 193 (Viannay, März 1942), 196 (Libérer et Fédérer, Juli 1942) und 197 (Combat-Programm, Sept. 1942); daneben viele Texte ohne geographische Definition, wie der von Libération-Sud und von Libération-Nord (in beiden Zonen die zweitstärkste Résistance-Gruppe) Anfang 1943 verbreitete Aufruf „A tous les Français“, unter Absage an alle Imperialismen nach Hitler den Frieden zu gründen

im Juli 1943, unter dem Einfluß der Gedanken Blums, das ausgreifendere Ziel globaler Föderation zum Kernpunkt erhoben, um gleich auch die Möglichkeit von Konfrontationen zwischen Kontinental-Unionen auszuschließen: „Die Gemeinschaft der Vereinigten Staaten der Welt muß mit wirklichen wirtschaftlichen und politischen Vollmachten ausgestattet sein . . . , ihre Entscheidungen durchzusetzen.“<sup>42</sup> Dagegen hatte Libération-Sud geltend gemacht, daß „Abschaffung des Krieges . . . nicht auf Anhieb im Weltmaßstab zu lösen sein dürfte“; daß nach diesem Krieg zunächst erst langsam „Gemeinsamkeiten zwischen den kontinentalen Föderationen . . . erarbeitet werden können“. „Défense de la France“ schlug vor: „Als Unterbau: regionale Föderationen (in jedem Kontinent), als Mittelteil: kontinentale Föderation, als Dach: der Völkerbund“. In diesem Sinne hat dann Daniel Mayer auch im SFIO-Programm vom Juli im Dezember 1943 den zitierten Satz so verändert, daß er verlangte eine „communauté internationale constituée d’abord par les États-Unis d’Europe et aboutissant, en fait, à des États-Unis du Monde“<sup>43</sup>. Von Vincent Auriol in die Formel gefaßt „La Fédération européenne complétée par la Confédération intercontinentale“, war der erreichte Konsens der nichtkommunistischen Résistance-Gruppen etwa in dem MLN-Programm zur Befreiung August 1944 formuliert worden: das Endziel, die „föderative Weltorganisation“, sei eine „langwierige Aufgabe“; zuvor müsse für „das Problem Europa, von wo die die Welt immer wieder erschütternden Katastrophen ihren Ausgang genommen haben, eine Lösung gefunden“ werden; diese könne nur bestehen in einer „demokratischen europäischen Föderation“; deren Beispiel werde dann „die Völker der Welt veranlassen, nach einer föderativen Weltorganisation zu streben“<sup>44</sup>.

„sur la limitation des souverainetés nationales – sur la fédération des nations“ (zit. nach H. Michel et B. Mirkine-Guetzévitch, *Les idées politiques et sociales de la Résistance*, Paris 1954, S. 199).

- <sup>42</sup> Zu der bei Blum, *A l’échelle humaine* (Juli 1941 – Auszüge bei Lipgens, *Föderationspläne* [Anm. 6], S. 185–190), offengehaltenen geographischen Ausdehnung treffend Loth (Anm. 21), S. 39–51. Das SFIO-Programm Juli 1943 (zit. nach Lipgens, *Föderationspläne* [Anm. 6], S. 206 f.), das nur an versteckter Stelle von „in den Vereinigten Staaten der Welt zusammengeschlossenen Föderationen“ sprach, ohne letztere geographisch zu bestimmen, war in diesem außenpolitischen Teil von Louis Lévy/London formuliert, so daß als Motiv hierfür durchaus die dort bekannten scharfen Attacken der sowjetischen Diplomatie Frühj. 1942 und Apr. 1943 gegen jeden Ansatz zu europäischer Föderation angenommen werden kann.
- <sup>43</sup> Libération-Sud und Défense de la France, beide Sept. 1943, (zit. nach Lipgens, *Föderationspläne* [Anm. 6], S. 209 f.); Änderung des SFIO-Programms nach D. Mayer (Anm. 6), S. 235. Ausdrücklich begründeten andere Texte im Oktober und Dezember 1943, warum die für Europa unerläßliche übernationale Völkerföderation „unter den gegenwärtigen Umständen“ der Verschiedenheiten zwischen den Erdteilen unmöglich bereits weltumfassend sein könne (vgl. Lipgens, *Föderationspläne* [Anm. 6], S. 214 und 226; im Zusammenhang: Walter Lipgens, *Das Konzept regionaler Friedensorganisation*, in dieser Zeitschrift 16 [1968], S. 150–164).
- <sup>44</sup> Vincent Auriol, *Hier . . . demain*, Bd. 1 [abgeschlossen Sept. 1943, gedruckt:] Alger 1944, S. 250; gleichartig vor der Assemblée zit. bei Lipgens, *Föderationspläne* (Anm. 6), S. 218 und 243; das MLN-Programm ebenda S. 250. – Maximalziel Weltföderation, Teilziel Europaföderation wurden also keineswegs als Gegensätze gesehen; sondern beide als notwendig

Zwei Faktoren, die in den Wochen nach der Libération, im Herbst 1944 deutlich ins Bewußtsein traten, haben nochmals eine Veränderungen dieser Akzentsetzungen bewirkt. Zum einen erfuhr man, daß die „Großen Drei“ nicht nur seit Teheran im Prinzip die Errichtung einer Weltorganisation beschlossen hätten, sondern die ersten Zeitungen nach der Libération berichteten bereits vom Zusammentritt der Konferenz von Dumbarton Oaks, auf der die Vertreter der USA, der UdSSR und Großbritanniens vom 21. August bis 7. Oktober 1944 über die Struktur der neuen Weltorganisation berieten. So wurde in vielen Leitartikeln die Erwartung formuliert, dank der Einsicht der Weltmächte sei doch das Ziel der globalen Organisation eher als gedacht erreichbar. Insbesondere Charles Dumas beschrieb als außenpolitischer Leitartikler im „Populaire“ mehrfach, wie angesichts des Vorschlags der sowjetischen Delegation, die künftige Weltorganisation mit einer eigenen Armee auszustatten, und Roosevelts Erklärung, sie müsse weit effektiver gestaltet sein als der alte Völkerbund, doch auf Einsicht der Weltmächte in die notwendigen Souveränitätseinschränkungen zu hoffen sei<sup>45</sup>. – Zum anderen wurde offenbar in den Wochen nach der Libération deutlicher bewußt, daß es einen Widerspruch der Sowjetunion gegen die Einleitung einer europäischen Föderation gab. Wie schon 1930 gegen den Briand-Plan so hatte die Sowjetunion 1942 gegen Ansätze polnisch-tschechoslowakischer Föderation, 1942/43 gegen Planung europäischer Föderation mit aller Schärfe Front gemacht. Wie eine Leitlinie der französischen Politik von Richelieu bis de Gaulle gegenüber Deutschland die Maxime „divide et impera“ gepredigt hatte, so hielt die Sowjetunion gegenüber ganz Europa an der alten Vorstellung fest, ein zersplitterter und schwacher Raum westlich ihrer Grenzen sei ihr dienlicher als ein geeinter und prosperierender. Im November 1944 „erinnerten französische Zeitungen ihre Leser häufig daran, daß die Sowjetunion ein Gegner regionaler Föderationen oder Blocks sei“, und angesichts der Kriegssituation dieser Wochen, der deutschen Ardennen-Offensive etc., hielt man es für inopportun, auf außenpolitischem Gebiet für eine Idee einzutreten, die die Sowjetunion verärgern könnte. So erklärte das Manifest, das der 1. außerordentliche Nachkriegs-Parteikongreß der SFIO am 12. November 1944 „au Peuple de France“ erließ, in Rückkehr von der Dezember- zur Juli-1943-Fassung des Kriegs-

zur Friedenssicherung durch Souveränitätszusammenlegung; zu erörtern war nur, auf welchem Feld der erste Schritt möglich sein würde.

<sup>45</sup> Charles Dumas: „La France dans le monde“, „Paix et démocratie“, „L'organisation de la paix“ und „Politique extérieure“, *Le Populaire* 27., 28., 29. 8. und 1. 9. 1944. Zu den Ergebnissen von Dumbarton Oaks meinte er 6 Wochen später: sie seien zwar enttäuschend, aber man müsse auf einen günstigen Ausgang der noch unentschiedenen Frage des Abstimmungsmodus im Sicherheitsrat rechnen; die Weltmächte müßten doch einsehen, daß er, wenn für alle wichtigen Fragen wie im Völkerbund Einstimmigkeit erfordert werde, so unwirksam wie jener bleiben werde. „Le droit de veto est impossible. Il est la négation même de la démocratie, puisqu'à la volonté de tous il oppose la dictature d'un seul“, die Diktatur dessen, der das Veto einlegt („La construction de la paix“, „Egalité démocratique et droit de veto“, *Le Populaire* 3./4. 11. 1974; zitiert nach Loth [Anm. 21] S. 107 f. und 132 f.).

programms, aber umso stärkerer Betonung des Prinzips der Souveränitätsabgabe, die Bedingung des definitiven Friedens liege

„in einer weltweiten Organisation der auf Gerechtigkeit begründeten kollektiven Sicherheit. Diese Organisation darf nicht unter der Hegemonie einer oder mehrerer Großmächte stehen, sondern muß die Form einer Föderation freier Nationen haben, von denen jede einen Teil ihrer Souveränität an einen übergeordneten Organismus abgibt, der mit einer eigenen Führung, mit einem Haushalt und mit einer ausreichenden Armee ausgestattet ist, um die Sicherheit eines jeden und aller garantieren zu können.

Diese politische Organisation muß durch eine wirtschaftliche und soziale Organisation ergänzt werden, die über internationale Dienstleistungen verfügt: Rohstoffe, Arbeitskräfte, Kredite, Transporte, Wiederaufbau usw.“<sup>46</sup>

Als die am 7. November 1944 erstmals in Paris und mit verdoppelter Sitzzahl zusammengetretene Assemblée consultative am 21./22. November ihre erste außenpolitische Debatte hielt, gab es in ihr nur zwei Redner, die nicht von der ansonsten einmütigen Erwartung und Bejahung einer starken „Organisation internationale“, einer „Fédération des Nations“ oder einer „Société des peuples“ anstelle des bisherigen Völkerbundes ausgingen. Außenminister Bidault sprach in seiner kurzen Eröffnungsrede nur von den unmittelbar nötigen, allseitigen Ententen; im übrigen könne „Frankreich die Position, die es einnehmen wird, erst dann definieren, wenn es genau diejenigen kennt, die seine großen Kampfgefährten gewählt haben – bis jetzt wissen wir es nicht, oder wir wissen es schlecht“. Betont skeptisch meinte Maurice Schumann, einige „unserer Alliierten“ sprächen zwar von „einer organisation juridique de la paix“, aber „bis eines Tages diese Organisation funktionieren mag, nicht nur wie bisher auf dem Papier sondern zu ihrer wirklichen Zufriedenheit, bleiben sie schlicht und einfach Alliierte gegen den Germanismus“, den es zu knebeln gelte. Der christliche Gewerkschaftsführer Gaston Tessier hingegen forderte, daß die neue Weltorganisation alsbald auch die Besiegten aufnehmen müsse und daß sie „das überlebte Dogma der Souveränität der Staaten aufgeben wird“<sup>47</sup>. Nach

<sup>46</sup> Le Parti Socialiste au Peuple de France, in: *Le Populaire* 14. 11. 1944, hier Abschnitt 6, zitiert nach Loth (Anm. 21) S. 116. Daß französische Zeitungen häufig an die Gegnerschaft der Sowjetunion gegen regionale Föderationen erinnerten, formulierte Charles Pegg, *Die Résistance als Träger der europäischen Einigungsbestrebungen in Frankreich*, in: *Europa Archiv* 7 (1952), S. 5204, auf Grund seiner Übersicht über die Pariser Presse (ebenda S. 5206); zum Faktum dieser Gegnerschaft vgl. G. Zellentin, *Die Kommunisten und die Einigung Europas*, Frankf./M. 1964; H. J. Morgenthau, *Politics among Nations*, New York 1960<sup>8</sup>, S. 178 f. usw.; das Bewußtsein von dieser Gegnerschaft ist eindeutig auch in der außenpolit. Debatte der Assemblée 21./22. 11. 44 (z. B. bei Bidault, Auriol u. a.) sowie deren Schlußresolution (s. S. 157) belegt.

<sup>47</sup> *J. O. Débats* 21. 11. 1944, S. 309 (Bidault – vgl. zu den Ententen bei Anm. 16), 22. 11. 44, S. 321 (Tessier) und 324 (Schumann). Zu diesem Zeitpunkt konnte weder die eine noch die andere Meinung als solche des MRP bezeichnet werden, das sich erst am 25./26. 11. 44 auf seinem Gründungsparteitag aus vielen Gruppen konstituierte und zunächst „Statuten“ beschloß. Seine erste außenpolitische Resolution erfolgte erst am 8. 4. 1945 und zeigte die Aufnahme des Ziels Internationaler Organisation unter Einschränkung der nationalen Souveränität (vgl. Anm. 62).

Bidault hatte mit besonderem Nachdruck Daniel Mayer die „Föderation der Völker“ als die zentrale Aufgabe bezeichnet, und zwar (als einziger) in ambivalent-enger Verknüpfung von europäischer Föderation und Weltorganisation: Frankreich müsse, darin liege seine „Mission, helfen beim Wiederaufbau Europas und der Welt . . . Das Europa, das wir vorschlagen, ist eine Föderation freier Völker (Applaus) . . ., die wirtschaftlich zusammenarbeitend dazu gelangen werden, sich zu verstehen, sich gegenseitig zu helfen und untereinander vielfältige und komplexe Beziehungen zu schaffen, die sie dazu bringen, sich zu föderieren und eine internationale Gemeinschaft zu schaffen.“

„Diese Gemeinschaft soll nicht mehr, wie der Völkerbund von gestern, ein simpler Ort diplomatischer Treffen oder ein Schiedsgerichtshof sein. Sie soll die Bedingungen einer kollektiven Sicherheit schaffen, gegründet auf Gerechtigkeit. Sie wird sich nicht stützen dürfen auf die Vorherrschaft einer oder mehrerer Großmächte, sondern leben in der Form einer Föderation freier Nationen, deren jede einen Teil ihrer Souveränität aufgibt zugunsten eines übergeordneten Organismus, der ausgestattet ist mit einer eigenen Führung, einem Budget und einer Armee, hinreichend, um die Sicherheit für jeden und alle zu sichern . . . Dieser erneuerte, verjüngte und umgewandelte ‚Völkerbund‘ muß widerspenstigen Nationen die Durchführung seiner Entscheidungen auferlegen können; seiner Entscheidungen, für die die Regel der Einstimmigkeit in Zukunft nicht mehr verlangt werden kann. Dieser Organisation muß ein Aufsichtsrecht über die Innenpolitik der Staaten eingeräumt werden. Der gegenwärtige Krieg hat in der Tat den Beweis erbracht, daß es kein friedliches Zusammenleben von faschistischen und demokratischen Staaten geben konnte (Applaus), und es ist notwendig, daß die neue internationale Gemeinschaft ein Recht zur Überprüfung hat und mit eigenen Mitteln ausgestattet ist, einen Mitgliedsstaat zu hindern sich einen Herrn zu geben, der eine neue Gefahr für die Welt darstellt . . . Die internationale Körperschaft wird sich außerdem der Macht, Gesetze zu machen und zu entscheiden, bemächtigen müssen, über so schwerwiegende Fragen wie die der Absatzgebiete, der Rohstoffe, der Migration, die sich so gefährlich im Schnittpunkt von Wirtschaft und Politik befinden. Sie wird das Problem der Zölle regeln und der allgemeinen Krise der Währungen möglicherweise durch die Einrichtung einer internationalen Währung vorbeugen müssen.“<sup>48</sup>

Auch alle anderen Redner dieser Debatte sprachen sich, wenn auch meist weniger detailliert, für eine starke Weltorganisation aus; selbst Fl. Bonte namens der KPF, freilich mit dem Zusatz, daß hierüber die großen Siegermächte zu bestimmen hätten und vordringlich die Allianz mit Rußland sei; selbst Louis Sallant mit

<sup>48</sup> J. O. Débats 21. 11. 1944, S. 314 f. Daniel Mayer fügte an dieser Stelle hinzu: „Sie muß über die Mittel verfügen, große Arbeiten von internationalem Nutzen zu unternehmen, der Besserung der gesundheitlichen Zustände, der industriellen Modernisierung, der Transportmittel. Sie wird große Büros verwalten müssen – wie die der chemischen Industrie und der Luftfahrt – deren Schöpfung übrigens nicht nur dazu dienen soll, in Zukunft ein unabhängiges Budget zu erhalten, sondern es endlich erlauben soll, wirksam die Kontrolle der allgemeinen Abrüstung zu realisieren, die dem Sieg der Demokratien über den Faschismus folgen muß (Applaus).“ Sein vorletzter Satz: „La France seule‘ disait récemment encore un écrivain mégalomane, dont l'étranger a cru longtemps qu'il représentait la pensée française. Non! Non! La France avec chacun et avec tous.“ (S. 315).

dem Zusatz, „wir müssen die Schaffung einer permanenten internationalen Armee, nicht nur die Formation einer Luftwaffe, im Dienst des neuen internationalen Organismus befürworten“.

Im Grunde wurden mit all diesen Sätzen aus dem Zusammenbruch und dem Kleinwerden der bisherigen europäischen Nationalstaaten eindrucksvoll gefolgte innereuropäische Einsichten, die für Europa die einzig denkbare Zukunft darstellten, etwas unbesehen auf die globale Ebene transponiert, obwohl dort die beiden Weltmächte, selber bereits Kontinental-Unionen, sich noch durchaus in der Lage wußten, ihre Sicherheit und Wohlfahrt aus eigenen Kräften zu garantieren, – und das Motiv dieser Transponierung war, nach diesen Leiden des Krieges alles zu tun, um den Frieden diesmal wirklich definitiv zu sichern. Vincent Auriol versicherte: „Einen Block von Nationen gegen einen anderen aufrichten, die alte Politik des sogenannten ‚Gleichgewichts‘ wiederherstellen, das wäre ein Unglück für die Welt, für den Frieden, für Frankreich“; unerlässlich sei, „daß der internationale Organismus von morgen nicht, wie der von gestern, ein Diplomaten-Club wird, sondern daß er eine autorité suprême besitzt“ und eine Armee zu ihrer Durchsetzung; „Einstimmigkeit sollte für Entscheidungen im Falle eines Konflikts nicht erforderlich sein“. Außer M. Schumann stellten noch Bonte und der Rechtsaußen Louis Marin die nationale Argumentation konkreter Pfänder, Rheingrenze etc. in den Vordergrund; aber es ist bezeichnend, daß dies mit keinem Wort in die Schlußresolution Aufnahme fand<sup>49</sup>. Als Berichterstatter des Außenpolitischen Ausschusses leitete André Hauriou die Zusammenfassung mit dem Bemerkten ein, die Debatte habe „die Tendenzen, die tieferen Willensrichtungen der Assemblée“ der Regierung hoffentlich „zur besseren Kenntnis“ gebracht. Zum Kernpunkt des Verhältnisses zwischen europäischer und globaler Föderation meinte der Ausschuß: „Die Welt von morgen muß eine Föderation freier Völker sein. Um zu dieser Föderation zu gelangen, ist es nicht notwendig, allzu rasch regionale Ententen zu schaffen. Diese könnten vielleicht Gefahr laufen, zu Blocks abzugleiten, die eines Tages antagonistisch werden könnten, wenn nicht zuvor die große internationale Gemeinschaft mit ausreichender Festigkeit eine klar umrissene Gestalt angenommen hätte.“ Die von ihm vorgetragene und alsdann *einstimmig* von der Assemblée gebilligte Schlußresolution trug der Regierung auf, „1. den Krieg mit Energie fortzuführen“, 2. mit allen Alliierten in enger Kooperation zu bleiben, ferner – und das war der entscheidende Satz –

„3. eine internationale Organisation vorzubereiten, die die Staatengemeinschaft auf den Weg einer Föderation der freien Völker bringt, innerhalb derer die regionalen Zusammenschlüsse nicht Gefahr laufen, zur Formation antagonistischer Blöcke zu führen;

<sup>49</sup> J. O. Débats 21. 11. 1944, S. 311 (Bonte), vgl. S. 317 (A. Bayet); 22. 11. 1944, S. 322 (Saillant), 329 (Auriol) und 335 (Marin). Auch der erste Nachkriegsparteitag der Radikalsozialisten nahm am 21. 12. 1944 einstimmig eine Resolution zur Außenpolitik an, in der es hieß, der Völkerbund „devra être réellement issue d’une fédération des peuples“ (Bericht Le Monde 22. 12. 1944).

4. eine internationale Politik zu verfolgen, die sich auf die Völker stützt und deren Willen zu Friede und internationaler Demokratie Rechnung trägt.“<sup>50</sup>

Der Außenpolitische Ausschuß hatte in einer geistig klaren, bedeutenden Leistung die Rücksichtnahme auf sowjetische „Westblock“-Vorwürfe damit zum Argument zugunsten wirklich supranationaler Gestaltung der globalen „Föderation“ gewendet, und die Assemblée hatte dies einstimmig gebilligt.

Einen Monat später gab Bidault die Einsetzung einer Kommission bekannt, die unter dem Vorsitz des ehemaligen Außenministers und Völkerbunds-Delegierten Joseph Paul-Boncour, zusammengesetzt aus weiteren 17 Spitzen-Persönlichkeiten des Parlaments, der Administration und der Wissenschaft, die Vorschläge von Dumbarton Oaks prüfen und französische Änderungsvorschläge ausarbeiten sollte. Bidault trug am 29. Dez. 1944 in der Eröffnungssitzung der Kommission als Richtpunkt auf, „daß die Verantwortlichkeit für die Sicherheit in erster Linie denen zukommt, die über genügend starke Armeen, Luftwaffen und Flotten verfügen“, d. h. die Vorherrschaft der Großmächte nicht anzutasten; doch Paul-Boncour antwortete, nötig sei die Schaffung einer von den Staaten unabhängigen internationalen Streitmacht<sup>51</sup>. Nach wöchentlich mehrfachen Sitzungen legte die Kommission Anfang Februar 1945 der Regierung ein Memorandum vor, das offenbar weitgehende Vorschläge zur Stärkung der künftigen Weltorganisation – im Sinne der Majorität der Assemblée – mit föderativen und supranationalen Elementen enthielt. De Gaulle kam ein Katalog von Änderungswünschen insoweit gelegen, als er aus Prestige Gründen die Vorschläge der drei großen Alliierten nicht einfach übernehmen wollte und um des Rechtes auf französische Änderungswünsche willen am 6. März darauf verzichtete, als „einladende Macht“ zu zeichnen. Sicher wurden am Kommissions-Memorandum kräftige Streichungen vorgenommen, ehe eine von

<sup>50</sup> J. O. Débats 22. 11. 1944, S. 330. Dies war die Debatte, die de Gaulle in seinen Memoiren (III, S. 57) „ebenso nebulös wie rührselig“ titulierte (vgl. bei Anm. 7)! In der Debatte selbst schien er zuzustimmen: „Es ist die Pflicht der Staaten, denen der Sieg die Mittel gegeben hat, eine solche internationale Organisation zu schaffen, daß jedes teilnehmende Volk dort die Garantie seiner politischen Existenz, seines wirtschaftlichen Lebens und seiner Sicherheit findet. Wir halten es für unerläßlich, daß eine solche Organisation nicht über die Angelegenheiten eines alliierten Staates, welcher es auch sei, disponieren kann ohne dessen direkte Teilnahme an den Verhandlungen.“ (J. O. Débats 22. 11. 1944, S. 331).

<sup>51</sup> Bidault's Ankündigung in J. O. Débats 22. 12. 1944, S. 580; Rede Bidault's und Antwort Paul-Boncours in der Eröffnungssitzung gedr. in *Le Monde* v. 1. 1. 1945, S. 1. Zum früheren Wirken des rechts-dissidenten Sozialisten J. Paul-Boncour vgl. Richard Gombin, *Les socialistes et la guerre, La SFIO et la politique étrangère française entre les deux guerres mondiales*, Paris 1970. Unter seinem Vorsitz gehörten der Kommission an: Louis Aubert, Vincent Auriol, Jules Basdevant, Paul Bastid, Mme. Brossolette, Jean Bruhat, René Cassin, Champetier de Ribes, Pierre Cot, Robert Coulondre, Jacques Fouques-Dupare, André Ganem, Jean Puyart, Pierre Renouvin, Charles Rist, Georges Scelle und ein Vertreter des Generalstabs. Über ihren Verhandlungsverlauf berichteten ihr Sekretär Jean Dupuy, San Francisco et la Charte des Nations Unies, Paris 1945; sowie Pierre Cot am 8. 2. 1945 der Assemblée, gedr. als Annexe No. 296 in: *Documents de l'Assemblée consultative*, Paris 1945, S. 366–76; Vorschläge der sozialistischen Mitglieder dazu referiert bei Loth (Anm. 21), S. 154–159.



Bidault in der Form einer Note an die Vereinten Nationen vorgelegte Fassung am 16. März im Kabinett gebilligt wurde<sup>52</sup>. Doch auch sie enthielt noch viel vom Geist der Assemblée-Resolution und Kommissionsmeinung, was de Gaulle wohl nur deshalb zuließ, weil er es doch für selbstverständlich hielt, daß die Weltmächte eine Schmälerung ihrer Souveränität nicht zulassen würden.

In der Präambel der am 23. März publizierten regierungsseitigen Fassung hieß es: „Frankreich erachtet, daß ein dauerhafter Friede eine internationale Organisation voraussetzt, die sowohl erweitert als auch gestärkt ist, und die Etablierung einer Gerechtigkeit und einer internationalen Autorität erfordert, übergeordnet der der verschiedenen Staaten. Es wird für seinen Teil bereit sein, sich über das Projekt von Dumbarton Oaks hinaus zu engagieren, und einwilligen in die weitreichendsten Beschränkungen der Souveränität im Austausch für eine bessere internationale Organisation.“ Von den konkreten Vorschlägen bewegten sich einige in der Tat mit vorsichtigen Formulierungen in diese Richtung: 1. Die Organisation sollte über die Einhaltung der Menschenrechte wachen [„veiller“] und im Falle einer „eindeutigen Verletzung wesentlicher Freiheiten“ in innerstaatlicher Gesetzgebung mit nicht-militärischen Maßnahmen einschreiten. 2. Die Hälfte der Sitze der nicht-ständigen Mitglieder im Sicherheitsrat sei an solche Länder zu geben, die der Organisation nennenswerte Militärkontingente zur Verfügung stellten [wobei sich Frankreich als Sprecher dieser „mittleren Mächte“ im Kreis der „Fünf“ ständigen Mitglieder vermehrten Einfluß erhoffte]. 3. Anstelle einer, wie die Kommission vorgeschlagen hatte, Ermächtigung der Vollversammlung, in Konfliktfällen mit Zweidrittel-Mehrheit Schiedsverfahren zu beschließen, schlug die Note immerhin eine neue Kategorie von Beschlüssen im Sicherheitsrat vor, sogenannte „Empfehlungen“, für deren Verabschiedung jegliche Zweidrittel-Mehrheit genügen sollte; lediglich bei „Entscheidungen“ zu militärischen Sanktionen sollte vorerst eine Zweidrittel-Mehrheit unter Einschluß aller ständigen Mitglieder erforderlich sein. 4. Für den Wirtschafts- und Sozialrat wurde wenigstens das Recht gefordert, gefährliche Probleme direkt dem Sicherheitsrat vorlegen zu können. 5. Statt, wie vorgeschlagen, regionale Föderationen als korporative Mitglieder des Sicherheitsrats zu fordern, wünschte die Note, daß bestehende „regionale“ Pakte, wie der französisch-sowjetische, im Gefahrenfall auch ohne Genehmigung durch den Sicherheitsrat ausgeführt werden dürften<sup>53</sup>. Insgesamt vermied die Note durchgreifendere Einschränkungen der privilegierten Stellung der „Fünf“ ständigen Großmächte.

Die Assemblée hielt eigens am 27. März 1945 eine Debatte über diese Vorschläge zur Weltfriedensorganisation; doch die Erwartungen waren sichtlich gedämpfter

<sup>52</sup> Der Wortlaut des Memorandums der Kommission vom Febr. 1945 scheint noch unveröffentlicht; Inhalt ersichtlich aus Dupuy und Cot (Anm. 51) sowie Dumas in *Le Populaire* 23. 2. und 3. 3.; Verzicht auf „einladende Macht“ vgl. *Foreign Relations of the United States, Diplomatic Papers: 1945, vol. I: General, The United Nations, Washington D. C. 1967, S. 105 f.*; zur Kabinettsitzung 16. 3. vgl. *Le Populaire* 17. 3.; die von Bidault vorgelegte Noten-Fassung s. Anm. 53.

<sup>53</sup> Wortlaut der französischen Änderungswünsche zu den Vorschlägen von Dumbarton Oaks, in der Fassung regierungsseitiger Note an die Vereinten Nationen vom 23. 3. 1945, in: *Documents of the United Nations Conference on International Organization, San Francisco 1945, (22 Bände, New York/London 1945–55) Bd. IV, S. 522–27* (dort datiert 21. 3.); eine Kurzfassung in: *AP 1944/45, S. 180 f.*; Analyse bei DePorte (Anm. 2), S. 105–109. Laut der *New York Times* 16. 3. 1945, S. 10, war de Gaulle speziell nur an der Direktgeltung des französ.-russischen Paktes interessiert.

als im vergangenen November. Der erste kommunistische Sprecher, Fl. Bonte, insistierte auf dem Vorrang der nötigen „Einheit der drei großen demokratischen Nationen“ und der Pflicht Frankreichs, deren Entscheidungen, wie sie in Yalta deutlich geworden seien, zu akzeptieren. Die sozialistischen Sprecher betonten nochmals die Vorläufigkeit jeder Friedensregelung ohne Errichtung einer effektiven supranationalen Autorität, aber gaben mit Rücksicht auf die nötige Einheit der Alliierten zu, daß das Vetorecht derzeit wohl nicht eliminierbar sei.

„Solange diese Einstimmigkeit erforderlich ist“, führte André Philip namens der sozialistischen Fraktion aus, „werden wir nicht vor einer wirklichen internationalen Organisation stehen sondern tatsächlich vor einer Allianz der großen Mächte. Wir denken, daß der Friede erst an dem Tag definitiv hergestellt und die kollektive Sicherheit ernsthaft garantiert sein wird, an dem alle Nationen, kleine oder große, verpflichtet sein werden, sich Entscheidungen einer ausreichenden Mehrheit zu beugen. Es ist noch nicht der Augenblick, wo dies möglich wäre; aber in dieser Richtung müssen wir unsere Anstrengungen orientieren“. Die französische Regierung sollte in San Francisco zumindest versuchen, die Rolle des Internationalen Gerichtshofes zu stärken, für die Möglichkeit mehrheitlich beschlossener wirtschaftlicher Sanktionen sich einzusetzen, „auf der Notwendigkeit insistieren, alsbald internationale Einheiten der Luftwaffe, von Luftlandtruppen und mechanisierten Korps zu schaffen . . . , die nicht nur eine Addition nationaler Streitkräfte wären“, und insgesamt als „Verteidiger des Glaubens und der Hoffnung auftreten, die heute alle Völker der Erde beseelen“<sup>54</sup>.

Der zweite kommunistische Sprecher, Mme. Braun, und der Sprecher der rechten PRL, André Mutter, verbanden Bedenken hinsichtlich der Effizienz der Weltorganisation mit der Forderung nach ergänzenden nationalen territorialen Garantien wie der exklusiven und dauernden Besetzung des linken Rheinuferes. Doch dies fand keine Aufnahme in die vom Außenpolitischen Ausschuß vorgelegte und dann einstimmig angenommene Schlußresolution, die vielmehr noch einmal alle Bereitschaft zu supranationaler Organisation auf San Francisco hin formulierte, doch mit der Einschränkung der nötigen Einheit mit den Alliierten verband:

„Überzeugt, daß ein dauerhafter Friede die Errichtung einer internationalen Gerichtsbarkeit und einer internationalen Autorität voraussetzt, übergeordnet den Nationalstaaten und in weitem Maße unabhängig von diesen Staaten, jedoch besorgt, den gegenwärtigen Realitäten Rechnung zu tragen und die Bande des Vertrauens und der Freundschaft zwischen den großen Nationen enger zu knüpfen sowie alle Demokratien der Welt um sie zu vereinen, – billigt sie [die Assemblée] in ihrer Gesamtheit das Projekt von Dumbarton Oaks und vertraut der Regierung die Aufgabe

<sup>54</sup> J. O. Débats 27. 3. 1945, S. 772–74 (Bonte) und 780 f. (Philip). Als Sprecher des Übersee-Ausschusses wies der Sozialist P. O. Lapie, nach Ablehnung einer generellen „Treuhanderschaft“ der Weltorganisation über alle französischen Kolonien, auf die Möglichkeit hin, Frankreich „möchte freiwillig seine Souveränität über einige lokale Parzellen an den Internationalen Organismus abtreten“ und so beim Aufbau eines weltweiten Systems strategischer Basen und Stützpunkte der Weltorganisation mithelfen; worauf jedoch Außenminister Bidault sofort erwiderte: „Wir werden nicht akzeptieren, daß man Frankreich seine Souveränität über bestimmte Territorien nimmt.“ (Ebenda S. 783 f.).

an, es zu verbessern, indem sie sich bemüht, die Zusätze zur Annahme zu bringen, die in dem Memorandum an die Vereinten Nationen enthalten sind.“<sup>55</sup>

Das Verhalten der französischen Delegation in San Francisco, der Ablauf der UNO-Gründungskonferenz vom 25. April bis 26. Juni 1945 sind hier nicht zu verfolgen. Die Assemblée hatte sich geirrt, als sie im Einleitungssatz ihrer Resolution vom 27. 3. „mit Befriedigung die Übereinstimmung der Ansichten zwischen ihr und der Regierung“ konstatiert hatte, wenn sie geglaubt hatte, die Regierung wolle wirklich, wie in ihrer Note zu lesen, „einwilligen in die weitestgehenden Beschränkungen der Souveränität“, und nur aus Rücksicht auf die Ansichten der großen Alliierten müsse man zurückstecken. Daß diese angebliche Rücksicht nur ein Vorwand war, hinter dem de Gaulle seine eigene kategorische Ablehnung einer „Autorität, übergeordnet den Nationalstaaten“, verbergen konnte, das wußten zunächst nur die Kabinettsmitglieder. „Wir waren mehrere“, berichtete kürzlich einer der Teilnehmer der noch folgenden Kabinettsitzungen zur Verabschiedung der Delegation, „die an die Ohnmacht des Völkerbundes und deren Gründe erinnerten und die Empfehlung vorbrachten, daß der Gebrauch des Vetorechtes in der künftigen Weltorganisation geächtet und abgeschafft sein sollte. Unsere Delegation erhielt nicht das Mandat, diesen doch so wesentlichen Gesichtspunkt zu verteidigen. Er hätte sich vielleicht nicht durchgesetzt, aber Frankreich hätte es zur Ehre gereicht, sich zu seiner Anwendung bereit erklärt zu haben. De Gaulle dachte mehr an die Wiedererlangung integraler französischer Souveränität als an eine Organisation, die sie beschränken würde.“ Und de Gaulle fügte seiner Anweisung an Bidault als Delegationsleiter, insgesamt „eine reservierte Haltung einzunehmen“, hinzu: Die aufgrund der Ansichten der großen Alliierten „zu erwartenden Ergebnisse sind, grosso modo, die besten für uns“<sup>56</sup>. In der Tat hat die Delegation in San Francisco, nach anfänglichen Reden im Sinne der Vorschläge ihrer Note (und abgesehen von dem unermüdlichen persönlichen Einsatz Paul-Boncour für die Sicherung einer ständigen UN-Streitmacht), sobald die Zuteilung eines ständigen Sitzes im Sicherheitsrat an Frankreich feststand, sich nur noch im Sinne de Gaulles verhalten: Alle die Anregungen der Note des 23. März, die auf eine gewisse Beschneidung der nationalen Souveränitätsrechte zielten, hat sie selber desavouiert und nicht mehr verfochten; sie stellte sich in der Veto-Frage eindeutig hinter die Großmächte und vertrat in keiner Hinsicht mehr das Prinzip der supranationalen Organisation.<sup>57</sup>

<sup>55</sup> J. O. Débats 27. 3. 1945, S. 779 f. (Baum), 781 f. (Mutter) und 786 (Ordre du jour). Auffällig ist, daß neben dem für die Regierung sprechenden Außenminister in der Debatte kein MRP-Abgeordneter das Wort ergriff; die Partei war in einem Prozeß der Meinungsbildung; vgl. bei Anm. 62.

<sup>56</sup> Bericht über die Kabinettsitzungen: Frenay (Anm. 11), S. 537; de Gaulle (Schreiben an Bidault 17. 4. 1945): Mémoires III, S. 506 f. Als Hauptmitglieder der französischen Delegation unter Bidault wählte das Kabinett J. Paul-Boncour, den konservativen Finanzminister René Pleven, den kommunistischen Gesundheitsminister François Billoux und den Botschafter in Washington Henri Bonnet; vgl. DePorte (Anm. 2), S. 113 f.

<sup>57</sup> Die Anerkennung Frankreichs als ständiges Mitglied im Sicherheitsrat erfolgte auf britischen Antrag am 7. 5., vgl. Documents of the United Nations (Anm. 53) Bd. XI, S. 294; der

„Die Vertreter der mittleren und kleineren Nationen“, schrieb der Berichterstat-  
ter von Le Monde, „bedauern, daß keine französische Stimme den Schrei der noch  
blutenden Menschheit nach wahrer Gerechtigkeit hörbar macht, in der die Gesetze  
stärker wären als all die Rivalitäten, die schon wieder aufs neue zwischen den Sie-  
gern sichtbar werden“; auch die amerikanische Öffentlichkeit beklage „l'absence de  
la France“<sup>58</sup> – des andern Frankreich, das in der Assemblée so klar in dieser Rich-  
tung gesprochen hatte.

Die Ergebnisse von San Francisco waren für alle Befürworter supranationaler  
Organisation eine schwere Enttäuschung und wurden ganz allgemein skeptisch  
aufgenommen. „Wenn das Veto einer Großmacht, die selbst Partei in der Debatte  
ist“, kommentierte Raymond Aron Mai 1945, „die künftige Weltorganisation zur  
Untätigkeit verurteilt, wird diese gerade in solchen Situationen außerstande sein zu  
agieren, wo ihre Intervention am nötigsten wäre“. „Man mache sich nichts vor“,  
hieß die Schlußfolgerung im Esprit: „die nächste Weltorganisation hängt ab vom  
guten Willen der Großmächte. Gewaltige Imperien konstituieren sich“<sup>59</sup>. Diese  
Weltorganisation, urteilte Le Monde, „enthält in sich, wie der Völkerbund, die  
Elemente ihrer Selbsterstörung . . . Ist es nicht paradox, daß eine Institution,  
deren Hauptzweck die Begrenzung der nationalen Souveränitäten sein sollte, sol-  
cher Art eine Prämie auf die Souveränität gibt?“<sup>60</sup>

---

definitive Übertritt zur Position der Weltmächte in der Vetofrage am 17. 5., vgl. ebenda  
Bd. I, S. 667–70. Darstellungen bei DePorte (Anm. 2), S. 114–125; Ruth B. Russell, A  
History of the United Nations Charter, Wash. 1958, S. 625–34; Victor-Yves Ghébali, La  
France en guerre et les organisations internationales 1939–1945, Paris 1969, S. 198–210.  
Die Formulierung der Regeln zur Schaffung ständiger eigener UN-Streitkräfte in Kap. VII  
der Charta erfolgte durch einen Unterausschuß unter Vorsitz von Paul-Boncour, doch wur-  
den gerade sie nie verwirklicht.

<sup>58</sup> Yves Cézy in: Le Monde 28. 5. 1945, S. 1. Vgl. Lüthy (Anm. 12), S. 271: „Am Ende der  
Gründungskonferenz der UNO sprach Marschall Smuts ein grausames Wort: ‚Die Stimme  
Europas war in San Francisco nicht zu vernehmen‘. Und doch hatte Bidault oft und lang  
das Wort ergriffen. Er hatte gesprochen, um Frankreichs Großmachtstellung . . . , Vorsitze  
und Prioritäten zu fordern, sonst nichts: kein Beitrag zur Lösung irgendeiner europäischen  
Frage, keine Konzeption zur Ordnung dieses zerrütteten Kontinents, keine konstruktive  
Idee.“

<sup>59</sup> Raymond Aron, L'âge des empires, dat. Mai 1945 (Anm. 35), S. 361; Jean Chevalier in:  
Esprit 13/7 (Nr. 111), 1. Juni 1945, S. 148. Paul-Boncour nannte in einem Interview (Le  
Monde 27. 6. 1945, S. 1) die UN-Charta gegenüber der Völkerbunds-Satzung verbessert, weil  
eine UN-Streitmacht vorgesehen sei, „weil diesmal Rußland und die USA teilnehmen und  
weil die Regelung der Einstimmigkeit jetzt auf die fünf Großen beschränkt ist. Aber . . . sie  
versagt darin, daß das Veto durch einen der Fünf benutzt werden kann, wenn er in den  
Konflikt verwickelt ist . . . ; es ist ein schockierendes Privileg.“

<sup>60</sup> André Istel in: Le Monde 5. 6. 1945, S. 1 f. Fast täglich kritisierte Le Monde im Juni dies  
Vetorecht und die Sowjetunion, die es noch zu erweitern suchte; dadurch sei die UNO einer-  
seits machtlos bei einem Konflikt zwischen den Großen und andererseits seien „die Kleinen  
nicht geschützt gegen die Großen“ (Le Monde 15. 6. 1945). Ironisch schlug Le Monde 25. 1.  
46 vor, die Großen sollten ihre Streitigkeiten gar nicht erst vor die UNO bringen. Bertrand  
de la Salle (in: La NEF, 3. Jg., No. 15, Febr. 1946, S. 114 und 116) fand durch San Fran-

Für die innerfranzösische Meinungsbildung resultierten aus dieser Entwicklung zwei wesentliche Ergebnisse: Einmal war in den monatelangen Erörterungen zur UNO-Gründung, durch die beiden einstimmig verabschiedeten Resolutionen der Assemblée etc., in einem Großteil der öffentlichen Meinung und der Parteiprogramme eine Meinungsbildung und eine Festlegung erfolgt, derzufolge jetzt das Urteil als weitgehend ausgemacht galt: diese UNO ist nicht genügend supranational. Nicht nur die SFIO verabschiedete auf ihrem 37. Parteikongreß am 15. August 1945, dem Tage, an dem die japanische Kapitulation aufgrund der ersten Atombomben-Abwürfe bekanntgegeben wurde, einstimmig ein neuerliches Bekenntnis zu „einer weltweiten Organisation der kollektiven Sicherheit“, die wirksam nur sein könne „in der Form einer Föderation der Nationen, deren jede einen Teil ihrer Souveränität an eine internationale Organisation abgibt, die mit einer eigenen Leitung, einem souveränen internationalen Gerichtshof, einer zur Verhinderung jedweder Aggression ausreichenden Armee . . . ausgestattet ist“<sup>61</sup>. Von wesentlicher Bedeutung war es, daß auch der MRP, praktisch erst Ende November 1944 konstituiert, in der ersten außenpolitischen Erklärung seines Conseil National am 8. April 1945 von der früheren Indifferenz seines Abgeordneten Maurice Schumann abgerückt war: „Die Sicherheit erfordert einmal eine wirksame Protektion über den Rhein. Sie erfordert insbesondere die Bildung einer wirksamen kollektiven Sicherheit, deren Institutionen fähig sein müssen, den Gefahren künftiger Konflikte vorzubeugen durch verpflichtende Schiedsgerichtsbarkeit“; deshalb „ist der MRP der Ansicht, daß Frankreich ebenso wie die anderen Staaten bereit sein muß, eine Begrenzung seiner Souveränität in Relation zur wirklichen Macht der Weltorganisation zu akzeptieren“. In der „Déclaration du Conseil National“ vom 26. August hieß es jetzt, die in San Francisco geschaffene UNO „bildet einen ersten Schritt auf diesem Weg. Es ist unerlässlich, daß sie demokratischer und mächtiger ausgestaltet wird.“ Und vollends entschieden in der außenpolitischen Resolution des zweiten Kongresses des MRP Mitte Dezember 1945: Der MRP „kann seine Enttäuschung über die Halbheiten der Organisation der UNO nicht verhehlen. Er stellt mit Bedauern fest, daß an Verfahrensweisen festgehalten wurde, die jede Wirksamkeit von Maßnahmen zur Kriegsverhütung oder zur Bändigung eines Angreifers aufzuheben drohen. Er proklamiert nachdrücklich, daß es keine wirkliche Friedensordnung geben wird, solange das Dogma der nationalen Souveränitäten nicht überwunden sein wird.“<sup>62</sup> – Zum andern führte die Erkenntnis, daß in San

cisco „des aspirations d'hégémonie“ verstärkt, „die Entwicklung einer generellen Epidemie des Mißtrauens“ eingeleitet; „die Politik der Macht ist synonym mit einer Politik der Hoffnungslosigkeit“.

<sup>61</sup> Manifest „Au peuple de France“, redigiert von Jules Moch und Vincent Auriol, verabschiedet 15. 8. 1945 vom 37. Parteikongreß der SFIO; gedr. *Le Populaire* 16. 8. 45; vgl. den Kommentar von Léon Blum, *La politique internationale du socialisme*, in: *Le Populaire* 24. 8. 45 und *Oeuvre* VI, S. 174 f.

<sup>62</sup> Gründung und Äußerung M. Schumanns Nov. 1944, vgl. Anm. 47; MRP, Motion Générale adoptée au I<sup>er</sup> Conseil National des 7 et 8 avril 1945, Paris 1945 (S. 1 des Flugblatts); Déclaration du Conseil National des 25 et 26 août 1945, Paris 1945 (S. 4 des Flugblatts; wörtlich

Francisco keine supranationale Weltorganisation entstanden war, ab Juni 1945 zu einer deutlichen Rückkehr zu der These, aussichtsreicher und vordringlich, auch für ein späteres Gelingen auf globaler Ebene, sei die Verwirklichung supranationaler Föderation in Europa. Die meisten zitierten Kommentare zur UNO-Charta deuteten die Schlußfolgerung an: da auf globaler Ebene nur eine Beratungsstelle mit Veto-Recht entstand, die die Kleinen nicht vor dem Hegemonie-Streben der Großen zu schützen vermag, bleiben die Regionen auf sich verwiesen und sollte wenigstens Europa das supranationale Prinzip für sich verwirklichen – wie nun zu zeigen. Für die Zukunft der UNO aber brachte die Assemblée Constituante ihre grundsätzliche, de Gaulle widersprechende Überzeugung zum Ausdruck, indem sie mit großer Mehrheit als Artikel 46 der Verfassung beschloß: „Unter der Voraussetzung der Gegenseitigkeit ist Frankreich bereit zu den Begrenzungen seiner Souveränität, die notwendig für die Organisation und die Verteidigung des Friedens sind.“<sup>63</sup>

### 3. Europäische Föderation

Es waren auch schon in der ersten Hälfte des Jahres 1945 nicht alle politischen Kräfte in Frankreich der von den Schlußresolutionen der außenpolitischen Debatten der Assemblée vom November 1944 und März 1945 gewiesenen vordringlichen Ausrichtung auf die globale „Föderation der Völker“ gefolgt, nur weil die Weltmächte mit der Ausarbeitung der UN-Charta begonnen und sowjetische Stimmen sich gegen europäischen Zusammenschluß geäußert hatten. Nicht Partei-Führungsgremien, aber eine beträchtliche Zahl namhafter Politiker und Autoren hatten auch im Frühjahr 1945 an dem Schlußkonsens der nichtkommunistischen Résistance festgehalten, daß vordringlich der anarchische Zustand in Europa überwunden werden müsse und eine „Fédération européenne“ die Voraussetzung für das Zustandekommen einer „Confédération intercontinentale“ sei. Sie hatten realistisch eingeschätzt, daß die großen Weltmächte, selber Kontinentalunionen, noch keine Notwendigkeit zu Souveränitätsabgabe und Zusammenschluß empfanden, wie sie für die kleingewordenen europäischen Nationalstaaten bestand; daß eine

wiederholt im Programme du MRP vom 8. 11. 45, AP 1944/45, S. 486); II<sup>e</sup> Congrès National du MRP 16. 12. 1945, Motion de Politique Extérieure (S. 7 der Broschüre – mit einem offenbaren Satzfehler). In dem „Rapport présenté par Jean Letourneau au Congrès National des 13 et 16 Décembre 1945 sur la Politique extérieure“, vom Kongreß mit starkem Beifall angenommen, hieß es, „qu'il est inutile de parler d'organisation internationale efficace, si elle n'est pas basée sur une limitation réelle des souverainetés nationales“. Einen Anteil an dieser Entwicklung hatte die Erneuerung christlichen Naturrechts, vor- und überstaatlichen Rechts, z. B. durch Em. Mounier, Déclaration des Droits des personnes et des collectivités, in: *Esprit* 13/1 (No. 105), 1. Dez. 1944, S. 121–27. Vgl. MRP zur deutschen Frage Anm. 97.

<sup>63</sup> Von den Sozialisten seit ihrem 37. Kongreß Aug. 1945 gefordert, wurde der Artikel in der Assemblée Constituante am 11. 4. 1946 beschlossen (*J. O. Débats* 11. 4. 1946, S. 1728); er wurde unverändert in die am 29. 9. 1946 verabschiedete zweite Verfassung übernommen, die am 13. 10. 46 die Zustimmung der Wählermehrheit erhielt.

also intergouvernemental bleibende Weltfriedensorganisation hingegen große Schwierigkeiten mit einem zerrissenen Europa haben würde. „Beaucoup“, schrieb Jean Gauvain drei Monate nach der November-Resolution, „se tournent vers le fédéralisme. Fédérer l'Europe, n'est-ce pas la solution?“<sup>64</sup>.

Als ein im Frühjahr 1945 wirksamer Sammlungspunkt dieser Konzeption erwies sich das kurz vor der Libération von führenden Mitgliedern mehrerer Résistance-Gruppen in Lyon gegründete „Comité Français pour la Fédération Européenne“ (CFFE). Die prominentesten Gründungsmitglieder waren Albert Camus vom „Combat“, André Ferrat vom „Franc-Tireur“ und Gilbert Zaksas von „Libérer et Fédérer“. Zusammen mit dem Anfang 1945 nach Paris gekommenen Mitbegründer des italienischen „Movimento Federalista Europeo“, Altiero Spinelli, bereiteten sie einen ersten europäischen Föderalisten-Kongreß vor und publizierten zu diesem Zweck Anfang März 1945 ein erstes „Cahier de la Fédération Européenne“, das die in der Résistance formulierten Programm-Texte erstmals weitgehend in Paris publik machte<sup>65</sup>. Vom 22.–25. März fand dann der Föderalisten-Kongreß im Pariser „Maison de la Chimie“ statt. „Man notierte die Anwesenheit zahlreicher französischer Persönlichkeiten: mehrere Abgeordnete der Assemblée partizipierten an den Arbeiten (MM. Baumel, Guerin, Mayer, Philip, Zaksas), ebenso die Redakteure oder Direktoren von Zeitungen und Zeitschriften (Combat, l'Aube, Lyon Libre, Liberté, Témoignage Chrétien, Libertés, Esprit, etc.) und bekannte Mitglieder der sozialistischen Partei, des Mouvement de la Libération Nationale, der Christlichen Demokraten und anderer Gruppierungen der Résistance“; ferner Föderalisten aus Italien, der Schweiz, Österreich, Deutschland, Großbritannien, Spanien und Griechenland<sup>66</sup>. Als Hauptreferat zur Eröffnung gab André Ferrat eine

<sup>64</sup> Gauvain (Anm. 1, datiert „21 février 1945“), S. 485. „Schlußkonsens der Résistance“: vgl. oben S. 153. Im März 1945 beschrieb Emmanuel Mounier als Schwierigkeiten dieser Europa-Föderalisten: „Wer von europäischer Föderation spricht, ruft heute zweierlei Befürchtungen hervor: erstens, diese Föderation könne in eingestandener Absicht, kaum eingestandener Absicht oder auch gegen die Absicht ihrer Förderer mehr oder weniger gegen die UdSSR gerichtet werden; zweitens, sie stelle eine Utopie dar, die zwar den Geist und die Hoffnung befriedige, der aber die nötige Virulenz einer Beziehung zur gegenwärtigen geschichtlichen Realität fehle“ (Esprit 13/5, Nr. 109, 1. 4. 1945, S. 757, – um dann zu sagen, daß die folgend beschriebene Pariser Föderalistenkonferenz diese Befürchtungen als unzutreffend erwiesen habe).

<sup>65</sup> Cahier de la Fédération Européenne [Nr. 1], hrsg. vom Comité Français pour la Fédération Européenne, Paris März 1945; es enthielt S. 25–32: Die Beschlüsse des Gründungskonvents des MFE vom August 1943 (deutsch mit Kommentierung bei Lippens, Föderationspläne [Anm. 6], S. 66–70); die Deklaration der Genfer Konferenz von Widerstandskämpfern vom 20. 5. 1944 (deutsch mit allen ermittelten Fakten und Texten dieser Konferenz ebenda, S. 379–401); den Gründungsaufwurf des CFFE, Lyon Juni 1944 (deutsche ebenda, S. 244–46, z. T. wörtlich der Genfer Deklaration folgend); ferner zwei Aufsätze: S. 7–18 von A. Ferrat: Pour l'union démocratique des peuples d'Europe, S. 19–22 von A. Spinelli: La tâche européenne des forces progressistes, die die Grundlage für die beiden Referate auf der Konferenz bildeten, vgl. Anm. 67.

<sup>66</sup> Nach dem hektographierten „Compte-Rendu de la Conférence Fédéraliste de Paris, 22–25 Mars 1945“ (Archiv Spinelli), S. 1. Ein inhaltlich gleichlautender Bericht von W. G. Eichler,

eindrucksvoll realistische Analyse: In Yalta hätten sich zwar die Weltmächte formell gegen die schon begonnene Politik der „Einflußzonen“ der Großmächte und für eine gemeinsame Weltfriedensorganisation entschieden. Aber sie werden mit dieser Organisation große Schwierigkeiten haben, solange die eigentliche Ursache der Kriege in Europa nicht beseitigt wird: Solange die europäische Anarchie nicht von Europa selbst beseitigt wird, wird sich die Notwendigkeit ständiger Intervention in Europa ergeben, stets ein Entschuldigungsgrund für ein Eingreifen von Außen gegeben sein und dadurch die Wahrscheinlichkeit wachsender Spannungen zwischen den intervenierenden Mächten. Als einzige Alternative zu einer Politik der Einigung Europas aus sich selbst bliebe letztlich nur die Aufteilung Europas in Einflußzonen. Hingegen wachsen die Aussichten für ein funktionierendes Übereinkommen zwischen den Weltmächten in dem Maße, in dem sich die europäischen Völker zusammenschließen und die wichtigsten nationalen Gegensätze innerhalb ihres Kontinents beseitigen. Unerläßlich sei hierfür, „daß die europäischen Staaten unwiderruflich diejenigen Attribute ihrer Souveränität an die Föderation abtreten, die die territoriale Verteidigung, die Beziehungen zu Mächten außerhalb der Föderation sowie den internationalen Handel und Verkehr betreffen“<sup>67</sup>. – Nach dreitägigen Diskussionen verabschiedete der Kongreß eine sehr entschiedene, fünf Teile umfassende EntschlieÙung:

1. wurde der Versuch begrüßt, „Weltversammlungen und -räte zu errichten, wo vom Geist des Friedens beseelte Vertreter souveräner Staaten sich bemühen werden, ihre Streitfälle durch Verhandlungen zu schlichten“. Dies werde freilich nur soweit gelingen, wie die Verständigungsbereitschaft der Staaten reicht. Für Europa, „das in einem einzigen Menschenalter Ausgangspunkt zweier Weltkriege war“, sei diese Methode sicherlich unzureichend. – 2. wurde „die europäische Anarchie“, daß innerhalb des kleingewordenen Kontinents jeder Staat „Souveränität“ beanspruchte, Wirtschaft und Bildungswesen in den Dienst der Nationalismen gestellt wurden, als Ursache des europäischen Niedergangs beschrieben. – 3. wurde dem das Zielbild einer europäischen Föderation gegenübergestellt. „Ein für allemal ist das Dogma abzuschaffen, daß der Nationalstaat die höchste politische Organisationsform der Menschheit sei . . . Alle Staaten müssen unwiderruflich die Attribute ihrer Souveränität, die die Verteidigung ihres Territoriums, die Beziehungen zu Mächten außerhalb der Föderation sowie den internationalen Handel und Verkehr betreffen, an die Föde-

in: Europe Speaks, London 24. 4. 1945. Beide Berichte geben an, daß Minister Frenay sowie Vincent Auriol und Robert Verdier vom Vorstand der SFIO nicht teilnehmen konnten, aber ihre Zustimmung zur Resolution übermittelten. Aus Verkehrsgründen an der Teilnahme verhindert, hatten Sir Walter Layton und die Londoner Socialist Vanguard Group Solidaritätsbotschaften geschickt. Von der Labour-Party war der Abgeordnete John Hynd, vom Exilvorstand der SPD Willi Eichler anwesend.

<sup>67</sup> André Ferrat, Vorstandsmitglied des Mouvement de la Libération Nationale, Präsident der SFIO in Lyon und Herausgeber des Lyon Libre, zitiert nach dem „Compte-Rendu“ (Ann. 66). Das andere Hauptreferat hielt A. Spinelli über die These, daß alle progressiven Parteien ihre Ziele niemals vor sondern nur durch politischen und wirtschaftlichen Zusammenschluß Europas erreichen könnten. Hierzu und zum CFFE demnächst ausführlicher das Kapitel „Frühe Föderalisten-Verbände 1945“ bei W. Lippens, Die Anfänge der europäischen Einigungspolitik 1945–50, Kap. I.



ration abtreten.“ Diese „muß vor allem folgende Organe besitzen: Eine Regierung, die nicht den Regierungen der einzelnen Mitgliedstaaten, sondern den Völkern gegenüber verantwortlich ist . . . Eine Armee, unter dem Befehl dieser Regierung . . . Einen Obersten Gerichtshof“. – 4. wurde zum „deutschen Problem“ festgestellt, daß eine Unterjochung oder „die Anexion deutscher Gebiete durch andere Länder“ die Deutschen „unweigerlich in neuen, heftigen Nationalismus hineintreiben“ würden. „Nur eine europäische Föderation kann zunächst die neuen staatlichen Formen Deutschlands wirksam kontrollieren, um sie dann schrittweise auf der Grundlage gleicher Rechte und Pflichten für alle europäischen Staaten in die Föderation zu integrieren.“ – 5. „Wenn man sich nur um die inneren politischen, sozialen und nationalen Probleme jedes einzelnen Landes kümmert, dann bleiben die Gründe für die Rivalitäten, für den Militarismus, für die Gewaltherrschaft und für den Krieg bestehen . . . Wenn Europa zerstückelt und seiner inneren Zwietracht ausgeliefert bleibt, dann haben die Patrioten, die Demokraten, die Sozialisten umsonst gekämpft.“<sup>68</sup>

Die Konferenz lag zwar zu spät, um noch die Kommissionsarbeit der Assemblée für deren UNO-Debatte am 27. 3. zu beeinflussen, und zu früh für die Situation am Ende von San Francisco; aber sie hatte mit eindrucksvollem Realismus das Konzept des europäischen Föderalismus in Paris zu Gehör gebracht und bewirkte seine Weiterentwicklung auch während der Konferenz von San Francisco. Insbesondere brachte E. Mounier zum Mai 1945 eine Europa-Sondernummer des „Esprit“ heraus, zu deren Beginn Jean Lacroix wie ein Motto formulierte: „Eine Nation ist nur groß, wenn sie sich in den Dienst einer Sache stellt, die größer ist als sie selbst, d. h. von Werten, die supranational sind.“ Zwei Aufsätze arbeiteten die Anwendung des Föderationskonzepts als einzig mögliche Lösung der deutschen Frage heraus. Und Michel Collinet analysierte, daß für eine globale Föderation die Unterschiede zwischen den Kontinenten noch zu groß, die politische Entwicklung und soziale Struktur noch zu wenig übereinstimmend sei; hingegen sei innerhalb der kontinentalen Einheiten USA, Europa, Sowjetunion, Ostasien, Lateinamerika ja ein Grad an struktureller und politisch-ideeller Gemeinsamkeit erreicht, der es erlaube, ein intergouvernementales Weltsicherheitssystem auf einige wenige Kontinental-Föderationen zu stützen. Insbesondere in Europa haben die „gemeinsamen Leiden“ einen Grad von Übereinstimmung geschaffen, der es erlaubt, „endlich ein menschliches Gemeinwesen zu errichten, das sich mit den Kräften der modernen Welt zu messen vermag und das wir die Vereinigten Staaten von Europa nennen.“<sup>69</sup>

<sup>68</sup> Résolution de la Conférence fédéraliste européenne de Paris, 25. 3. 1945, zunächst hektograph. verteilt, dann gedr. in: Cahier de la Fédération Européenne, Nr. 2, Aug. 1945, S. 35 bis 40; engl. Übers. in: Resistance speaks, United States of Europe, ed. by the Federal Union, London 1945, S. 11–16. Auf der Konferenz bestand Einigkeit darüber, daß „es z. Zt. vor allem Frankreich ist, das sich zum Promotor der Initiativen für gemeinsame europäische Institutionen machen muß“. Sie beschloß schließlich, das bisherige CFFE umzubenennen in „Comité International pour la Fédération Européenne“. Genauere Analyse demnächst in dem Anm. 67 genannten Kapitel.

<sup>69</sup> Zitate aus Esprit 13/6 (Nr. 110), 1. Mai 1945, S. 770 (Lacroix), 773 und 783 (Collinet); letzterer gab ferner präzise Definitionen zur geographischen Begrenzung: „Eine Integration

Bereits seit Oktober 1944 hatte sich um die Zeitschrift „La Fédération“ von André Voisin eine rasch wachsende Gruppe gebildet, die, geleitet vom Föderalismus Proudrons und den christlich-sozialen Lehren von René de La Tour du Pin, vor allem den „fédéralisme interne“ zu entwickeln strebte. Mit organisierten Untergruppen in den meisten Departements und Kommissionen für alle Berufszweige war dies 1945 die zweifellos bedeutendste Gruppierung französischer Föderalisten, deren Autoren (Robert Aron, Jean Bareth, Alexandre Marc, Bernhard Voyenne etc.) ankämpften gegen den jakobinischen Zentralismus. Ihr „Circulaire intérieure“ versicherte nun im Juni 1945 unter der Überschrift „La Paix et le Principe Fédératif“, selbstverständlich sei es ebenso „nötig, eine Stufe weiterzugehen und in ähnlicher Weise [wie innerhalb der Nationen] föderative Ordnungen und Solidaritäten der Nationen auf europäischer und auf Weltebene zu durchdenken“. Dabei sei die Föderierung auch der natürlichen, kommunalen und professionellen Gruppierungen wesentlich; „parce qu’elles représentent le fonds stable sur lequel l’Europe et la France sont appelées à construire“<sup>70</sup>. – Hervorzuheben aus den Schriften ist wenigstens noch die in diesem Mai 1945 geschriebene Studie von Raymond Aron, die unter dem Titel „L’âge des empires“ das im Entstehen begriffene neue Gleichgewicht im Weltmaßstab scharfsinnig analysierte:

Eine völlig neue Welt ist im Entstehen, dominiert von wenigen „Etats-continentaux extra-européens“. Die Idee des Nationalstaats in Europa ist durch die Ereignisse überholt worden. Die militärische Technik und die Großserienproduktion erfordern die Ausdehnung der menschlichen Kollektivitäten zu einer Größenordnung, wie sie die „Kontinentalstaaten“ USA und Sowjetunion bereits darstellen, was ihre Vorherrschaft begründet. „Die Großen werden immer größer und die Kleinen immer kleiner. Fünfundzwanzig kleine Nationen zusammen vermögen nichts gegen einen der Kolosse auszurichten.“ Bei den Kleinen dazwischen, insbesondere auch den europäischen Ländern, wird Innenpolitik zum Reflex der „Großen“, denn „man ist geneigt, jedem Großen eine entsprechende Ideologie, Menschen, Parteien und ein entsprechendes Gesellschaftssystem zuzuordnen. Schon jetzt kann die [innereuropäische] Auseinandersetzung unter den Ideologien, Menschen, Parteien und Systemen nicht mehr vermeiden, als mikroskopischer Reflex der weltweiten Beziehungen zwischen den Großmächten zu erscheinen“. Europa werde vollends „aufgeteilt in Einflußzonen der außereuropäischen Imperien“, wenn es nicht die Kraft zu einem inneren

---

der Sowjetunion in Europa hat keinen Sinn, da die Sowjetunion selbst eine Föderation von Staaten ist . . . Für England brächte eine vollständige Integrierung die Gefahr mit sich, es von seinen Dominien zu trennen . . . England könnte in engem Einvernehmen mit einer europäischen Föderation eine politische Rolle spielen, ohne deshalb völlig darin aufzugehen . . . Eine echte europäische Föderation ist nur denkbar mit einem erneuerten, demokratischen Deutschland, das gleichberechtigt neben den anderen Staaten aufgenommen wird.“ (Ebenda S. 784–86). Die Deutschland-Aufsätze vgl. bei Anm. 92 und 93.

<sup>70</sup> Circulaire intérieure de la Fédération, Centre d’études institutionnelles pour l’organisation de la société française, Paris Juin 1945, S. 6 und 8. „Cette construction ne pouvant être réalisée ni immédiatement, ni globalement, il est recommandable de réaliser tout d’abord des ‚Fédérations‘ régionales, groupant des nations manifestement complémentaires par leur situation géographique, la similitude de leurs positions politiques, le degré et l’esprit de leur culture, l’interdépendance de leurs économies.“ (Ebenda S. 6).

Zusammenschluß aus sich selbst finde, mit der Fähigkeit, eigenständige „Lösungen für die Probleme unserer Zeit zu konzipieren“. Nichts sei dringlicher, als die verbliebenen Nationalstaaten zu engster Kooperation zusammenzuführen, die „ihnen nach und nach das Gefühl einer umfassenden Ordnung vermittelt, ohne die das balkanisierte Europa dem Niedergang geweiht ist“<sup>71</sup>.

Das Bekanntwerden der Ergebnisse von San Francisco, daß die Großen nur eine Weltorganisation zugelassen hatten, die zwar die Kleinen kontrollieren konnte, nicht aber die Großen, und die die Kleinen dem Veto-Recht der Großen auslieferte, bewirkte ab Ende Juni eine Ausbreitung des Begreifens dieser neuen Weltsituation. Am Tage der Unterzeichnung der UNO-Charta hatte Paul-Boncour als einzig mögliche Antwort der Europäer „einen westlichen Pakt unter Einschluß Frankreichs, Englands, Hollands, Belgiens, Italiens, das seines Faschismus entledigt, und Spaniens, sobald es zu demokratischen Institutionen zurückgekehrt ist“, empfohlen<sup>72</sup>. Am 17. Juli 1945 referierte *Le Monde* bejahend einen entsprechenden Vorschlag des Londoner *Economist*, daß diese Länder sowohl ihre Sicherheit als auch ihren wirtschaftlichen Wiederaufbau nur noch gemeinsam bewerkstelligen könnten, ein gemeinsamer Generalstab und eine Zollunion mit stabilen Wechselkursen unerlässlich seien und „daß eine prosperierende Einheit von 120 Millionen ein besserer Nachbar als ein zersplittertes Europa“ für die beiden Weltmächte sein werde. Am 31. Juli trat der Herausgeber von *Le Monde*, Beuve-Méry, selbst hervor mit einem sehr präzisen Leitartikel: Infolge des jetzt unübersehbaren Machtverlustes auch Großbritanniens zwischen den Weltmächten „scheinen alle nötigen Voraussetzungen gegeben, um die – notwendigerweise langwierige und schwierige – Schaffung einer dritten Organisation in der Welt erhoffen zu können, die an Bedeutung mit den USA und der Sowjetunion vergleichbar wäre . . . Die Sowjetunion zeigt eine äußerst kategoriale Ablehnung einer Organisation, die sie des Antisowjetismus verdächtigt . . . Die westeuropäische Assoziation oder Union ist in der Tat nur dann möglich und wünschenswert, wenn sie gegenüber Amerika und gegenüber Rußland das gleiche Verständigungsbemühen und die gleiche Unabhängigkeit wahrt.“<sup>73</sup> Daß eine Entwicklung in dieser Richtung von der Mehrheit der französischen Bevölkerung einschließlich der erforderlichen Mittel mit gesundem

<sup>71</sup> Raymond Aron, *L'âge des empires*, dat. Mai 1945; in dem Sammelband: R. Aron, *L'âge des empires et l'avenir de la France*, Paris (Juli) 1945, S. 355–69; ders., *Remarques sur la politique étrangère de la France*, dat. Juni 1945, ebenda S. 337–53 (die Zitate in der Reihenfolge ebenda S. 345 f., 363, 366 f. und 368). Der Tiefgang der europäischen Folgerungen dieser Schrift kann hier nur angedeutet und auf sie verwiesen werden. Vgl. Aron zum „deutschen Problem“ bei Anm. 94.

<sup>72</sup> J. Paul-Boncour, Interview für AFP 26. 6. 1945 in San Francisco, in: *Le Monde* 27. 6. 1945, S. 1 (vgl. Anm. 59; ebenso schon in seinem Interview vom 18. 6., vgl. Anm. 33). Häufig gleichartige Folgerungen in den Anm. 58–60 genannten Kommentaren; schon Yves Cézay in *Le Monde* 28. 5. 1945 (Anm. 58): „viele europäische und amerikanische liberale Geister bedauern, daß die Idee einer europäischen Föderation“ nicht kraftvoll aufgestellt worden sei.

<sup>73</sup> L. Dor, *L'Union occidentale vue de Londres*, in: *Le Monde* 17. 7. 1945, S. 1 f.; H. Beuve-Méry, *France-Angleterre*, in: *Le Monde* 31. 7. 1945, S. 1 f. (mit scharfer Verurteilung des

Menschenverstand als einzig denkbare Lösung begriffen und bejaht wurde, bezeugte eindrucksvoll eine Umfrage, die das französische Amt für Meinungsforschung „nach den Methoden des Gallup-Instituts im gesamten französischen Staatsgebiet“ durchführte und Ende Juli veröffentlichte:

„Es wurde folgende Frage gestellt: ‚Man spricht davon, Europa als Föderation von Staaten aufzubauen, die verwaltungsmäßig (Polizei, Justiz, Schulwesen usw.) autonom, in allen Fragen von gemeinsamem Interesse (Industrieproduktion, landwirtschaftliche Erzeugung, Verkehrswesen, Verteidigung des Kontinents usw.) jedoch einer demokratisch gewählten ‚föderalen Regierung‘ unterstellt wären. Halten Sie unter diesen Umständen die Schaffung einer ‚Europäischen Föderation‘ für wünschenswert?‘ Sie wurde wie folgt beantwortet:

	Ja	Nein	Keine Meinung
Stadtgemeinden	71 %	20 %	9 %
Ländliche Gemeinden	75 %	14 %	11 %
Frankreich insgesamt	73 %	17 %	10 % <sup>74</sup>

Sehr im Unterschied zu der hier bezeugten Entschiedenheit der Einsicht litten jedoch die folgenden Leitartikler unter spürbar selbstaufgelegten Beschränkungen. Am 14. August lud *Le Monde* „Westeuropa ein, sich zu assoziieren, um die rheinisch-westfälische Kohle gemeinsam zu verwalten . . . Darin liegt die erste gemeinschaftliche Aufgabe seit den Kreuzzügen, die sich ihm bietet. Nur durch eine Reihe neben- und übereinandergestellter Assoziationen dieser Art wird Europa das Bewußtsein und das Verlangen für jene Einheit wiederfinden . . ., ohne die es nicht mehr als ein Mosaik deklassierter Mächte sein wird.“ Im „*Populaire*“ vom 10. August schrieb Charles Dumas über „L'entente régionale occidentale indispensable“ für die Verteilung der deutschen Reparationsleistungen und zur Schaffung einer gegenüber den beiden Weltmächten unerläßlichen Wirtschaftseinheit Europas. Senkung der Zolltarife, Stabilisierung des Handelsverkehrs, Standardisierung der Produktion und eine gemeinsame Kontingentierungsorganisation nannte er als Aufgaben dieser westeuropäischen Entente – für die er sorgsam das Wort Föderation vermied. Fünf Tage später auf dem Nationalkongreß der SFIO wurde zwar vielfach Klage über die beiden Weltmächte geführt, die für das Nichtzustandekommen der supranationalen Weltorganisation verantwortlich seien; der Delegierte Pupille forderte ohne die bisherige Rücksichtnahme eine Föderation der

anachronistischen Syrien-Streits zwischen beiden), vgl. auch Referierung bei DePorte (Anm. 2), S. 195–97.

<sup>74</sup> L'Institut Français d'Opinion Publique: Sondages Nr. 17, Paris Juli 1945. Dem Bericht war eine „persönliche Stellungnahme“ von Pierre Hervé, dem einzigen Kommunisten im Direktorium des französischen Gallup-Instituts, beige druckt, in der er die Idee einer Föderation Europas „eine kosmopolitische, trotzkistische und antikommunistische Idee“ nannte (zitiert von P. Brizon in *Cahier de la Fédération Européenne*, Nr. 2, Aug. 1945, S. 26, der dazu sagt: „Hat er berechnet, daß sein Anathema sich gegen Drei-Viertel der französischen Bevölkerung richtet?“ Gegen die Zuverlässigkeit der Ergebnisse der Umfrage habe Hervé keine Bedenken vorgebracht).

europäischen Völker, die allein Europa vor dem russischen (territorialen) wie dem amerikanischen (wirtschaftlichen) Imperialismus zu schützen vermöge; aber im Schlußmanifest bekannte sich zu diesem Zeitpunkt selbst diese Partei nicht zu dieser These, sondern begnügte sich mit einer erneuten Beschreibung der sozialistischen Vorstellung von einer supranationalen „weltweiten Organisation der kollektiven Sicherheit“, verbunden nur mit der zaghaften Andeutung, daß „eine franco-britische Allianz“ eine „Grundlage der europäischen Friedensorganisation“ bilden sollte<sup>75</sup>.

Als das wesentliche Motiv all dieser Zaghaflichkeiten erwies sich alsbald die Rücksichtnahme auf den bekannten Widerspruch der Sowjetunion. Als die offizielle sowjetische Armeezeitung „Roter Stern“ am 24. August den französischen Sozialisten vorwarf, sie hätten auf ihrem Parteitag die Vereinigung mit der KPF nur deshalb hintertrieben, um mit den britischen Sozialisten die Schaffung eines gegen die Sowjetunion gerichteten Westblocks einleiten zu können, beeilte sich Léon Blum am 28. August zu versichern, er halte „die Übereinstimmung zwischen der Labour-Regierung und der sowjetischen Regierung“ für eine Säule des künftigen Friedens; er wolle dieser als zweite nur hinzufügen ein „Bündnis zwischen Großbritannien und Frankreich, das sicherlich eine Anziehung auf die anderen jetzigen und zukünftigen Demokratien des Westens ausüben“ werde; doch „ich bin gegen die Schaffung eines organischen Blocks der Westmächte, denn ich möchte Europa nicht teilen oder zerstückeln, sondern ihm im Gegenteil Vertrauen einflößen und es einen“. Nachdem in einem weiteren Leitartikel von Le Monde am 8. September die Bildung einer westeuropäischen Staatengruppe gefordert worden war, die von beiden Weltmächten gleichweit entfernt und gleich unabhängig eine Brücke der Verständigung zwischen beiden bilden könne, äußerte sich am 10. September auch de Gaulle in einem Interview für die Londoner Times in dieser generellen Richtung der Meinungsbildung; er sprach zustimmend von der Möglichkeit der Bildung eines, wie er annahm in London und Brüssel gewünschten „ensemble économique“ der westeuropäischen Länder, jedoch deutlich zum Zwecke der Durchsetzung seiner Vorbedingung, der Beherrschung des Rheinlandes durch Frankreich, des Ruhrgebiets durch das „ensemble“, das diese Separationen abzudecken bestimmt war<sup>76</sup>.

<sup>75</sup> Jean Maroger, *Le charbon et le destin de l'Europe*, in: *Le Monde* 14. 8. 1945, S. 1 f.; Charles Dumas, *L'entente régionale occidentale indispensable*, in: *Le Populaire* 10. 8. 1945; Pupille (Fédération Seine) in: 37<sup>e</sup> Congrès national, *Compte rendu sténographique*, S. 758 bis 760; Schlußmanifest „Au peuple de France“, redigiert von Jules Moch und Vincent Auriol, verabschiedet am 15. 8., in: *Le Populaire* 16. 8. 1945; sämtlich zitiert nach Loth (Anm. 21), S. 170 f. und 178.

<sup>76</sup> *Roter Stern*, *Les travaillistes essaient de réaliser le plan britannique d'un bloc occidental*, (Moskau) 24. 8. 1945, Text als Depesche des Internat. News Service 24. 8. 1945; zitiert in der Antwort von L. Blum, *L'Etoile rouge' fait fausse route*, in: *Le Populaire* 28. 8. 1945 (und: *Oeuvre* VI, S. 175–77); de Gaulle, *Déclarations au correspondant parisien du Times*, engl. in: *The Times* 10. 9. 1945, S. 4 (französ. in: *AP* 1944/45, S. 540–44; *Mémoires* III, S. 558–62). Vgl. Lippens, *Bedingungen* (Anm. 2), S. 98 f. und (abweichend) DePorte (Anm. 2), S. 190–201. Angesichts der Tatsachen, daß de Gaulle in diesem Interview mit Schärfe

Dem gegenüber stellte Blum am 15. September klar, was er meine, sei eine „famille occidentale“ derjenigen Staaten, die durch ihren Charakter prädisponiert seien, Schrittmacher der künftigen globalen Föderation zu bilden, die keinen hinreichend großen Binnenmarkt besäßen, also wirtschaftlich aufeinander angewiesen seien, eine „famille . . . préexistante entre des peuples formés par des siècles d'histoire et de civilisation commune“, keine – wie er ausdrücklich verleugnete – Föderation und erst recht kein „antisowjetischer Block“, da jedermann wisse, daß die globale Föderation nur auf der Grundlage eines freundschaftlichen Verhältnisses zur Sowjetunion geschaffen werden könne. Gleichwohl reagierten die Moskauer Medien mit einer mehrwöchigen Flut von Schmähungen gegen die „Drohung“ mit einem reaktionären Westblock; noch am 15. September nannte Radio Moskau Blum einen „finsternen Handlanger der finstersten Ideen“, nämlich des Traumes einer „Union dirigée contre l'U.R.S.S.“<sup>77</sup>. Die sozialistische Führungsgruppe in Frankreich beteuerte, daß „le Parti socialiste est opposé à la politique des blocs“ (D. Mayer), daß sie wirklich nur eine lockere „famille“ gruppiert um ein englisch-französisches Bündnis wolle als „un des moyens de préparer et de fonder la communauté internationale“ (L. Blum); sie war, um den Blockpolitik-Vorwurf zu entkräften, für den Rest des Jahres 1945 bereit, die Bildung einer westeuropäischen Föderation zurückzustellen, bis Vertrauen, Verständnis und Kooperation der Sowjetunion dafür gewonnen sein würden<sup>78</sup>.

Doch gab es auch in dieser Phase Stimmen, die die innere Notwendigkeit der Europa-Föderation als unwiderlegliche Antwort auch auf diese Schwierigkeiten klar formulierten. Im zweiten „Cahier de la Fédération Européenne“ des sozialistisch bestimmten „Comité International pour la Fédération Européenne“ vom August 1945 nannte es Michel Collinet unerfindlich, „wieso die Schaffung einer solchen Union eine Gefahr für die Sowjetunion darstellen könnte“; sie sollte allein den zerrütteten europäischen Ländern „eine gemeinsame Existenzgrundlage be-

---

seine territorialen „Vorbedingungen“ in der Levante und im Rheinland betonte, daß er Westunions-Vorschläge des belgischen Außenministers Spaak März 1945 in Paris glatt abgelehnt hatte und während des ganzen Herbstes „die englisch-französischen Beziehungen seit der [Levante-]Mai-Krise auf meine Weisungen hin eingefroren waren“ (vgl. bei Anm. 39), kann der „europäische“ Gehalt dieses Interviews nur als minimal eingeschätzt werden.

<sup>77</sup> Léon Blum, *Le 'bloc occidental'*, engl. in: *Daily Herald* 15. 9. 45, französ. in: *Le Populaire* 16. 9. 1945; präzisiert auf einer Pressekonferenz in London 18. 9., Bericht in: *Le Populaire* 19. 9. 1945. Kommentar Radio Moskaus 15. 9., französ. in: *France-Soir* 16. 9. 1945; Anklagen in: *L'Humanité*, besonders 11., 12. und 20. 9. 1945; in *Roter Stern* 14. 9., *Prawda* 17. 9., *Trud* 23. 11. 1945, etc.

<sup>78</sup> D. Mayer 12. 9. in: *Le Populaire* 13. 9., ebenso 5. 10. 1945; L. Blum 19. 10. 1945 in: *Oeuvre* VI, S. 114 f.; Blum gab als Motiv seines Verhaltens an: „*envisager la possibilité d'une guerre, il y a véritablement une abîme*“ (*Le Populaire* 28. 11. 1945); sämtlich zit. nach Loth (Anm. 21), S. 183–86. Vgl. gleichzeitig des belgischen Sozialisten und Außenministers Spaak Bemühungen, „mir die Gewogenheit der UdSSR zu sichern. Wir waren zu jener Zeit außerordentlich bemüht, nichts zu tun, was ihr mißfallen konnte.“ Wyschinski habe ihm 8. 2. 1946 gesagt: „Es stimmt, daß wir entschlossene Gegner des Westblocks sind.“ (P. H. Spaak, *Memoiren eines Europäers*, Hamburg 1969, S. 126).

reitstellen“; es wäre „die Kriegsgefahr in einer Welt, die nur aus zwei Blöcken, UdSSR und USA, bestünde, denen sich anzuschließen die übrigen mittleren und kleinen Länder genötigt wären, unendlich viel größer“<sup>79</sup>. – Erstmals äußerten sich auch zunehmend, was für die Zukunft wichtig war, christdemokratische Stimmen in dieser Weise. Sicher sei, schrieb Bertrand de la Salle in „La Nef“, „l'avènement de la société universelle et d'un monde parfait“ wünschenswert, wie sie Blum erstrebe; aber San Francisco habe erwiesen, daß sie derzeit unerreichbar sei, und das Beispiel des Völkerbunds von 1919 genüge um zu wissen, daß eine solche intergouvernementale Organisation den Frieden nicht sichern könne; also „fédérer . . . les pays d'Europe occidentale“ sei die jetzt vordringliche Aufgabe. Ebenso entschieden ging Jean Gauvains Analyse in „Esprit“ über den nationalstaatlichen Provinzialismus hinweg: „In Moskau fährt man fort, den europäischen Föderalismus zu verurteilen . . . Diese Haltung ist nach zwei Weltkriegen, die aus den Exzessen des Nationalismus in Europa resultierten, schwer zu verstehen. Wie soll man in der Tat den Frieden zu sichern versuchen ohne eine echte Organisation der zwischenstaatlichen Beziehungen, die es erlaubte, die überholten Rivalitäten auszuräumen und multinationale Gruppierungen zu schaffen?“ Nachdem dies auf globaler Ebene in San Francisco nicht gelungen sei, ist „nichts mehr opportun, als in Europa, dem Ausgangspunkt so vieler Kriege“, wenigstens „eine europäische Föderation zu errichten“<sup>80</sup>.

<sup>79</sup> Michel Collinet, Pour une Union démocratique européenne, in: Cahier de la Fédération Européenne (Nr. 2), Aug. 1945, S. 6. Noch präziser Paul Brizon, La Fédération est-elle antisoviétique?, ebenda, S. 28: Der Vorwurf, daß „die europäische Föderation einen antisowjetischen Block“ darstellen werde, sei durch nichts bewiesen, unwahrscheinlich und verantwortungslos: wenn zugleich „aucune idée constructive“ geboten, sondern das zerrissene Europa als „ein Feld der Rivalitäten zwischen den Weltmächten“ belassen werde, so sei sicher, „daß ein antisowjetischer Block sehr viel leichter aus diesem Chaos hervorgehen kann, als aus einer demokratisch aufgebauten Gemeinschaft“. In einem Nov. 1945 verteilten Flugblatt hieß es lapidar: „Das Comité pour la Fédération Européenne wendet sich gegen die Aufteilung Europas in Einflußzonen und gegen die Bildung antagonistischer Blöcke, befürwortet eine Föderation freier und demokratischer Völker, die allen offensteht.“ Diese müsse bringen: „Schrittweise Beseitigung der Zollschranken innerhalb des Kontinents . . . Schaffung einer europäischen Einheitswährung, eine Polizeitruppe der Föderation anstelle der nationalen Streitkräfte, Aufhebung der nationalen diplomatischen Dienste und Schaffung eines föderalen Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten, Wahl einer europäischen Volksvertretung“ (Original aus Archiv Gérard).

<sup>80</sup> Bertrand de la Salle, Chroniques, La vie politique, in: La Nef, 2. Jg., Nr. 11, Oct. 1945, S. 124 f.; Jean Gauvain, L'U. R. S. S. et l'Europe, in: Esprit 14/1 (Nr. 118), 1. Jan. 1946, S. 65 f. und 73. Der bekannte katholische Jugendführer Daniel Villey empfahl am 23. 10. 1945 „einem Freund, der zum Mitglied der Assemblée Constituante gewählt wurde“, als „beste Verfassung . . . : Die Französische Republik beschließt souverän, auf ihre Souveränität zu verzichten, um sich mit den anderen Nationen Westeuropas zu föderieren.“ (D. Villey, Redevenir des hommes libres, Paris 1946, S. 291). Die „Motion de politique extérieure“ des II. Kongresses der MRP vom 16. 12. 1945 enthielt in Bezug auf Europa immerhin schon den Satz, „daß keine politische Regelung Aussicht hätte, respektiert zu werden, wenn nicht die Bedingungen für eine gesunde europäische Wirtschaft geschaffen sind“ (S. 7 der Broschüre).

Indessen zeigte die außenpolitische Debatte, die die Assemblée vom 15. bis 17. Januar 1946 hielt, daß insgesamt Enttäuschung und Pessimismus aufgrund der gegebenen Konstellation vordrangen. So eindrucksvoll viele Sprecher die Einsichten des „anderen Frankreich“ auch noch vortrugen, so offensichtlich war der positive Elan aufgrund von zwei jetzt klar erfaßten Fakten, aus zwei Hauptursachen mit Resignation durchsetzt: 1. aus Enttäuschung über die Weltmächte und die von ihnen wiederaufgenommene Machtpolitik der Einflußzonen in Europa, 2. aus Enttäuschung über die in den Zentralfragen tatenlose, auf territorial-nationalistische Forderungen alten Stils am Rhein und in Syrien fixierte Politik der Regierung. Und eben diese Fakten gaben den andern, traditionalistisch und provinziell-nationalistisch orientierten Kräften in der Assemblée soweit Oberwasser, daß die Debatte erstmals mit einer weitgehend inhaltslosen „Ordre du jour“ beendet wurde. – Eröffnet wurde sie am 15. Januar 1946 mit zwei bedeutenden Zeugnissen des „anderen Frankreich“. Noch einmal legte der Generalsekretär der SFIO, Daniel Mayer, „au nom du groupe socialiste“, das von ihr aus der Résistance übernommene Grundkonzept dar:

„Pour construire le monde, il faut d'abord construire l'Europe . . . Das Europa, das wir vorschlagen, ist im Gegensatz [zu Hitlers Versuch der Hegemonie eines Landes] eine Föderation der freien Völker.“ Um Rhein und Donau werden „die freien Völker, wirtschaftlich zusammenarbeitend, beginnen sich zu verstehen, sich zu helfen und zwischen sich vielfältige und umfassende Beziehungen aufzubauen, die sie dazu führen, sich zu föderieren und eine internationale Gemeinschaft zu schaffen“. Wenn wir zunächst den Zusammenschluß der historisch verbundenen Staatenfamilie Großbritannien, Frankreich, der skandinavischen Länder, Niederlande, Belgien, Luxemburg und Italien sowie – nach dem Ende der dortigen diktatorischen Regime – Spanien und Portugal wünschen, „so erstreben wir nicht, was man in Folge eines Irrtums als [antisowjetischen] bloc occidentale bezeichnet hat; wir erstreben mit diesem angeblichen Block nichts als die Mittel, um eines der ersten Glieder, eines der ersten konstruktiven Elemente der europäischen Gemeinschaft und der internationalen Gemeinschaft zu bilden“. Es soll die Annäherung der beiden Weltmächte fördern, die Schaffung einer europäischen Föderation von Großbritannien bis Rumänien und Bulgarien ermöglichen und auch diese dürfe nur als Vorstufe und Teilstück der globalen Föderation verstanden werden. „Es kann heute in Wahrheit keines der Probleme eine brauchbare Lösung im Rahmen eines isolierten Staates finden. Wir glauben an die Interdependenz der Nationen und wir konstatieren sie. In der Föderation aller freien Völker wird jeder Staat einen Teil seiner Souveränität an ein höheres Organ abgeben müssen, das eine eigene Direktion besitzt, einen Finanzhaushalt, eine Gesetzgebung.“ Gegen den Gaullismus fügte er hinzu, „la France seule“, das sei „der Slogan der Leute, von denen einige selbst hier auf den Bänken dieser Versammlung sitzen, die sich einbilden, daß die Sicherheit Frankreichs in seinem militärischen Potential liege, in der Anzahl seiner kasernierten Soldaten, in der Gewalt seiner Kanonen . . . , – diese Leute vergessen übrigens die Atombombe – oder noch mehr in der Anzahl der Kilometer, die das Deutschland von Morgen vom linken Rheinufer trennen würden. In keinem dieser eben aufgezählten Dinge liegt unsere wirkliche Sicherheit“, sondern in dem beschriebenen schrittweisen Aufbau der föderativen Gemeinschaften<sup>81</sup>.

<sup>81</sup> J. O. Débats 15. 1. 1946, S. 3–5; vgl. Mayers Rede 21. 11. 1944, bei Anm. 48; Bericht in Le Populaire 16. 1. 46 (unter der Schlagzeile „Mayer définit la politique extérieure du Parti



Von besonderer Bedeutung war es, daß der zweite Redner zu Beginn dieser Debatte namens der MRP den bedeutenden Fortschritt der außenpolitischen Meinungsbildung, der in der MRP unterdessen erzielt war, eindrucksvoll bekundete. Kein Maurice Schumann wurde auf die Tribüne geschickt, sondern Ernest Pezet, der seine Rede mit den Worten begann, der Beifall für seinen Vorredner „hat gezeigt, daß meine Freunde, in deren Namen ich hier spreche, seine Ansichten ohne Reserve teilen“. Wir sind erschüttert über „la tragédie de la méfiance“ zwischen den beiden Weltmächten, die zurückfallen in die Politik der Einflußzonen, über das von der UdSSR im alten Stil geschaffene „glacis territorial“ in Osteuropa und über ihren Einspruch gegen regionale Föderationen.

„In Osteuropa gibt es bereits defacto geschaffene Ententen; aber man will nicht reden hören von regionalen Ententen im Westen. Wir müssen aber den Mut haben, darüber in aller Offenheit zu reden.“ Wir lehnen eine Restauration des Vorkriegs-systems „des Gleichgewichts der Kräfte, der Einflußzonen und der Interventionen“ ab – und wir sollten uns anklagen lassen, einen „Westblock schaffen zu wollen, dem man kostenlos aggressive Absichten unterstellt“? Frankreich, wie andere europäische Länder, muß „Initiativen im Sinne der grundlegenden Prinzipien ergreifen, welche die Neuordnung der Gesellschaft und des Friedens erfordern. Es muß daran erinnern, daß das Vetorecht die Einstimmigkeitsregel von 1919 bedeutet und folglich das sichere, fatale Scheitern allen Gemeinschaftslebens, aller erforderlichen Neuordnung, aller lebendigen und der Gefahren bewußten Gerechtigkeit im Rahmen der künftigen Völkergemeinschaft ... Es muß daran erinnern, daß die organische Bildung eines tatsächlichen Völkerbundes den Föderalismus erfordert; daß die Charta von San Francisco genau diese regionalen Ententen vorsieht und gestattet, die weder moralisches und politisches Alibi noch schmückendes Beiwerk darstellen dürfen ... Werden die Sieger von 1945 – hier liegt das wahre Problem – der Liquidation der hitlerisch-pangermanistischen Hegemonie ein Ende zu setzen wissen – indem sie nach der Kriegsmacht auch die Geisteshaltung zu zerstören wissen, die sie vorbereitet und ihr als Grundlage gedient hat?“<sup>82</sup>

socialiste“) und Kommentar von Charles Dumas, *Démocratie internationale ou hégémonie des 'Trois'*, ebenda, der das sozialistische Konzept mit der von den Prinzipien traditioneller Machtpolitik bestimmten Rede von Fl. Bonte (KPF, vgl. Anm. 83) konfrontierte. Auch die andern sozialistischen Sprecher sprachen im gleichen Geist, *J. O. Débats*, 16. 1. 1946, S. 52 f. Grumbach und S. 55 Lapie für den künftigen Einschluß Deutschlands in die europäische Föderation (vgl. bei Anm. 104).

<sup>82</sup> *J. O. Débats*, 15. 1. 1946, S. 5–8 Ernest Pezet (Vice-président de la Commission des Affaires étrangères der Assemblée constituante). Nicht Bidault und sein Anhang (vgl. Anm. 84), aber über die Hälfte der MRP-Sprecher dieser Debatte sprach im föderalistischen Sinne Pezets: Marcel Poimboeuf über die Notwendigkeit für jedes Land, „un part de sa souveraineté au bénéfice de l'organisation internationale“ abzutreten (15. 1. 1946, S. 17); Jean Palewski über die Notwendigkeit, dem wirtschaftlichen Autarkismus abzusagen und „à cet effet l'organisation internationale économique“ zu schaffen (16. 1. 1946, S. 33); Jules Catoire über die Notwendigkeit, daß „se constituera la fédération européenne ... Für uns wird es solange keinen wahrhaften Frieden geben, bis die nationalen Souveränitäten eingewilligt haben, einen Teil ihres Rechts und ihres Stolzes zugunsten einer internationalen Organisation abzutreten, die einen tatsächlichen – wir scheuen uns nicht, das Wort zu gebrauchen – Super-Etat darstellen wird.“ (*J. O. Débats*, 17. 1. 1946, S. 107).

Gegen dieses Konzept des „anderen Frankreich“ äußerten sich – und zwar unterstützt von den Fakten sehr viel schärfer, als in den bisherigen Debatten der Assemblée – im Grunde zwei Gruppen: Einerseits sämtliche kommunistischen Sprecher, die nunmehr rücksichtslos jeden Gedanken an eine supranationale Ordnung, an Abtretung und Vergemeinschaftung von Souveränitätsrechten, an Unionen jeder Art als Verrat an der nationalen Idee prinzipiell verurteilten und Frankreich rieten, seine Sicherheit in der Treue zum Pakt mit der Sowjetunion und in der dauernden Knebelung Deutschlands zu suchen, unterstützt von Pierre Cot von den Radicaux und alten Rechtsnationalen wie Louis Marin<sup>83</sup>; andererseits die Teile der Radicaux, der Rechten und der MRP unter Vorantritt Bidaults, die einfach aus provinziellem Poincarismus und Unfähigkeit, anderes zu denken, auf die Abtrennung des Rheinlands von Restdeutschland fixiert waren<sup>84</sup>. So langte es erstmals am Ende dieser Debatte nur zu einer mehrheitlich (nicht einstimmig) votierten „Ordre du jour“, die nur aus niveaulos vieldeutigen Kompromißformeln bestand:

„Das französische Volk hat kein anderes Ziel und keinen anderen Ehrgeiz als die Sicherung des Friedens durch kollektive Sicherheit unter Anerkennung aller Nationen. Daher versteht es sich dazu, sich ohne Vorbehalt am Leben der neuen internationalen Organisation zu beteiligen und an der Stärkung jener Einrichtungen zu arbeiten, die unter der Aufsicht der Vollversammlung der Vereinten Nationen zur Schaffung eines tatsächlichen Friedenszustandes und zur Verhütung jeglichen Konflikts beitragen. Hierzu erachtet es die konstituierende Nationalversammlung als erste Aufgabe der Vereinten Nationen, überall jene Menschen und Einrichtungen zu entfernen, mit deren Hilfe die Spuren des Nationalsozialismus und des Faschismus fortwirken.“<sup>85</sup>

<sup>83</sup> Als KP-Chefsprecher wieder Florimond Bonte: Kein Verzicht auf Souveränität, sondern „restauration des droits souverains et d'auto-gouvernement“ für jedes einzelne Land, außer Deutschland; „die betrügerische Formel vom Weltparlament oder der Abgabe nationaler Souveränität . . . , das ist Rückkehr zur Methode des Turms zu Babel, wo man alle Sprachen spricht ohne sich zu verstehen“ (J. O. Débats, 15. 1. 1946, S. 9 und 11). Jacques Duclos: Frankreich werde jetzt nicht einwilligen in etwas, was man Hitler verweigert habe; Völkerbünde seien unmöglich „sans la disparition préalable du régime capitaliste“ (17. 1. 1946, S. 102 f.). Pierre Cot (16. 1. 1946, S. 37); Louis Marin (ebenda, S. 43 f.); das ist dem Thema dieses Aufsatzes zufolge hier nicht gleich ausführlich zu zitieren.

<sup>84</sup> Edouard Herriot mit altem Pathos: „Was fordert Frankreich? In einem Wort eine einzige Sache: Sicherheit! Sicherheit gegen eine offensive Wiederkehr Deutschlands.“ (J. O. Débats, 16. 1. 1946, S. 40); er wie z. B. der MRP-Abgeordnete Oberkirch wie Bidault wußten als Mittel dazu nur die Abtrennung des Rheinlandes und des Ruhrgebiets; hierzu wie zum entschiedenen Widerspruch der föderalistisch Gesinnten im Deutschlandteil der Debatte vgl. bei Anm. 103 und 104.

<sup>85</sup> J. O. Débats, 17. 1. 1946, S. 107. Im Unterschied zu den eindrucksvollen Schlußresolutionen vom 22. Nov. 1944 (vgl. Anm. 50), 27. März 1945 (vgl. Anm. 55) und 19. Juni 1945 (vgl. Anm. 30) hatten damit die Internationalisten erstmals kein Bekenntnis zum supranationalen und föderativ-regionalen Prinzip mehr durchsetzen können, während KP/Rechte es hinnehmen mußten, daß das Prinzip der „Stärkung jener Einrichtungen“ erwähnt, das der territorialen Garantien unerwähnt blieb. – Der „Ordre du Jour“ wurde, auf speziellen Antrag der SFIO (P. Rivet, 17. 1. 1946, S. 92–94), noch hinzugefügt: „Sie wünscht, daß die Demokratisierung der französischen Diplomatie in Geist, Personal und Methoden fort-

„Das Ideal der politischen, sozialen und internationalen Föderation“, faßte Georges Guy-Grand zusammen, „das die schöpferischen Kräfte entworfen hatten, wird durch die Macht der Weltmächte zerstört“. Dadurch können „die Werte des alten Europa nur allzu bald ersticken und nur noch als Erinnerungen fortexistieren“. Daß de Gaulle das supranationale und föderative Konzept nicht ergriffen, sondern nur nationalistische Politik mit Renationalisierungseffekt betrieben hatte, hatte dem Renationalisierungsgebot der Weltmächte in die Hände gespielt. Den zentralen Punkt formulierte Paul Reynaud:

Frankreich ist, wie jedes der westeuropäischen Länder, „für den gegenwärtigen Entwicklungsstand der Industrie ein zu enger Markt. Niemand in der Welt kann das bestreiten. Niemand kann uns unser Lebensrecht verweigern, indem er uns verbietet, uns zur Vergrößerung unseres Wirtschaftsraumes mit anderen zusammenzuschließen. ‚La France seule‘ ist in dieser Hinsicht eine ebenso absurde Parole, wie sie es auf politischem Gebiet war . . . Ist es nicht offensichtlich, daß wir uns mit den Völkern des Westens zusammen tun müssen? . . . Ich kann nicht glauben, ein derart mächtiges Volk wie das russische könne unter einer Art Minderwertigkeitsgefühl leiden, das es einer Entwicklung entgegenzutreten nötige, die sich durchsetzen wird, weil sie in der Natur der Dinge liegt.“<sup>86</sup>

Im Juli 1945 hatte Raymond Aron geschrieben: „Jetzt, in dieser Anfangsphase des Wiederaufbaus wird sich das Schicksal Europas entscheiden. Denn, einen endlichen Zusammenschluß angenommen, die Bedeutung dieses Ereignisses wird sich ändern, je nachdem, ob er von einem erneuerten und kräftigen Westeuropa aus freiem Willen gewollt oder zaghaft von ausgelaugten Ländern ausgehalten wurde.“<sup>87</sup> In der Tat, es hatte sich in dem seither vergangenen tatenlosen Halbjahr entschieden.

gesetzt wird, indem sie um Kräfte des Volkes bereichert wird, d. h. indem Vertreter der Gewerkschaftsbewegung zur Teilnahme an internationalen Delegationen hinzuoptiert werden“ (ebenda, S. 107).

<sup>86</sup> Georges Guy-Grand, *Au seuil de la République*, Paris 1946, aus dem „Postscriptum 31. Jan. 1946“, S. 193; Paul Reynaud, *Le destin hésité*, Paris 1946, S. 39 f. Bei den Sozialisten kündigte sich an Hand des durch russischen Veto-Gebrauch enttäuschenden Verlaufs der ersten UNO-Vollversammlung 10. 1. – 16. 2. 1946 in London eine Versteifung an: Es mehrten sich Anklagen, wie die von Charles Dumas (Gavroche 7. 2. 1946), allein die Sowjetführung habe das Vetorecht erzwungen, und ihr Konzept sei es, „ihre Sicherheit zu suchen in der Hegemonie, die sie benachbarten Völkern aufzwingt . . . , sei es durch die Oktroyierung Moskauhöriger Regierungen, sei es durch die Verweigerung des Rechtes, sich untereinander zu gruppieren und zu organisieren, wie es sich sowohl aus der normalen Evolution der Dinge wie aus den wirtschaftlichen Notwendigkeiten aufdrängt“. Es ist hier nicht auszuführen, wie sehr die Sowjetunion bei etwas mehr Verständnis für die wirtschaftlichen und politischen Zukunfts-Bedürfnisse der Europäer 1945 einen prosperierenden Partner stark prorussisch-sozialistischer Einstellung hätte gewinnen können; aber sie zog solange gegen das elementarste Bedürfnis der Europäer zu Felde, bis sie tatsächlich einen „Bloc occidentale“ unter antirussischem Vorzeichen erzeugt hatte.

<sup>87</sup> Raymond Aron, *L'âge des Empires et l'avenir de la France*, Paris 1945, Introduction, Juli 1945, S. 24. – Als weitere Titel, deren Durchsicht vermutlich zahlreiche weitere Zeugnisse des supranationalen und föderativen Konzepts ergeben würden, seien genannt die Zeitschriften *Les Cahiers du Monde Nouveau* und *Les Cahiers de La République moderne*; als

4. *Integration Deutschlands*

Ein Prüfstein und der in der Situation von 1945 zentrale Anwendungsfall der beiden europapolitischen Konzeptionen war das „deutsche Problem“. Im Entstehungsprozeß des supranational-föderativen Konzepts während der Résistance war das Nachdenken darüber ein Mitantrieb gewesen, wie nach diesem Krieg definitiv die Möglichkeit einer deutschen Aggression verhindert werden könne. Bereits 1942 hatte Léon Blum gewarnt, das legitime Sicherheitsbedürfnis werde im Rahmen eines Europas der nationalen Souveränitäten nur wie 1919 zu einem letztlich nutzlosen „System von Zerstückelungen, Abtrennungen, Annexionen, Verboten und Tributen“ führen, denn „Mißbrauch der Gewalt erzeugt neuen Rachewillen, und die Zeit löscht ihn nicht; die Wechselfälle der Geschichte geben ihm früher oder später unerwartet Gelegenheiten . . . Um den Widerspruch zu lösen, um die Unschädlichkeit Deutschlands in einem friedlichen und gesicherten europäischen Statut zu erreichen, gibt es nur einen einzigen Weg: die Eingliederung der deutschen Nation in eine internationale Gemeinschaft.“ In allen nichtkommunistischen Résistance-Gruppen war, wie hier nur zu erinnern, das gleiche Ergebnis formuliert worden. „Auf solide Garantien gestützt“, hatte der Gründer von „Défense de la France“ geschrieben, „müssen die Alliierten den Deutschen diese Integration erleichtern, die nicht mehr die Beherrschung Europas durch Deutschland, sondern die Aufnahme eines in die Knie gezwungenen Deutschlands in eine wirkliche europäische Ordnung sein wird“; und der Chef der westfranzösischen „Résistance“: „Haben wir mit den Kriegsverbrechern, die Schmerz und Schrecken über Europa brachten, abgerechnet, so wird unser ganzes Bemühen darauf gerichtet sein, den Haß aus unseren Beziehungen zu den anderen zu verbannen“ und zur „Schaffung einer europäischen Föderation“ zu gelangen. Die Deklaration der Genfer Konferenz der Widerstandskämpfer hatte lapidar zusammengefaßt: „Nur ein föderativer Zusammenschluß wird die Teilnahme des deutschen Volkes am europäischen Leben gestatten, ohne daß es wieder zur Gefahr für andere Völker wird.“ Und das Lyoner Programm des MLN hatte das Gleiche bekräftigt<sup>88</sup>. – Es war in der Kriegsschluß-

Buchtitel: Robert Aron, *Précis de l'Unité Française précédée de Fraternité des Français*, Paris 1945; Albert Béguin, *Faiblesse de l'Allemagne*, Paris 1946; Emmanuel Blanc, *Regards sur l'Europe pacifiée*, Paris 1946; Charles Dumas, *La France trahie et livrée*, Paris 1945; L. Dumont-Wilden, *L'Evolution de l'Esprit européen*, Paris 1946; André Ferrat, *La République à refaire*, Paris 1945; Jean Laffay, *L'Europe, décadence ou résurrection?*, Paris 1946; Alexandre Marc, *Avènement de la France ouvrière*, Paris-Porrentruy 1945; Roger Massip, *Que sera la nouvelle S. d. N.*, Paris 1945; Albert Mousset, *Une Paix ou la Paix?*, Paris 1946; Ernest Pezet, *Allemagne – Europe*, Paris 1946; André Voisin, *Un seul pied sur la terre*, Paris 1946.

<sup>88</sup> Zitate nach Lippens, *Europa-Föderationspläne der Widerstandsbewegungen* (Anm. 6), S. 189 f. (Blum), 195 (Viannay, März 1942), 216 (Janvier, Nov. 1943), 396 (Genfer Deklaration, Mai 1944) und 250 (MLN, Aug. 1944). Dort zahlreiche Parallelstellen; solche aus Combat und der illegalen SFIO (ebenda, S. 206 und 237 f.) bereits zitiert bei Lippens, *Bedingungen* (Anm. 2), S. 61 f.

atmosphäre nach der Befreiung im Herbst 1944 eine besondere Leistung, daß die neu entstehende sozialistische Partei in dem „Manifest“, das auf ihrem 1. außerordentlichen Parteikongreß am 12. November 1944 verabschiedet wurde, sich zu eben diesem Prinzip bekannte. Zwar wurde die (auch schon in den Résistance-Texten vorgesehene) Phase der Besetzung, Umerziehung, Demokratisierung verstärkt formuliert; aber eindeutig stellte sich die Partei mit dem einstimmig verabschiedeten Manifest auf die Seite des föderalen Prinzips der Integrierung Deutschlands in künftige Gemeinschaft; eindeutig lehnte sie das nationalstaatlich-Poincarésche der Annexionen und Zerstückerlungen ab:

Die Friedensorganisation „muß die Form einer Föderation freier Nationen haben, von denen jede einen Teil ihrer Souveränität an einen übergeordneten Organismus abgibt, der mit einer eigenen Führung, mit einem Haushalt und mit einer ausreichenden Armee ausgestattet ist, um die Sicherheit eines jeden und aller garantieren zu können“. Diesem Organismus müssen wirtschaftliche und soziale Organisationen mit internationalen Dienstleistungen zur Verfügung stehen. „Nur in dieser Gesamtheit der Institutionen werden die Maßnahmen erfolgreich sein, die vorzusehen sind, um die künftige Integration eines in seiner Struktur und in seiner geistigen Einstellung erneuerten Deutschlands in die Gemeinschaft der Zivilisation zu ermöglichen, aus der es die Barbarei Hitlers ausgeschlossen hat. Nach der Zerschlagung der hitlerischen Institutionen muß Deutschland von den Alliierten vollständig besetzt und gänzlich entwaffnet werden. Man muß seine Schwerindustrie sozialisieren und von der Gesamtheit der europäischen Nationen verwalten lassen; den Großgrundbesitz aufteilen, die Verwaltung dezentralisieren. Die Kriegsverbrecher werden bestraft; Unterricht und Presse werden umgeformt und in der Hoffnung überwacht, daß die demokratischen Kräfte und die Arbeitermassen Deutschlands eines Tages selbst ihr Land zu einer humanen und friedlichen Nation machen werden. Die sozialistische Partei glaubt jedoch, die Aufmerksamkeit des Landes auf die Gefahren eines nationalistischen Revanchegefühls lenken zu müssen, das jegliche Zerstückerlung Deutschlands und jede Annexion spezifisch deutschen Territoriums heraufbeschwören würde.“

In der ersten außenpolitischen Debatte der Assemblée am 21. November 1944 entfaltete Daniel Mayer das Prinzip der „Sicherheit durch föderale Organisation“ (statt durch nationalstaatliche Maßnahme) und präziserte – wie früher zitiert – die nötigen supranationalen Souveränitäts-Zusammenlegungen; er trug als Stellungnahme der sozialistischen Partei zum Deutschlandproblem eben diesen Text des Manifestes vor und fügte hinzu, auf der künftigen Friedenskonferenz bedürfe es „einer einzigartigen Anstrengung, um den Haß nicht mit Haß, die Gewalt nicht mit Gewalt zu beantworten. Übrigens scheint dieser Wille, den gegenwärtigen Krieg nicht in einen Eroberungskrieg zu verwandeln, die gemeinsame Grundlage aller von Franzosen vorgebrachten Vorstellungen.“<sup>89</sup>

<sup>89</sup> Manifest „Le Parti Socialiste au Peuple de France“, in: *Le Populaire* 14. 11. 1944, hier Anknüpfung Abschnitt 6 sowie ungekürzt Abschnitt 7 (vgl. bei Anm. 46); Rede D. Mayers, zum Föderations-Prinzip ausführlicher zitiert oben bei Anm. 48, *J. O. Débats* 21. 11. 1944, hier S. 315. Daß die Phase der Besetzung und Umerziehung stärker betont und nicht zeitlich deutlicher begrenzt wurde, ging auf Interventionen von Auriol und Grumbach zurück, die damit traditionellem Sicherheitsdenken Anknüpfungen boten, im Grundsatz aber an der

Für das alte nationalistische Konzept, das in den traditionellen Kategorien der nationalstaatlichen Macht und Rivalität denkend oberhalb ihrer sich nichts Reelles vorstellen konnte, war die deutsche Zukunft in der Tat nur in „einem System von Zerstückelungen, Abtrennungen, Annexionen“ wünschbar – wie es de Gaulle am 1. November 1944 vor der Assemblée noch unbekümmert ankündigte: „Après avoir triomphé . . . nous devons nous donner les bonnes frontières“ am Rhein. Der von Daniel Mayer konstatierte Unwille, diesen Krieg „in einen Eroberungskrieg zu verwandeln“, muß allerdings tatsächlich so verbreitet gewesen sein, daß selbst Bidault sogleich dementierte: „We do not want to incorporate any German territory. We do not want any German minority within our borders“. Doch die Verfechter des alten Konzepts fanden sich nur dazu bereit – de Gaulle freilich erst, nachdem die von ihm eindeutig geforderte Erweiterung der französischen Staatsgebietes bis zur Rheingrenze bis Köln ebenso eindeutig Nov./Dez. 1944 von Churchill und Stalin abgelehnt worden war –, von einer effektiven Inkorporierung ins französische Staatsgebiet und von dem Wort „Annexion“ abzusehen. Umso hartnäckiger beharrten sie auf „Abtrennungen“ großer Gebiete von Deutschland, die „autonom“, aber wirtschaftlich und militärisch auf immer von Frankreich beherrscht sein sollten, und auf „Zerstückelung“ Restdeutschlands. De Gaulle machte in der Tat die Verlegung der effektiven Machtgrenze Frankreichs an den Rhein „jusqu'à Cologne inclus“ und die zusätzliche Abtrennung und internationale Verwaltung des Ruhrgebiets zur Zentralforderung seiner Außenpolitik, aber die französische Öffentlichkeit ließ er darüber bewußt lange im Unklaren; während der außenpolitischen Debatten der Assemblée am 21./22. November und 21. Dezember 1944 erwähnte er sie nicht oder nur in vagen Andeutungen; erstmals in einer Radiorede am 5. Februar 1945 bezeichnete er öffentlich als Forderung Frankreichs „die definitive Präsenz der französischen Gewalt von einem Ende des Rheins bis zum anderen – die Abtrennung der Territorien des linken Rheinufer und des Ruhrgebiets von dem, was der Staat oder die deutschen Staaten sein werden“<sup>90</sup>.

Dieses nationalistische Konzept, das noch inmitten der Trümmer des alten Europa, in das die neuen Weltmächte einrückten, auf den alten Kategorien des de facto territorialen Landgewinns, des Ostgrenzen-Glaciés am Rhein etc. beharrte.

Lösung der deutschen Frage durch Eingliederung in eine Föderation festhielten; dazu genauer Loth (Anm. 21), S. 110–15.

<sup>90</sup> Abschnitt „Rang, Rheinland- und Ruhr-Forderungen“ bei Lipgens, Bedingungen (Anm. 2), S. 79–82; die Zitate ebenda S. 80; „jusqu'à Cologne inclus“ aus dem Protokoll des Gesprächs mit dem britischen Botschafter Duff Cooper 27. 4. 1945, Mémoires III, S. 508. Es ist hervorzuheben, daß unsere genaue Kenntnis von de Gaulle's Wiederaufnahme Richelieu'scher Rheinlandpolitik fast ausschließlich aus diplomatischen, der damaligen Öffentlichkeit unbekanntem Schriftstücken stammt, aus Anweisungen an Bidault, Protokollen von Verhandlungen, Notizen etc. (vgl. den Aufsatz Lipgens, Bedingungen, in seiner Gesamtheit). Auch nach dem 5. 2. 1945 waren die öffentlichen Erwähnungen wieder selten, jedoch eindeutig, wenn es de Gaulle für notwendig hielt, seine Forderung zu erneuern, „ein für allemal das Rheinland vom übrigen Deutschland abzutrennen“ (so am 10. 9. 1945 im Times-Interview, AP 1944/45, S. 545).

war in der außenpolitischen Debatte der Assemblée am 21./22. November 1944 von drei Sprechern vertreten worden: von Florimond Bonte namens der KPF, von Maurice Schumann und von Louis Marin. Aber es wirkte in der ansonsten ganz vom Gedanken der „Organisation internationale“ bestimmten Debatte so sehr als Fremdkörper, daß die abschließende „Ordre du jour“, in der die Assemblée ihre wesentliche Überzeugung einstimmig verabschiedete, mit keinem Wort Rheinland, Abtrennung oder Zerstückelung erwähnte, sondern ausschließlich und nachdrücklich zu den Prinzipien der „internationalen Demokratie“, der „Föderation der freien Völker“, der „regionalen Zusammenschlüsse“ sich bekannte<sup>91</sup>. Als man erstmals jener Radiorede vom 5. Februar 1945 entnehmen konnte, daß de Gaulle sich tatsächlich anschickte, Frankreichs Außenpolitik noch einmal auf die ausgefahrenen Gleise einer Rheinlandpolitik des 17. Jahrhunderts zu setzen, die schon nach 1919 sich als so hoffnungslos untauglich erwiesen hatte, die im Augenblick des Einmarsches der erkennbar ganz neue Maßstäbe setzenden Weltmächte 1945 vollends gespenstisch wirken mußte, startete „Le Populaire“ am 7. Februar eine durch den ganzen Monat sich hinziehende Artikelserie, in der nacheinander alle Mitglieder der Führungsequipe der Sozialisten diesen Rückfall in die nationalstaatliche „Politik der Rivalitäten“ nachhaltig kritisierten. Vincent Auriol, Vorsitzender des außenpolitischen Ausschusses der Nationalversammlung, nannte jene Forderungen de Gaulles, wie schon zitiert, „fragiles protections territoriales“, ihre nochmalige Aufstellung „einen schweren Fehler, der das Ansehen Frankreichs verdunkelt, es in Abenteuer verwickelt und seiner realen Sicherheit schadet“. Zum Abschluß der Serie formulierte Albert Gazier: „Unsere auswärtigen Freunde könnten, nach den Erklärungen des Regierungschefs glauben, wir träumten davon, uns in eine ausgedehnte Politik der Annexionen zu stürzen. Sie fragen sich, ob man nicht der Renaissance des Poincarismus beiwohnt.“<sup>92</sup> – Gleich kritisch verlangte der

<sup>91</sup> Vgl. Nachweise der Reden in Anm. 49, der „Ordre du jour“ vom 22. 11. 1944 in Anm. 50. – In einer kurzen Mitteilung ohne Kommentar meldete *Le Monde* 26. 12. 1944 die Gründung eines „Comité d'études pour les frontières françaises de l'est et de problème de l'Allemagne occidentale“; seine führenden Mitglieder seien der Botschafter a. D. Wl. d'Ormesson, der Professor Edmond Vermeil und der Abgeordnete Maurice Schumann; es fordere „eine Form der Angliederung [de rattachement] des linken Rheinufer, die die Verbindung deutschen Lebens mit einer die wesentlichen Souveränitätsrechte ausübenden französischen Autorität erlaubt“. Kein Satz dieser Art wurde je von der Assemblée verabschiedet.

<sup>92</sup> Artikel von P. Rivet, V. Auriol, D. Mayer, zitiert in Anm. 21; A. Gazier (Membre du comité directeur du parti socialiste), *Libre opinion sur notre politique extérieure*, in: *Le Populaire* 27. 2. 1945, zit. nach Loth (Anm. 21), S. 150. Wünschenswert wäre eine Ermittlung aller Pressekommentare zu de Gaulles Radiorede während des Februar 1945. – Vgl. André Philip (der künftige SFIO-Wirtschafts- und Finanzminister), *Châtiment de l'Allemagne et reconstruction européenne*, in: *Esprit* 15/6 (Nr. 110), 1. Mai 1945, S. 798–801, Punkt für Punkt widerlegend, „daß Frankreich ein Interesse daran haben kann, irgendeinen Teil deutschen Territoriums zu annektieren . . . , Deutschland zu zerstückeln oder einen Teil seiner Provinzen gewaltsam von seinem Hauptverband zu trennen“; es genüge, als positive Garantie zu fordern, die Leitung der Ruhrindustrie „einer internationalen Gesellschaft zu übertragen, der die am wirtschaftlichen Wohlstand unserer Westregion interessierten euro-

katholische „Esprit“ noch vor Kriegsende, die nötigen Besatzungsmaßnahmen in ein positives europäisches Konzept einzubetten, statt sie mit anachronistischen Zerstückelungsplänen zu kompromittieren. Wohl müsse, schrieb Jean Gauvain, eine dauerhafte Kontrolle der Ruhr zur Verhinderung jeder Möglichkeit nochmaliger deutscher Agressions-Vorbereitungen geschaffen werden, „bien sûr – aber gleichzeitig muß man sich orientieren auf die Entwicklung von einem Europa, in das man Deutschland integrieren kann“. Einzig wirklich „notwendig ist“, schrieb Jean Lacroix, „daß Europa entsteht, was weder mit einem revanchistischen noch mit einem nihilistischen Deutschland möglich ist“. Denn, so unterstrich auch Michel Collinet, „eine tatsächliche europäische Föderation erfordert die Zugehörigkeit eines erneuerten, demokratischen und den übrigen Staaten gleichberechtigten Deutschlands“. Nicht Annexionen, die nur wieder Nationalismus erzeugen, verlangte Albert Béguin, sondern „eine Gestaltung ganz Europas nach föderalistischem Muster“<sup>93</sup>. – Eine der logisch schärfsten Kritiken der Deutschlandpolitik de Gaulles lieferte Raymond Aron, indem er das unglaubliche Maß an Verknennung der völlig veränderten weltpolitischen Situation herausarbeitete, das ihr zugrunde lag. In Wahrheit bilde ganz Europa ein Trümmerfeld und Vacuum, in das die neuen Weltmächte einströmen; „l'Allemagne n'a aucune chance de reprendre l'aventure“. Ausdrücklich gegen de Gaulle, der die deutsche Frage als unverändert das „problème central de l'univers“ bezeichnet hatte, führte Aron aus:

„Ist es nicht offensichtlich, daß das Deutschland von 1945 mit seinen zerstörten Städten, seinem in Besatzungszonen aufgeteilten Gebiet und seinen paralysierten Fabriken auf lange Jahre hin keine Gefahr mehr darstellt? Ist es folglich nicht eine unhaltbare Heuchelei oder eine absurde Fiktion, von Deutschland immer noch so zu sprechen, als ob es das zentrale Problem der Weltpolitik sei?“ – „Alle Welt weiß, daß die moderne Wirtschaft die Schaffung umfassender Einheiten begünstigt und erfordert. Man wird nicht müde, die Balkanisierung Europas zu verurteilen; und im Osten entsteht gegenwärtig ein von der Sowjetunion beherrschter Großraum. Ist das der Augenblick, die Auflösung Westeuropas durch die Rückkehr zum anachronistischen Schlagwort der ‚Deutschländer‘ zu ergänzen?“ Bis zur Schaffung einer europäischen Föderation sind wirtschaftliche Garantieforderungen berechtigt, „sie

päischen Hauptländer angehören“ und die „auf einem weiterhin deutsch bleibenden Territorium die für ihre Tätigkeit erforderlichen juristischen Garantien erhält“, dadurch „créant les premiers noyaux de notre future communauté européenne“ (ebenda S. 800 f.).

<sup>93</sup> Jean Gauvain, *La France et l'Europe*, in: *Esprit* 13/4 (Nr. 108), 1. März 1945, Zitat S. 488. In *Esprit* 13/6 (Nr. 110), 1. Mai 1945, S. 769–72: Jean Lacroix, *Leur réalisme et le nôtre* (Zitat S. 772); S. 773–88: Michel Collinet, *L'Europe et son avenir* (Zitat S. 786); S. 789–97: Albert Béguin, *L'Allemagne et l'Europe* (Zitat S. 796). Der letztere Aufsatz, erstmals schon in *Esprit* Juni 1940 erschienen, tendierte zu einer Reföderalisierung Deutschlands im staatenbündlerischen Sinne; aber in seinem im Sommer 1945 geschriebenen Buch: *A. Béguin, Faiblesse de l'Allemagne*, Paris (Febr.) 1946, bezeichnete er eine staatenbündlerische Zerteilung ausdrücklich als undurchführbar in einer Epoche der – wirtschaftlich bereits zu klein gewordenen – Nationalismen (S. 49–52); er legte jetzt alles Gewicht auf prinzipielle Absage an Machiavellismus und Materialismus: für das „Europe qu'il faut créer“ sei vordringlich, „que l'homme moderne répudie son culte de la matière, de la technique, de l'Etat“ (S. 74).



müssen sich jedoch in eine Gesamtsicht der gegenwärtigen Weltlage einordnen“. Vor allem muß klar erfaßt sein: „Ein zerstörtes Deutschland, das eine Art Vacuum in der Mitte Europas schafft, das Auftauchen außereuropäischer Kolosse in einer Welt, die zum ersten Mal tatsächlich eine Einheit darstellt, das ist die Situation, der Frankreich nach dem größten Desaster seiner Geschichte sein Denken und sein Handeln anpassen muß.“<sup>94</sup>

Es war Henri Frenay, Gründer des „Combat“, Heros der Résistance und Minister im Kabinett, der de Gaulle sogar den Vorschlag machte, es sollte „Frankreich nicht an der Besetzung des besiegten Landes teilnehmen, die Verantwortung dafür kurzentschlossen den Engländern und den Amerikanern überlassen, so würde es eine psychologische Situation schaffen, die einer Verbindung mit dem Deutschland von morgen außerordentlich dienlich wäre“. De Gaulle beehrte ihn darauf Juni 1945 mit der Antwort „Sie sind ein Kind“ und mit mehrfachen Deklamationen im Ministerrat: „Wir haben ein vitales Interesse daran, das linksrheinische Territorium an uns zu ziehen, das unser Land geographisch, strategisch und wirtschaftlich ergänzt . . . Es darf um keinen Preis ein souveränes deutsches Reich geben . . .“. Frenay kommentierte später: „Diese Sätze und viele andere habe ich sofort gerügt, als sie gesagt wurden. Hätte der General seinen Willen durchsetzen können, hätte Frankreich tatsächlich das linke Rheinufer ‚an sich gezogen‘, so hätte de Gaulle für Jahrhunderte einen Konfliktherd zwischen uns und unsern Nachbarn geschaffen.“<sup>95</sup>

Zum Verständnis der Deutschlandpolitik und ihrer Diskussion im letzten Halbjahr der Regierungszeit de Gaulles, August 1945 bis Januar 1946, sind vor allem zwei Faktoren hervorzuheben. Einerseits wurden die Absagen an das national-

<sup>94</sup> Raymond Aron, *Remarques sur la politique étrangère de la France*, dat. Juni 1945, in: R. Aron, *L'âge des empires et l'avenir de la France*, Paris (Juli) 1945, S. 337–55 (die Zitate in der Reihenfolge S. 344, 338, 340 f., 342 und 346); vgl. Aron zur europäischen Föderation bei Anm. 71. Doch bis zu deren Verwirklichung verstand auch Aron unter „wirtschaftlichen Garantieforderungen“: „Integration der Saar und Verband Ruhr-Lothringen: beide Maßnahmen zielen auf das gleiche Ergebnis: Stärkung der französischen Schwerindustrie und Verlagerung im Verhältnis von deutschem und französischem Wirtschaftspotential zu unseren Gunsten.“ (S. 351).

<sup>95</sup> Henri Frenay (Sept. 1944 – Nov. 1945 Minister für Gefangene, Deportierte und Flüchtlinge), *La nuit finira*, Paris 1973, S. 338 f. – Aus der zeitgenössischen Literatur sei nur noch zitiert A. Altier, *Les tâches de la politique extérieure française*, in: *Cahier de la Fédération Européenne* [Nr. 2], Paris Aug. 1945, S. 7–12: Durch eine Abtrennung des Rheinlandes würde Deutschland „genötigt, über Generationen hinweg nur an die Befreiung der Rheinlande zu denken, wie Frankreich von 1870 bis 1918 nur an die Befreiung Elsaß-Lothringens dachte. Einem Haß ausgeliefert, der nicht gestillt werden könnte, und darüber den Rang von Großmächten vollständig verloren habend, wären die beiden Völker dazu verurteilt, noch einmal eine gewaltsame Lösung zu suchen.“ Die „partisans de la politique rhénane“ verkannten völlig, daß im balkaniserten, von den Weltmächten hegemonierten Europa es allenfalls möglich wäre, „daß eine der Weltmächte sich Deutschlands als eines Instruments bedient“ gegen Frankreich, nicht aber mehr die frühere „rivalité franco-allemande“, die von jetzt an nur noch als Vorwand („ne plus qu'une apparence“) diene – also schleunigst durch Europäische Föderation unter Einschluß Deutschlands und Frankreichs begraben werden sollte (ebenda S. 8 und 10).

stische Konzept der „Zerstückerungen, Abtrennungen, Annexionen“ neuerlich nachdrücklich bestätigt, nicht nur bei den Sozialisten, sondern darüber hinaus in der Mitte sich ausbreitend. Auf dem ersten ordentlichen Nachkriegs-Parteikongreß der SFIO 11.–15. August 1945 verlangten gerade auch Sprecher wie Salomon Grumbach, die bisher den Akzent auf der Phase harter Besetzung und Umerziehung gesetzt hatten, jetzt zunehmend den demokratischen Kräften in Deutschland Verantwortungen zuzuteilen, um die „zukünftige Integration“ vorzubereiten; Paul Boutbien als ehemaliger KZ-Häftling forderte ausdrücklich die baldige Eingliederung Deutschlands in ein europäisches Föderationssystem; und ohne Gegenstimmen wurden in das „Manifest au peuple de France“ vom 15. August 1945 im bezug auf Deutschland genau das Bekenntnis zum föderalen Prinzip der Integrierung Deutschlands und die Absage an das nationalstaatlich-poincarésche der Zerstückerung, die das Manifest des 12. November 1944 formuliert hatte, unverändert aufgenommen und bekräftigt: Nur im Zusammenhang des Aufbaus „einer Föderation freier Nationen, deren jede einen Teil ihrer Souveränität an einen übergeordneten Organismus abgibt . . .“, werden die Maßnahmen erfolgreich sein, die vorzusehen sind, um die künftige Integration eines in seiner Struktur und seiner Mentalität erneuerten Deutschlands in die Gemeinschaft der Zivilisation zu ermöglichen“; zu vermeiden seien die „Gefahren eines nationalistischen Revanchegefühls, das jegliche Zerstückerung Deutschlands und jede Annexion spezifisch deutschen Territoriums heraufbeschwören würde“<sup>96</sup>. – Doch auch im MRP setzte eine Besinnung und innere Auseinandersetzung ein, ausgehend von dem schon auf dem Gründungsparteitag 25./26. Nov. 1944 von P. H. Teitgen im bezug auf Deutschland formulierten (von Bidault bejahten) „moralischen Prinzip der Menschenwürde“: „Wir werden niemals auf das Selbstbestimmungsrecht der Völker verzichten und uns gegen jede zwangsweise Annektierung von Bevölkerungsteilen erheben“. In der „Déclaration du Conseil National“ der MRP vom 26. August 1945 hieß es nun erstmals, das rheinisch-westfälische Becken müsse herausgenommen werden „à la souveraineté économique de l'Allemagne“, um den Wiederaufbau einer Kriegswirtschaft unmöglich zu machen; (außerdem wurden „Dezentralisation“, „Rückkehr“ der Saar und französische Teilnahme „an der interalliierten Administration des Ruhrgebiets“ gefordert). Zwar wurde diese Einschränkung auf Aufhebung der *wirtschaftlichen* Verfügungsgewalt Deutschlands über die Ruhr im „Programm“ vom 8. November 1945 nochmals rückgängig gemacht: in dem ansonsten wörtlich der „Deklaration“ vom 26. August folgenden (Ausbau der UNO

<sup>96</sup> SFIO, 37<sup>e</sup> Congrès national, Paris 11–15 août 1945, Compte rendu sténographique, S. 725–34 (Reden Grumbach, Philip, Boutbien); der Deutschland-Abschnitt des Manifestes vom 12. 11. 1944 (vgl. Anm. 89) wörtlich aufgenommen in das Manifest vom 15. 8. 1945 (vgl. Anm. 36). Als de Gaulles Times-Interview am 10. 9. 1945 erstmals seit Monaten wieder offen forderte, „ein für allemal das Rheinland vom übrigen Deutschland abzutrennen“, stellte Le Populaire 11. 9. 1945 Auszüge aus diesem Interview in gleicher Aufmachung nochmals die zitierten Sätze des Manifestes gegenüber. Zitiert nach Loth (Anm. 21), S. 172 und 199.

und Pakt mit Großbritannien fordernden) „Programm“ war die Begrenzung „économique“ wieder gestrichen. Aber auf dem Nationalkongreß der MRP 13.–16. Dezember 1945, offenbar nach Auseinandersetzungen zwischen einem harten nationalistischen und einem mehr föderalistisch-internationalistischen Flügel, schien das Bekenntnis zur These der Abtrennung nahezu aufgehoben, indem es durch zwei Fragezeichen ersetzt wurde:

Jean Letourneau brachte in seinem „Rapport sur la Politique extérieure“ Argumente beider Gruppen vor. „Es ist sehr zu bedenken, daß die Schwäche Deutschlands liiert ist mit der generellen Schwäche Europas . . . Eine gewisse wirtschaftliche Wiederaufrichtung Deutschlands erweist sich als unerlässlich für die Wiedergewinnung des europäischen Wohlstandes . . . Man muß das Problem wesentlich bedenken im Zusammenhang des Gesamtproblems Europa“. Aber zweierlei stehe fest: „Wir wollen, wir können nicht unterstützen, daß Preußen fortfährt, ein Deutschland zu dirigieren, das an unser Land grenzt“; und „es ist unmöglich für die Sicherheit Europas, allein der deutschen Wirtschaft die Disposition über die industrielle Potenz der Ruhr zu überlassen“. – Die schließlich verabschiedete „Motion de Politique extérieure“ bat die Regierung, „hinsichtlich der deutschen Probleme eine klare Politik zu definieren“; und sie wandte sich „gegen die Schaffung einer Zentralregierung in Berlin ohne vorherige Festlegung der Bedingungen . . . ohne daß zugleich eine Lösung für das Problem unserer Sicherheit am Rhein und das Problem des Status der Ruhr gefunden wurde“ – ohne noch sich zu einer These zu bekennen, wie diese Lösung aussehen müsse<sup>97</sup>.

Solche Besinnung in der deutschen Frage (zusammenhängend mit der Bejahung der „organisation internationale“) ging im Parteienspektrum offenbar auch weiter nach rechts, und es ist hier nicht nur für November 1944, sondern für alle, in unserem Zeitraum noch bemerkenswert zahlreichen außenpolitischen Debatten der Nationalversammlung (November und Dezember 1944, März, Juni, November 1945 und Januar 1946) ein Kernfaktum zu konstatieren: In keiner dieser Debatten ist das gaullistische Konzept der Abtrennung von Rhein und Ruhr, der faktischen französischen Herrschaft über das Rheinland, wenn es von Abgeordneten vorgebracht wurde, je unwidersprochen geblieben, und trotz ihrer Wünsche ist es in keiner einzigen der sechs die Debatten jeweils abschließenden, die Überzeugungen der Assemblée zusammenfassenden „Ordre du jour“ je aufgenommen oder gar bejaht worden. Die Assemblée bekannte sich zur „Föderation der freien Völker“, zum

<sup>97</sup> Rapport de Pierre H. Teitgen sur la politique générale du MRP, I<sup>er</sup> Congrès National, Paris 25./26. Nov. 1944 (S. 84 der Broschüre); Déclaration du Conseil National des 25 et 26 août 1945, Paris 1945 (S. 4 der Broschüre); Programme du MRP, 8 nov. 1945, in: AP 1944/45, S. 486; Rapport présenté par Jean Letourneau au Congrès National des 13 et 16 Déc. 1945 sur la Politique extérieure, Paris 1945 (S. 8–10 der Broschüre); II<sup>e</sup> Congrès National du MRP, Motion de Politique extérieure (S. 6 der Broschüre). Vgl. die Texte bei Anm. 57 und 62. Ich verdanke Kopien der Broschüren Herrn Ass. Prof. Dr. Adolf Kimmel, der eine Untersuchung dieses Bereichs vorbereitet. Die bisherigen Monographien sind unzureichend; R. B. Capelle, *The MRP and French Foreign Policy*, New York 1963, geht vor 1948 nicht ins Detail; und leider besteht auch bei R. E. Irving, *Christian Democracy in France*, London 1973, im Kapitel „Foreign Policy“ die der MRP 1945–47 ausschließlich aus Bidault (S. 160 bis 162), ohne Andeutung der inneren Auseinandersetzungen.

Prinzip der Supranationalität, zur Vordringlichkeit des Paktes mit Großbritannien, zum Ausbau der „kollektiven Sicherheit unter Anerkennung aller Nationen“, aber kein einziges Mal zur Abtrennung deutscher Gebiete<sup>98</sup>. Sie hat allerdings auch kein einziges Mal das Abtrennungskonzept verurteilt oder positiv die künftige Integration Deutschlands gefordert; dergleichen wurde von der außenpolitischen Kommission, die die „Ordre du jour“ vorbereitet, wegen der Unwahrscheinlichkeit der Votierung durch die KPF und Teile der Rechten, offenbar nicht vorgeschlagen. Sie war uneins in diesem Anwendungsfall.

Auf der anderen Seite setzte in diesem Halbjahr die Regierung, setzte de Gaulle Fakten, sowohl dadurch, daß er keinerlei Einleitungen in Richtung auf das alternative Konzept der Entwicklung europäischen Zusammenschlusses traf (sie von vorheriger Abtrennung von Rhein und Ruhr abhängig machte), als auch dadurch, daß er die Forderung der Abtrennung erstmals offiziell in den Alliierten Außenministerrat einbrachte, beides aber vor der französischen Öffentlichkeit verschleierte. Die verhängnisvolle Note vom 14. September 1945 an den Außenministerrat, „daß das rheinisch-westfälische Gebiet in der Zukunft nicht mehr für Deutschland eine Waffenkammer, eine Durchmarschzone oder ein Ausgangspunkt zum Angriff“ sein dürfe, „daß die endgültige Abtrennung dieses Gebiets, einschließlich der Ruhr, von Deutschland, für die Deckung der französischen Grenze unerlässlich“ sei, daß bis zur Klärung in diesem Sinne Frankreich gegen die beabsichtigte „Schaffung deutscher Zentralverwaltungen“ sein Veto einlegen werde, – diese Note wurde erstmals 1947 veröffentlicht<sup>99</sup>. – Die Verschleierungstaktik erreichte einen Höhepunkt, als nach den Wahlen des Oktober 1945 während der krisenreichen Regierungsbildung de Gaulle, infolge seines Machtkonflikts

<sup>98</sup> Vgl. die „Ordre du jour“ vom 22. 11. 1944 (bei Anm. 50), 21. 12. 1944 (Anm. 18), 27. 3. 1945 (Anm. 55), 19. 6. 1945 (Anm. 30), 23. 11. 1945 (Anm. 100) und 17. 1. 1946 (Anm. 85). – Hier sei auch erwähnt die sehr objektive, ja freundliche Berichterstattung in *Le Monde* über die besetzten Deutschen, z. B. 2. 6. 1945, S. 1 f., „Civils Allemands“ („Die Deutschen, besser als wir, akzeptieren die Folgen, die Konsequenzen des Krieges“; sie hegen keine feindselige Haltung gegen die Besatzer; „niemals hat eine Nation besser die Niederlage akzeptiert“); oder René Lauret, *Les partis politiques en Allemagne*, in: *Le Monde* 28. und 31. 12. 1945, je S. 1 f., eine sehr positiv wertende Analyse der vier Parteien (KPD, SPD, CDU, LDP), deren überzonale Einheit als Faktum nehmend und fragend: „Warum die Deutschen anders behandeln als die Österreicher, die Ungarn, die Italiener? ... Ein Volk kann sich politisch nicht anders erziehen, als durch freies Diskutieren, sich Organisieren, Verantwortungen Übernehmen.“ (31. 12. S. 1).

<sup>99</sup> *Présidence du Conseil: La Documentation Française, Documents relatifs à l'Allemagne, août 1945 – déc. 1946, Paris 1947*; deutsch in: *Europa-Archiv* 9 (1954), S. 6744–56 (Zitat S. 6747). Vgl. z. B. AP 1944/45, dessen Autoren in Auswertung der Londoner Presse einen gut unterrichteten Überblick gaben (geschrieben März 1946) über Ablauf und Probleme der 1. Außenministerratstagung London 11. 9. – 2. 10. 1945, aber vom französischen Memorandum nur mitzuteilen wußten, daß es am 28. 9. die Vorbereitung deutscher Zentralverwaltungen gestoppt habe und daß es „betreffe Ruhr und Rheinland Gegenstand einer prinzipiellen Übereinkunft wurde, die vorsieht, daß Austausch der Ansichten auf diplomatischem Weg aktiv betrieben werden sollte“ (ebenda S. 303) – nichts über Abtrennung und nicht den Text.

mit den Kommunisten, in besonderem Maße auf die Unterstützung und Vermittlung der Sozialisten angewiesen war: Mit seiner Regierungserklärung vom 23. November schien er im außenpolitischen Teil komplett eben jene oft bekundeten Überzeugungen der Assemblée-Mehrheit von der Vordringlichkeit der „organisation internationale“ und der „sécurité collective“ zu übernehmen. Ganz im Stile der sozialistischen Redner sprach er von der „Interdependenz“ der Staaten, und: „Man kann hinkünftig nicht mehr einen gesicherten Frieden erlangen, für keinen Staat, ohne eine organisation internationale, die ihn garantiert ... Das Auftreten der unerhörten Möglichkeiten der Atomenergie auf der Weltzene ... macht nunmehr die organisation internationale zu einem kategorischen Imperativ.“ Auch der sozialistischen „Famille-occidentale“-Vorstellung entsprechend versprach er die Herstellung enger Beziehungen zu Großbritannien, Belgien, Niederlande, Luxemburg, Italien und einem demokratisierten Spanien. Mit keinem Wort erwähnte er Deutschland oder eine spezielle nationale Sicherheitspolitik; nur in das – dem Wunsch der Assemblée-Mehrheit entsprechende – Versprechen der besonderen Bemühung um einen Pakt „avec la Grande-Bretagne, dont les intérêts se rencontrent avec les nôtres sur le Rhin“, versteckte er eine Andeutung, mit der Versicherung der „harmonisation de nos politiques respectives“. In der anschließenden Debatte konnten denn auch die Vertreter aller Parteien dieser Regierungserklärung zustimmen; niemand konnte einer Deutschlandpolitik widersprechen, die garnicht in der Regierungserklärung stand. Die Sozialisten machten sich Hoffnung, der so internationalistische Klang der Erklärung de Gaulles bedeute wirklich eine Wende. So wurde auch in der Debatte von keinem Sprecher irgendein Wort zur Deutschlandpolitik gesagt<sup>100</sup>.

Freilich wurde im Verlauf der nächsten sechs Wochen aus Pressenotizen über die Mission von Couve de Murville nach Washington, von Alphand nach Moskau, aus der Pressekonferenz von Präsident Truman gegen die französische Obstruktion im Alliierten Kontrollrat etc., trotz Verschleierungsversuchen Bidaults (in der Assemblée 21. 12. 1945: „Eine Zentralverwaltung in Deutschland betreffend wäre es nützlich, vor ihrer Einsetzung zu wissen, welchen Deutschen sie anvertraut wird“), allmählich doch deutlich, daß de Gaulle nach wie vor alle die internationalistischen Versprechungen seiner Regierungserklärung der stupid-kategorialen Vorbedingung der Anerkennung der territorialen Abtrennung des Rheinlandes unterzuordnen beabsichtigte<sup>101</sup>. So führte die deshalb von der Assemblée angesetzte

<sup>100</sup> Regierungserklärung in: J. O. Débats 23. 11. 1945, S. 119–21 (Zitate S. 120, der Satz mit „le Rhin“ vollständig schon zitiert bei Anm. 38); die Debatte (als Sprecher der Fraktionen: Philip, Schumann, Lacroix, Mutter, Duclos, Herriot, Denais, keiner von ihnen Deutschland mit einem Wort erwähnend) ebenda S. 121–131, endete mit einer sehr kurzen „Ordre du jour: L'Assemblée nationale constituante, approuvant les déclarations du Gouvernement, lui fait confiance pour la réalisation du programme qu'il lui a présenté.“ (S. 131).

<sup>101</sup> AP 1944/45 (Anm. 14), S. 356 f. und 421–23 bieten einen instruktiven Überblick über die Bruchstücke, die nach und nach bekannt wurden (S. 423 Zitat Bidault). In der folgenden außenpolitischen Debatte der Assemblée beklagten sich viele Redner, über die Verhandlungen der Regierung nicht mehr zu wissen, als in den Zeitungen stehe. Und für das Kabinett

außenpolitische Debatte vom 15.–17. Januar 1946 zu einer klaren Konfrontation. Es wurden die beiden Eröffnungsreden dieser Debatte bereits ausführlich zitiert, mit denen D. Mayer namens der SFIO und E. Pezet namens der MRP eindringlich die endliche Befolgung des internationalistisch-föderativen Konzepts verlangten. Beide verurteilten implizit de Gaulles Deutschlandpolitik, wenn Mayer ausführte, nicht in der „Zahl der Soldaten“ oder der „Zahl der Kilometer“, die man Deutschland zurückschiebt, „in keinem dieser Dinge liegt unsere wirkliche Sicherheit“, sondern in der „Schaffung einer europäischen Föderation“; und wenn Pezet die endliche Abkehr vom „System der regionalen Hegemonien . . . , der Einfluszbzonen und Interventionen“, der hitlerischen „Geisteshaltung“, statt dessen Schaffung „eines auf regionalen, dann kontinentalen Föderalismus gegründeten Europas“ verlangte. Der Grundton der Debatte war generell, auch aus innenpolitischen Gründen und mit Blick auf die miserable finanz- und wirtschaftspolitische Situation, der einer fortgesetzten herben Kritik an der Regierung, aus der heraus 15 Tage zuvor die Mehrheit der Versammlung trotz heftiger Proteste de Gaulles diesen bereits zur Akzeptierung einer 20%igen Kürzung des vorgelegten Militärhaushalts genötigt hatte. Was bei vielen Abgeordneten anklang, faßte André Mutter so zusammen: „Einen atomisierten Franc, die Wiedereinführung der Brotkarte, die Erhöhung der Transporttarife und eine Preisinflation – das sind die Neujahrsgaben, die die französische Regierung der Welt bringt. Und Sie wollen, daß man auswärts Frankreich noch als Großmacht erachtet, nachdem Sie dieses Spektakel der Verwüstung und Krise bieten?“<sup>102</sup>. Gegen das internationalistisch-föderative Konzept bezogen vor allem die kommunistischen Sprecher eine prinzipielle Gegenposition, indem sie alle Gedanken an Supranationalität und Unionen jeder Art als Verrat an der nationalen Idee verurteilten, gegen den Erbfeind hetzten und in diesem Zusammenhang auch die poincaresche Deutschlandpolitik de Gaulles guthießen, die als Streitpunkt zwischen den westeuropäischen Ländern willkommen war. Hinter ihnen kamen vier Sprecher, die – mit Nuancen – sich für das nationalistische Konzept der Ab-

kritisierte Innenminister A. Tixier: „Rarement les ministres ont été aussi mal informés que dans le gouvernement désigné en novembre.“ (21. 1. 1946 vor dem Comité directeur der SFIO, mitgeteilt bei R. Quilliot, *La S. F. I. O. et l'exercice du pouvoir 1944–58*, Paris 1972, S. 68).

<sup>102</sup> Rede Mayer, J. O. Débats 15. 1. 1946, S. 5–5, ausführlich bei Anm. 81; Rede Pezet, ebenda S. 5–8, ausführlich bei Anm. 82. Zur erzwungenen zwanzigprozentigen Kürzung des Militärhaushalts vgl. J. O. Débats 31. 12. 1945, S. 725–36; Mémoires III, S. 279 f.; B. D. Graham, *The French Socialists and Tripartisme 1944–47*, London 1965, S. 129–31. Zur finanz- und wirtschaftspolitischen Situation Lippens, Bedingungen (Anm. 2), S. 77 f. Rede A. Mutter, J. O. Débats 16. 1. 1946, S. 36. Der Abgeordnete Jean Jurgensen (U. D. S. R.) begann seinen Beitrag: Die Vorredner hätten „in synthetischer Form und insgesamt die Politik der Regierung kritisiert“, er werde speziell ihre Italien-Politik kritisieren (J. O. Débats 17. 1. 1946, S. 76). – Übrigens könnte diesem Aufsatz, parallel zum Deutschland-Abschnitt, leicht eine Zusammenfassung der leidenschaftlichen Kritiken an de Gaulles kleinkariert-annexionistischer Italienpolitik, der Gegenforderungen italienisch-französischer Bundes etc. angefügt werden (z. B. J. O. Débats 17. 1., S. 73–78 und 83 f.; Delachenal, Minjot, Rose, Jurgensen und Médéric).

trennung von Rhein und Ruhr einsetzen: P. Cot (noch Radikalsozialist, KP-Sympathisant), Louis Marin (der nun 76jährige Rechtsnationalist), A. Oberkirch (MRP) und Außenminister Bidault.

P. Cot verlangte die Abtrennung von Ruhr und Rheinland, aber ihre Unterstellung nicht unter französische sondern unter internationale Administration. – Gaulistisch war Louis Marin für die „Separation totale et définitive de cette rive gauche vom Rest Westdeutschlands, und daß, ohne Internationalisierung, die uns die Sache wie temporär erscheinen ließe . . ., wir dort unsere militärische Verteidigung Frankreichs exerzieren können“. – Alfred Oberkirch: „Die Einheit Westdeutschlands muß ein für allemal und endgültig zerschlagen werden . . . Niemals darf es mehr frei verfügen . . ., weder über die Ruhr, noch über das Rheinland.“ – Bidault: Das Saargebiet „muß in das französische Zoll- und Währungssystem einbezogen werden“; die Ruhr „muß als politisches Gebilde betrachtet werden, das von Deutschland unabhängig ist und politisch wie wirtschaftlich einer internationalen Herrschaft unterstellt werden muß. Das Rheinland soll politisch weder zu Deutschland noch zu Frankreich gehören.“<sup>103</sup>

Gegen dies Zerstückerungs-Konzept sprach (sogleich nach Oberkirch und Elsässer wie dieser) S. Grumbach (SFIO): „Ich glaube nicht, ich denke nicht, daß wir in dieser Richtung und durch diese Mittel die Sicherheit finden: . . . Die einzige Garantie unserer Sicherheit ist der Verbleib der amerikanischen, der britischen und der sowjetischen Truppen in Deutschland“, die mit denen der kleineren Länder hoffentlich bald als UNO-Truppe die Besatzung übernehmen. Statt kurzfristig und untragbar für Deutschland eine Abtrennung des Ruhrgebiets zu fordern, sollte Frankreich in die Zukunft weisend eine wirtschaftliche Internationalisierung der Ruhrindustrie vertreten. Dies Konzept wurde im einzelnen von P. O. Lapie (SFIO) und B. Ott (MRP) entwickelt.

P. O. Lapie wandte sich gegen jede Extirpation der deutschen Nation, „nous voulons qu'elle vive dans la paix“, und entwickelte den Plan einer „Autorité internationale économique du Rhin“, die nicht nur die Ruhrindustrie lenken, sondern auch als Reparationsverteilungsstelle und insgesamt nach dem Vorbild der amerikanischen „Tennessee Valley Authority“ fungieren können, ohne irgend ein Gebiet aus dem deutschen Staatsverband herauszutrennen. – B. Ott (MRP) trat ein für eine Wirtschaftsbehörde, die gemeinsam Ruhr, Rhein, Saar, Luxemburg und Lothringen verwalten und allen industriellen Bedürfnissen Europas dienen könne; und unnötig sei es, jetzt politische oder territoriale Forderungen zu stellen, wenn auf diese Weise der Friede garantiert werden könnte<sup>104</sup>.

<sup>103</sup> J. O. Débats 15. 1. 1946, S. 9 f. (Bonte); 16. 1., S. 37 f. (Cot), 46 (Marin), 50 f. (Oberkirch); 17. 1., S. 80 (Bidault; Auszüge aus seiner Rede deutsch in: Europa-Archiv 1 [1946/47], S. 267 f.).

<sup>104</sup> J. O. Débats 16. 1. 1946, S. 52–54 (Grumbach), S. 55 f. (Lapie), S. 48 f. (Ott). Vgl. ebenso A. Philip, zit. Anm. 92. Scharf wurden, wie schon von B. Ott (ebenda, S. 49), auch von Marcel-E. Naegelen (SFIO) Fehler der französischen Besatzungspolitik kritisiert; er forderte die schrittweise Übertragung von Regierungsverantwortung an deutsche Demokraten: unerläß-

So hat diese außenpolitische Debatte zwar endlich zu einer klaren Konfrontation in der Deutschlandpolitik geführt, aber zu diesem späten Zeitpunkt Februar 1946 erwies sich zugleich, daß aufgrund der gegebenen Fakten, der Nicht-Ingangbringung supranationaler Friedensorganisation durch die Weltmächte und der faktischen Installation nationalistischer Deutschlandpolitik durch de Gaulle, die Anhänger der letzteren ein Übergewicht erlangt hatten. Über ihre innerparteilichen Führungskräfte Bidault und Maurice Schumann hatte ein Großteil der MRP die Forderung de Gaulles nach politischer Abtrennung von Rhein und Ruhr übernommen, wogegen sich ein innerer Besinnungsprozeß in der deutschen Frage noch nicht richtig durchsetzen konnte; und vor allem trat die KPF mit ihrem vollen Gewicht zu diesem Lager, um mit nationalistischen Thesen diesen Streitpunkt zwischen westeuropäischen Ländern möglichst lange zu erhalten. Das von den Sozialisten geführte internationalistische Lager konnte sich, ohne Hilfen aus der gegebenen weltpolitischen Situation, dagegen nicht mehr durchsetzen, und eine gemeinsame „Ordre du jour“ zur Deutschlandpolitik kam nicht zustande.

Damit ergab sich, daß auch nach dem drei Tage später erfolgenden Rücktritt de Gaulles der Tripartismus KPF-SFIO-MRP nicht fähig sein würde, aus der Sackgasse herauszufinden, in die de Gaulles Außenpolitik gesteuert hatte, – trotz energischer Anstrengungen, die die Sozialisten in dieser Richtung unternahmen. In einer Artikelfolge vom 12.–17. März verlangte Léon Blum, die aussichtslose und gescheiterte Abtrennungsforderung durch die chancenreiche Forderung wirtschaftlicher Internationalisierung der Ruhr zu ersetzen; Ministerpräsident Gouin nannte in seiner Straßburger Rede vom 24. März als unabdingbare Ziele der französischen Außenpolitik lediglich „eine lange militärische Besetzung Deutschlands und darauf die Einsetzung eines Internationalen Konsortiums, das die Ruhr leitet und kontrolliert“; einstimmig bestätigte ein außerordentlicher Parteikongreß am 31. März 1946 dies Konzept, das versuchte, Prinzipien der seit der Libération von den Sozialisten propagierten Deutschlandpolitik z. T. in die Praxis umzusetzen<sup>106</sup>. Aber mit allem Nachdruck beharrten die Kommunisten und die führenden Volksrepublikaner auf der Beibehaltung des Abtrennungskonzepts, und die Sozialisten

lich „ist die Mitwirkung der Deutschen für die Demokratisierung Deutschlands, doch diese Mitwirkung ist nicht möglich, solange die deutschen Demokraten von den alliierten Regierungen nicht gewisse Vollmachten erhalten“ (ebenda 17. 1. 1946, S. 105).

<sup>106</sup> „Ordre du jour“ vom 17. 1. 1946 zitiert bei Anm. 85; Artikelfolge: Oreste Rosenfeld (aber geschrieben von L. Blum, vgl. Oeuvre VII, S. 451) *L'internationalisation de la Ruhr*, in: *Le Populaire* 12., 14. und 17./18. 3. 1946; F. Gouin am 24. 3., zit. nach AP 1946, S. 533; Beschluß des ao. Parteikongresses der SFIO in Montrouge 31. 3. 1946: „Hostile à tout démembrément et à toute annexion, comme au maintien de la division de l'Allemagne en quatre zones d'occupation, le parti réclame une occupation internationale, prolongée jusqu'à la dénazification totale, l'internationalisation économique . . . de la Ruhr“ (Bulletin intérieur Nr. 12, Apr. 1946, S. 6). Klaus Hänsch, *Frankreich zwischen Ost und West, Die Reaktion auf den Ausbruch des Ost-West-Konfliktes 1946–48*, Berlin 1972, S. 36 f., zitiert Blums Artikel vom 14. 3. eindeutig fehl (was Blum ablehnt, als dessen Meinung) und mißinterpretiert dadurch die sozialistische Haltung.



mußten nachgeben, um das Übergangskabinett bis zum bevorstehenden Abschluß der Verfassungsarbeit nicht zu gefährden. Es bestätigte sich, was Joseph Rovon schon im Dezember 1945 warnend geschrieben hatte: „Eine Politik, die auf der Annahme lokaler wirtschaftlicher oder militärischer Konflikte nach Art des deutsch-französischen Gegensatzes beruht, läuft Gefahr, uns in jenen Anachronismus einzuschließen, der mehr und mehr zur bevorzugten Krankheit der französischen Intelligenz wird“ – und zu den negativsten Folgen der ersten Präsidentschaft de Gaulles zählte. – Doch auch weiterhin fehlte es nicht an Zeugnissen der Einsicht, die der gleiche Autor formuliert hatte:

„Nicht allein die Mittel dieser Politik erscheinen überholt, die Konzeption der deutschen Gefahr selbst ist es. Ein Konflikt zwischen Mächten, die nicht mehr Weltmächte, aber immer noch zu wichtig sind, als daß sich Auseinandersetzungen auf lokale Vorfälle beschränken, kann künftig nur noch im umfassenderen Rahmen eines Konflikts zwischen den ‚Großen‘ stattfinden. . . . In einem weiterhin in kleine abgeschlossene Wirtschaftseinheiten zerteilten Europa hätten weder Frankreich noch Deutschland viel Aussicht, ihren Wohlstand wiederzufinden . . . Die Bedingung für eine konstruktive Politik . . . wäre, daß die französische Diplomatie aufhörte, sich ausschließlich mit dem Problem einer erneuten deutschen Gefahr zu beschäftigen, und daß sie begriffe, daß es für Frankreich und Deutschland angesichts der ‚Großen‘ nur noch ein gemeinsames Schicksal gibt.“<sup>106</sup>

### 5. Zusammenfassung: Politik der Grandeur überholt

Allen vorzitierten Zeugnissen der Kritik und Gegenposition zu einzelnen Aspekten der Außenpolitik de Gaulles – Bündnis mit Großbritannien, Weltfriedensorganisation, Europäische Föderation, Deutschlandpolitik – lag zugrunde eine oft auch bewußt formulierte Kritik ihres nationalistischen Grundprinzips. Sobald nach der verworrenen Situation des Winters 1944/45 deutlicher wurde, daß de Gaulle im Bunde mit den Kommunisten zwar „Revolution“, Aufbruch zu Demokratie und Internationalismus im Munde führte, tatsächlich aber mit ihnen das Programm effektiver Reformen und föderativer Friedensorganisation der nichtkommunistischen Résistance abzuwürgen strebte; sobald seine außenpolitische Erklärung vom 5. Februar, seine innenpolitische vom 2. März 1945, die Ereignisse im Aostatal und

<sup>106</sup> J. Rovon, *Politiques en Allemagne*, in: *Esprit* 14/1 (Nr. 118), 1. Jan. 1946, S. 147 f. Gleichartig A. Altier in Anm. 95. In Schriften des Jahres 1946, hier nicht mehr zu verfolgen, häufig ein Grundton: „Frankreich hat schon andere ‚Erbfeinde‘ gekannt als Deutschland: Spanien, das Haus Österreich, England. Was davon ist geblieben und weiß man heute noch, warum man sich geschlagen hat?“ (Henri Lepeyre, *Le Retour à la Paix*, Paris 1946, S. 229). – Léon Blum rückblickend: „Die Kommunisten als Vorkämpfer des Nationalismus marschierten mit Leib und Seele hinter General de Gaulle . . . Ich bin überzeugt, daß es zur Zeit des Kriegsendes, wenn sich Frankreich nicht in die Wahnidee der territorialen Amputationen verrannt und versteift hätte, möglich gewesen wäre, die Zustimmung der Alliierten zur Internationalisierung der Ruhrindustrie zu erhalten . . .“ (10. 10. 1947, *Oeuvre VII*, S. 94 f.).

in Syrien zusammentreffend mit dem Kriegsende, die tatsächliche Richtung der Restauration und der Wiederaufnahme traditionell nationaler Machtpolitik gerade auch gegen die Alliierten, die Frankreich eben erst befreit hatten, erkennen ließen, begannen sich die Kritiken auch auf eine grundsätzliche Absage an die für de Gaulle zentralen Werte der „Grandeur“ und des von jeder Ideologie und geschichtlichen Wandlung unabhängigen „nationalen Machtkampfes“ zu gründen. Es können hier nicht all die Textstellen wiederholt werden, in denen Kritik an einzelnen Akten der Außenpolitik de Gaulles ausdrücklich begründet wurde mit bewußten Absagen an die Einladung zur „grandeur – une radio stupide“, an eine „Renaissance des Poincarismus“, an allen Nationalismus, der die Leiden der Faschismen und Kriege gebar, an alle Wiederaufnahme „nationaler Machtpolitik“ zwischen den Völkern zumal eines Europa, in das die neuen Weltmächte beherrschend einrückten, die „multinationalen Kontinentalstaaten“, neben denen alle anderen hinkünftig zu den „Kleinen“ zählten. Keine außenpolitische Debatte der Assemblée, in der nicht Sprecher ausdrücklich die „conception de la France seule“ angriffen; auch in der Debatte zur Regierungserklärung 23. November 1945 Maurice Lacroix (UDSR): „La France seule c'est le nationalisme grandiloquent“, dem entgegenstellend „la France vivante cellule du grand organisme international“. Und keine außenpolitische Debatte, die nicht mit klaren Bekenntnissen zur „Föderation der freien Völker“, zur „organisation internationale“ und zu „kollektiver Sicherheit“ beendet wurde. „Ich weiß es“, sagte Bidault am 17. Januar 1946 vor der Nationalversammlung, „man wirft uns vor, was man die politique de grandeur nennt, von der man spricht, als handele es sich um eine Torheit [folie] des grands ou d'une politique de vanité. C'est tout simplement la politique du bon droit“, lautete seine schwache Verteidigung<sup>107</sup>.

Im Rückblick fällt allerdings auch auf, daß all diese Kritiken und inhaltlich oft mit großer Schärfe entwickelten Gegenpositionen, obwohl zweifellos auf de Gaulles Außenpolitik bezogen, doch relativ selten auf de Gaulle personell und als Individuum hin formuliert wurden. Relativ selten wurde, so wie im März 1945 von P. Meunier als Rapporteur du Budget des Affaires étrangères, in der Assemblée von de Gaulle direkt „plus de souplesse . . . , moins de raideur“ verlangt, oder wie im August von P. Lévy gradheraus de Gaulles „nationale und xenophobe Politik alten Stils der Rechten“ angegriffen. Hier wirkte sich nicht nur das persönliche Prestige des langjährigen Symbols des Freien Frankreich aus, sondern mehr noch die Achtung vor der persönlich uneigennütigen Integrität, vor den „hauts sentiments de

<sup>107</sup> Zum Konzept de Gaulles vgl. Lipgens, *Bedingungen* (Anm. 2), S. 64–70. Auf erneuten Einzelnachweis der grundsätzlichen Absagen in den vorzitierten Texten kann hier verzichtet werden; Entschlüsseungen der Assemblée vgl. Anm. 98. Lacroix in: *J. O. Débats* 23. 11. 1945, S. 125; Bidault in: *J. O. Débats* 17. 1. 1946, S. 79. Vgl. auch Januar 1946 seitens der MRP (zusätzlich zu Pezet, vgl. Anm. 82) Marcel Poimboeuf: „Le bon sens populaire comprend que l'établissement d'une paix véritable exige, de la part de chaque nation, même de la plus grande, un abandon légitime d'une part de sa souveraineté au bénéfice de l'organisation internationale . . .“ (*J. O. Débats* 15. 1. 1946, S. 17).

dignité et de désintéressement qui inspirent chacun de vos actes“, die Felix Gouin dem General noch bei dessen Rücktritt bescheinigte<sup>108</sup>. Umgekehrt hofften die meisten Kritiker lange Zeit, durch nicht personell-kritisch sondern sachlich-begründet vorgetragene Thesen effektive Kurs-Korrekturen bei de Gaulle hervorrufen zu können. Ohnehin wußte jedermann, wer adressiert war, wenn etwa Gouvain als „innersten Instinkt“ der Nation bezeichnete: „Pour une grandeur de justice, contre une grandeur de prestige“. Erst im Herbst 1945 kam es zumal in der sozialistischen Presse zu offen adressierten Vorwürfen, etwa „daß der General de Gaulle sich hüten möge, unser Land zu isolieren“ (Fresnoy); oder zur direkten Kritik, de Gaulles Außenpolitik sei „pleine de contradictions . . . Des fautes graves ont été commises . . . particulièrement par le chef du Gouvernement“ (Grumbach); oder zur Ironie angesichts von Trumans und Stalins Absage an de Gaulles Rheinland-Ansprüche: „Es ist unnützlich, täglich seinen schlechten Humor zu bekunden, zu schmollen, die Figur des ewig Unzufriedenen zu wählen“ (Rosenfeld). Im Januar 1946 kritisierte Emmanuel Mounier zusammenfassend, wie de Gaulle es erst gelang „à imposer le visage d’une autorité souveraine“, um dann zu produzieren „la série d’erreurs qui nous a détachés de lui“. Zwei Jahre später erst hat dann Léon Blum die Erfahrung, die man 1944–46 mit de Gaulle persönlich gemacht hatte, in eine genauere Charakterisierung als Warnung vor einer Wiederkehr gefaßt<sup>109</sup> – die sich als prophetisch erweisen sollte:

„Bringt man in Frankreich den Gaullismus an die Macht, so schafft man damit die besten Voraussetzungen für eine Trübung der französischen Beziehungen zu den Vereinigten Staaten und Großbritannien, zur Uneinigkeit unter den . . . Mitgliedern der westeuropäischen Organisation, zur Verhinderung einer Lösung des deutschen Problems im Geiste der europäischen Föderation, zu Störungen in der Durchführung des Marshallplans. Ich schließe daraus, daß die Kommunisten in Frankreich ihre Aktion zugunsten einer Machtergreifung de Gaulles nicht irrtümlich oder zufällig, sondern in Übereinstimmung mit den Befehlen und den vorausgerechneten Plänen Moskaus durchführen . . . , denn Stalin ist – bewußt oder nicht, willentlich oder nicht – davon überzeugt, daß ein de Gaulle an der Macht morgen sein Werkzeug werden würde . . . So ist es doch wohl . . . Denken Sie daran zurück, wohin er die Beziehungen des Freien Frankreich und dann des befreiten Frankreich zu seinen angelsächsischen Verbündeten gebracht hat . . . Gegen die ‚westliche Politik‘ würde er gewiß nicht öffentlich Stellung nehmen, er würde sie aber, wie er es schon getan hat, von anmaßenden Voraussetzungen abhängig machen, die ihren Geist verfälschen und ihre Durchführung praktisch lahmlegen würden. Er würde für Frankreich, wie er es schon getan hat, den Vorrang vor den anderen, den militärischen Oberbefehl,

<sup>108</sup> Meunier in der Budget-Debatte, J. O. Débats 20. 3. 1945, S. 601; Levy vgl. bei Anm. 36; Antwortschreiben von Gouin noch als Parlamentspräsident auf de Gaulles Rücktritts-Mitteilung, in: Le Monde 22. 1. 1946, S. 1.

<sup>109</sup> Jean Gouvain (Anm. 1), S. 491. Jean Fresnoy, S’entendre, in: Gavroche 13. 9. 45; Salomon Grumbach, L’U. R. S. S. est responsable du ‚fiasco‘ de Londres, in: Nord-Matin 7. 10. 45; Oreste Rosenfeld, La politique extérieure de la France, in: Le Populaire 8. 1. 46 (ich verdanke auch diese Zitate der Arbeit von W. Loth [Anm. 21] S. 200 und 205). E. Mounier in: Esprit 14/2 (Nr. 119), 1. Febr. 1946, S. 187 f. Léon Blum, De Gaulle protégé par Staline, in: Le Populaire 4./5. 11. 1948 (auch in: L’Oeuvre VII, S. 245 f.).

die politische Führung beanspruchen. Er würde, wie er es schon getan hat, erneut die politische Zerstückelung Deutschlands fordern. Er würde in die internationalen und interalliierten Beziehungen jene schroffe, verächtliche, intolerante Verhaltensweise einführen, die er mit dem ‚Willen zur Macht‘ und den großen Traditionen des monarchischen und napoleonischen Frankreich verbindet. In kurzer Zeit hätte er das Vertrauen zerstört, das Getriebe zum Stillstand gebracht, mit einem Wort, das Werk zerschlagen, dessen langsames und mühsames Werden wir heute erleben.“

Eindeutig aber wurde bereits während seiner Regierungszeit 1944–46 als ein Hauptgrund, warum die „politique de grandeur“ eine „folie des grandeurs“ sei, herausgestellt das Fehlen der nötigen wirtschaftlichen Voraussetzungen sowie de Gaulles Ignoranz ihnen gegenüber, und seine Unfähigkeit, die schon aus wirtschaftlichen Gründen resultierende Notwendigkeit des westeuropäischen Zusammenschlusses zu sehen. „In der Außenpolitik“, schrieb Georges Izard, „wird kein Konzept sichtbar; bzw. wo sich eins manifestiert, ist es eines, das keinerlei Bezug zu unseren Aktionsmöglichkeiten hat und sogar geeignet ist, sie noch weiter zu reduzieren“. Daß zwischen dem Großmachtanspruch, wie de Gaulle ihn erhob, und der wirtschaftlichen Potenz des Landes, geschweige seiner derzeitigen Misere, – verglichen mit den Potenzen der neuen Weltmächte, in sich Kontinentalunionen, – eine unüberwindliche Diskrepanz bestand, wurde in vielen Texten angesprochen. „Frankreich“, sagte A. Mutter auch zur Regierungserklärung, „kann nur die Außenpolitik haben, qui correspond à ses moyens économiques“<sup>110</sup>. Zur europäischen Schlußfolgerung aber sei noch einmal aus Raymond Arons Schrift vom Juli 1945 zitiert:

„Die französische Krise ist nicht mehr zu trennen von der viel umfassenderen Krise, die den gesamten alten Kontinent im Westen der Demarkationslinie zwischen den sowjetischen und angelsächsischen Armeen heimsucht ... Keiner der westeuropäischen Nationalstaaten, im engen Rahmen der existierenden ökonomischen Einheiten, hat hinreichend die Ressourcen der modernen Technik nützen können, wie es der amerikanische Kontinentalstaat in weitem Maße getan hat ... Die eigentümlich französische Verspätung erscheint nur als die extreme Form der Verspätung aller

<sup>110</sup> Georges Izard, *Chroniques*, in: *La Nef*, 3. Jg., No. 14, Jan. 1946, S. 107. André Mutter: *J. O. Débats* 23. 11. 1945, S. 125; vgl. seine gleichartige Erklärung in der Debatte am 16. 1. 1946 bei Anm. 102, sowie viele Texte im 3. Abschnitt „Europäische Föderation“. – Den gleichen Zusammenhang hatte schon Pierre Mendès-France in seiner Rücktrittserklärung vom Amt des Wirtschaftsministers angesprochen: Wir können nicht „Frankreich auf die Straße der grandeur leiten, von ihm blutige Opfer und Anstrengungen ohne Zahl fordern und gleichzeitig eine Politik der Ungezwungenheit im finanziellen und wirtschaftlichen Bereich betreiben.“ (*Lettre de démission* 18. 1. 1945 an de Gaulle, *Mémoires* III, S. 434). – In einem laut Nachwort im Nov. 1946 abgeschlossenen Rückblick von Emile Giraud, *Le Gouvernement du Général de Gaulle, Un échec relatif*, in: *Revue Politique et Parlementaire* 50. Jg., No. 195, Apr. 1948, hieß es: „Das durch den Sieg seiner drei großen Alliierten befreite Frankreich ist ein sehr schwaches Land, physisch ..., in seiner Wirtschaft ..., unfähig seine dringendsten Bedürfnisse zu befriedigen, ganz wesentlich abhängig vom Ausland. Unter diesen Bedingungen ist es ein Wahn, es eine ‚erste Rolle‘ spielen lassen zu wollen ... Der Fehler de Gaulles war, daß er nicht die ganze Bedeutung der wirtschaftlichen und finanziellen Probleme begriffen hat.“ (S. 172 f.).

Nationalstaaten. Die Intervention der Kontinentstaaten, der multinationalen Kolosse hat in gewissem Sinne die französische Verzögerung noch verschlimmert, aber sie hat uns gleichzeitig eine größere Chance der Rettung eröffnet, indem sie unser Schicksal mit dem der andern verbunden hat.“

Daß de Gaulle unfähig war, diese Schlußfolgerung zu ziehen, diese Chance zu ergreifen, war die wesentliche Beschuldigung in fast allen Kommentaren zu seinem Rücktritt. Er habe, urteilten Izard u. a., die Notwendigkeit verkannt, „die Wirtschaftsbeziehungen der westlichen Nationen zu organisieren, die alle allein nicht mehr lebensfähig sind“. Sogar die offiziöse „Revue Politique et Parlementaire“ stellte fest: „Im Grunde stimmte die Mehrheit mit ihm [de Gaulle] in keiner Frage mehr überein: weder in der Frage der Dringlichkeit der Probleme, noch in der Verfassungsfrage oder in der Militärpolitik und der Außenpolitik.“ Und François Goguel konstatierte: „Es gab nicht mehr Emotion über die Neuigkeit vom Rücktritt de Gaulles, weil viele Menschen begriffen hatten, daß dieser Abgang nicht die Ursache, sondern die Konsequenz dieser Krise war.“<sup>111</sup>

Zur Stellungnahme der Parteien, ihrer Teilnahme oder Nichtteilnahme an der „innerfranzösischen Kritik der Außenpolitik de Gaulles 1944–1946“ haben sich viele Anhaltspunkte ergeben, die auszuwerten und in den Zusammenhang von Parteien-Analysen zu ordnen, nicht Sache dieses Aufsatzes ist. Doch eindeutig erwies sich unter ihnen die Sozialistische Partei geschlossen als Hauptträger dieser Kritik; seit zwei Jahrzehnten von Léon Blum in internationalistischem Geist geführt, der in der Résistance zu bewußt supranational-föderativem Programm verdichtet worden war, trat sie unter einer von diesem Programm überzeugten Führungs-Equipe entschieden gegen das nationalistisch-machtstaatliche und für das Konzept supranationaler Souveränitäts-Zusammenlegung in der „Föderation freier Völker“ auf kontinentaler und globaler Ebene ein. Ihr schlossen sich auf dem Boden der Résistance-Pläne in den außenpolitischen Debatten fast geschlossen die UDSR sowie Teile der Radikalsozialisten und besonders, in Briand-Tradition, der Rechtsrepublikaner an, zumal in den Problembereichen Pakt mit Großbritannien, Weltfriedensorganisation und föderatives Prinzip auch Teile der MRP, sodaß Herbst 1944 bis Herbst 1945 von der Assemblée jene eindeutig föderativ-interna-

<sup>111</sup> R. Aron, *L'âge des Empires et l'avenir de la France*, Paris 1945, in der Introduction, dat. Juli 1945, S. 22 f.; G. Izard, *Les raisons du départ*, in: *La Nef* 3. Jg., No. 15, Febr. 1946, S. 112; J. Daujat in: *Cahiers du Monde Nouveau*, Febr. 1946 (deutsch in: *Dokumente Heft 1/1947*, S. 12); P. Louis, *Le départ du Général de Gaulle* (dat. 10. 2. 1946), in: *Revue Politique et Parlementaire* 48. Jg., Heft 1, 1946, S. 176; Fr. Goguel, *Le véritable dilemme*, in: *Esprit* 14/2, Nr. 119, Febr. 1946, S. 332. – In einem erbitterten Rückblick definierte Jean Gauvain die Folgen dieses außenpolitischen Versagens: Im Osten entsteht ein von der Sowjetunion beherrschter Block bis zur Elbe; „ihm gegenüber bleibt der europäische Westen zersplittert. Das Fehlen der französisch-britischen Entente verhindert jede Konsolidierung und gibt dem Nationalismus in beiden Ländern die besten Entwicklungschancen. Diese gehaltlose Politik scheint den USA zu genügen, wo man auf Großbritannien zählt, daß es die Russen auf Distanz hält, und die atlantische Sicherheit scheint provisorisch gesichert – au prix de l'unité européenne.“ (*Esprit* 14/2, Nr. 119, Febr. 1946, S. 338). „La paix à deux ist ohne Erbarmen.“ (Schlußsatz S. 340).

tionalistischen Schlußresolutionen beschlossen wurden. Ebenso eindeutig erwies sich die Kommunistische Partei geschlossen als die Hauptstütze des traditionellen nationalistischen Konzepts, „continuent“, wie schon in der Résistance, schrieb Jean Maigne Ende 1944, „d'utiliser les sentiments patriotiques“, vor allem aber dem Entschluß der Sowjetunion folgend, die seit 1943 die Versicherung, jeder Versuch engerer Verbindung zwischen den europäischen Ländern westlich des von ihr angestrebten umgekehrten „Cordon sanitaire“ bedeute eine antisowjetische Drohung, die Anheizung aller nationalistischen Affekte und die Parole der Heiligkeit der nationalen Souveränität zur Leitlinie ihrer Westeuropapolitik gemacht hatte. In einer Art Partnerschaft in außenpolitischen Fragen bildete mit ihnen der Hauptteil der MRP um die de Gaulle-hörige Führungsgruppe Bidault/Schumann die andere Hauptstütze, vermehrt um Teile der Radicaux sowie Rechtsnationalisten wie Marin, zumal im Bereich der Deutschlandpolitik, russische Unterstützung für die gaullistischen Rheinland-Forderungen erhoffend. Ab Herbst 1945 fand das traditionell-nationalistische Konzept Stärkung aus den Fakten, daß die Weltmächte auf globaler Ebene keine supranationale Friedensorganisation zuließen, daß de Gaulle den britisch-französischen Pakt wie jeden anderen Nukleus westeuropäischen Zusammenrückens verweigerte und offiziell seine Politik der Rheinlandabtrennung installierte<sup>112</sup>.

Zur Frage der Verbreitung des international-föderativen Konzepts bzw. seiner Repräsentativität für die „öffentliche Meinung“ sind damit zugleich Anhaltspunkte gegeben, über die nur eine systematische Auswertung der gesamten Publizistik hinausführen könnte. Hier wurden nicht gesammelt die Stimmen für de Gaulle, deren Untersuchung übrigens vermutlich ergäbe, daß sie bis Ende 1945 nur selten den eigentlichen, oft verschleierte Kernthesen seiner Außenpolitik galten, sondern dem Symbol des Freien Frankreich und seiner Führungsenergie. Aber eindrucksvoll ist der Umfang und die sachliche Überzeugungskraft der Stimmen des „anderen Frankreich“, gegründet auf realistische Einsicht in die Weltlage und in die Ursachen des europäischen Niedergangs. Aufgrund der Gesamtheit dieser Stimmen und der die „öffentliche Meinung“ spiegelnden Meinungsbildung der Parteien

<sup>112</sup> Hier muß ein Verweis auf die Hauptteile dieses Aufsatzes insgesamt genügen, insbesondere auf S. 171–176; sowie auf die Skizze der Résistance-Einsichten und den kommunistischen Widerspruch gegen sie bei Lipgens, Bedingungen (Anm. 2), S. 58–63. Die Ergebnisse im einzelnen z. B. eintragbar (bestätigend) in das vorzügliche Parteien-Kapitel bei A. Grosser, *La IV<sup>e</sup> République et sa politique extérieure*, Paris 1967, S. 103–41. Zu den Sozialisten, auch deren spätere Krise durch G. Mollet, sei nochmals auf die Studie von W. Loth (Anm. 21) verwiesen. Das Zitat Jean Maigne, *La Résistance comme expérience et volonté*, in: *Esprit* 13/1, No. 105, Dez. 1944, S. 10. Noch im Jan. 1947 entschloß sich die KPF allein aus dem Grund im neuen Kabinett Ramadier zu bleiben, um die gaullistische Deutschlandpolitik Bidaults solange wie möglich aufrecht zu halten (vgl. Graham [Anm. 102], S. 258 f.). Das Problem am Schnittpunkt stellte also die MRP, die beide Richtungen in sich enthielt, deren Sprecher 15.–17. 1. 1946 bereits mehrheitlich für das föderalistische Konzept sprachen, aber diesen inneren Besinnungsprozeß (vgl. Anm. 37, 62, 82 und 97) noch nicht in der Deutschlandfrage und nicht gegen Bidault insgesamt durchzusetzen vermochten (gründliche Untersuchung fehlt).

bis Sommer 1945 darf es bis zu spezifischer Untersuchung als wahrscheinlich gelten, daß eine Mehrheit der Bevölkerung zumindest bis zum Sommer 1945 grundsätzlich der Tendenz nach dem Konzept der international-föderalistischen Friedenssicherung zu folgen bereit war, das der national-eigenen für überholt hielt. Wie im übrigen Europa hatte die Mehrheit die Lehre, die Europa so teuer bezahlt hatte, im Grunde beim Kriegsende instinktiv begriffen: daß der Nationalismus Europa zweimal in die Katastrophe gestürzt, seinen Niedergang bewirkt hatte, daß es ganz widersinnig war, ihn noch in einem Augenblick zu erneuern, in dem die beiden außereuropäischen Kontinentalunionen übermächtig einrückten. Die einzige Meinungsumfrage zur Europa-Föderation zeigte im Juli 1945 ein Übergewicht entsprechender Einsicht. Doch zweifellos war sie im Herbst 1945 rückläufig. Im Herbst gingen die Enttäuschung über das offensichtliche Scheitern supranationaler Weltfriedensorganisation, das offenbare Ausbleiben auch einer europäischen kollektiven Organisation und die Wirkung der ganzen nationalen Tonart de Gaulles in die breiten Schichten der Bevölkerung. Die politisch passiven Schichten der Völker orientieren sich stets eher an einer faktischen Gesamtlage, als an einer Konzeption, und sie rezipieren eher die tatsächlich regierenden als die oppositionellen Ideen. – Das rückblickende Urteil des Résistance-Führers Henri Frenay ist ausgewogen:

„Oui, la France de 1944–45 était prête à accepter“ die Grundeinsichten der Résistance. Warum konnten sie sich nicht durchsetzen? „Die Ursachen sind vielfältig aber nehmen alle ihren Ausgang in dem fundamentalen psychologischen Faktum, daß General de Gaulle in London das neue Phänomen absolut nicht verstand“, das die Résistance bot . . . „Dieser Mann, der öffentlich die Zerstückelung Deutschlands und die Angliederung des gesamten Rheinlandes an den Westen anpries . . . , war nicht, wie seine Erben glauben machen wollen, der große ‚Europäer‘, das vollendete Modell des Staatsmannes von morgen . . . In Wahrheit wäre de Gaulle ein Riese gewesen in der Welt des 19. Jahrhunderts, die im August 1914 ihr Ende fand. Man schätzt ihn nicht zu gering ein, wenn man sagt, daß er in gewisser Weise ein französischer Bismarck war: autoritär, paternalistisch, nationalistisch.“<sup>113</sup>

In der Tat war seine Gegenwirkung gegen die Résistance-Einsichten in der französischen Bevölkerung der Bismarcks gegen die liberale Bewegung in der deutschen Bevölkerung zu seiner Zeit vergleichbar. Was er an Einbringung der innereuropä-

<sup>113</sup> H. Frenay (Anm. 11), S. 561 und 567. „Meinungsumfrage“ vgl. Anm. 74. Schärfer urteilte der langjährige Leiter des „ECHO de Paris“ (der klarsichtige Gegner der Politik von München, 1940 exiliert nach London) Henri de Kérilles, *De Gaulle Dictateur*, Quebec 1945: „Arme französische Bourgeoisie, die trotz der Erfahrungen der deutschen und der italienischen Bourgeoisie . . . nochmals an einen ‚Mann der Vorsehung‘ glaubt. Die Idee des ‚Mannes der Vorsehung‘ ist in ihrer Naivität und Primitivität die Hauptquelle jener Gesellschaften, die den Glauben an die großen Ideale verloren haben, die verzweifelt und dekadent geworden sind.“ (S. 436 f.). „Der Gaullismus ist ein Faschismus, der den Einsatz auf der Seite des Siegers gewagt hat, ein Faschismus, der sich geschickt der Sprache der Demokratie bedient, ihr aber im Grunde mißtraut und sie verachtet, ein Faschismus, der sich im Gehäuse der Republik installiert, wie sich einst der italienische Faschismus im Gehäuse der Monarchie einrichtete.“ (S. 438).

ischen, aus der II. Weltkriegskatastrophe gefolgerten Einsichten in die praktische Politik verhindert, was er an Zurückdrängung dieser Einsichten und Re-Injizierung nationalistischer Gesinnung in einem Teil der französischen „öffentlichen Meinung“ (unter kräftiger Mithilfe der KPF) geleistet hat, ist deutlich zu ermes- sen. Diesem Teil war für längere Zeit der Blick für die Realitäten der so gründlich veränderten Weltsituation verstellt; er suchte, wie die deutsche Rechte der Wei- marer Zeit, ihren Erfordernissen zu entfliehen und am irrealen Großmachtan- spruch festzuhalten. Es war eine Tragödie für Europa, daß der einzige seiner Staa- ten, der von innen die Möglichkeit und nach außen eine klare Chance gehabt hätte, den europäischen Zusammenschluß 1945 auf vielen Wegen allmählich in Gang zu setzen, stattdessen auf alte nationalistische Gleise gesteuert wurde. – Andererseits hat sich dadurch keiner der hier zitierten Sprecher des „anderen Frankreich“ von seinen so nachdrücklich formulierten Einsichten abbringen lassen. Die Lektüre allein schon der Auswahl von Zeugnissen, die in diesem Aufsatz gebracht werden konnte, wird die Stärke und intellektuelle Klarheit der Gegenpositionen des inter- national-föderalistischen Konzepts, der Kritik am anachronistischen Nationalismus verdeutlicht haben: die das schrieben, waren gegen diesen Anachronismus immun. Innerhalb dieses international-föderalistischen Konzepts gab es Unterschiede, Gruppen und Nuancen, auf die hier nicht mehr, als geschehen, einzugehen war; aber der gemeinsame Grundsatz war der der Abwendung vom Nationalismus und der Zuwendung zu künftiger föderativer Völkergemeinschaft, tief begründet auf die aus der Kriegskatastrophe Europas gezogenen Folgerungen und unterstützt durch die Einsicht in die ohnmächtig balkanisierte Lage Europas zwischen den bei- den übermächtigen Kontinentalunionen. Diese aus der Résistance entwickelte Ge- genposition der Bejahung des Grundprinzips supranationaler Völkerföderation, hier für 1944/1945 nachgewiesen, war klarerweise die eigentliche Basis, von der ab Ende 1947 der – dann vom Ost-West-Konflikt begünstigte – Versuch der Durch- setzung einer Politik des (vorerst west-)europäischen Zusammenschlusses getragen war. Als ihre Repräsentanten brachten 169 Abgeordnete in der Nationalversamm- lung im März 1948 als Entschließungsantrag ein: „Die Nationalversammlung for- dert die baldige Einberufung einer europäischen Verfassungsgebenden Versamm- lung mit der Aufgabe, die ständigen Institutionen einer demokratischen europä- ischen Föderation zu gründen.“<sup>114</sup> Doch ist auch deutlich geworden, warum sie noch einen schweren Weg vor sich hatten.

<sup>114</sup> Vgl. Ed. Bonnefous, *L'idée européenne et sa réalisation*, Paris 1950, S. 190. Durch die Ver- kennung dieser eigenständigen Basis der späteren Europapolitik ist das Buch von Kl. Hänsch (Anm. 105), so treffend es die „Wert- und Zielmodifikationen“ für den nationalistischen Teil der öffentlichen Meinung analysiert, in seiner Hauptthese irrig: die wesentlichen Trä- ger dieser Europapolitik in SFIO und MRP akzeptierten nicht die europäische Einigung als „Sekundärziel“ zur Rettung des „Primärziels“ nationaler Grandeur und nationalen Füh- rungsanspruchs, sondern die europäische Föderation war seit langem ihre Folgerung aus dem Ruin Europas durch den Nationalismus, aus der Interdependenz der europäischen Na- tionen in sicherheitspolitischer, wirtschaftlicher und kultureller Hinsicht sowie aus den so veränderten Maßstäben der weltpolitischen Konstellation.



## Dokumentation

### DIE ENTSTEHUNG DES KRUPPSCHEN NACHRICHTENDIENSTES

Am 18. April 1913, während der Etatberatungen für die Verwaltung des Reichsheeres, erklärte der sozialdemokratische Abgeordnete Karl Liebknecht im Reichstag: „Der Vorstand der Gußstahlfabrik Friedrich Krupp, Essen an der Ruhr, unterhielt – darf ich jetzt sagen – in Berlin bis vor wenigen Wochen einen Agenten namens Brandt, einen früheren Feuerwerker, der die Aufgabe hatte, sich an die Kanzleibeamten der Behörden, der Armee und der Marine heranzumachen und sie zu bestechen, um auf diese Weise Kenntnis von geheimen Schriftstücken zu erhalten<sup>1</sup>. Das Interesse der Firma Krupp konzentrierte sich, wie Liebknecht fortfuhr, auf die „Absichten der Behörden in Bewaffnungsfragen, Angaben über Konstruktionen der Behörden sowie der Konkurrenz, Ergebnisse von Versuchen, namentlich aber die Preise, welche andere Werke fordern“.

Rang und Namen der Firma Krupp hätten die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit schon allein gesichert; Liebknechts Anschuldigung: „Die berühmte Firma nutzt ihre Geldmacht systematisch dazu aus, um höhere und niedere preußische Beamte zum Verrat militärischer Geheimnisse zu verleiten“ sorgte darüber hinaus für stürmische Reaktionen im Reichstag und in der Presse. Die unglücklich formulierte Erwiderung des preußischen Kriegsministers von Heeringen beschränkte sich im wesentlichen darauf, die Verdienste der Firma Krupp um die deutsche Armee und um das deutsche Vaterland mit Dankbarkeit festzustellen.

Eine Untersuchung gegen die beteiligten Militärs war zu diesem Zeitpunkt allerdings aufgrund von Mitteilungen Liebknechts, der schriftliche Beweise für seine Anschuldigungen präsentierte, bereits im Gange. Die politischen Intentionen des radikalen Antimilitaristen Liebknecht auf Verstaatlichung der gesamten Rüstungsindustrie, sein Kampf gegen die Heeresvorlage von 1913 und gegen die internationale Kartellierung der Rüstungsinteressen, gerieten gegenüber dem peinlichen Aufsehen, das seine Rede erregt hatte, in den Hintergrund. Hauptgegenstand der Aufmerksamkeit wurden vielmehr die Geheimberichte, die vom Kruppschen Büro in Berlin regelmäßig nach Essen gesandt worden waren; die Kriminalpolizei hatte sie bereits Mitte September 1912 im Büro des Dezernenten für Kriegsmaterial in der Essener Zentrale des Konzerns beschlagnahmt<sup>2</sup>.

Hatte das Erscheinen der Staatsgewalt bei Krupp, unmittelbar nach der Hundertjahrfeier des Unternehmens, bei der einmal mehr die Firma als eine Art „vaterländische Anstalt“ gefeiert worden war, gewaltige Aufregung verursacht, so wur-

<sup>1</sup> Reichstag, 143. Sitzung, 18. 4. 1913, Sten.Ber. S. 4911.

<sup>2</sup> Gert von Klass, *Die drei Ringe, Lebensgeschichte eines Industrieunternehmens*, Tübingen 1953, S. 337.

den die Reden Liebknechts im Reichstag als Skandal empfunden, der dadurch noch eine Steigerung erfuhr, daß sich das Direktorium der Firma in den Zeugenstand eines Gerichtsverfahrens begeben mußte, bei dem der kaufmännische Direktor der Abteilung für Kriegsmaterial, Eccius, auf der Anklagebank saß und nach 13 Verhandlungstagen wegen „Beihilfe zur fortgesetzten Bestechung“ zu 1200 Mark Geldstrafe verurteilt wurde<sup>3</sup>.

Der Prozeß gegen den Bürovorsteher der Berliner Krupp-Vertretung, Maximilian Brandt, und den Kruppvertreter Eccius fand vom 23. Oktober bis 8. November 1913 im Kriminalgericht Berlin-Moabit statt. (Das militärgerichtliche Verfahren gegen sieben untere Chargen der bewaffneten Macht – Zeugfeldwebel, Feuerwerker und Zeugleutnants – war zu diesem Zeitpunkt bereits beendet.) Als Zeugen traten außer den Kruppdirektoren, von denen einige wegen des Verdachts der Mitäterschaft nicht vereidigt wurden, der ehemalige Kruppvertreter in Berlin, von Metzzen, und Karl Liebknecht auf. Von Metzzen, der sich von dem Verdacht nicht ganz reinigen konnte, aus Rache für seine fristlose Entlassung aus Krupps Diensten die Angelegenheit ins Rollen gebracht und den Abgeordneten Liebknecht anonym informiert zu haben, war durchaus bereit, mit Interna der Nachrichtenbeschaffung und -verwertung durch das Berliner Büro aufzuwarten. Er wirkte nur wenig glaubwürdig. Karl Liebknechts Angebot, seine Informationen „über das nicht unwesentliche Kruppsche Nachrichtenbureau und dessen Tätigkeit insbesondere im Auslande und insbesondere die Bestechung von ausländischen Zeitungen durch dieses Kruppsche Nachrichtenbureau“ preiszugeben, wurde aus formalen Gründen zurückgewiesen<sup>4</sup>. Überhaupt wollte das Gericht nicht mehr wissen, als unbedingt nötig schien. Die Geheimberichte, die jahrelang zu Hunderten unter dem Decknamen „Kornwalzer“ von Berlin nach Essen gelangt waren und im wesentlichen die Preisangebote der Konkurrenz, Resultate von Ausschreibungen und dgl. enthielten, wurden als Beweise vom Gericht gewürdigt, zum größten Teil unter Ausschluß der Öffentlichkeit. Der Angeklagte Brandt, ein ehemaliger Feuerwerker bei der Artillerieprüfungskommission, der nach seiner Verabschiedung zu Krupp gekommen war, wurde für schuldig befunden, fortgesetzt Nachrichten von ehemaligen Kameraden durch Bestechung sich beschafft zu haben. Brandt erhielt vier Monate Gefängnis. Die Anklage wegen Verrats militärischer Geheimnisse entfiel; das Gericht ging in der Urteilsbegründung davon aus, daß der Firma Krupp gegenüber eine Geheimhaltung nicht geboten war. Für die Art und Weise, auf die

<sup>3</sup> Zum Krupp-Prozeß vgl. Ad. Zimmermann, Prozeß Brandt und Genossen, Der sogenannte Krupp-Prozeß, Verhandlungsbericht, Aus dem Reichstag, Zeitungsstimmen, Berlin 1914. Zimmermann hatte den Prozeß als Berichterstatter der „Täglichen Rundschau“ verfolgt. Sein Buch ist trotz seiner leidenschaftlich kruppfreundlichen Kommentare die wichtigste Quelle zu dem Prozeß. – S. a. Bernhard Menne, Krupp, Deutschlands Kanonenkönige, Zürich 1937, S. 273 f. – Gert von Klass, Die drei Ringe, S. 336 f. – George W. F. Hallgarten, Imperialismus vor 1914, Die soziologischen Grundlagen der Außenpolitik europäischer Großmächte vor dem Ersten Weltkrieg, München 1963<sup>2</sup>, Bd. 2, S. 390 f. – Albert Südekum, Kriegsindustrie, in: Die Friedenswarte 1913, S. 163 f.

<sup>4</sup> Zimmermann, Prozeß Brandt, S. 214.

sich Krupp Nachrichten beschaffte und was damit geschah, interessierte sich das Gericht nur so weit, als Beamtentreue in Versuchung geraten war<sup>5</sup>.

Der Kruppsche Nachrichtendienst entstand in einer Zeit, als sich die Firma einer unfreundlichen Presse, mit Bestellungen zurückhaltenden Behörden und einer technisch überlegenen Konkurrenz gegenüber sah. Reichstag und Presse kritisierten ebenso wie das Kriegsministerium und das Reichsmarineamt die monopolistische Preispolitik für Rüstungsgüter. Vor und nach der Jahrhundertwende beschäftigte den Reichstag immer wieder das Thema, Krupp liefere ins Ausland erheblich billiger als für die deutsche Armee. Geling es der Firma auch stets, durch gute Beziehungen zur staatlichen Administration wie zum Hause Hohenzollern, die Geschäfte am Florieren zu halten<sup>6</sup>, so waren die ziemlich plumpen Versuche, die öffentliche Meinung durch Subventionen an Zeitungen direkt zu beeinflussen, wenig erfolgreich<sup>7</sup>. Am unangenehmsten war für Krupp die Konkurrenz. So gut die Zusammenarbeit mit Rüstungsfirmen wie den „Deutschen Waffen- und Munitionsfabriken“ funktionierte, die auf dem Gebiet der Infanterieausrüstung die gleiche Rolle spielten wie Krupp für die Artillerie, so waren Krupp viele Mittel recht, um Konkurrenten auf seinem eigenen Feld auszuschalten. Als die Magdeburger Firma Gruson, bis dahin führend bei Panzerplatten, Ende der 80er Jahre auch in der Geschützfabrikation – und zwar mit moderneren und technisch besseren Konstruktionen<sup>8</sup> – Fuß zu fassen begann, kaufte Krupp heimlich so lange Gruson-Aktien auf, bis 1892 die Mehrheit erreicht war und das Grusonwerk 1893, sehr zum Schaden der Minderheitsaktionäre, in das Krupp-Imperium eingegliedert werden konnte. Die Machinationen der Kruppschen Repräsentanten in Berlin, die 1913 im Mittelpunkt des Prozesses gegen Brandt und Eccius standen, waren nicht zuletzt gegen die Rheinische Metallwarenfabrik Heinrich Ehrhardts gerichtet gewesen: den Preis- und Leistungsangeboten dieses lästigen Konkurrenten galt zu jener Zeit das Hauptinteresse Krupps. Sogar ein Bündnis zwischen Schneider-

<sup>5</sup> Ebenda, S. 354 f. (Urteil gegen Brandt und Eccius).

<sup>6</sup> Das versteuerte Vermögen F. A. Krupps stieg von 1895 bis 1902 von 119 auf 187 Millionen, das versteuerte Jahreseinkommen zwischen 1897 und 1902 von 7,1 auf 21 Millionen Mark. Vgl. Willi Boelcke, *Krupp und die Hohenzollern*, Aus der Korrespondenz der Familie Krupp 1850–1916, Berlin (Ost) 1956, S. 63 f. – Die Belegschaft des Unternehmens wuchs von 21 000 Arbeitern im Jahre 1887 auf 43 000 im Jahre 1902. S. Tony Kellen, *Die Entwicklung der Kruppschen Werke unter Friedrich Alfred Krupp*, in: *Westermanns Monatshefte* 1904, S. 679 ff.

<sup>7</sup> Von den „Berliner Neuesten Nachrichten“ hatte sich Krupp 1901 getrennt, da das Blatt als allgemein bekanntes Krupp-Organ auch der Firma eher Schaden brachte; seine Anteile hatte F. A. Krupp an „industrielle Körperschaften verschenkt“, trotzdem subventionierte Krupp die Zeitung weiter (vgl. Boelcke, *Krupp und die Hohenzollern*, S. 89 f.). Der „Berliner Lokalanzeiger“ wurde ebenfalls von Krupp unterstützt, aber auch die „Etoile Belge“ oder die „International Review of all the Armies and Navies“ (vgl. Menne, *Krupp, Deutschlands Kanonenkönige*, S. 305). S. a. den Briefwechsel im Jahre 1897 zwischen F. A. Krupp und Wilhelm II. bzw. dem Chef des preuß. Geheimen Zivilkabinetts, v. Lucanus, über die Gründung einer „Süddeutschen Korrespondenz“ bei Boelcke, S. 79 ff.

<sup>8</sup> Bernhard Menne, *Krupp, Deutschlands Kanonenkönige*, S. 198 f.

Le Creuzot und Krupp gab es gegen den Konkurrenten Ehrhardt: der französische Konzern unterbot vereinbarungsgemäß Rheinmetall-Angebote; die Verluste wurden mit Krupp verrechnet<sup>9</sup>.

Das Anfang der 90er Jahre eingerichtete Nachrichtenbüro des Krupp-Konzerns spielte bei allen diesen Vorgängen eine wichtige Rolle. Direktor Eccius, dessen Kriegsmaterialdezernat es unterstand, rühmte das Nachrichtenbüro im Krupp-Prozeß 1913, es stehe „in seiner Art einzig in der Welt da“<sup>10</sup>. Sein Vertreter und Nachfolger als kaufmännischer Direktor für Kriegsmaterial, Wilhelm Muehlon<sup>11</sup>, wunderte sich nicht nur über die Größe des Apparats – etwa 60 Angestellte im Jahre 1912 –, er unternahm auch Versuche, das Büro abzubauen, vor allem aber die undurchsichtige Einflußnahme auf die Presse zu unterbinden. Das war keineswegs einfach, da der Apparat im Laufe der Zeit erhebliches Eigenleben gewonnen hatte und eine weitverzweigte Organisation innerhalb der Firma Krupp darstellte. Muehlon bescheinigte dem Chef des Nachrichtenbüros persönliche Integrität; seinen Vorgänger, „der das ganze Zeug eingerichtet hat und dafür zu anspruchsvoll wurde“, habe man „mit Ehren kalt gestellt“<sup>12</sup>. Der Leiter des Nachrichtenbüros war aber selbst nicht über alles informiert, was seine Organisation trieb: „Es gehören auch noch verschiedene Beamte zum Nachrichtenbureau, die gar keine Weisungen seitens des jetzigen Vorstehers entgegennehmen, sondern anderswo Rückhalt auf Grund undurchsichtiger Verdienste oder Arbeiten genießen.“<sup>13</sup>

Im Bereich des Nachrichtenbüros waren Tätigkeiten wie das Beschaffen und Aufbereiten von Zeitungsausschnitten, Drucksachen und dgl. für den internen Geschäftsbetrieb eng verwoben mit einer Informationspolitik nach außen, bei der zweifelhafte Methoden eher die Regel als die Ausnahme zu bilden schienen: „Aus dem Nachrichtenbureau fließen nicht nur Nachrichten ins Werk, es hat auch ausgedehnte Beziehungen nach außen, namentlich die gesamte artilleristische Fachpresse beeinflußt es im Kruppschen Sinne. . . . Manchmal ist nicht nur die Zeitschrift im geheimen subventioniert, sondern der Herausgeber, ein General a. D., oder ein sonstiger angesehenen Mann, bezieht auch noch persönlich im geheimen ein vertragliches Gehalt und richtet nun, als ob er unabhängig wäre, in seinem Blatt über die verschiedensten technischen Angelegenheiten auf Grund der von Krupp stammenden Materialien und Wünsche. Oder ein Major a. D., der sich ganz

<sup>9</sup> Ebenda, S. 285 f.

<sup>10</sup> Zimmermann, Prozeß Brandt, S. 243.

<sup>11</sup> Wilhelm Muehlon war am 1. April 1908 vom Auswärtigen Amt beurlaubt worden, um vorübergehend in die Dienste der Firma Krupp zu treten; er wurde dann definitiv als Assistent des Direktoriums angestellt. 1911 wurde er stellvertretender Direktor, 1913 kam er als kaufmännischer Direktor für Kriegsmaterial in das Direktorium der Firma, aus der er nach Beginn des Ersten Weltkriegs freiwillig ausschied. Vgl. W. Benz, Der Fall Muehlon, Bürgerliche Opposition im Obrigkeitsstaat während des Ersten Weltkriegs, in dieser Zeitschrift 18 (1970), S. 343–365.

<sup>12</sup> Wilhelm Muehlon, Erinnerungen, ungedr. Manuskript, Archiv des Instituts für Zeitgeschichte, S. 77 f.

<sup>13</sup> Ebenda.

als freier Fachschriftsteller gebärdet und bald hierhin bald dorthin seine Artikel unterbringt, arbeitet für Krupp, gedeckt durch feste monatliche Bezüge.“<sup>14</sup>

General Keim, Gründer und Vorsitzender des Deutschen Wehr-Vereins, all-deutscher Agitator und erfolgreicher Vorkämpfer für die Milliardenheeresvorlage von 1913, erhielt von der Firma Krupp regelmäßige Barzuwendungen in beträchtlicher Höhe und gelegentliche Sonderzahlungen – ebenfalls bar im Briefumschlag – für seine patriotischen Bemühungen. Wenn ein Mann wie Muehlon die Usancen seines Vorgängers nicht übernehmen wollte und sich weigerte, die Verbindung mit General Keim fortzusetzen, so ging die Pflege derartiger Beziehungen eben auf ein anderes Ressort über. Bei einer Sache von der Bedeutung des Wehr-Vereins übernahm dann der Vorsitzende des Direktoriums, Geheimrat Hugenberg<sup>15</sup>, die Regie selbst. Muehlon überliefert ein Beispiel dafür, wie Maßnahmen zur Reinigung des Nachrichtenbüros dadurch vereitelt wurden, daß die höhere Instanz den entsprechenden Tätigkeitsbereich an sich zog. Hugenberg erklärte dann dem Direktorium: „es geht nicht an, daß die Presse vernachlässigt wird. Ich werde von nun an für diesen Zweck mir jährlich eine Million Mark zur Verfügung stellen lassen, Ihnen jedoch keine näheren Einblicke in die Verwendung mehr geben. Die Erfahrungen im Krupp-Prozeß haben gezeigt, wie mißlich für das Direktorium die Mitwisserschaft ist. Dafür nehme ich auch einen eventuellen Skandal ganz auf meine Kappe.“<sup>16</sup>

Von mehr als einer Million Mark spricht auch Bernhard Menne<sup>17</sup>; diese Höhe soll der Etat des Nachrichtenbüros, das er als „halb Korruptions-, halb Spionagezentrale“ apostrophierte, kurz vor dem Ersten Weltkrieg gehabt haben. Das nachfolgend abgedruckte Dokument beleuchtet die Entstehung des Nachrichtenbüros im Jahre 1890. Das Dokument, eine mit der Schreibmaschine hergestellte Abschrift aus der Registratur des Kruppschen Kriegsmaterialdezernats, umfaßt 15 Seiten. Große Sorgfalt wurde offensichtlich auf eine möglichst originalgetreue Kopie verwandt; Registraturvermerke und Randbemerkungen wurden handschriftlich und der ursprünglichen Anordnung wohl möglichst entsprechend eingetragen. Von anderer Hand als der des Kopisten sind An- und Unterstreichungen vorgenommen worden. Der Urheber dieser Zusätze ist vermutlich Wilhelm Muehlon, der,

<sup>14</sup> Ebenda. Die Beziehungen eines Majors Wangemann zur Firma Krupp kamen auch im Krupp-Prozeß zur Sprache. Wangemann erhielt nach seinem Ausscheiden aus der preußischen Artillerieprüfungskommission ein monatliches Salär von 400 Mark aus Essen, weil dort der Wunsch bestand, „ihn zur Verfügung zu haben“ (Eccius). Daß schon vor Wangemanns Verabschiedung ähnliche Verbindungen bestanden, wurde nicht bestritten. Wangemann unterhielt außer seiner Schriftstellerei einen Klub, in dem er sich regelmäßig mit aktiven Kameraden von der Artillerieprüfungskommission traf, um Nachrichten für Krupp zu beschaffen. Diese Aktivitäten, nicht aber die Existenz des Klubs, wurden im Prozeß natürlich dementiert. Vgl. Zimmermann, Prozeß Brandt, S. 243 f.

<sup>15</sup> Der spätere Chef des deutschnationalen Pressekonzerns war 1909–1918 Vorsitzender des Kruppschen Direktoriums.

<sup>16</sup> Aufzeichnung W. Muehlon: „General Keim“, Archiv IfZ. Vgl. auch Menne, a. a. O., S. 269, 304 und 328.

<sup>17</sup> B. Menne, Krupp, Deutschlands Kanonenkönige, S. 304 f.

als er zwischen 1911 und 1914 das Kriegsmaterialbüro leitete, wohl auch die Abschrift anfertigen ließ. Der Grund dürfte in seiner Absicht gelegen haben, das Nachrichtenbüro zu reformieren. Im Nachlaß Muehlons<sup>18</sup>, dem das Dokument entnommen ist, finden sich dazu keine weiteren Anhaltspunkte.

Wolfgang Benz

## Dokument

### Abschrift

aus der Akte des Bureaus für Kriegsmaterial O. III. I Vol. I 1890/93 betr. Organisation des Nachrichten-Bureaus<sup>19</sup>

K. M. Nr. 4196 v. 30. 5. 90<sup>20</sup>

An das Directorium<sup>21</sup> der Firma Friedr. Krupp.

Die in den letzten Jahren in nicht zu unterschätzendem Grade zur Entwicklung gelangte und mit großer Energie fortschreitende Concurrenz in der Fabrikation von Kriegsmaterial hat verdoppelte Anstrengungen der Gußstahlfabrik auf technischem Gebiete zur Folge gehabt, deren Erfolge auch nicht ausgeblieben sind.

Diese Erfolge in durchschlagender Weise zur Verwertung nach außen zu bringen, ist eine fast ebenso wichtige Aufgabe und glaubt der Unterzeichnete<sup>22</sup>, gestützt auf die in

<sup>18</sup> Der Nachlaß Muehlons wurden unlängst vom Institut für Zeitgeschichte erworben. Er enthält außer dem Manuskript seiner Erinnerungen nur wenig Material über seine Tätigkeit als Kruppdirektor.

<sup>19</sup> Alle Unterstreichungen, die vom Kopisten aus dem Original übernommen und mit der Schreibmaschine ausgeführt worden sind, wurden durch kursiven Druck kenntlich gemacht.

<sup>20</sup> Die Registraturvermerke sind, wie auch bei den nachfolgenden Schriftstücken, handschriftlich eingetragen. Ebenso übertrug der Kopist die Bemerkungen auf dem linken Rand der ersten Seite mit der Hand: „Zunächst zur Circulation bei den Herren Mitgliedern des Directoriums. 17. 5. 90 gez. Jencke.“ – „K. M. Nach Rückkunft des He. Gross zu reprod. 30. 5. 90 gez. Jencke.“ – „Herrn Gross vorzulegen. 16. 6. 90 gez. Jencke.“ – Joh. Friedrich Jencke (1843–1910), ehem. sächsischer Geheimer Finanzrat, war 1879–1902 Vorsitzender der Prokura bzw. des Directoriums. Wilhelm Gross (1839–1908) war Chef des Kanonenkonstruktionsbüros, später Mitglied des Directoriums.

<sup>21</sup> Nach dem „General-Regulativ“ von 1872 bildete die Prokura, der fünf bis neun Herren angehörten, die höchste Instanz der Geschäftsführung des Unternehmens. Nach dem Tod Alfred Krupps 1887 wandelte Friedrich Alfred Krupp die Prokura in ein Directorium um, das nun auch größere Befugnisse in der Leitung der Firma erhielt. Die unmittelbare Einflußnahme des Alleininhabers auf die Tagesgeschäfte begann seit der Ära Friedrich Alfred Krupp geringer zu werden. Nach Alfred Krupps Testament erhielt der gesamte Besitz die Rechtsform als bürgerliches Fideikomiß, letzte entscheidende Instanz blieb also auf jeden Fall der Inhaber der Firma. Daran änderte sich auch nach der Umwandlung in eine AG im Jahre 1903 wenig, da die Aktien in einer Hand blieben und der Aufsichtsrat lediglich dekorative Funktionen hatte. Vgl. Tilo v. Wilmowsky, Rückblickend möchte ich sagen . . . An der Schwelle des 150jährigen Krupp-Jubiläums, Oldenburg 1961, S. 159 ff.; Gert von Klass, Die drei Ringe, S. 220 f.; Bernhard Menne, Krupp, Deutschlands Kanonenkönige, S. 172.

<sup>22</sup> Carl Menshausen (1847–1909), 1893–1904 Mitglied des Directoriums als kaufmännischer Direktor für Kriegsmaterial, zuvor Generalvertreter der Firma Krupp in den Mittelmeerländern, mit F. A. Krupp freundschaftlich verbunden. Vgl. Klass, Die drei Ringe, S. 224 f.

seiner Tätigkeit als Vertreter und Bevollmächtigter der Firma gemachten Beobachtungen, dem Direktorium der Firma Fried. Krupp auf dem Gebiete der Tätigkeit der auswärtigen Vertretungen und deren Verkehr mit der Firma einige Gesichtspunkte entwickeln und Vorschläge zu folgerichtigerer Wahrung der Interessen der Fabrik unterbreiten zu dürfen.

Soweit dem Unterzeichneten bekannt, bewegt sich einerseits, abgesehen von den Fällen spezieller Missionen, die Berichterstattung der Vertreter innerhalb zu enger Grenzen und erstreckt sich im allgemeinen nur auf den Lauf der eventuell mit auswärtigen Regierungen gepflogenen Verhandlungen. Liegen solche nicht vor, so stockt in vielen Fällen die Korrespondenz fast ganz und die Aufmerksamkeit der Vertreter mit Bezug auf die Vorgänge auf artilleristischem Gebiete schläft mehr oder minder ein, die Beziehungen zu den maßgebenden Behörden und Persönlichkeiten werden schlaffer, die Tätigkeit der Konkurrenz wird weniger scharf beobachtet und die Folge ist in manchen Fällen, daß diese in überraschender Weise an Terrain gewinnt und Aufträge an sich reißt, die ihre Macht in höchst unliebsamer Weise stärken.

Andererseits ist es eine kaum zu widerlegende Tatsache, daß die Vertreter von Seiten der Firma nicht immer in einer der Lage entsprechenden Weise von den Fortschritten auf artilleristischem Gebiete, soweit sie davon Kenntnis haben sollten, von den Vorgängen allgemeinen Interesses und namentlich der Stellungnahme der Firma zu diesen Vorgängen unterrichtet sind und werden.

Die Folge dieses Zustandes, für den bei der bestehenden Organisation und der großen Belastung der einzelnen Ressort-Chefs niemand ein Vorwurf gemacht werden kann, ist, daß die Firma auf der einen Seite häufig in Unkenntnis von Verhältnissen und Vorkommnissen bleibt, von denen der Vertreter annimmt, daß sie von untergeordneten Interesse für die Fabrik oder vielleicht auch dieser schon bekannt sind, während das Gegenteil der Fall ist, und daß auf der anderen Seite der Vertreter über Dinge im Unklaren bleibt, die er wissen sollte und zu auftauchenden oft anscheinend unwichtigen Fragen in einer Weise Stellung nimmt, die den Anschauungen der Firma nicht voll entspricht oder ihnen zuwiderläuft.

Ein einheitliches<sup>23</sup> und folgerichtiges Zusammenwirken läßt sich in der erforderlichen Weise bei der jetzigen Praxis nicht erzielen und erscheint es erwünscht, daß hierin Remedur geschaffen werde.

Da eine Ausdehnung der aktenmäßigen und auf konkrete Verhandlungen oder Geschäfte sich beziehenden<sup>24</sup> Korrespondenz resp. eine Verquickung derselben mit Meldungen, Berichten und Instruktionen allgemeiner Art nicht wünschenswert erscheinen kann, so empfiehlt sich für diesen Teil des Verkehrs mit den Vertretern die Schaffung einer Zentralstelle, in der die einlaufenden Nachrichten allgemeiner Natur zusammenfließen, in der sie gesichtet und verarbeitet werden und von der die Quintessenz des Eingelaufenen nebst dem von der Firma aus Eigenem Hinzuzufügenden wieder in die entsprechenden Kanäle geleitet wird.

Es würde sich also um die Schaffung eines artilleristischen Informations-Bureau's, einer Art Intelligence Office, handeln, von dessen Einrichtung und Zweck die Vertreter zu benachrichtigen wären, zugleich mit der Aufforderung, an dasselbe unter besonderer Chiffre *alle* Nachrichten, Zeitungsausschnitte und Broschüren gelangen zu lassen, die sich irgendwie auf Kriegsmaterial beziehen oder die nach ihrem Ermessen von Einfluß auf Bestellungen in solchem Material sein können, also auch finanzielle, persönliche und eventuell politische Nachrichten.

<sup>23</sup> Mit Blaustift von späterer Hand (Muehlon?) unterstrichen.

<sup>24</sup> Hierzu handschriftlich am linken Rand mit Blaustift zugefügt: „K[riegs]M[aterial]“; Anstreichung am Rand.

Was speziell die persönlichen Nachrichten betrifft, so würde es sich empfehlen, von den Vertretern in erster Linie genaue Angabe der respektiven, gegenwärtig bestehenden Behörden und der in diesen wirkenden Persönlichkeiten, welche offiziell oder auch extraoffiziell maßgebend oder von Einfluß auf die Geschäfte sind, einzufordern und sie dahin zu instruieren, daß Änderungen unverzüglich zu melden sind. Kurze Notizen über die betreffenden Persönlichkeiten, namentlich über deren Stellungnahme für oder gegen die Fabrik und deren Produkte dürften erwünscht sein. Ferner wäre der Gang der Geschäfte, d. h. der Instanzenweg, welchen ein solches bis zu seinem Abschlusse zu durchlaufen hat, kurz zu skizzieren und wären auch hierin Änderungen rechtzeitig zu melden. Die im Rayon des Vertreters bestehenden Regierungs- oder Privat-Fabriken wären namhaft zu machen und über die Tätigkeit derselben alles das zu berichten, was irgend in Erfahrung gebracht werden kann.

Vieles von dem im Vorstehenden, als in erster Linie von den Vertretern einzufordern-des Material, skizzierten Daten, vielleicht das Meiste, ist der Firma allerdings bereits bekannt, aber im allgemeinen ist es doch nur dem Gedächtnis einzelner Personen einverleibt, kann in dubio erst mit Zeitverlust aus der Korrespondenz herausgesucht oder durch Nachfrage bei den Vertretern festgestellt werden.

Es erscheint erwünscht, ein für alle Mal eine Stelle zu schaffen, an der jederzeit schnell zuverlässige Auskunft über die betreffenden Verhältnisse zu finden ist. Es beruht dies auch auf dem Prinzip, daß die Firma mindestens ebenso viel von den sie tangierenden Verhältnissen und Persönlichkeiten eines Landes wissen muß, als der von ihr für dasselbe bestellte Vertreter, mit dessen Scheiden aus seiner Stellung nicht auch die der Firma wertvollen Wissenschaften und eventuell Freundschaften verschwinden dürfen, welche er sich im Dienst und auf Kosten derselben erworben hat.

Außer den Berichten der Vertreter würde das in Vorschlag gebrachte Informations<sup>25</sup>-Bureau möglichst alle bessern in- und ausländischen auf Kriegsmaterial bezüglichen Zeitschriften, offizielle Publikationen der Regierungen etc. zu bearbeiten und Maßregeln zu treffen haben, daß ihm von irgendwie interessanten Artikeln und Notizen in der Tagespresse nichts entgehe.

Das so von allen Seiten zufließende Nachrichtenmaterial würde von dem Informations-Bureau zu sichten, nach einem übersichtlichen System zu klassieren und je nach Wichtigkeit zu registrieren sein.

Nachrichten von aktuellem Interesse würden dem betreffenden Ressort der Fabrik sofort mitzuteilen resp. die Vorsteher dieses Ressorts auf dieselben interessierenden Publikationen aufmerksam zu machen sein, womit ihnen die mit erheblichem Zeitverlust gepaarte Mühe erspart werden würde, eine Unmenge von Veröffentlichungen durchzusehen und in denselben erst das sie Interessierende zu suchen. Artikel und Notizen aus der Tagespresse werden seitens des Informations-Bureaus der von der Firma zu bezeichnenden Stelle in übersichtlicher Weise je nach Dringlichkeit und Wichtigkeit täglich oder in kurzen Zwischenräumen eingereicht werden.

Die Verwertung des Materials nach außen<sup>26</sup> würde auf Vorschlag des Informations-Bureau's und nach eingeholter Genehmigung des Direktoriums zu geschehen haben und zwar im allgemeinen durch an alle oder einzelne Vertreter zu richtende Noten, begleitet von den Umständen entsprechenden Instruktionen über die weitere Verwendung des Mitgeteilten.

Dem Eingangs dargelegten Zwecke des Informations-Bureau's entsprechend würden die Mitteilungen an die Vertreter sich keineswegs nur auf Weitergabe des von anderer Seite Erfahrenen beschränken, sondern diesen Mitteilungen wäre je nach Umständen

<sup>25</sup> Unterstreichung mit Blaustift und Anstreichung am linken Rand.

<sup>26</sup> „Verwertung . . . außen“ mit Blaustift unterstrichen, Anstreichung am linken Rand.



die Auffassung, welche die Firma von den Nachrichten hegt und der sie an anderer Stelle Eingang zu verschaffen wünscht, hinzuzufügen sein. – Da das dem Informations-Bureau zu Gebote stehende ausgiebige Material an Nachrichten, statistischen, persönlichen und sonstigen Notizen bei konkreten Verhandlungen in ausgiebigster Weise zur Unterstützung der betreffenden Vertreter ausgenützt werden kann und sollte, so wird es erforderlich sein, daß der Chef des genannten Bureau's von solchen Verhandlungen und deren Verlauf stets Kenntnis erhalte resp. autorisiert sei, die bezüglichen Korrespondenzen einzusehen.

Des weiteren wäre das Informations-Bureau namentlich als Mittel zu benutzen, durch welches die Vertreter Kenntnis erhalten von den Neuerungen und Fortschritten der Fabrik auf artilleristischem Gebiete, sofern dieselben so weit gediehen sind<sup>27</sup>, daß die Vertreter die Regierungen, bei denen sie akkreditiert sind, darauf aufmerksam machen können. In den meisten Fällen erhalten die Vertreter erst durch die für ihre Herstellung mehr oder weniger Zeit erfordernden Schießberichte, Preisbücher und eventuelle Nachträge zu denselben Nachricht von dem Neuen, das die Fabrik geschaffen hat, von einzelnen Dingen, wie z. B. der in den letzten Jahren ganz erheblichen Vervollkommnung der Schiffslafetten, nur durch Zufall oder überhaupt nicht. Die Einführung neuer Fabrikationszweige, wie z. B. der Panzerplatten-Fabrikation, sollte nach Ansicht des Unterzeichneten den Vertretern möglichst früh bekannt gegeben werden; daß das betreffende Walzwerk noch nicht arbeitet oder daß es vorläufig keine Aufträge übernehmen kann, ändert daran nichts. Es ist jedenfalls wünschenswert, daß frühzeitig bekannt sei: „Krupp macht auch Panzerplatten.“<sup>28</sup>

Auch über die Stellung, welche die Firma beispielsweise zu neuen Pulversorten einnimmt, die Verwendung derselben in Rohren früherer Konstruktionen und einschlägige Fragen, sowie über die Ansicht, welche die Firma von neuen Erfindungen der Konkurrenz hegt etc. etc., sollten die Vertreter in einheitlicher Weise seitens der Firma durch das Informations-Bureau instruiert werden<sup>29</sup>.

Eine weitere Aufgabe des genannten Bureaus wäre, Fühlung mit der einheimischen und auswärtigen Presse<sup>30</sup>, entweder direkt oder durch die Vertreter zu suchen, um auch auf diesem Wege, allerdings mit weisester Beschränkung, für die Interessen der Firma zu wirken. Letztere sollte in jeder Hauptstadt mindestens ein Blatt der Tagespresse für sporadische kürzere Notizen oder auch längere Artikel zur Verfügung haben. Die Praxis würde bald die geeignete Form für diese Benutzung der Presse finden lassen und erachtet der Unterzeichnete, daß die Firma diesen mächtigen Faktor in der Beeinflussung der öffentlichen Meinung nicht unberücksichtigt lassen sollte.

In Vorstehendem dürften die hauptsächlichsten Gesichtspunkte für Schaffung der vorgeschlagenen Einrichtung skizziert sein.

Weiteres würde die Praxis ergeben.

Der Unterzeichnete ist überzeugt, daß in der dargelegten Weise dem Interesse der Firma ersprießliche Dienste geleistet werden können.

Essen, den 7. Mai 1890.  
gez.- C. Menshausen.

<sup>27</sup> Anstreichung mit Blaustift am linken Rand vom Beginn des Absatzes an.

<sup>28</sup> Krupp begann erst 1890/91 mit dem Aufbau einer Panzerplattenproduktion; bis dahin hatte das Grusonwerk praktisch das Monopol auf Landpanzerungen in Deutschland. Vgl. Menne, S. 175 f.

<sup>29</sup> Anstreichung mit Blaustift am linken Rand an der zweiten Hälfte dieses und am Beginn des nächsten Absatzes.

<sup>30</sup> „der einheimischen . . . Presse“ mit Blaustift unterstrichen.

Herr F. A. Krupp<sup>31</sup> hat Kenntnis von gegenwärtiger Eingabe, deren Inhalt der Gegenstand wiederholter Unterredungen mit dem Herrn Chef gewesen ist<sup>32</sup>.

gez. C. Menshausen.

K. M. Nr. 1760 v. 19. 11. 90.

Düsseldorf, 12. November 1890.

Herrn Fried. Krupp  
Essen.

Unter Bezugnahme auf die wiederholten Besprechungen in Sachen der in meiner anbei zurückerfolgenden ergebene Eingabe vom 7. Mai d. J. in Vorschlag gebrachten Einrichtung eines Nachrichten-Bureaus für Kriegsmaterial beehre ich mich, in der Anlage einen Entwurf der vorläufigen Organisation dieses Bureaus ergebenst zu unterbreiten und zeichne in Erwartung Ihrer weiteren Entschliefungen<sup>33</sup>

hochachtungsvoll  
gez. C. Menshausen.

K. M. Nr. 1760 v. 13. 11. 90

*Entwurf  
der vorläufigen Organisation  
eines  
Nachrichten-Bureaus für Kriegsmaterial.*

Der Zweck desselben ist in der Eingabe des Herrn C. Menshausen vom 7. Mai d. J. dargelegt.

Das Bureau wird in Essen eingerichtet.

Die Organisation und Leitung desselben wird Herrn C. Menshausen übertragen, welcher seinen Wohnsitz in Düsseldorf beibehält und so oft als erforderlich nach Essen kommen wird.

Bis sich herausstellt, welche Arbeitskräfte für den Betrieb des genannten Bureaus erforderlich sind, werden die Herren Lauter, Schinzinger, Berger und von Nida<sup>34</sup> demselben zugeteilt.

Das Engagement eines Artillerie-Offiziers behufs Bearbeitung artilleristischer Fragen wird in Aussicht genommen<sup>35</sup>.

In erster Linie ist an die auswärtigen Vertreter der Firma ein Rundschreiben nach anliegendem, für Einzelne zu modifizierendem, Entwürfe zu erlassen.

Des Weiteren ist an Hand einer Liste derjenigen Zeitschriften und Zeitungen, welche bereits gehalten werden, zu erwägen, was eventuell noch zu bestellen sein dürfte.

Die eingehenden Drucksachen sind nach einem festzustellenden Modus von den oben genannten Herren aufmerksam durchzusehen und alle Nachrichten von Interesse durch

<sup>31</sup> Friedrich Alfred Krupp (1854–1902), seit 1887 Inhaber der Firma Krupp.

<sup>32</sup> Anstreichung des ganzen Absatzes mit Blaustift am linken Rand.

<sup>33</sup> Randbemerkung, vom Kopisten handschriftlich aus dem Original übertragen: „He. Gross. div. Punkte wollen wir noch eingehend besprechen. 19./11. gez. Jencke.“

<sup>34</sup> Ursprünglich „Nieda“, nachträglich mit Blaustift korrigiert.

<sup>35</sup> Die letzten drei Absätze sind am linken Rand angestrichen und mit Fragezeichen versehen (vom Kopisten handschriftlich aus dem Original übertragen).

Anstreichen, bei voluminöseren Veröffentlichungen im Index oder durch andere Zeichen, ersichtlich zu machen.

Das gesichtete Material an Drucksachen geht an Herrn C. Menshausen, welcher nach Durchsicht dem zuständigen Mitgliede des Direktoriums Vortrag hält und nach gepflogener Rücksprache eventuell das Weitere wegen Verwertung der betreffenden Nachrichten zu veranlassen hat.

Das Archiv des Informations-Bureaus ist nach Ländern und in Unterabteilungen nach den in denselben existierenden Fabriken von Kriegsmaterial zu klassieren.

Für jedes Land wird die Firma dem Nachrichten-Bureau kurze Auszüge aus dem mit der betreffenden Regierung (excl. Deutschland) bisher abgeschlossenen Verträgen überweisen, resp. gestatten, diese Auszüge zu machen. Je nach Bedürfnis wird dem Bureau Einsicht in die betreffenden Akten gestattet.

Demselben ist ferner eine vollständige Kollektion der Schießberichte und sonstigen auf Kriegsmaterial bezüglichen Veröffentlichungen der Firma, sowie aller existierenden Zeichnungen und Photographien von Interesse zu überweisen und alles neu Erscheinende demselben sofort mitzuteilen.

Es dürfte sich empfehlen und dem Wesen des Nachrichten-Bureaus entsprechen, daß der Versand der Schießberichte etc. demselben in Zukunft übertragen wird.

Der Leiter des Nachrichten-Bureaus hat die laufende Korrespondenz mit den Vertretern der Firma oder Regierungen über in Verhandlung resp. Ausführung befindliche Geschäfte in Kriegsmaterial zu lesen und eventuell Auszüge aus derselben für das Nachrichten-Bureau zu veranlassen<sup>36</sup>.

Von dem Bureau ausgehende Briefe an die Vertreter der Firma oder andere Personen sind vor Unterzeichnung durch das Direktorium von dem Leiter des Bureaus zu paraphieren.

Jede von dem Bureau im Druck zu versendende Mitteilung nach außen ist vor dem Druck der Firma im Manuskript vorzulegen und die Genehmigung zum Druck und Versand einzuholen.

Weiteres muß die Praxis ergeben und sind eventuelle Vorschläge hinsichtlich Einschränkung oder Ausdehnung der Funktionen des Nachrichten-Bureaus von Herrn C. Menshausen der Firma zu unterbreiten.

In Abwesenheit des Herrn C. Menshausen vertritt denselben ein von der Firma zu bezeichnender Stellvertreter.

Für Installierung des Nachrichten-Bureaus in seiner vorgeschlagenen vorläufigen Zusammensetzung sind drei in einander gehende Zimmer anzuweisen<sup>37</sup>.

gez. C. Menshausen.

K. M. Nr. 1760 v. 13. 11. 90.

Essen, den . . .

Rundschreiben.

Herrn . . .

. . .

Die große Entwicklung, welche die Kriegsmaterial produzierende Industrie in den letzten Jahren in verschiedenen Ländern genommen hat, erfordert sowohl meinerseits als auch seitens meiner Vertreter im Auslande eine erhöhte Aufmerksamkeit für alle Vorgänge auf diesem Gebiete und einen regeren Austausch der darauf bezüglichen Nachrichten.

<sup>36</sup> Der Absatz ist am linken Rand angestrichen und mit einem Fragezeichen versehen (vom Kopisten handschriftlich aus dem Original übertragen).

<sup>37</sup> Anstreichung des Absatzes, handschriftlich vom Kopisten aus dem Original übertragen.

Von dieser Erwägung ausgehend, habe ich die Errichtung eines besonderen Nachrichten-Bureaus beschlossen, das mit heutigem Tage in Tätigkeit tritt.

Alle Mitteilungen für dieses Bureau sind an mich zu adressieren. Briefe haben am Kopf und Kreuzbandsendungen auf der Adresse die Chiffre N. B. zu tragen.

Ich ersuche Sie, mir unter dieser Chiffre von jetzt ab *alle nicht direkt auf in Unterhandlung oder Abwicklung befindlichen Geschäfte* bezüglich Mitteilungen zugehen zu lassen, die sich irgendwie auf Kriegsmaterial beziehen oder sonst für mich von Interesse sein können.

Um den beabsichtigten Zweck zu erreichen, ist der Kreis dieser Mitteilungen sehr weit zu ziehen und sind selbst solche Nachrichten, die Ihnen vielleicht unwesentlich erscheinen, mir nicht vorzuenthalten, sofern sie nur in irgend einer Weise in Beziehung zu Kriegsmaterial stehen oder auf Bestellungen in dieser Branche, sei es an mich oder die Konkurrenz, von irgend welchem Einfluß sein können.

Sie wollen mir daher für das genannte Bureau in Zukunft alle Zeitungsartikel, Broschüren oder sonstige Veröffentlichungen zugänglich machen und mir alles das mitteilen, was Sie sonst in Erfahrung bringen über:

Artillerie-Material  
 Panzerplatten  
 Handwaffen  
 Pulver- und Explosivstoffe  
 Schiffbau  
 Anlage von Forts, Festungen  
 Errichtung neuer Fabriken von Kriegsmaterial  
 Bestellungen an die Konkurrenz  
 Ankunft, Abreise & Verhandlungen von Bevollmächtigten der Konkurrenz  
 die Budgets der Kriegs- & Marine-Ministerien  
 Anleihen zu Kriegszwecken  
 Personal-Veränderungen von Interesse  
 Schießversuche  
 etc. etc.

Ferner bitte ich Sie, mir mitzuteilen, welche auf Kriegsmaterial bezüglichen periodischen Zeitschriften in . . . veröffentlicht & welche (auch ausländische) von Ihnen gelesen werden. Es würde mich auch interessieren zu hören, ob & welche Beziehungen Sie zu den Herausgebern haben, oder ob Sie in solche treten können, sowie ob und welches Blatt der Tagespresse Ihnen eventuell für gelegentliche kürzere oder längere Veröffentlichungen zu diskreter Verfügung stehen würde, und in diesem Falle unter welchen Bedingungen.

Zur Bildung einer Grundlage für mein Nachrichten-Bureau wollen Sie mir in nächster Zeit gefl. möglichst vollständige Angaben, & zwar selbst solche, von denen Sie annehmen, daß sie mir schon bekannt sein könnten, über folgende Punkte verschaffen:

1) Die für Bestellung von Kriegsmaterial in Betracht kommenden Behörden mit kurzer Skizzierung ihrer Organisation und unter Angabe der maßgebenden Persönlichkeiten vom Minister herunter.

2) Den gewöhnlichen Gang der auf Bestellungen bezüglichen Verhandlungen bis zum Abschluß<sup>38</sup>.

3) Die in . . . bestehenden Staatsfabriken von Kriegsmaterial.

4) Die betreffenden Privat-Etablissements.

5) so weit möglich den vorhandenen Bestand von Geschützen, deren Provenienz etc.

<sup>38</sup> Fragezeichen und Anstreichung am linken Rand dieses und des vorhergehenden Absatzes, handschriftlich vom Kopisten aus dem Original übertragen.

Was Sie nicht bald erfahren können, mögen Sie mit Muße zu eruieren suchen, ohne durch Fragen besondere Aufmerksamkeit zu erregen.

Mit Bezug auf obige Punkte im Laufe der Zeit eintretende Veränderungen bitte ich, regelmäßig zu meiner Kenntnis zu bringen.

Aus Vorstehendem, vorbehaltlich etwaiger aus der Praxis sich ergebender Einschränkungen oder Erweiterungen ersehen Sie, in wie weit ich auf Ihre Mitwirkung bei Organisierung und Alimentierung meines Nachrichten-Bureaus rechne.

Meinerseits beabsichtige ich, Ihnen durch das genannte Bureau alle solche Mitteilungen zugehen zu lassen, die Ihnen meines Erachtens für die wirksame Wahrung meiner Interessen nützlich sein werden, je nach Umständen mit meinen Instruktionen für die weitere Verwertung des Mitgeteilten.

Da mir daran liegen muß, daß meine Vertreter über Vorkommnisse oder auftauchende Fragen sich in einer Weise äußern oder zu denselben Stellung nehmen, die von meiner Ansicht darüber nicht abweicht, so werde ich Sie durch das Nachrichten-Bureau je nach Erfordernis informiert halten.

Andererseits ersuche ich Sie, wo immer Sie in dieser Hinsicht im Zweifel sein mögen, bei mir Nachfrage zu halten und werden Sie jede erforderliche Aufklärung empfangen.

gez. F. K.<sup>39</sup>

Gußstahlfabrik, Essen, den 30. Januar 1893.

Herrn F. A. Krupp,  
Berlin.

Aus Besprechungen, welche Sie zu wiederholten Malen mit mehreren Mitgliedern des Direktoriums gehabt haben, und aus den hier geführten Personal-Akten ist zu konstatieren gewesen, daß die Verwendung des Premierlieutenant a. D. Grünweller für das Nachrichten-Bureau zunächst nicht in Ihrem Sinne gelegen hat, daß Sie vielmehr Ihre Zustimmung zu dessen Delegation nach Meppen<sup>40</sup> gegeben hatten, und daß somit für die Beschäftigung des p. Grünweller im Nachrichten-Bureau Ihre vorgängige Zustimmung hätte eingeholt werden müssen. Das Direktorium bedauert, daß letzteres nicht geschehen ist und ersucht Sie, diese Unterlassung entschuldigen zu wollen.

Was nun die Sache selbst betrifft, so darf darauf Bezug genommen werden, daß zur Zeit, als p. Grünweller dem Nachrichten-Bureau zugeteilt wurde, für das letztere eine Arbeitskraft überhaupt nicht mehr vorhanden war. Herr Schinzinger war demselben durch seine Mission nach Brasilien, Herr Lauter dagegen dadurch entzogen worden, daß er durch Erledigung der Arbeiten für die Chicagoer Welt-Ausstellung voll in Anspruch genommen war. Wenn die Tätigkeit des Nachrichten-Bureaus nicht vollständig eingestellt werden sollte, erübrigte daher nur die Heranziehung einer besonderen Arbeitskraft für dieselbe. Als solche qualifizierte sich p. Grünweller nach diesseitigem Ermessen in ausreichendem Maße, da er die hauptsächlichsten modernen Sprachen insoweit beherrscht, daß er die ausländische Literatur verfolgen kann und als die ihm im Nachrichten-Bureau zuge dachte Tätigkeit der, welcher er in der Artillerie-Prüfungs-Kom-

<sup>39</sup> Es ist bemerkenswert, daß der Entwurf dieses Rundschreibens mit den Initialen Friedrich (Alfred) Krupps gezeichnet wurde. Diese Tatsache spricht ebenso für die Bedeutung, die dem Nachrichtenbüro beigemessen wurde, wie für den Rang der Kruppschen Auslandsvertreter.

<sup>40</sup> Bei Meppen, im Regierungsbezirk Osnabrück, unterhielt Krupp seit 1877 den größten Artillerieschießplatz Europas.

mission obgelegen hatte, in der Hauptsache entsprach. p. Grünweller hat auch bisher mit großem Fleiße im Nachrichten-Bureau gearbeitet und gezeigt, daß er mit der Zeit sich zu einer nützlichen Arbeitskraft an dieser Stelle entwickeln wird. Daß er außerdem vielfach zur Führung fremder Offiziere verwendet werden muß, ist mangels anderer hierzu geeigneter Personen Ihnen bekannt.

Wir richten an Sie das ergebene Ersuchen, sich mit der Belassung p. Grünwellers auf dem bis jetzt innegehabten Posten im Nachrichten-Bureau geeignetest einverstanden erklären zu wollen.

Was die Verwendung der aus dem Nachrichten-Bureau kommenden Extrakte und Notizen betrifft, so darf bemerkt werden, daß dieselben sämtlich, wie alle übrigen Eingänge, bei dem Direktorium zur Vorlage gelangen und dort je nach dem Gegenstande, welchen sie betreffen, an die zuständigen Bureaus zur Verteilung kommen. Der größere Teil der Vorlagen des Nachrichten-Bureaus betrifft selbstredend Kriegsmaterial und gelangt somit in das Kanonenbureau, wo die Zuteilung an die einzelnen Abteilungen desselben bewirkt wird.

Vorlagen allgemein technischer Natur gelangen an die zuständigen Techniker Ihrer Verwaltung.

Diese Verteilung der Vorlagen aus dem Nachrichten-Bureau an die speziell an dem Gegenstände derselben interessierten Dienststellen hat sich bis jetzt als die zweckmäßigste und geeignetste Art der Verwendung erwiesen.

Fried. Krupp.  
Das Direktorium.  
gez. Klüpfel.<sup>41</sup> gez. Jencke.

Herrn Fried. Krupp.<sup>42</sup>

Es ist noch in keinem Fall bisher meinen Wünschen so wenig Rechnung getragen worden, als in diesem. Es mag dies an Zufälligkeiten gelegen haben und will ich mich mit dem Ausdruck Ihres Bedauerns deshalb befriedigt erklären.

*Jede Aenderung im Nachrichtenbureau, sowie jeden Wechsel in der Stellung des p. Grünweller bitte ich vor definitiver Ausführung zu meiner Kenntnis zu bringen.*

9. 2. 93.

gez. Krupp.

Ich bitte, daß die Herren Mitglieder des Dir. von Gegenwärtigem Einsicht nehmen und den Erfolg auf dem Schriftstück notieren. Letzteres erbitte ich mir dann zurück.

17. 2. 93. gez. Jencke.

Ich verstehe das Verfahren gegen Herrn Grünweller<sup>43</sup> nicht.

18- 2- 93. gez. Gr(oss).

<sup>41</sup> Ludwig Klüpfel (1843–1916), ehem. Finanzassessor der württ. Staatseisenbahn, 1876–1881 jurist. Hilfsarbeiter bei Krupp, 1881 Prokura, 1888–1910 Mitglied des Direktoriums, 1910 bis 1916 des Aufsichtsrats. Vgl. Wilhelm Berdrow, Alfred Krupp, Berlin 1927, Bd. 2, S. 380.

<sup>42</sup> Vermutlich Schlußadresse des vorstehenden Schreibens. Die nachfolgenden Bemerkungen von Krupp, Jencke und Gross, auf dem vorliegenden Dokument in Maschinenschrift, sind wohl dem Brief an F. A. Krupp vom 30. 1. 1893 handschriftlich zugefügt worden.

<sup>43</sup> Nach Mitteilung des Hist. Archivs der Firma Krupp soll ein Herr Grünweller lediglich in den Jahren 1908 bis 1919 in den Diensten der Firma Krupp gestanden haben.